

Finanzministerium | Postfach 71 27 | 24171 Kiel

An die
Vorsitzenden der Ausschüsse

Finanzausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Innen- und Rechtsausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Werner Kalinka, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich

Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstraße 30
24103 Kiel

Staatssekretär

12. März 2009

**Informations- und Kommunikationstechnologien (IT);
IT-Gesamtplan 2009/2010**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Landesregierung hat den IT-Gesamtplan 2009/2010 am 27.01.2009 beschlossen und das Finanzministerium gebeten, dem Finanzausschuss und dem Innen- und Rechtsausschuss den IT-Gesamtplan 2009/2010 zu übersenden und über die wichtigsten Entwicklungen zu berichten. Diesem Wunsch komme ich gerne nach und berichte wie folgt:

Der IT-Gesamtplan 2009/2010 informiert über die Ziele des Einsatzes von IT in Schleswig-Holstein und die wichtigsten steuerungsrelevanten Entwicklungen. Der IT-Gesamtplan ist ein wesentlicher Bestandteil der IT-Steuerung in Schleswig-Holstein.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IT) sind mittlerweile unabdingbarer Bestandteil der Aufgabenerledigung im öffentlichen Sektor. Immer mehr Verwaltungsaufgaben und Prozesse werden durch IT oder mit ihrer Hilfe bewältigt, um qualitativ hochwertige Dienstleistungen kostengünstig zu erbringen. Das bedeutet, dass Umfang und Anforderungen der Aufgaben der IT und damit einhergehend die Finanzbedarfe im zentralen IT-Budget zunehmen, während die Kosten der Erledigung der Fachaufgaben in den Einzelplänen der Ressorts tendenziell sinken.

Aufgrund der finanziellen Lage des Landes Schleswig-Holstein können künftig nicht mehr alle IT-Maßnahmen, die wünschenswert wären, realisiert werden. Daher ist es erforderlich, die Verfahren zu identifizieren, die im Rahmen der verfügbaren Mittel vorrangig umzusetzen sind. Diese Verantwortung (insbesondere für finanziell anspruchsvolle IT-Maßnahmen) wird als Aufgabe der gesamten Landesregierung verstanden.

Eine Weiterentwicklung der IT-Steuerung ist daher zwingend erforderlich, zumal sich die Anforderungen an die IT des Landes Schleswig-Holstein deutlich wandeln. So werden operative Aufgaben der IT, wie z. B. der Betrieb eines Rechenzentrums oder die Betreuung der IT-Arbeitsplätze, verstärkt von IT-Dienstleistern wahrgenommen, was dazu führt, dass sich der Schwerpunkt der Aufgaben des IT-Managements in den öffentlichen Verwaltungen mehr und mehr auf die strategische Ausrichtung und Konzeption von IT (Basisinfrastrukturen und Fachanwendungen) konzentriert. Hinzu kommen Aufgaben des Controllings und des Vertragsmanagements mit zunehmend betriebswirtschaftlichen Fragestellungen sowie ein übergreifendes Prozessmanagement.

Das Finanzministerium wird daher im Planungszeitraum 2009/2010 folgende Entwicklungen besonders forcieren:

- **Fortentwicklung des Landessystemkonzept (LSK SH) zu einer zukunftsorientierten IT-Strategie**

Die neue Strategie soll die Grundlagen für eine Ausrichtung der gesamten IT des Landes Schleswig-Holstein an gleichen strategischen und konzeptionellen Überlegungen sicherstellen. Sie bildet den Rahmen für die übergreifenden E-Government-Lösungen des Landes Schleswig-Holstein und die Fachverfahren der Ressorts.

- **Optimierung der Bewirtschaftungs- und Controllingmaßnahmen zur maßnahmeorientierten Steuerung von IT-Maßnahmen**

Die zu bewältigenden Aufgaben erfordern neben Personal- und Finanzkapazitäten eindeutige Regelungen. Fehlen diese, können die Möglichkeiten der Informationstechnologie für das Land, gerade auch in Bezug auf Wirtschaftlichkeit und Rationalisierung von Geschäftsprozessen, nicht ausgeschöpft werden. Daher sind folgende Regelungen fortzuschreiben:

- *Fortentwicklung des Kriterienkataloges zur ressortübergreifenden Priorisierung von IT-Maßnahmen*

IT-Maßnahmen werden seit 2006 nach vereinbarten Kriterien priorisiert. Diese etablierten Prozesse der Priorisierung sind in 2009/2010 fortzuentwickeln. So ist es erforderlich, die bisher angewandte Matrix zur Priorisierung von IT-Maßnahmen um weitere Kriterien, wie z. B. die finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt und die Auswirkungen auf die bestehende IT-Architektur, zu erweitern. In die abschließende Priorisierung einer IT-Maßnahme sollten künftig auch die Aspekte einer Risikobewertung (Zielrichtung: personelle Kapazitäten) einfließen.

- *Wirtschaftlichkeit*

Zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von IT ist es unabdingbar, die Kostentransparenz im Bereich der IT zu erhöhen und das Wissen über den Ressourceneinsatz und -verbrauch einschließlich des Personalbestandes im IT-Bereich zu erweitern. Dabei dienen alle IT-Maßnahmen vorrangig dem Ziel, die Vorgaben und Anforderungen der Landesregierung effektiv und effizient umzusetzen und insgesamt zur Haushaltskonsolidierung des Landes beizutragen.

Durch verbesserte Planungen können die knappen Ressourcen den IT-Verfahren zielgerichteter zur Verfügung gestellt und kostenintensive Korrekturen weitgehend vermieden werden. Dies soll durch eine IT-Architektur unterstützt werden, die es ermöglicht, durch flexible Arbeitsabläufe und geringe technische sowie organisatorische Anpassungen den Ressourcenverbrauch bei Veränderungsprozessen gering zu halten. Nur so kann die zentrale und dezentrale IT-Steuerung in allen Verwaltungsbereichen Synergien erzeugen. Die Verknüpfungen von IT mit den Fachaufgaben müssen transparent sein, damit der Wertbeitrag der IT zur Aufgabenerledigung der Landesverwaltung darstellbar wird.

Um auf diese Anforderungen flexibel und bedarfsgerecht reagieren zu können, werden die Haushaltsmittel für IT zentral im Kapitel 1103 (Informations- und Kommunikationstechnologien) veranschlagt und den dezentralen IT-Managements der Ressorts als Budget zur Verfügung gestellt. Dabei werden die erwarteten Budgetgewinne sowie Synergieeffekte bereits bei der Bemessung des Budgets berücksichtigt. In 2009/2010 wurden die Anmeldungen der Ressorts daher um rd. 16% (IT-Gesamtplan 2009; Ziff. 4; Seite 13) gekürzt.

Das IT-Budget und die IT-Gesamtplanung werden seit 2004 durch das Finanzministerium ressortübergreifend koordiniert. Bislang konnten alle wichtigen IT-Maßnahmen der Ressorts umgesetzt und die ressortübergreifenden Basisinfrastrukturen angemessen fortentwickelt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Klaus Schlie

Anlage

IT-Gesamtplan 2009/2010

http://intranet/-3.Allgemeines/-Informationstechnik/-IT-Gesamtplan/IT-Gesamtplan_2009_2010.pdf



IT-Gesamtplan 2009 /2010

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
Strategische Ausrichtung	7
Konzeptionelle Ausrichtung	10
Finanzbedarf und Finanzierung der IT-Maßnahmen	13
Personal im Bereich der IT	18
IT-Maßnahmen mit zeitlicher Relevanz und besonderer Bedeutung im Doppelhaushalt 2009/2010 ..	20
Abschlussbemerkung	38
Anlagen	39
Ministerpräsident, Staatskanzlei	49
Innenministerium	73
Finanzministerium	143
Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	219
Ministerium für Bildung und Frauen	231
Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa	243
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren	285
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	307

1 Einleitung

Die nach wie vor angespannte Haushaltslage der öffentlichen Verwaltung zwingt dazu, die finanziellen Aufwendungen für die öffentliche Verwaltung so zu reduzieren, dass sie von der Gesellschaft dauerhaft getragen werden können. Dies gilt für Schleswig-Holstein in besonderem Maße. Gleichzeitig muss die Verwaltung aber Dienstleistungen mit der erforderlichen Qualität anbieten, die zeitgemäß und technisch aktuell sind, um den berechtigten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft gerecht zu werden.

1.1 E-Government

Der Einführung des E-Governments kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie führt zu neuen Entwicklungen und Innovationen in der Verwaltung. E-Government, Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung bedingen sich dabei wechselseitig. Die daraus resultierenden Modernisierungsprozesse werden in der Abteilung VI 5 (Verwaltungsmodernisierung) des Finanzministeriums koordiniert und gesteuert.

Die Landesregierung hat die E-Government-Strategie des Finanzministeriums am 24.06.2008 beschlossen und dem Finanzausschuss zur Kenntnisnahme zugeleitet. Wesentliches Element zur Umsetzung der E-Government-Strategie ist ein E-Government-Gesetz. Dieses Gesetz befindet sich zzt. in der Abstimmung mit den Beteiligten und wird voraussichtlich noch in 2008 dem Parlament zugeleitet; eine Verabschiedung im Frühjahr 2009 wird angestrebt.

1.2 Einsatz moderner Informationstechnik

Durch den Einsatz moderner Informationstechnik kann sich die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern bzw. den Unternehmen elektronisch präsentieren (Internet-Auftritt) und ihre Aufgaben (auch Interaktionen und Transaktionen) in durchgängigen Prozessen mit entsprechenden Software-Anwendungen ohne Medienbrüche erledigen.

Dabei ergibt sich eine befriedigende Situation nicht automatisch aus der Addition von Einzellösungen, die auf eine Vielzahl von Aufgaben und Prozessen zugeschnitten sind. Erforderlich ist vielmehr eine strategisch geplante und zentral gesteuerte moderne IT in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein, die das Rückgrat für die Unterstützung der Neuorganisation von Verwaltungsprozessen bietet. Nur so kann der Aufwand für bei allen Anwendungen sich wiederholende Aufgaben (z. B. Benutzerverwaltung, Berechtigungsprüfung) mit vertretbarem Aufwand gelöst werden. Dafür müssen auf Basis einer einheitlichen Gesamtarchitektur kostengünstige und qualitativ hochwertige Basiskomponenten bereitgestellt werden.

1.3 Organisation der IT des Landes Schleswig-Holstein

Um die Anforderungen, die sich aus der Vielfalt unterschiedlicher Verwaltungsaufgaben ergeben, aufeinander abzustimmen und sie wie oben beschrieben zu bündeln, bedarf es einer zentralen Koordination.

In der Landesverwaltung Schleswig-Holstein koordiniert das zentrale IT-Management die Entwicklungen der IT.

Das zentrale IT-Management organisiert sich im Wesentlichen aus den Referaten VI 53 (ressortübergreifendes strategischen IT-Management) und VI 54 (ressortübergreifendes operatives IT-Management). Unterstützt wird das zentrale IT-Management in seiner Aufgabenwahrnehmung vom Referat VI 52 (ressortübergreifende Organisation), dem Referat 51 (E-Government) der Abteilung

VI 5 (Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung) des Finanzministeriums sowie den dezentralen IT-Managements der Ressorts des Landes Schleswig-Holstein.

Das dezentrale IT-Management hat insbesondere die Entwicklung und Umsetzung einer IT-Ressortstrategie unter Berücksichtigung der IT-Gesamtstrategie Schleswig-Holstein, die Aufstellung des IT-Ressortplans, die Planung und Durchführung einzelner IT-Maßnahmen und das damit verbundene Vertragsmanagement und Controlling sowie die Aufstellung des IT-Haushalts des Ressorts zu gewährleisten. Die dezentralen IT-Managements der Ressorts organisieren sich nach Vorgabe der zuständigen Fachministerien und nehmen ihre Aufgaben der IT eigenständig wahr.

Im Auftrage der Ressorts übernimmt Dataport als zentraler IT-Dienstleister operative IT-Aufgaben der Landesverwaltung Schleswig-Holstein wie z. B. den Betrieb eines zentralen Rechenzentrums, die Betreuung der IT, die Administration der IT, die Unterstützung bei der technischen Fortentwicklung der IT; Beschaffung von Leistungen am Markt und ähnliches. Mit Dataport als gemeinsamen IT-Dienstleister haben die Trägerländer Schleswig-Holstein und die Freie und Hansestadt Hamburg ihre Kooperation auf Gebiet IT in einem Shared Service Center institutionalisiert. Dieser Schritt hat bundesweit Beachtung gefunden. Der Beitritt der Freien Hansestadt Bremen und (aktuelle beschränkt auf das gemeinsam betriebene Data Center Steuern) Mecklenburg-Vorpommerns ist sichtbares Zeichen dafür, dass dieses Modell Ergebnisse zeigt, die auch andere Länder überzeugen.

Die Aufgaben und Zuständigkeiten der Funktionsträger der IT des Landes Schleswig-Holstein sind in den Richtlinien IT-SH geregelt. Fundstelle Richtlinien IT-SH:

http://intranet/-3.Allgemeines/-Informationstechnik/-IT-Regelungen/pdf/RL%20ITSH_Version%201.0.pdf

1.4 IT Gesamtplan 2009/2010

Der Aufbau korrespondierender Organisationsstrukturen unterstützt somit die eingeleiteten Innovationsprozesse und das E-Government. Über die anstehenden Entwicklungen unterrichtet das zentrale IT-Management die Landesregierung in schriftlicher Form. Der IT-Gesamtplan verknüpft dabei strategische und konzeptionelle Aspekte mit der praktischen Umsetzung von IT in den Ressorts.

Die haushaltsrechtlichen Eckwerte für den Doppelhaushalt 2009/2010 und die Mittelfristige Finanzplanung (MFP) ab 2011 bis 2013 wurden am 04.07.2008 vom Kabinett festgelegt. Unter Beachtung dieser Rahmenbedingungen schreibt der IT-Gesamtplan 2009/2010 die Gesamtplanung 2007 fort. Den IT-Gesamtplan 2007 hat die Landesregierung am 21.11.2007 beschlossen.

2 Strategische Ausrichtung

2.1 Ziele der IT

Die IT des Landes Schleswig-Holstein dient der Umsetzung folgender kurz-, mittel- und langfristiger Ziele:

- Unterstützung der E-Government-Strategie des Landes durch Sicherung standardisierter Infrastruktur und technischer Interoperabilität.
- Ausbau und Fortentwicklung des Landesnetzes Schleswig-Holstein zu einem hoch innovativen und leistungsfähigen Verwaltungsnetz als Basis eines E-Government. Die Einbindung aller Kommunen ist anzustreben. Die Arbeiten sollen bis zum Jahre 2010 abgeschlossen sein.
- Optimierung der Wirtschaftlichkeit des IT-Einsatzes des Landes Schleswig-Holstein durch Standardisierung und Homogenisierung der Systemlandschaften (Hard- und Software).
- Auf- und Ausbau einer E-Government-Basisinfrastruktur als gemeinsame Plattform für alle E-Government-Anwendungen.
- Optimierung der Wirtschaftlichkeit der IT des Landes Schleswig-Holstein durch Institutionalisierung der Kooperationen mit anderen Trägern der öffentlichen Verwaltung (insbesondere mit der Kommunalen Ebene und der Freien und Hansestadt Hamburg). Mittelfristig ist die gemeinsame Nutzung standardisierter IT-Systeme anzustreben.
- Mittelfristig ist verstärkt der dezentrale und mobile Arbeitsplatz zu fördern, um die Voraussetzungen für moderne Arbeitsmethoden (z. B. Telearbeit, Außendienste) zu schaffen.
- Mittel- bis langfristig muss eine Reorganisation und Neustrukturierung der Zuständigkeiten für die IT in der Landesverwaltung erfolgen und neue Formen der Zusammenarbeit gemeinsam erarbeitet werden. Dabei ist Dataport als gemeinsamer IT-Dienstleister der Länder Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern (Bereich Steuern) vorrangig mit operativen Aufgaben zu beauftragen.
- Kurz- bis mittelfristig müssen die Methoden zur finanziellen Gesamtsteuerung von IT-Maßnahmen fortentwickelt werden. Ziel ist es, IT-Maßnahmen inhaltlich, organisatorisch und finanziell zu bewerten. In diesem Zusammenhang ist eine Abgrenzung zu anderen technischen Maßnahmen der Landesverwaltung vorzunehmen.
- Kurz- bis mittelfristig müssen Geschäftsprozesse erfasst werden, um den Fachbereichen geeignete technische und organisatorische IT-Lösungen zur Verfügung stellen zu können.
- Hierzu sind die Kompetenzen der IT des Landes SH in den Bereichen Prozessmanagement, Konzeption und Controlling auszubauen. Die Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im dezentralen und zentralen IT-Management der Ressorts ist zu gewährleisten.

2.2 Leitlinien der IT

Um die o. g. Ziele zu erreichen, wird sich die IT des Landes Schleswig-Holstein an folgenden Leitlinien orientieren:

- Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten hat die Schaffung von Grundfunktionalitäten für die gesamte Landesverwaltung nach dem Prinzip „Einer für Viele“ Vorrang vor der individuellen, (nur) auf die spezifischen Anforderungen ausgerichteten Umsetzung unter Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten in den Behörden und Dienststellen der Landesverwaltung. Ziel ist, Insellösungen zu vermeiden. Hierbei ist jeweils die Wirtschaftlichkeit der Nutzung von Lösungen anderer Träger der öffentlichen Verwaltung in den Entscheidungsprozess einzubeziehen.
- Vor Einführung von IT-Vorhaben ist eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchzuführen. Dabei können sich die Ressorts an der Empfehlung zur Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen beim Einsatz der IT in der Bundesverwaltung (IT-WiBe) orientieren. Es gelten die Regelungen des § 7 LHO SH.
- Um die Nutzung gemeinsamer Standards und Verfahren zu ermöglichen, sind mögliche Belange der Kommunen bereits in der Planungsphase zu berücksichtigen.
- Die IT- und Datensicherheit ist als grundlegende Anforderung an die IT bereits bei der Planung und Konzeptionierung von IT-Maßnahmen zu beachten und eine Entwicklung zur Datenschutzfreundlichen Infrastruktur ist als Rahmen zu berücksichtigen.
- Die Regelungen zur Gleichstellung, des Mitbestimmungs- und Schwerbehindertenrechts des Landes Schleswig-Holstein sind zu beachten. Eine frühzeitige Einbindung der Personalräte ist anzustreben und ist auch bei nicht zustimmungspflichtigen Maßnahmen zu empfehlen. Hierbei ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vertretungen ein entscheidender Faktor für eine reibungslose Umsetzung von Maßnahmen und Projekten.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind durch zielgerichtete Aus- und Fortbildung kontinuierlich zur Nutzung der verfügbaren Informations- und Kommunikationstechnologie zu befähigen.

2.3 Generelle Ausrichtung

Die strategische Ausrichtung der IT geht von dem Grundverständnis aus, dass IT aufgrund ihres gegenwärtigen und künftigen Beitrags zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung eine unabdingbare Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Staates und jeder Verwaltung darstellt. Der Einsatz der IT soll so gestaltet werden, dass die Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung bei sinkenden Beschäftigtenzahlen, zunehmender Komplexität der Aufgaben und steigenden Anforderungen an die Qualität bei gleichzeitiger Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte erhalten bleibt.

Um die mit IT erreichbaren Modernisierungs- und Optimierungspotenziale umsetzen zu können, wird eine stärkere Zentralisierung der ressortübergreifenden Querschnittsverfahren als strategisches Ziel definiert. Folgende strategische Schlüsselkomponenten sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben:

- die Positionierung des zentralen IT-Dienstleisters Dataport,
- die Standardisierung der Hard- und Software,
- die Einführung einer einheitlichen integrierten gemeinsam mit der FHH zu nutzenden IT-Unterstützung für das Personalmanagement einschließlich neuer Organisationsstrukturen (Projekt „Kooperation Personaldienste SH/FHH),
- die Einführung eines Führungsinformationssystems unter Einbindung der Kosten- und Leistungsrechnung und ggf. der Doppik,

- die Integration bestehender Fachverfahren in eine übergreifende Prozessautomation,
- die Bereitstellung von Basisdiensten (wie z. B. Formularservice, Contentmanagement, Dokumentenmanagement),
- sowie die Einrichtung eines einheitlichen IT-Sicherheitsmanagements.

Die Ressorts und Behörden sollen hierdurch von IT-Querschnittsaufgaben entlastet werden und sich verstärkt der IT-gestützten Erledigung ihrer fachlichen Aufgaben auf den unterschiedlichen Politikfeldern widmen können. Mit der Umsetzung der o. g. Ausrichtung der IT in Schleswig-Holstein müssen die personellen Bedarfe im zentralen und dezentralen IT-Management neu geordnet werden.

2.4 Kooperation mit Gebietskörperschaften

(als strategische Vorgabe)

Einen hohen Stellenwert genießt die Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg. Es ist der Wille beider Bundesländer, eine gemeinsame Wirtschafts- und Verwaltungsregion aufzubauen.

Im Sinne dieser Absichtserklärung der Länderregierungen hat die Konferenz der Chefs der Staats-/Senatskanzleien der norddeutschen Länder die Kooperation aller norddeutschen Länder insbesondere bei der Entwicklung von neuen IT-Maßnahmen verbindlich vorgegeben, um Leistungen wirtschaftlich zu entwickeln und diese einem breiten Nutzerkreis zur Verfügung stellen zu können.

Das zentrale IT-Management hat diese Vorgabe in Nr. 7 der Richtlinien IT-SH abgelegt und wie folgt ausgeführt:

Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten

7.1. Bei der Planung von IT-Vorhaben oder bei grundlegenden Änderungen bestehender IT-Verfahren sind die Möglichkeiten der Kooperation mit anderen Gebietskörperschaften durch die zuständige Fachverwaltung zu prüfen.

7.2 Grundsätzlich geeignete IT-Maßnahmen (IT-Vorhaben und IT-Verfahren) sind insbesondere mit Kommunen des Landes Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg abzustimmen.

7.3 Bei geplanten Eigenentwicklungen von IT-Maßnahmen (IT-Vorhaben und IT-Verfahren) ist das Ergebnis der Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten zu dokumentieren und die Notwendigkeit der Eigenentwicklung zu begründen.

Um diesen Vorgaben zu entsprechen, ist eine Kooperation mit Partnern des öffentlichen Sektors generell zu prüfen und zu dokumentieren. Wie jede IT-Maßnahme unterliegen Kooperationsmaßnahmen dabei auch der Wirtschaftlichkeit und den Vorgaben der Landeshaushaltsordnung Schleswig-Holstein.

Strategisches Ziel ist es, nur die Kooperationen auszuwählen, die dem Land Schleswig-Holstein einen Nutzen bringen. Dies gilt grundsätzlich auch für Maßnahmen in bundes- und länderübergreifenden Verbänden, sofern sie nicht gesetzlich vorgeschrieben oder politisch beschlossen worden sind. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass bundesweit einheitlichen fachlichen Lösungen im Rahmen der Bund-/Länderkooperation aus Zweckmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsgründen im Zweifel den Vorrang vor evtl. Landesstandards zu geben ist.

3 Konzeptionelle Ausrichtung

3.1 Konzeptionelle Grundlagen

Ausgangsbasis der Planungen ist das Landessystemkonzept Schleswig-Holstein (LSK SH). Das LSK SH ist eine zukunftsorientierte IT-Strategie, mit dem Ziel die Aufbau- und Ablauforganisation in den Behörden mit Unterstützung der IT zu modernisieren und zu optimieren. Das LSK SH integriert eine auf Standardisierung, Kommunikation und Information ausgerichtete ressortübergreifende Systemarchitektur und ein ressortübergreifendes IT-Organisationskonzept zu einem ganzheitlichen Ansatz. Die auf der Grundlage dieser Überlegungen erzielten Ergebnisse sind die technische Basis des heutigen E-Government in Schleswig-Holstein.

Ein weiterer Baustein ist das Konzept „Finanzielle Gesamtsteuerung von IT-Maßnahmen in der Landesverwaltung“. Das Konzept beschreibt die Budgetierung und das Controlling im IT-Finanzmanagement.

Beide Konzepte sind entsprechend den Vorgaben der Landesregierung fortzuschreiben. Das neue Konzept stellt somit die Basis für die Ausrichtung der gesamten IT des Landes SH an gleichen strategischen und konzeptionellen Überlegungen dar. Sie bildet damit die Klammer zwischen der E-Government-Strategie des Landes Schleswig-Holstein und den Fachverfahren der Ressorts.

3.2 Nutzung des zentralen Dienstleisters Dataport

(als konzeptionelle Vorgabe)

Dataport ist der zentrale IT-Dienstleister für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein. Sie soll zur IT-Unterstützung genutzt werden. Die Beauftragung von Dataport kann ohne Ausschreibung erfolgen. Sollen andere IT-Dienstleister beauftragt werden, ist das Zentrale IT-Management vorab zu unterrichten.

Im Auftrage der Träger kommuniziert und koordiniert Dataport grundlegende strategische Planungen und Entscheidungen im technologischen und insbesondere infrastrukturellen Bereich zwischen den Ländern Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg.

Die Zusammenarbeit beider Bundesländer mit Dataport hat sich mittlerweile etabliert und besitzt in der IT der Länder einen hohen Stellenwert. Dies wird insbesondere von der Erkenntnis getragen, dass es im hohen Maße wirtschaftlich ist, sich den Aufwand für gemeinsame IT-Infrastrukturen zu teilen.

3.3 Einbeziehung der Kommunen

(als konzeptioneller Aspekt)

Eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen im Bereich der Informationstechnologie erfolgt derzeit im Rahmen der Standardisierung der IT-Basisinfrastrukturen (Standardarbeitsplatz KITS = IKOTECH III; künftig „+1-Infrastruktur“), beim Aufbau und dem Betrieb gemeinsamer E-Government-Infrastrukturen, im Rahmen von Fachverfahren der Ressorts (xMeld, Umweltinformationssysteme pp.) sowie bei der Einführung des Landesportals „Schleswig-Holstein.de“ über die Bereitstellung von Bürgerinformationsdiensten im zentralen Contentmanagements des Landes Schleswig-Holstein. Darüber hinaus wurden alle Landräte als unter Landesbehörde an das Landesnetz Schleswig-Holstein angeschlossen.

Insbesondere im Hinblick auf die flächendeckende Einführung von eGovernment und die Interoperabilität von kommunalen und staatlichen IT-Anwendungen ist die Kooperation mit den Kommunen des Landes künftig noch zu intensivieren. Das Land strebt daher an, die bestehende E-Government-Vereinbarung mit den Kommunalen Spitzenverbänden auf eine neue Basis zu stellen, die den gewachsenen Anforderungen an die verwaltungsebeneübergreifende Kooperation gerecht wird.

Darauf aufbauend sollen mittelfristig die landesweite IT-Infrastruktur, die eGovernment-Basiskomponenten und die Dienstleistungen des zentralen IT-Dienstleisters auch den kommunalen Gebietskörperschaften und Einrichtungen zur Verfügung stehen.

In den Konzepten der Landesverwaltung Schleswig-Holstein sind daher die Belange und Interessen der Kommunen frühzeitig einzubeziehen und bei der technischen Umsetzung von den Ressorts und von Dataport zu berücksichtigen.

3.4 Datenschutz und Datensicherheit

Die Regelungen des Datenschutzgesetzes und der Datenschutzverordnung des Landes Schleswig-Holstein sind integraler Bestandteil der IT des Landes Schleswig-Holstein.

Die Anforderungen von Datenschutz- und Datensicherheit finden zum Schutz persönlicher Informationen sowie zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Datenverarbeitung bereits im Stadium der Planung und Konzeptionierung der IT Berücksichtigung.

Das zentrale IT-Management sowie die Ressorts beziehen das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD SH) frühzeitig in die Planungsprozesse der IT ein und nutzen dessen Beratungskompetenz zur Analyse, Bewertung und strukturierten Gestaltung datenschutzkonformer und -sicherer Verarbeitungsprozesse einschließlich der jeweiligen Auftragsdatenverarbeitung.

Die für die Sicherheit in der Informationstechnik (IT-Sicherheitsarchitektur) maßgebenden grundlegenden Sicherheitsziele wie Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit werden im Interesse eines wirksamen Schutzes personenbezogener Daten um die drei Sicherheitsziele Authentizität, Revisionsfähigkeit und Transparenz ergänzt, um den Nachweis der Urheberschaft elektronischer Kommunikation, der Revisionsfähigkeit der Vergabe und Nutzung von Berechtigungen sowie der Administration durch eine datensparsame, aber aussagekräftige Protokollierung und eine nachvollziehbare und aktuelle Dokumentation der betriebenen automatisierten Verfahren sicherzustellen.

Um Ressourcen zu sparen und Fehlentwicklungen vorzubeugen, erfolgt die Gestaltung und Implementierung der IT in einem Regelzyklus aus Konzeptionierung, Test- und Probeverfahren, einem fakultativen Pilotbetrieb, an die sich nach einer Freigabe durch den oder die Verantwortliche(n) der Produktivbetrieb mit Echtdaten anschließt.

Eine entscheidende Rahmenbedingung ist dabei die Ausrichtung zur „Datenschutzfreundlichen Infrastruktur“. Hierbei wird ein grundsätzlicher Sicherheitsstandard gewährleistet und Möglichkeiten der Revision für teilnehmende Behörden und Stellen geschaffen. Die Umsetzung erfolgt im Regelfall unter Beteiligung des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein.

3.5 Maßstäbe der Bewertung (Priorisierung)

Es ist erforderlich, finanziell anspruchsvolle IT-Maßnahmen als gemeinschaftliche Aufgabe der gesamten Landesverwaltung und herausgehobene Ziele der Landespolitik

zu begreifen. Ziel ist, unabhängig von Ressortzuständigkeiten die IT-Maßnahmen zu identifizieren, die im Rahmen des verfügbaren IT-Budgets vorrangig umgesetzt werden sollen.

Die Fortentwicklung des Prioritätenkataloges und eines ressortübergreifenden Bewertungssystems von IT-Maßnahmen durch das FM sind dabei wesentliche Meilensteine im Doppelhaushalt 2009/2010, die zur Erreichung einer wirtschaftlichen Vorgehensweise in der IT unerlässlich sind. Folgende Maßnahmen sollen diesen Prozess unterstützen:

3.5.1 Grundsätze der Priorisierung

Die Grundsätze der Priorisierung von IT-Maßnahmen haben die Ressorts in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium entwickelt. Die Priorisierung erfolgt durch die Ressorts und spiegelt im Wesentlichen das verwaltungsinterne Ranking wieder. Diese Angaben werden von dem Finanzministerium auf Plausibilität und Vollständigkeit aller Bewertungsmerkmale geprüft (Qualitätssicherung). Ergebnis ist eine Rangfolge, die durch Bewertung nach gleichen Kriterien zustande gekommen ist.

3.5.2 Bewertung der IT-Maßnahmen anhand der strategischen und konzeptionellen Ausrichtung

Bis hierhin sind die IT-Maßnahmen im Wesentlichen nach Kriterien bewertet worden, die sich aus der internen Bewertung des jeweils zuständigen Fachressorts ergeben. Das Finanzministerium bewertet die IT-Maßnahmen des Weiteren aus strategischer und konzeptioneller Sicht. D. h. es werden IT-Maßnahmen (insbesondere Vorhaben), die nicht der strategischen Linie folgen oder zeitlich nicht in die Arbeitsplanung passen, gekennzeichnet und in den Referatengesprächen zur Planaufstellung oder im Rahmen der Budgetgespräche zur unterjährigen Steuerung der IT gesondert verhandelt. Angestrebt wird eine einvernehmliche Festlegung der Priorität. Im Eskalationsfalle werden entsprechende IT-Maßnahmen zunächst nicht finanziert. Sie müssen ggf. durch Beschluss der Landesregierung „repriorisiert“ werden.

3.5.3 Fortschreibung der Kriterien der Priorisierung

Diese etablierten Prozesse der Priorisierung sind in 2009/2010 fortzuentwickeln. So ist es erforderlich, die bisher angewandte Matrix zur Priorisierung von IT-Maßnahmen um weitere Kriterien wie z. B. die finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt und die Auswirkungen auf die bestehende IT-Architektur, zu erweitern. In die abschließende Priorisierung einer IT-Maßnahme sollten künftig auch die Aspekte einer Risikobewertung (Zielrichtung: personelle Kapazitäten) einfließen.

4 Finanzbedarf und Finanzierung der IT-Maßnahmen

4.1 IT-Budget 2009 / 2010 einschl. MFP

Die Veranschlagung des IT-Budgets in Schleswig-Holstein erfolgt zentral im Kapitel 1103 „Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)“. Zur Finanzierung der in der IT-Planung erfassten IT-Maßnahmen stehen im Doppelhaushalt 2009/2010 rd. 101,6 Mio. € (Ausgaben) zur Verfügung. Die MFP ab 2011 wird bei rd. 113,5 Mio. € fortgeschrieben.

4.2 Angemeldete Bedarfe der Ressort bis 2013 in T€

(gem. HH-Plan; Planungsstand: Nov. 2008)

Ressort	Soll 2009	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012	Soll 2013
StK (03)	1.092,6	975,1	943,7	991,6	953,2
IM (04)	21.613,3	21.602,6	22.236,7	22.325,9	20.483,0
FM (05)	77.126,6	78.328,9	99.487,5	81.846,7	79.400,6
MWV (06)	813,1	539,6	597,6	606,6	711,6
MBF (07)	946,0	894,0	867,0	764,0	705,9
MJAE (09)	7.876,7	8.083,6	11.517,4	7.846,3	9.625,4
MSGF (10)	1.243,0	1.231,4	1.188,3	1.135,7	1.150,8
MLUR (13)	9.086,9	9.206,1	9.070,2	9.068,4	9.090,6
Summe	119.798,2	120.861,3	145.908,4	124.585,2	122.121,1

4.2.1 Verfügbares IT-Budget bis 2013 in T€

(gem. HH-Plan; Stand: 05.12.2008)

Kapitel 1103	2009 in T€	2010 in T€	2011 in T€	2012 in T€	2013 in T€
IT-Budget (gem. Haushaltsplan)	101.627,0	101.560,0	113.917,0	113.507,0	113.512,0
Bedarfe der Ressorts (gem. IT Web LSH)	119.798,2	120.861,3	145.908,4	124.585,2	122.121,1
Differenz [Budget - Bedarf] in % vom Bedarf ca.	-18.171,2	-19.301,3	-31.991,4	-11.078,2	-8.609,1
	-15,2%	-16,0%	-21,9%	-8,9%	-7,0%

4.3 Auswirkungen auf das IT-Budget im Doppelhaushalt 2009/2010

Eine rein rechnerische Aufteilung der Differenz im Verhältnis der Anmeldungen der Ressorts zueinander ergibt allenfalls einen Orientierungsrahmen, an dem die Ressorts ihre Planungen grob ausrichten können. Für eine Steuerung der IT ist diese Aufteilung jedoch nicht geeignet.

Vielmehr müssen zur maßnahmeorientierten Steuerung des IT-Budgets vom Finanzministerium im Rahmen der Haushaltsführung weitergehende Bewirtschaftungs- und Controllingmaßnahmen erlassen werden. Dabei sind kamerale und betriebswirtschaftliche Regelungen zu kombinieren. Ziel ist es, den Betrieb und eine angemessene Fortentwicklung der IT zu gewährleisten. Die Budgetierungsregelungen für den Doppelhaushalt 2009/2010 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

4.3.1 Ersatzbeschaffungen

Das Finanzministerium sichert die Investitionen für Ersatzbeschaffungen durch Vorwegabzüge im Kapitel 1103. Basis der Zuweisung von Haushaltsmitteln für Ersatzbeschaffungen sind die gemeldeten Stückzahlen und die aktuellen Beschaffungspreise für Hard- und Software gemäß Warenkorb der zentralen Beschaffungsstelle bei Dataport. Darüber hinaus haben die Ressorts sonstige Ersatzbeschaffungsmaßnahmen wie z. B. den Ersatz von Software, Switches, Medienkonverter pp. angemeldet. Diese Bedarfe sind in den jährlichen Budgetgesprächen zur unterjährigen Steuerung der IT durch die Ressorts zu begründen.

Hardware-Bestand zum 31.12.2007

Art	FM	IM	StK	MBF	MWV	MSGF	MLUR	MJAE	GESAMT
Server	224	401	23	15	14	56	125	251	1.109
APC	5.962	8.047	341	345	330	894	1940	5.453	23.312
Notebook	1.103	616	49	273	31	83	230	122	2.507
Drucker	4.973	5.860	301	367	358	848	1570	4.922	19.199
Monitore	5.942	8.611	377	391	346	884	1940	5.634	24.125

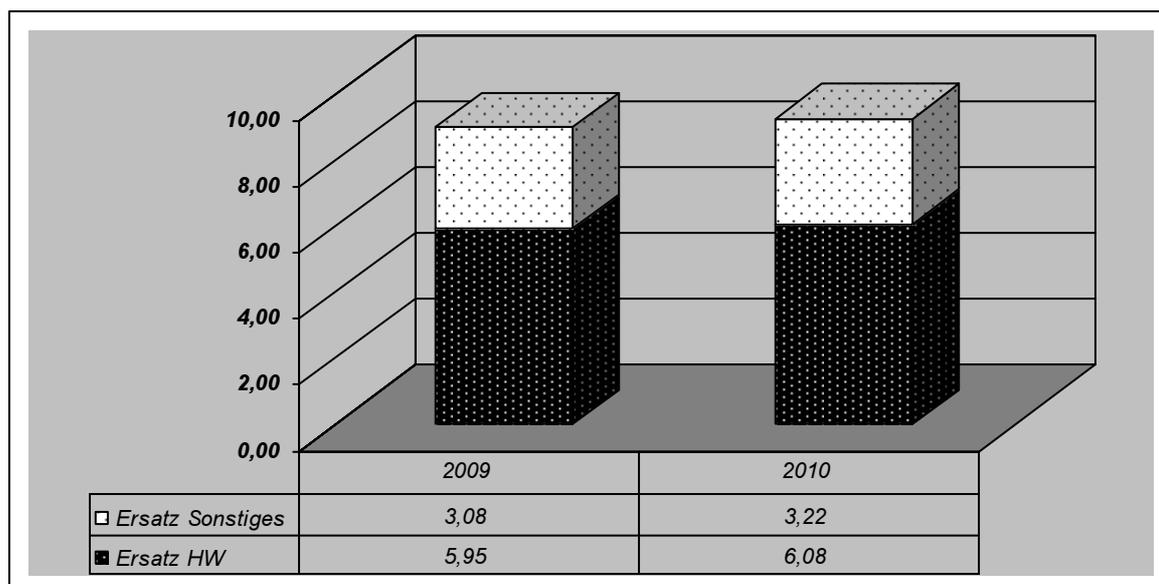
Geplante Ersatzbeschaffungen

Hardware nach Ablauf der Mindestnutzungszeiten

	Art	Jahr 2009	Jahr 2010
Server	Anzahl	122	137
	<i>Gesamtpreis in T€</i>	<i>1.241,0</i>	<i>1.101,3</i>
APC	Anzahl	2.608	2.639
	<i>Gesamtpreis in T€</i>	<i>2.132,5</i>	<i>2.192,8</i>
Notebook	Anzahl	329	341
	<i>Gesamtpreis in T€</i>	<i>414,6</i>	<i>438,6</i>
Drucker	Anzahl	4.246	4.109
	<i>Gesamtpreis in T€</i>	<i>1.341,7</i>	<i>1.335,0</i>
Monitore	Anzahl	2.396	3.121
	<i>Gesamtpreis in T€</i>	<i>815,8</i>	<i>1.016,0</i>

4.3.1.1 Ersatzbeschaffung (Gesamt)

in Mio. €



4.3.2 Betriebsbedingte Ausgaben der IT und neue IT-Maßnahmen

Die Haushaltsmittel für die betriebsbedingten Ausgaben der IT in 2009/2010 werden den Ressorts anteilig zugewiesen. Die Höhe der Zuweisungen wird mit den Ressorts in den jährlichen Budgetgesprächen verhandelt.

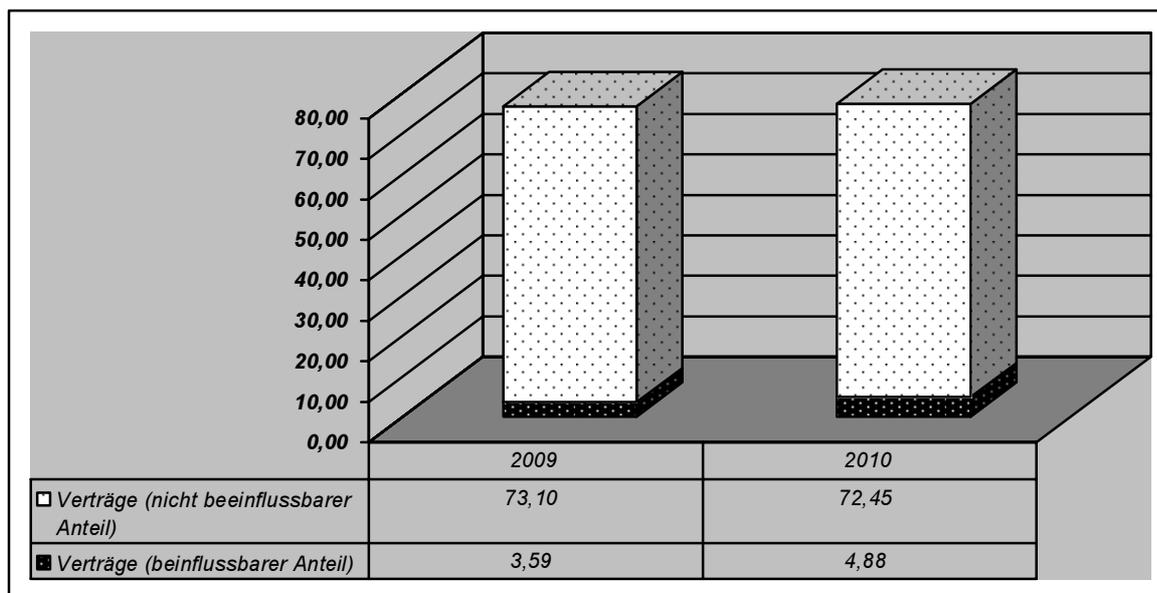
Im Rahmen der jährlichen Budgetgespräche werden die Arbeitsplanungen der Ressorts mit dem zentralen IT-Management besprochen und aufeinander abgestimmt. In diesen Verhandlungen sind die

- vertraglichen Ausgaben im Rahmen der Grundkosten der Dienststellen und für den Betrieb von lfd. IT-Maßnahmen
- sowie die variablen Pflege- und Entwicklungskosten einschl. der notwendigen Ausgaben für neue IT-Maßnahmen zu identifizieren.

4.3.2.1 Vertraglich gebundene Ausgaben im Kapitel 1103

Vertragliche Ausgaben werden grundsätzlich in voller Höhe zugewiesen. Bei den vertraglich gebundenen Mitteln sind jährliche Steigerungsraten zu verzeichnen. Mittelfristig wird durch diesen kontinuierlichen Anstieg der Vertragskosten, die Flexibilität des IT-Budgets immer weiter eingeschränkt. Daher müssen alle Spielräume konsequent genutzt werden, die eine Konsolidierung von vertraglichen Leistungen ermöglichen.

in Mio. €



4.3.2.2 Grundkosten der Dienststellen und Fortentwicklung

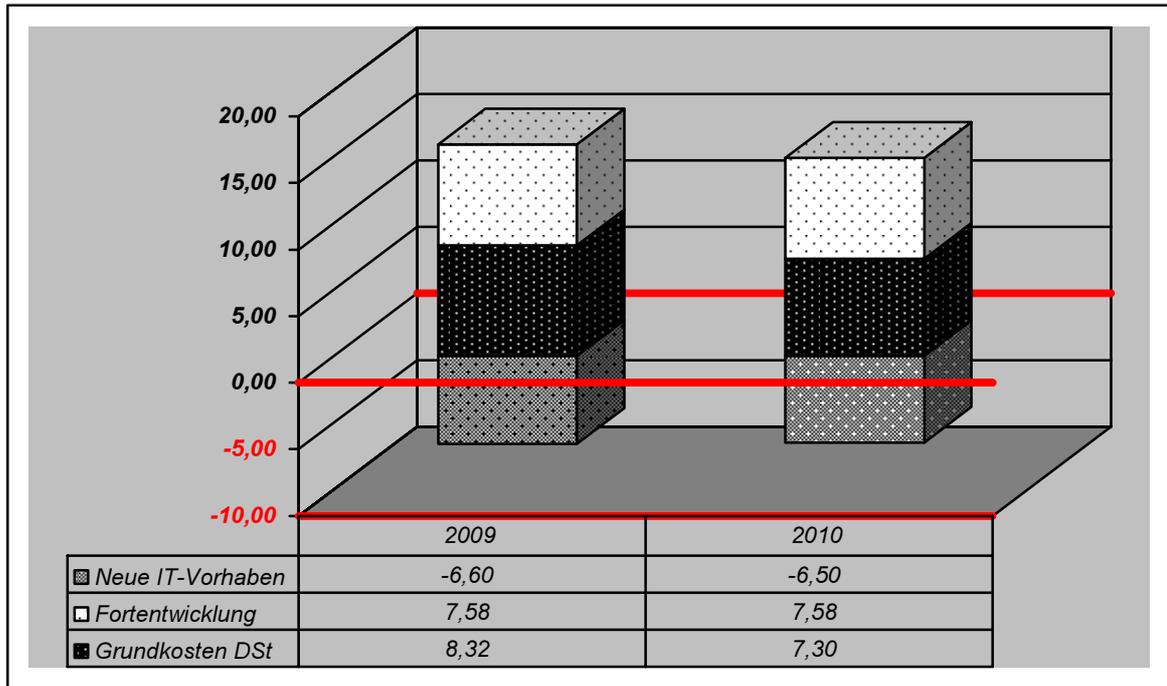
Variable Grundkosten der Dienststelle sowie nicht gebundene Pflege- und Entwicklungskosten können unter Beachtung der Bewertungsmaßstäbe (Prioritäten) nur anteilig bereitgestellt werden. In diesen Bereichen müssen die Planungen angepasst und entsprechend dem verfügbaren Budget ausgerichtet werden.

4.3.2.3 IT-Vorhaben

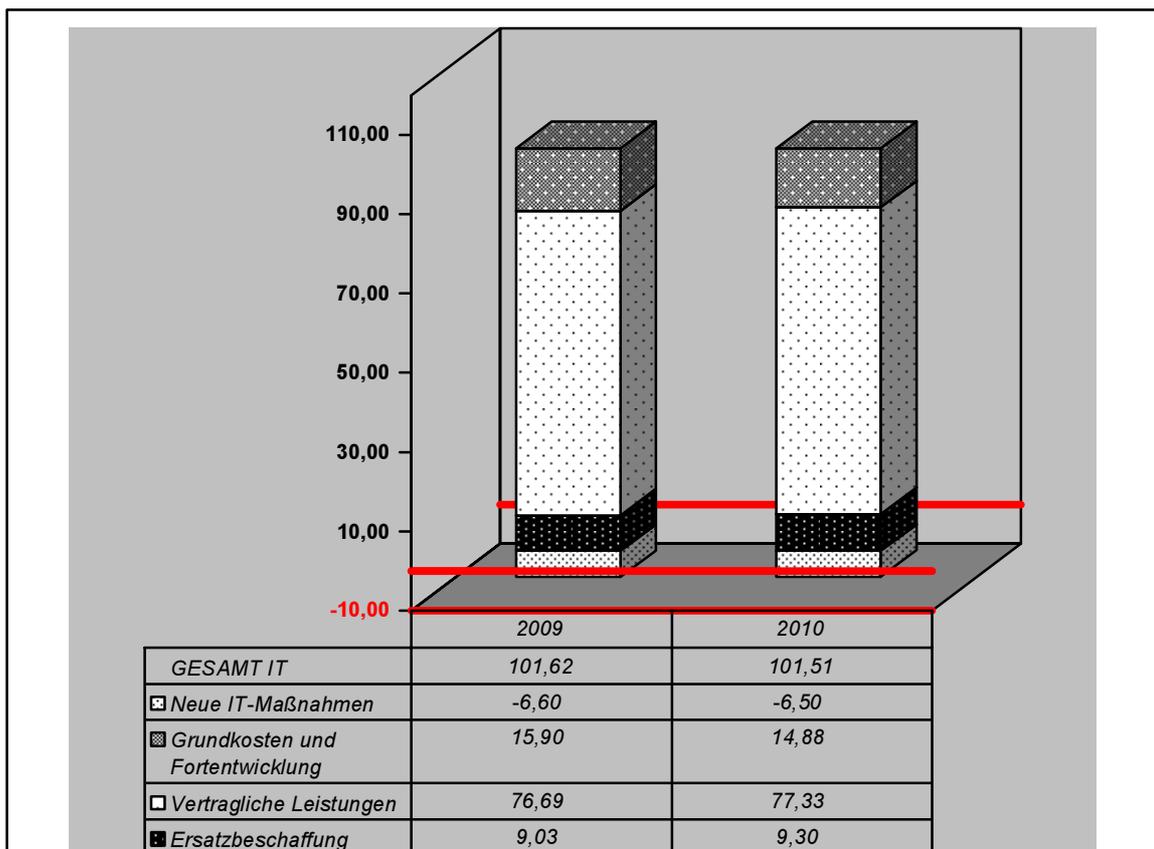
Neue IT-Maßnahmen der Ressorts unterliegen einem Finanzierungsvorbehalt. IT-Vorhaben werden grundsätzlich entsprechend der Priorisierung umgesetzt. Weitere Voraussetzungen für die Finanzierung entsprechender Maßnahmen sind:

- Die Unterlagen zur IT-Planung (Stammdatenblatt, Berechnung der Kosten einschl. MFP usw.) müssen vollständig sein. Zwingend erforderlich sind eine Wirtschaftlichkeitsberechnung entsprechend den Vorgaben des § 7 LHO und die Vorlage eines Grobkonzeptes.
- Darüber hinaus müssen im IT-Budget freie Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. In der Regel kann die Entscheidung über die Realisierung neuer IT-Maßnahmen erst im Anschluss an die jährlichen Budgetgespräche erfolgen, da vorrangig die Ausgaben der Ersatzbeschaffungen, die Grundversorgung der DSt sowie der lfd. Betrieb und eine angemessene Pflege der IT-Verfahren zu organisieren sind.
- Mit der Zusage der Finanzierung eines IT-Vorhabens stellt das Finanzministerium sicher, dass die Haushaltsmittel zur Begleichung von Rechnungen bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Die Zuweisung von Haushaltsmitteln erfolgt entsprechend dem Umsetzungsgrad der IT-Maßnahme (Berichtspflicht des Ressorts).

in Mio. €



4.4 Verteilung des IT-Budgets im Doppelhaushalt 2009/2010 in Mio. €



5 Personal im Bereich der IT

5.1 Grundsätze zur Erhebung des Personalbestands im Bereich der IT der Landesverwaltung Schleswig-Holstein

Das Kapitel 1103 (Informations- und Kommunikationstechnologien) vermittelt einen Überblick über die Sachkosten der IT der unmittelbaren Landesverwaltung¹ in Schleswig-Holstein. Die Ausgaben für IT-Personal hingegen werden in den Ressorthaushalten ausgewiesen und können den IT-Maßnahmen im Kapitel 1103 bislang nicht zugeordnet werden.

Die IT-Kommission des Landes Schleswig-Holstein hat im Auftrage der Landesregierung das Konzept „Grundsätze zur Erhebung des Personalbestands im Bereich der IT der Landesverwaltung Schleswig-Holstein“² erarbeitet. Es bietet erstmalig die Grundlage, den Personalbestand im Bereich der IT strukturiert zu erheben. Darüber hinaus steht es der StK zur Verfügung, da es im Rahmen des Projektes „Kooperation Personaldienste SH und FHH,“ wertvolle Beiträge zur Entwicklung und Einführung eines Personalmanagementsystems liefern kann.

Entsprechend den Empfehlungen der ITK wird IT in Personaltagen (PT) gemessen, da die Aufgaben der IT oftmals in Teilzeit oder nur mit Zeitanteilen bis zu 0,1 wahrgenommen werden. Aus der Summe der Personaltage wird das Vollzeitvolumen in Stellen (statistische Vollzeitstellen) errechnet. Dieser statistische Wert dient in den kommenden Jahren als Vergleichs- und Referenzgröße, um Änderungen im Personalbestand der IT messen, bewerten und begründen zu können.

Eine erste Erhebung der Ressorts wurde zum Stichtag 31.12.2007 vorgenommen.

¹ Ausnahmen sind im Haushaltsplan geregelt. Darüber hinaus werden die IT der mittelbaren Landesverwaltung (Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Stiftungen, Landesbetriebe pp.) sowie die Leistungen der wissenschaftlichen und pädagogischen Bereiche (Universitäten, Hochschulen, z. T. IQSH und Schulen) nicht berücksichtigt. Die IT dieser Bereiche ist nicht im Kapitel 1103 veranschlagt.

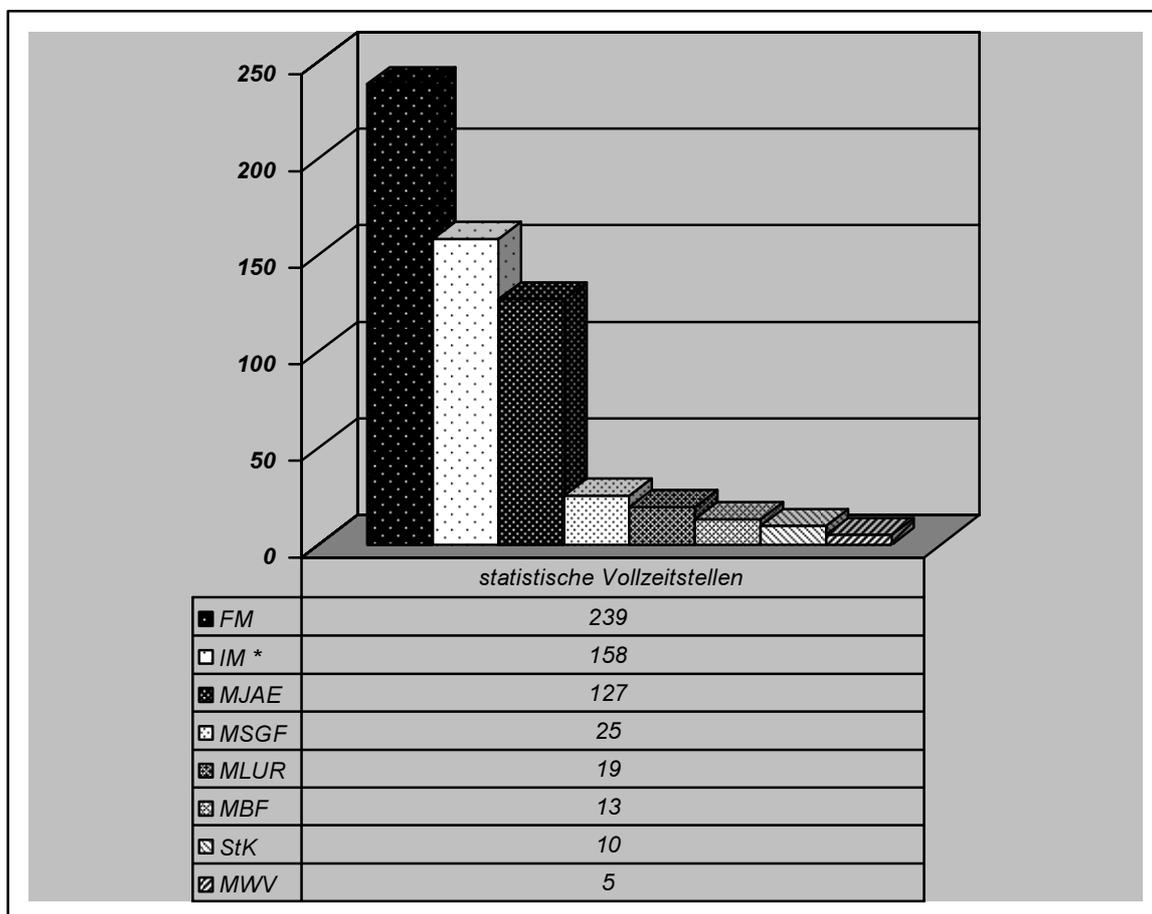
² Fundstelle des Konzepts „Grundsätze zur Erhebung des Personalbestands im Bereich der IT der Landesverwaltung SH:

http://intranet/-3.allgemeines/-informationstechnik/-it-planung_und_finanzen/erhebungpersonalbestand/grundsaeetze_der_erhebung_konzept.doc

5.2 Vollzeitvolumen IT GESAMT zum 31.12.2007

Ressorts	Personal mit im GVP ausgewiesenen IT-Aufgaben (Nr. 7.1)	Personal mit IT-Aufgaben, die nicht im GVP ausgewiesen sind (Nr. 7.2)	Personal in IT-Projekten (Nr. 7.3)	GESAMT
FM	229,1	8,8	0,7	238,5
IM	158,2	0,0	0,0	158,2
MBF	11,0	1,0	1,1	13,2
MJAE	125,1	2,0	0,0	127,1
MLUR	19,4	0,0	0,0	19,4
MSGF	22,3	3,0	0,0	25,4
MWV	5,0	0,1	0,0	5,1
StK	4,4	5,5	0,0	9,8
Summe	574,6	20,4	1,8	596,8

*= keine valide Datenbasis, sondern nur eine Trendberechnung.

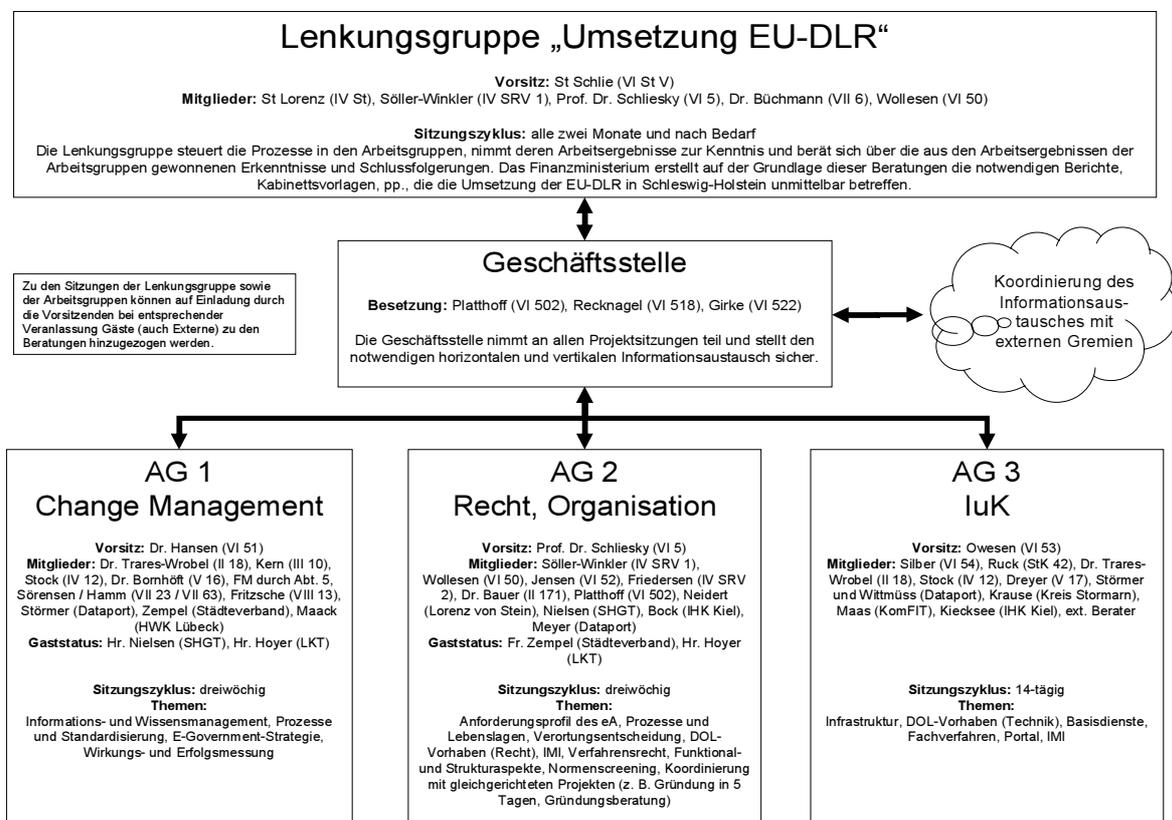


6 IT-Maßnahmen mit zeitlicher Relevanz und besonderer Bedeutung im Doppelhaushalt 2009/2010

Infrastrukturmaßnahmen der Landesverwaltung mit zeitlicher Relevanz

6.1 Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR)

Die Federführung für die Umsetzung der EU-DLR liegt beim Referat 50 der Abteilung 5 des Finanzministeriums; eingebunden sind die Referate VI 51 bis 54 sowie alle Ressorts und die kommunalen Verwaltungen sowie das ULD SH und der LRH. Die Umsetzung ist als Projekt (Organisationsform: inter-ministerielle Arbeitsgruppen) organisiert.



Sachstand

Die Umsetzung der EU-DLR ist überwiegend ein Ebenen übergreifendes Rechts- und Organisationsprojekt. Mit der EU-DLR besteht erstmals eine europarechtliche Verpflichtung zur Verwaltungsvereinfachung. Diese soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- die Verpflichtung zu einer Normenprüfung (Normenscreening),
- die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren (Prozessmanagement),
- die Einrichtung des sog. „Einheitlichen Ansprechpartners“ (EA) und
- die Einführung umfangreicher Informationsrechte und der Möglichkeit einer elektronischen Verfahrensabwicklung.

Die Komplexität der Umsetzungsmaßnahmen und die kurze Fristsetzung bis 2010 stellt an die Landesverwaltung Schleswig-Holstein besondere Anforderungen. Schwerpunkt der Entwicklung ist insbesondere die Verknüpfung der verschiedenen schon mit IT unterstützten Prozesse der unterschiedlichen Verwaltungsebenen. Diese müssen standardisiert und zielgerichtet zur Umsetzung der EU-DLR genutzt werden.

Ziele

Die Dienstleistungserbringer und -empfänger haben einen umfassenden Informationsanspruch, der elektronisch und aus der Ferne erfüllbar sein muss. Alle Verfahren und Formalitäten, die die Aufnahme oder Ausübung der Dienstleistungstätigkeit betreffen, müssen elektronisch abgebildet und abgewickelt werden können.

Maßnahmen

Vorrangig sind die Entwicklungen der IT-Basisinfrastrukturen rechtlich, organisatorisch und technisch auf die Anforderungen der EU-DLR anzupassen. Darüber hinaus sind die Aufbau- und Ablauforganisation der IT des Landes Schleswig-Holstein auf diese neuen Entwicklungen abzustimmen. Insgesamt muss der strategische Ansatz (Standardisierung der ressortübergreifenden Systemarchitekturen und der IT-Organisation) zu einem ganzheitlichen Ansatz weiterentwickelt und bis zum 28.12.2009 umgesetzt werden. In Abstimmung mit den Arbeitsgruppen zur EU-DLR (AG I bis III) sind neue Handlungsstrategien zu entwickeln und wirtschaftlich zu bewerten. Eine darauf aufsetzende Umsetzungsstrategie wird kurzfristig Entwicklungen mit den Bestandteilen Technische Infrastruktur, IT-Sicherheit und IT-Organisation initiieren.

IT-Umsetzung in Schleswig-Holstein: JUNO

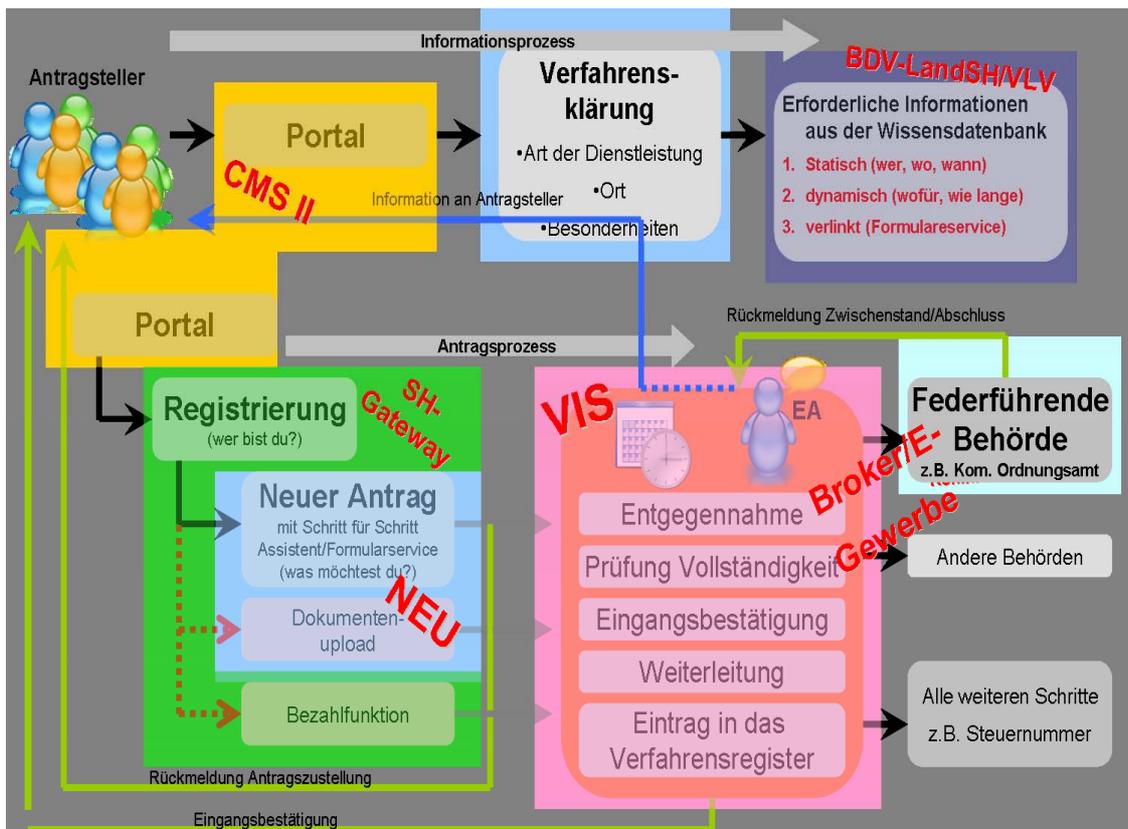
Die EU-DLR wurde am 12.12.2006 verabschiedet und muss von den Mitgliedstaaten drei Jahre nach der Veröffentlichung, also am 28.12.2009, umgesetzt werden. Die Kommission verbindet mit der EU-DLR das Ziel, die erforderlichen Verwaltungsgänge für Dienstleistungserbringer zu reduzieren bzw. zu vereinfachen. Sie tastet die bisherigen Zuständigkeiten in der öffentlichen Verwaltung nicht an. Zukünftig können Antragsteller ihre Verwaltungsvorgänge elektronisch und über Einheitliche Ansprechpartner (EA) abwickeln, hierfür wird in Schleswig-Holstein zum 01.07.2009 eine zentrale Behörde eingerichtet werden. Wenn für die Erbringung der Dienstleistung mehrere Verwaltungen zu beteiligen und somit mehrere Verwaltungsgänge erforderlich sind, werden über die EA mehrere Prozesse, die bei rechtlich eigenständigen Verwaltungen in eigener Verantwortung und Organisationshoheit bearbeitet werden, zu einem neuen Gesamtprozess verbunden.

Die Verfahrensabwicklung setzt einen wesentlichen Schwerpunkt bei der IT-unterstützten Vermittlung von Auskünften (Informationen) an einen potentiellen Antragsteller und bei der weitgehend elektronischen Abwicklung eines Antragsprozesses. Faktisch besteht ein „Zwang“ zur IT-Unterstützung.

Auf Basis der Anforderungen zur Umsetzung der EU-DLR sind verschiedene technische Lösungen realisierbar. Von einer vorwiegend manuellen Bearbeitung beim Einheitlichen Ansprechpartner bis zur hochkomplexen Ablauf-Verfolgungslösung mit zentraler Datenhaltung beim EA sind verschiedene Varianten denkbar. Viele der technischen Komponenten, die für die Umsetzung der Richtlinie erforderlich sind, können auch in anderen E-Government-Projekten (D-115, Zentrales Melderegister, etc.) verwendet werden. Um eine wirtschaftliche und im Rahmen des gegebenen Umsetzungszeitraums bis zum 30.06.2009 für den am 01.07.2009 neu zu gründenden EA nutzbare technische Lösung einsetzen zu können, wird bevorzugt auf vorhandene Komponenten der IT-Basisinfrastruktur des Landes (IKOTECH III, E-Government-Infrastruktur 1.0) zurückgegriffen. Sofern neue Bestandteile erforderlich sind, besteht

die Möglichkeit, im Rahmen der Erarbeitung der „E-Government-Infrastruktur 2.0“ gemeinsam mit der FHH eine kostengünstige Lösung einzuführen.

Abbildung: Umsetzungsmöglichkeit für JUNO



Priorität / Einstufung:

Aus Sicht der Gesamtentwicklung der IT des Landes Schleswig-Holstein hat die Umsetzung der EU-DLR absolute Priorität. Die Umsetzung ist gesetzlich vorgeschrieben und mit sehr kurzen Fristen (bis 28.12.2009) hinterlegt.

Die lfd. Maßnahmen zur Fortentwicklung der IT (Organisation und Basisinfrastrukturen) des zentralen IT-Managements müssen sich schwerpunktmäßig an der EU-DLR ausrichten.

Mit der Umsetzung der EU-DLR werden herausgehobene Entwicklungen angestoßen, die mittelfristig folgende Entscheidungen der Landesregierung zur Aufbau- und Ablauforganisation der Landesverwaltung erfordern:

- Einrichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts als Einheitlicher Ansprechpartner (EA) im Sinne der EU-DLR und
- Beschluss eines E-Government-Gesetzes für das Land Schleswig-Holstein, um eine verwaltungs- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der IT in Schleswig-Holstein zu ermöglichen.
- Aufbau und Betrieb eines Fachverfahrens zur Umsetzung der EU-DLR; die Verfahrensabwicklung setzt einen wesentlichen Schwerpunkt bei der IT-gestützten Vermittlung von Auskünften (Informationen) an einen potentiellen Antragsteller und bei der weitgehend elektronischen Abwicklung eines Antragsprozesses. Faktisch besteht ein „Zwang“ zur IT-Unterstützung; die korrespondierende Umsetzungsmaßnahme ist das Projekt JUNO.

Finanzielle Auswirkungen:

Folgende IT-Maßnahmen (Planungen) unterstützen diesen prioritären Prozess:

ITM Nr	Ressort	IT-Maßnahmen	2009 IN T€	2010 IN T€
2005050060	FM	Organisatorische Maßnahmen (Kooperationen und E-Government)	800,0	800,0
2007050068	FM	Aufbau ressortübergreifender Strukturen zur Umsetzung der EU-DLR (Recht, Organisation und IT)	760,0	780,0

6.2 Basiskomponenten für E-Government (E-Government-Infrastruktur)

Zuständigkeit: VI 53/VI 54

Sachstand:

Schleswig-Holstein verfügt über eine technische Basis für die Bereitstellung interaktiver Anwendungen. Mit Hilfe dieser E-Government-Infrastruktur werden funktionale Anforderungen der unterschiedlichen Fachverwaltungen gebündelt. Ziel ist, solche Funktionalitäten in einer gemeinsamen Lösung bereitzustellen, die sonst in jeder Fachverwaltung einzeln realisiert werden müssten. Dazu gehören u. a. das Identifikations- und Berechtigungsmanagement, Elektronischer Briefkasten, Transportmanagement und eine Bezahlungsfunktion.

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie stellt neue Rahmenbedingungen für die Kooperation unterschiedlicher Verwaltungen auf. Um die damit verbundenen Anforderungen zu erfüllen, ist die bestehende Infrastruktur auszubauen. Dabei wird das Land Schleswig-Holstein an einer universell nutzbaren E-Government-Plattform festhalten, deren zentrale Funktionalitäten sowohl für die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie als auch für alle E-Government-Anwendungen der Landesverwaltung SH und der Kommunen im Lande genutzt werden können. Die Gesamtmaßnahme wird in Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg unter Einbindung von Dataport realisiert.

Ziele:

Die E-Government-Infrastruktur soll viele Ziele erreichen und Anforderungen erfüllen, die an jede Fachanwendung und an alle Auskunftssysteme gestellt werden. Hierbei soll durch die zentrale Erfüllung dieser Anforderungen eine Basis für den wirtschaftlichen Einsatz von Fachverfahren geschaffen werden.

- Die Infrastrukturkomponenten unterstützen flexible Rollenkonzepte,
- die Berechtigungsverwaltung erfolgt transparent und kann sowohl übergreifend wie auch anwendungsspezifisch gesteuert werden,
- die Präsentation der Inhalte ist barrierefrei gemäß Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung (BITV)¹ möglich,
- die Infrastrukturkomponenten durch elektronische Ausfüllhilfen in Form von Assistenten und kontextsensitive Vorgänge sind einfach zu bedienen,
- einfache und leistungsfähige Suchfunktionen unterstützen die Nutzer,
- die Infrastrukturkomponenten, deren Nutzung auch außerhalb der üblichen Verwaltungszeiten genutzt werden könnten, stehen „Rund-um-die-Uhr“ zur Verfügung,
- die Infrastrukturkomponenten erfüllen in hohem Maße die Anforderungen des Datenschutzes und der Datensicherheit und
- die Infrastrukturkomponenten basieren auf offenen Standards, die sowohl Inhalte (z.B. X-Meld und weitere XÖV-Standards) als auch Protokolle (z.B. OSCl-Transport) betreffen.

¹ Der Erfüllungsgrad der Barrierefreiheit ist über den sog. BIK-Test dokumentierbar. In der weiteren Konkretisierung der Anforderungen sind die erforderliche Punktzahl und der Testzeitpunkt zu definieren. Die Prüfung der Barrierefreiheit der E-Government-Infrastruktur mit Hilfe des BIK-Tests soll zu einem Zeitpunkt durchgeführt werden, an dem noch kein Content eingepflegt ist.

Im Einzelnen sollen die nachfolgenden Funktionen geplant und implementiert werden:

- Identitäts- & Zugangsverwaltung (IAM): Ein Nutzer soll nicht in zahlreichen Fachverfahren eingetragen, sondern zentral administriert werden. Trotzdem muss nachvollziehbar sein, welche Verfahren er nutzt und auf welche Daten er zugreifen darf.
- Verschlüsselungs-/Kryptografie-Funktionalität: Der Umgang mit personenbezogenen Daten erfordert einen hohen Schutz dieser Daten. Hierfür sind, insbesondere bei einem Datenaustausch über das Internet, Schutzmaßnahmen wie Verschlüsselung der Daten erforderlich.
- Prozessmanagement: Wer macht wann was in welcher Verwaltung? Diese Kernfrage soll in elektronischen Abläufen durch ein Prozessmanagement gesteuert werden. Die Daten erreichen zur richtigen Zeit den richtigen Empfänger und können durch standardisierte Formate in den Verwaltungen ohne Medienbruch weiterverarbeitet werden.
- Transportmanagement: Die Daten müssen, auch verwaltungsübergreifend, sicher, nachvollziehbar und ohne Verzögerungen von einem Verfahren an ein anderes übergeben werden.
- Bezahlungsfunktion: Viele Verwaltungsleistungen sind gebührenpflichtig oder erfordern eine Bezahlung. Um komplizierte Wege der Rechnungsstellung und des Zahlungsvollzugs zu vereinfachen, ist die Einbindung einer Zahlung in alle Abläufe, die von der E-Government-Infrastruktur gesteuert werden, möglich.
- Zugang aus internen Netzen, Internet, Telefonnetzen etc.: Der Zugang zur Verwaltung muss nicht nur für Bürger und Firmen, sondern auch für andere Verwaltungen jederzeit und überall möglich sein. Hierfür werden Übergänge in öffentliche Netze umgesetzt.
- Dokumentation des Verwaltungshandelns: Elektronische Abwicklung darf nicht zu „In-Transparenz“ im Verwaltungshandeln führen. Durch die Implementierung der E-Government-Infrastruktur werden die Abläufe eingesetzten Fachverfahren automatisch umfassend dokumentiert und Entscheidungen revisionssicher gespeichert und archiviert.

Maßnahmen:

Die E-Government-Infrastruktur 2.0 soll die bestehenden Infrastrukturen, auf denen E-Government-Lösungen basieren, ablösen. Die Migration bestehender Lösungen auf E-Government-Infrastruktur 2.0 muss dabei möglich sein. Ist eine komplette Ablösung unwirtschaftlich, ist die vorhandene Infrastruktur durch geeignete Komponenten zu ergänzen. In jedem Fall müssen die umgesetzten und im Echtbetrieb befindlichen Lösungen (z.B. Elektronische Rückmeldung, Melderegisterauskünfte, ...) weiterhin ohne Unterbrechung laufen können.

Um unwirtschaftliche Doppelentwicklungen bei der Umsetzung der EU-DLR zu vermeiden, werden die hierfür erforderlichen Infrastrukturbestandteile bevorzugt definiert und implementiert. Um die Zielsetzungen möglichst zügig zu realisieren, werden Aufträge zur Fortentwicklung der E-Government-Strukturen an Dataport und andere Kooperationspartner vergeben.

Priorität / Einstufung:

Der Fortentwicklung der E-Government-Infrastruktur wird eine hohe Priorität eingeräumt. Die Entwicklung der Basisinfrastrukturen wird funktionsbezogen

vorangetrieben, um zeitgerecht auf Anforderungen der EU-DLR reagieren zu können und eine wirtschaftliche Vorgehensweise zu gewährleisten.

Finanzielle Auswirkungen:

Folgende IT-Maßnahmen (Planungen) unterstützen diesen prioritären Prozess:

ITMNr	Ressort	IT-Maßnahmen	2009 in T€	2010 in T€
2005050006	FM	Betrieb und Fortentwicklung eines Prozessmanagements für sämtliche Komponenten der eGovPlattform	300,0	300,0
2005050007	FM	Virtuelle Poststelle (Betrieb und Fortentwicklung)	211,0	211,0
2005050015	FM	Betrieb und Fortentwicklung der PKI-SH (Public Key Infrastructure)	50,0	50,0
2005050018	FM	Funktionale Erweiterung des Government Gateways - Gateway 2.0 - EU-DLR Zuständigkeitsfinder - einheitliche Behördenrufnummer 115	2.795,0	3.200,0
2005050046	FM	Koppelung der Verzeichnisdienste der Kommunalverwaltungen	10,0	10,0

6.3 IT-Maßnahme „+1 Infrastruktur“ (Fortentwicklung IKOTECH III)

Federführung: VI 54

Sachstand:

Diese IT-Maßnahme definiert einen systemtechnischen Standard, welcher in der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein verwendbar ist. Der Titel der Maßnahme ist „+1 Infrastruktur“ und versteht sich aus der Lesart „das aktuelle IT-System“ und „+1“ als dessen Fortschreibung.

Gleichzeitig bildet die Systemkonzeption die Grundlage und technische Ausprägung des Servicearbeitsplatzes Schleswig-Holstein

Das Finanzministerium führt das Projekt „+1 Infrastruktur“ über die IT-Kommission des Landes durch, in Abstimmung mit den Ressorts, dem Unabhängigen Landeszentrum für den Datenschutz (ULD), KomFIT als Vertreter der Kommunalverwaltungen sowie Dataport als Konzerndienstleister. Den Rahmen für die planmäßige Fortschreibung der IT-Infrastruktur geben die bisherigen Standards IKOTECH III und das entsprechende Pendant KITS (Kommunale IT-Standards) in der Kommunalverwaltung vor. Diese haben mit ihrem Funktionsumfang, den bisher realisierten Standards und der Verbreitung die Basis für die Fortschreibung gesetzt.

Ausgangspunkt der Fortschreibung ist die Definition des Basisarbeitsplatzes - eingebunden in eine zukunftssichere und funktionsfähige gemeinsame Infrastruktur im Bereich der IT - für den Einsatz in der gesamten Landes- und Kommunalverwaltung.

Ein Hauptziel dabei ist es, bei der Entwicklung und dem Betrieb die Kosten zu reduzieren.

Der Arbeitsauftrag zur Fortschreibung des Landesstandards wurde der Arbeitsgruppe IT-Infrastruktur als zuständige Einrichtung der IT-Kommission erteilt. Es ist besonders wichtig bei einem derart übergreifenden Vorhaben die fachliche Kompetenz über alle Geschäftsbereiche einzubinden. Die Anforderungen aus den beteiligten Ressorts und Verwaltungen werden berücksichtigt, so dass eine zielgerichtete Erfüllung erreicht wird und die Verwaltungen optimal unterstützt werden. Die umfassende Beteiligung der Verwaltungen und weiterer Einrichtungen unterstützt zudem das Ziel einer klaren IT-Struktur, welche anpassungsfähig und transparent ist und zudem die Sicherheit der Infrastruktur erhöht.

Ein schlagkräftiges Kernteam mit Expertinnen und Experten aus der Landesverwaltung, den Kommunalverwaltungen, dem Unabhängigen Landeszentrum für den Datenschutz und von Dataport erarbeitet dabei die Konzeption und konkrete Umsetzungsplanung und stimmt diese mit den Gremien ab. Dataport übernimmt die Rolle des „technischen Umsetzers“ und versteht sich zudem als Technologie-Berater für die IT-Vorhaben des Landes.

Bei „+1 Infrastruktur“ geht es neben den technischen Innovationen auch um die Themen Nutzerorientierung, IT-Sicherheit, Gruppenzusammenarbeit und Mobilität sowie um eine Datenschutzfreundliche Infrastruktur (Revisions-sicheres Active Directory, ULD Audit auch für den Landesstandard, nachdem KITS bereits im September 2007 erfolgreich auditiert wurde), eine Prozessausrichtung (Unterstützung der ITIL Prozesse), den Einsatz von Thin-Clients als vollwertiger Arbeitsplatz und Basiskomponente des „Service- Zukunftsarbeitsplatzes“.

Alles in allem versteht sich das Vorhaben „+1 Infrastruktur“ als die aktuelle Ausprägung des Landesstandards SH und soll den bisher hohen Verbreitungsgrad durch Kooperation, Innovation, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit erweitern. „Es ist unser IT-

System“ – dieser Umstand und die Akzeptanz der teilnehmenden Behörden sowie die bisherigen Erfahrungen aus dem Projekt IKOTECH 3 und KITS sind die Erfolgsfaktoren und Umsetzungsgaranten für föderale IT-Systeme und für „+1-Infrastruktur“.

Ziele:

IT-Dienstleistungen sollen gezielt gebündelt und ein Betrieb zentral beauftragt werden, um den Auf- und Ausbau einer homogenen Systemlandschaft (unter Berücksichtigung der Fachverfahren der Ressorts) und eine standardisierte Unterstützung von Querschnittsaufgaben zu fördern sowie die Voraussetzungen für eine schnelle flächendeckende Bereitstellung insbesondere von Funktionen im E-Government für alle Behörden und Einrichtungen der Landesverwaltung zu gewährleisten. Gleichzeitig sollen wirtschaftliche Vorteile einer gemeinsamen Beauftragung durch schlankere Prozesse genutzt werden.

Maßnahmen:

Der Arbeitsauftrag zur Fortschreibung des Landesstandards wurde der Arbeitsgruppe IT-Infrastruktur als zuständige Einrichtung der IT-Kommission erteilt. Es ist besonders wichtig bei einem derart übergreifenden Vorhaben die fachliche Kompetenz über alle Geschäftsbereiche einzubinden. Die Anforderungen aus den beteiligten Ressorts und Verwaltungen werden berücksichtigt, so dass eine zielgerichtete Erfüllung erreicht wird und die Verwaltungen optimal unterstützt werden. Die umfassende Beteiligung der Verwaltungen und weiterer Einrichtungen unterstützt zudem das Ziel einer klaren IT-Struktur, welche anpassungsfähig und transparent ist und zudem die Sicherheit der Infrastruktur erhöht.

Ein schlagkräftiges Kernteam mit Expertinnen und Experten aus der Landesverwaltung, den Kommunalverwaltungen, dem Unabhängigen Landeszentrum für den Datenschutz und von Dataport erarbeitet dabei die Konzeption und die konkrete Umsetzungsplanung und stimmt diese mit den Gremien ab.

Dataport übernimmt die Rolle des „technischen Umsetzers“ und versteht sich zudem als Technologie-Berater für die IT-Vorhaben des Landes.

Priorität / Einstufung:

Der Fortentwicklung des Standardarbeitsplatzes +1 wird eine hohe Priorität eingeräumt.

Finanzielle Auswirkungen:

Folgende IT-Maßnahmen (Planungen) unterstützen diesen prioritären Prozess:

ITMNr	Ressort	IT-Maßnahmen	2009 IN T€	2010 IN T€
2005050004	FM	IKO III – Kopfstelle – Betrieb zentraler landesweiter Dienste	370,0	370,0
2005050011	FM	IKOTECH III - Fortentwicklung	100,0	100,0
2005050032	FM	Zentrales Vertragsmanagement	5.229,5	4.849,0
2005050037	FM	+1 (IKOTECH III Folgeverfahren)	3.350,0	2.950,0

Steuerungsprozesse der Landesverwaltung mit zeitlicher Relevanz

6.4 Kooperatives Prozessmanagement

(EU-DLR-relevante Prozesse in Land und Kommunen)

Federführung: VI 51

Sachstand:

E-Government erfordert die Umsetzung einer prozessorientierten Verwaltungsorganisation. Zur Schaffung einer prozessorientierten Organisation sind Kernprozesse zu definieren und Qualitätsstandards sowie klare Zuständigkeitsregelungen festzulegen. Ein kooperatives Prozessmanagements¹ SH ist ein Schlüsselfaktor für die Zusammenarbeit der Träger der öffentlichen Verwaltung, wie sie insbesondere auch von der EU-DLR gefordert wird:

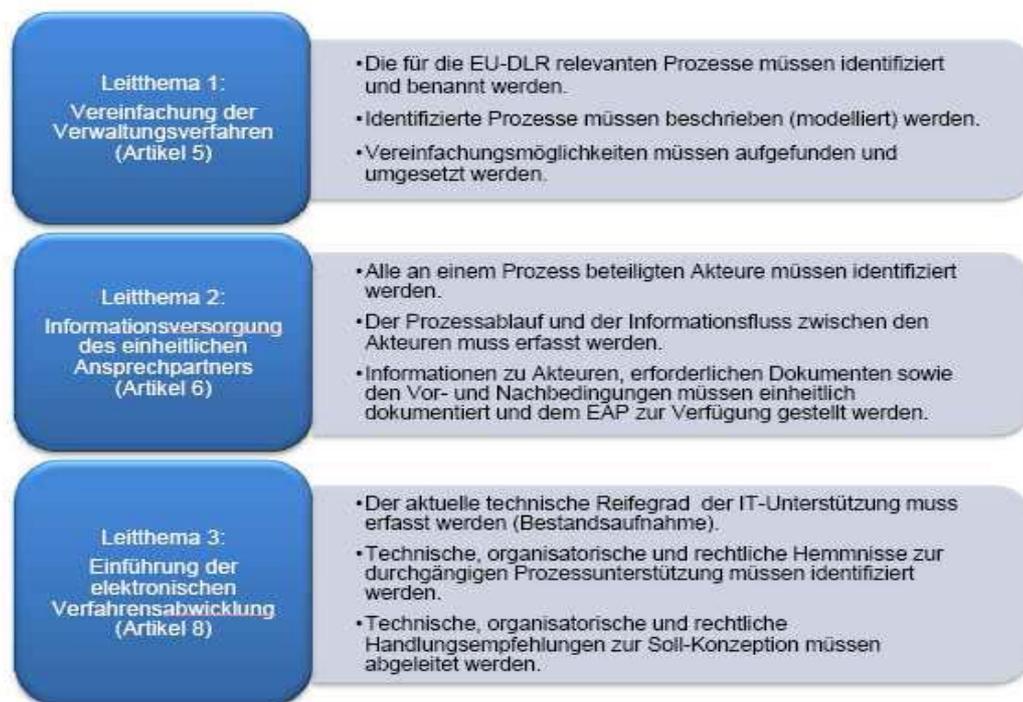


Abbildung 2: Aufgaben aus der EU-Dienstleistungsrichtlinie mit Bezug zu Verwaltungsprozessen

Ziele:

Um die Prozessorientierung des Verwaltungshandels und der Verwaltungsstrukturen in den öffentlichen Verwaltungen des Landes Schleswig-Holstein umsetzen zu können, ist die Entwicklung einer kooperativen Prozessstrategie erforderlich.

¹ Unter Kooperativen Prozessmanagement versteht man einen einheitlichen Ansatz, um alle Prozesse in einer Organisation (öffentliche Verwaltung / Unternehmen) an strategischen Vorgaben auszurichten. Nach dem DIN 4-Phasenmodell erfolgt dieses in folgendem Ablauf (Regelkreis): Phase 1 <Erkennen/Dokumentieren>; Phase 2 <Analysieren/Bewerten>; Phase 3 <Optimieren/Einführen>; Phase 4 <Evaluieren>. Der Zusatz „Kooperativ“ betont die Vorgehensweise in der öffentlichen Verwaltung des Landes Schleswig-Holstein - ebenenübergreifend - in sog. „Wertschöpfungsnetzwerken“ zu denken.

Maßnahmen:

Um eine kooperative Prozessstrategie umsetzen zu können, soll in einem ersten Schritt ein kooperatives Prozessregister Schleswig-Holstein als Informations- und Wissensplattform aufgebaut und betrieben werden. Durch die Bereitstellung des Prozesswissens, zunächst insbesondere in Bezug auf die EU-DLR-relevanten Prozesse in Land und Kommunen, sollen die 4 Phasen des Prozessmanagements mit dem Ziel der Standardisierung, Transparenz und Wirtschaftlichkeit unterstützt werden.

Priorität / Einstufung:

Kooperatives Prozessmanagement ist der zentrale Steuerungsprozess bei der Umsetzung der EU-DLR. Die Implementierung des IT-Verfahrens Prozessregister hat daher eine hohe Priorität.

Finanzielle Auswirkungen:

Folgende IT-Maßnahme (Planungen) unterstützt diesen prioritären Prozess:

ITMNr	Ressort	IT-Maßnahmen	2009 IN T€	2010 IN T€
2009050073	05	Einführung eines Prozessmanagements (EU-DLR-relevante Prozesse in Land und Kommunen)	136,0	178,0

6.5 IT-Planung, Finanzen und Steuerung (PlaFiS)

Federführung: VI 53; eingebunden ist das Ref. IV 12 (Leitung IMAG PlaFiS)

Sachstand:

Im Dezember 2006 wurde der IT-Kommission des Landes Schleswig-Holstein der ressortinterne Lösungsansatz des Innenministeriums zur unterjährigen Steuerung der IT vorgestellt. Der Lösungsansatz berücksichtigt die Vorgaben des Finanzministeriums und versucht die technischen sowie finanziellen Planungsprozesse der IT, die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel im lfd. Jahr, das Projektmanagement und die notwendigen Controllingmechanismen umfassend in einem Steuerungsprozess zusammenzufassen.

Um die Ergebnisse des IM auszuwerten, auf ihren Nutzen für die Landesverwaltung zu prüfen und ggf. über geeignete Regelungen des FM (VI 53) in den Ressorts zu etablieren, wurde die IMAG PLAFIS eingerichtet. Die IMAG PLAFIS hat Mitte 2007 ihren 1. Sachstandsbericht vorgelegt. Seit August 2007 hat das IM die Grundlagen in einem ressortinternen „Projekt“ zu einem Konzept „Aufbau eines IT-Managements im Innenministerium“ fortgeschrieben. Die Ergebnisse daraus sollen nunmehr in der IT-Kommission auf ihren Nutzwert für und ihre Übertragbarkeit auf die Landesverwaltung geprüft werden.

Ziele:

Vorrangiges Ziel von PlaFiS ist es, die Vorgaben der Landesregierung für die IT umzusetzen und somit zur angestrebten Haushaltskonsolidierung des Landes beizutragen. Der Lösungsansatz beinhaltet den Aufbau eines ganzheitlichen und prozessorientierten sowie ressortübergreifenden Steuerungssystems (IT-Controlling), der für die Umsetzung und Messbarkeit der strategischen Ziele die wesentliche Voraussetzung bildet. Unterstützt wird diese Aufgabe durch den Aufbau von Datenbanken und der Bereitstellung der notwendigen Werkzeuge. Diese werden erforderlich, um die für eine IT-Steuerung relevanten Informationen strukturiert, valide und messbar nutzerspezifisch auf allen Ebenen nachhaltig zur Verfügung stellen zu können.

Die IT unterstützt die Fachabteilungen in der Aufgabenerledigung und erhöht deren Leistungsfähigkeit. Um Handlungsschwerpunkte zu erkennen und Redundanzen zu beseitigen, ist eine unterjährige Steuerung von IT-Maßnahmen entlang ihres gesamten Lebenszyklusses notwendig. Auch diese Anforderung wurde als Ziel in PlaFiS hinterlegt.

Nutzen von PlaFiS

Eine IT-Steuerung in Verbindung mit einem abgestimmten Personaleinsatz ermöglicht eine transparente strukturierte Planung von IT- und Organisationsprojekten. Durch verbesserte Planungen können die knappen Ressourcen den IT-Verfahren zielgerichteter zur Verfügung gestellt und kostenintensive Korrekturen weitgehend vermieden werden.

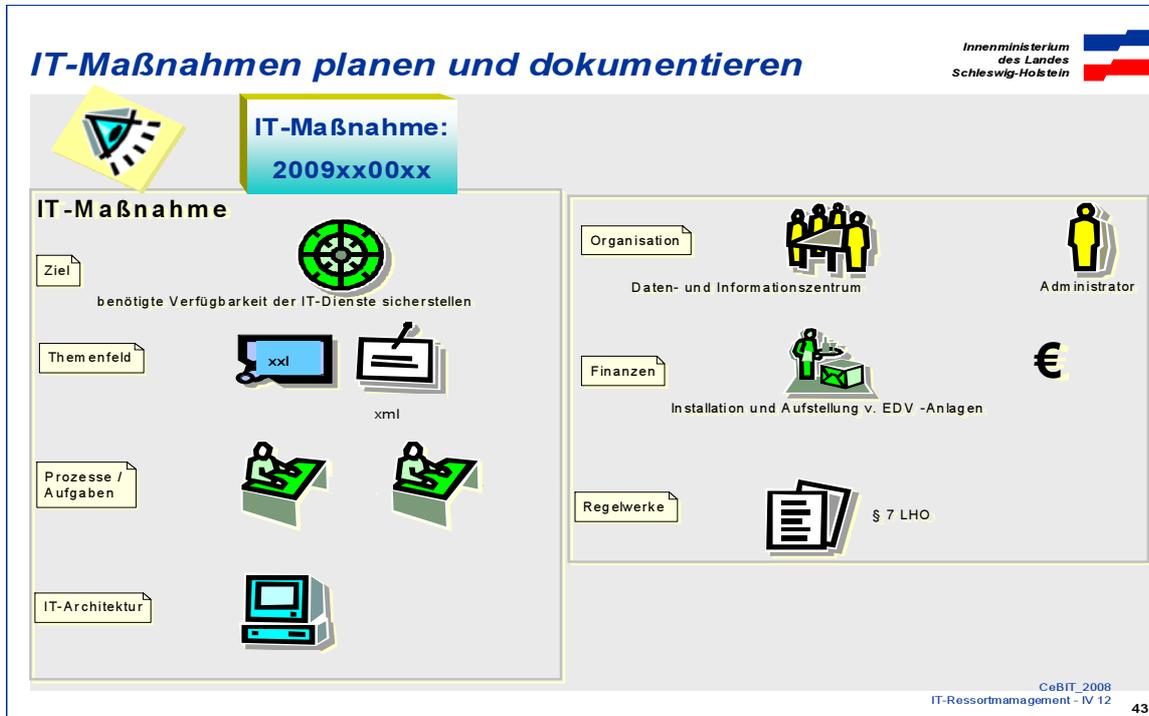
Dies wird durch eine IT-Architektur unterstützt, die es ermöglicht, durch flexible Anpassungen den Ressourcenverbrauch bei Veränderungsprozessen gering zu halten.

Die zentrale IT-Steuerung wird Synergien in allen Verwaltungsbereichen erzeugen. Die Verknüpfungen von IT zu den Fachaufgaben werden transparent. Der Wertbeitrag der IT zur Aufgabenerledigung bleibt somit keine unbekannte Größe.

Maßnahmen:

Das Finanzministerium hat die neue Methodik zur IT-Planung und Steuerung implementiert. Die Methodik ist grundsätzlich wirksam, muss jedoch in den Eckwerten überarbeitet und ergänzt werden.

PlaFiS ist vorrangig ein konzeptioneller Ansatz und befasst sich auch mit Fragen der IT-Architektur und anderen Schnittstellen der Planung, Bewertung und Dokumentation von IT-Maßnahmen:



Priorität / Einstufung:

Der Aufbau einer IT-Steuerung ist neben den technischen Entwicklungen für E-Government der Schwerpunkt des zentralen IT-Finanzmanagements im Bereich der IT-Organisation. Zzt. werden folgende Entwicklungen koordiniert:

- Fortentwicklung des zentralen Planungswerkzeuges „IT Web LSH“
- Aufbau und Einführung einer haushaltskonformen ressortübergreifenden Inventarisierung (Ham.s.ter),
- Aufbau und Einführung eines zentralen Lizenzmanagements,
- Aufbau und Betrieb einer Vertragsdatenbank im Innenministerium mit dem Ziel diese landesweit einzusetzen.

Finanzielle Auswirkungen:

Folgende IT-Maßnahmen (Planungen) unterstützen diesen prioritären Prozess:

ITMNr	Ressort	IT-Maßnahmen	2009 IN T€	2010 IN T€
2005050029	FM	Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes Schleswig-Holstein	3.615,0	4.337,0
2005050035	FM	Haushaltsaufstellungsverfahren (HAVWeb LSH)	200,0	250,0
2006050063	FM	Einführung eines integrativen Finanzmanagements auf der Basis der doppelten Buchführung	150,0	150,0
2006050065	FM	Inventarisierung (Ham.s.t.er)	403,0	396,0

ITMNr	Ressort	IT-Maßnahmen	2009 IN T€	2010 IN T€
2006050067	FM	PlaFiS (IT-Planung, Finanzen und Steuerung)	155,0	155,0
2008040051	IM	IT-Architektur	95,5	93,0
2008040052	IM	Wissensmanagement	95,5	130,5
2008040053	IM	Prozessmanagement	66,0	100,0
2008040054	IM	Unternehmensmodellierung	65,0	85,0
2008040055	IM	Qualitätsmanagement	52,0	76,0
2008040056	IM	IT-Steuerung	445,1	440,1

IT-Maßnahmen der Ressorts von besonderer Bedeutung

6.6 Kooperation Personaldienste SH und FHH

Beschaffung, Migration und Betrieb eines gemeinsamen (SH/FHH) integrierten Personalmanagementsystems

Federführung: StK; in Zusammenarbeit mit dem FM und den Ressorts

Sachstand:

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) und das Land Schleswig-Holstein (SH) haben sich zum Ziel gesetzt, eine gemeinsame Wirtschafts- und Verwaltungsregion aufzubauen. Im Rahmen dieser Zielsetzung sollen die Verwaltungen zunehmend stärker vernetzt werden, um Verwaltungsaufgaben künftig gemeinsam noch effizienter wahrzunehmen und den Einsatz von Ressourcen zu optimieren.

Die FHH und das Land SH beabsichtigen, die IT-Unterstützung von Personalmanagementaufgaben neu auszurichten. Durch die Bündelung der Kräfte sollen eine deutliche Steigerung der Qualität und Wirtschaftlichkeit sowie eine vorteilhafte Situation für beide Länder (win-win-Situation) erreicht werden.

Das Projekt basiert auf den Ergebnissen einer gemeinsamen Voruntersuchung (Projekt „Kooperation Personaldienste SH und FHH“), den Empfehlungen der Lenkungsgruppe, den Beschlüssen der Landesregierung SH und der Bürgerschaft der FHH vom 22. / 23.01.2008.

Das Projekt unter Federführung der Staatskanzlei beinhaltet folgende Aufgabenblöcke:

- Beschaffung, Anpassung und Einführung eines Personalmanagement-systems (inkl. einer Leitstelle) gemeinsam mit FHH
- Aufnahme, Analyse, Abgleich und Optimierung der Personalverwaltungsprozesse sowie Vorbereitung notwendiger und möglicher Organisationsveränderungen

Das Projekt wird durch die Ressorts unterstützt. Den Kommunalen Landesverbänden wird angeboten, sich am Projekt zu beteiligen.

Ziele:

Die FHH und das Land SH wollen in einem ersten Schritt für die IT-Unterstützung der Kernbereiche von Personalmanagementaufgaben (Verwaltung, Bezüge, Berichtswesen/Personalcontrolling) einheitliche, gemeinsame und integrierte IT-Verfahren auswählen, beschaffen, einführen und betreiben.

Weiterhin wird geprüft, ob und inwieweit über die Kernbereiche des Personalmanagements hinaus in weiteren Aufgabenfeldern wie z. B. Travelmanagement, Fortbildung, Bewerberverwaltung, Zeitwirtschaft sowie sonstige Aufgaben (z. B. Trennungsgeld, Dienstunfallfürsorge, Heilfürsorge und Umzugskosten) Kooperationsmöglichkeiten bestehen. Ggf. sind dazu weitere gemeinsame Umsetzungsprojekte geplant. Unter Berücksichtigung der jeweiligen länderspezifischen Anforderungen wollen beide Länder die Geschäftsprozesse des PM mit den IT-Verfahren optimal unterstützen und dadurch wirtschaftliche Vorteile erzielen. Hierzu werden konkrete Ziele und Erfolgsindikatoren festgelegt

Es wird angestrebt, dass die IT-Systeme auch im kommunalen Bereich in Schleswig-Holstein sowie von den verselbstständigten Einrichtungen und Betrieben beider Länder wirtschaftlich eingesetzt und genutzt werden können.

Maßnahmen:

Die Geschäftsprozesse des Personalmanagements müssen analysiert werden. Hierfür sind die Anforderungen aller Bereiche zu ermitteln und entsprechend zu berücksichtigen, um die Einführung des PM-Systems organisatorisch zu begleiten und um die Organisation und die Möglichkeiten der neuen IT-Verfahren optimal auf einander aus zu richten. Es wird untersucht, ob eine Bündelung von Aufgaben des PM in SH (ohne FHH) wirtschaftlich ist.

Gemeinsam mit der FHH wird die Vergabe und Auswahl der IT-Verfahren und die Vorbereitung der Fachlichen und Technischen Leitstellen durchführt und ggf. erforderliche Teilprojekte definiert und einsetzt.

Die beiden Länder werden eine gemeinsame Organisation und ein gemeinsames Geschäftsmodell für den Betrieb der ausgewählten IT-Verfahren, das den Anforderungen an Effizienz und Innovationskraft genügt entwickeln.

Priorität / Einstufung:

Das Kooperationsprojekt ist Bestandteil des Arbeitsprogramms der Landesregierung und Entscheidungen des Kabinetts prioritär. Die IT-Maßnahme ist ein echtes IT- und Organisationsprojekt. Die Projektstrukturen befinden sich noch im Aufbau. Daher wird diese IT-Maßnahme vorerst als IT-Vorhaben geführt und unterliegt einem Finanzierungsvorbehalt (siehe Ziff. 4.3.2.3 - IT-Vorhaben).

Finanzielle Auswirkungen:

Folgende IT-Maßnahme (Planungen) unterstützt diesen prioritären Prozess:

ITMnr	Ressort	IT-Maßnahmen	2009 IN T€	2010 IN T€
2006050066	FM	Kooperation Personaldienste FHH/SH	1.205,0	1.605,0

6.7 Elektronischer Rechtsverkehr und Modernisierung in der Justizverwaltung

Federführung: II 35

Sachstand:

Durch eine Reihe von Modernisierungsprojekten konnte durch IT-Unterstützung bei gleichzeitiger Personaleinsparung eine effektivere und wirtschaftlichere Erledigung der Aufgaben der Justiz erreicht werden. Heute ist aufgrund der Schaffung des rechtlichen Rahmens und der technischen Voraussetzungen die Möglichkeit geschaffen worden, „Dienstleistungen“ der Justiz, die bisher herkömmlich auf postalischem Weg oder allgemein über den „Einsatz von Papier“ abgewickelt worden sind, auf elektronischem Weg zu bewerkstelligen. Konkret bedeutet dies, dass Bürgerinnen und Bürger, sowie Rechtsanwalt- und Notarschaft auf elektronischem Wege mit Gerichten und Staatsanwaltschaften „online“ kommunizieren können. Dahinter verbirgt sich die Aufgabe für die Justiz, ihre Dienstleistungen durch den Einsatz moderner IT so umzugestalten, dass eine Online-Kommunikation über das Internet mit externen Personen und Einrichtungen möglich ist.

Ziele:

Insbesondere gilt es die großen IT- Projekte der Justiz im Rahmen der bundesweiten Länderverbünde weiter zu entwickeln. Dabei steht im Vordergrund, gesetzliche Bestimmungen umzusetzen und den elektronischen Rechtsverkehr in den Bereichen g2g (z.B. Staatsanwaltschaft – Polizei), g2b (Gerichte - Anwälte / Notare), als auch g2c (Justizportal) voranzutreiben.

Maßnahmen:

- Pflege und Weiterentwicklung der Fachverfahren MEGA, MESTA, EUREKA-FACH, elektronisches Grundbuch, Registerautomation und elektronisches Mahnverfahren,
- Umsetzung des Elektronischen Rechtsverkehrs und der eJustice-Strategie,
- IT-Einsatz im Justizvollzug und der Bewährungshilfe

Priorität / Einstufung

Die Gesamtmaßnahme „Justiz“ ist aufgrund von Entscheidungen der Landesregierung prioritär. Die Reorganisationsmaßnahmen der Justiz sind zu unterstützen. Es ist Planungssicherheit für 2009 / 2010 sowie für die Folgejahre herzustellen.

Finanzielle Auswirkungen bis max.:

ITMNr	Ressort	IT-Maßnahmen	2009 IN T€	2010 IN T€
div.	MJAE	Justizbereich (Gesamt)	7.599,4	7.845,0

6.8 Aufbau und Betrieb des Landesnetzes Bildung

Federführung: III 44; eingebunden ist das IQSH

Sachstand:

Im Ministerium für Bildung und Frauen (MBF) liegt ein Schwerpunkt auf dem Ausbau der Kommunikationsbeziehungen mit den Schulverwaltungen und Schulämtern. In der Realisierung befindet sich die landeseinheitliche IT-Ausstattung der Schulverwaltungen auf der Grundlage des Landessystemkonzeptes als Basis für die Nutzung der E-Government-Anwendungen des Landes und für die Einführung eigener E-Government-Anwendungen.

Ziele:

- Einheitliche IT-Ausstattung in den Schulverwaltungen,
- Dokumentenaustausch im geschützten Landesnetz,
- Mitnutzung vorhandener zentraler Infrastruktur (Internet-Zugang mit Firewall, Intranet (SHIP), landesweites Active Directory),
- Mitnutzung der IT-Ausstattung für kommunale Aufgaben (z.B. kommunale Haushaltsverfahren).

Maßnahmen:

- Erstellung und Fortschreibung der erforderlichen Konzepte,
- Aufbau und Betrieb der erforderlichen zentralen Infrastruktur bei Dataport (Anmeldeserver und Mailserver),
- Ausstattung aller Schulverwaltungen mit einem Landesnetzanschluss bis 2010,
- Technische und inhaltliche Unterstützung der Schulen und Schulämter,
- Aufbau eines zentralen Informationspools für die Schulverwaltungen durch Mitnutzung des SHIP.

Priorität / Einstufung:

Die Entwicklungen des MBF sind als Fachanwendung und Schwerpunkt der Landesregierung prioritär. Es ist Planungssicherheit für 2009 / 2010 sowie für die Folgejahre herzustellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Folgende IT-Maßnahme (Planungen) unterstützt diesen prioritären Prozess:

ITMnr	Ressort	IT-Maßnahmen	2009 IN T€	2010 IN T€
2005070002	MBF	Landesnetz-Bildung	130,0	130,0

7 Abschlussbemerkung

Auszug aus dem Interview mit VI St V der Zeitschrift E-Government-Computing im November 2008

Frage: Auch bei der Reform des IT-Managements darf Schleswig-Holstein als Vorreiter gelten. Welchen Stand hat das strategische und operative IT-Management derzeit erreicht und welche Ziele sind im Zusammenhang mit dem E-Government-Gesetz und der E-Government-Strategie für die nächste Zeit geplant?

Antwort: Schleswig-Holstein hat als erstes Flächenland einen durchgängig ressortübergreifenden Ansatz für das IT-Management eingeführt. Dabei bündeln wir Aufgaben, die sonst in jedem Ressort individuell gelöst werden müssten.

Begonnen haben wir bereits vor weit über 10 Jahren mit einem einheitlichen Arbeitsplatzstandard, der zunächst in den obersten Landesbehörden eingeführt wurde. Sukzessive wurde das Einsatzgebiet ausgedehnt. Heute ist der Standard – mit wenigen, fachlich begründeten Ausnahmen – in der gesamten Landesverwaltung im Einsatz. Das spart nicht nur Kosten, sondern ermöglicht uns auch, Änderungen der Organisation mit geringem Aufwand abzubilden und unsere Verwaltung flexibel an sich ändernde Rahmenbedingungen anzupassen.

Als nächsten Schritt haben wir die Datennetze der verschiedenen Verwaltungen gebündelt. Heute sind sämtliche Dienststellen des Landes und alle Kommunen mit einem gemeinsam genutzten Landesnetz miteinander verbunden, über das wir auch telefonieren – inzwischen als IP-Telefonie.

Nach einem ähnlichen Muster bauen wir derzeit unsere Basisinfrastruktur für das E-Government aus, um sie an die deutlich gestiegenen Anforderungen anzupassen. Funktionalitäten wie Benutzerregistrierung, Berechtigungsmanagement, Payment stehen für alle E-Government-Anwendungen bereit. Das spart nicht nur Entwicklungskosten, sondern ist auch benutzerfreundlich, weil die Anwendungen gleichartig bedient werden und ein Registrierungsvorgang für alle Anwendungen ausreicht.

Weiteres Beispiel ist die Einrichtung einer zentralen Beschaffungsstelle für IT-Bedarf. Mit diesen Maßnahmen verbunden ist eine Angleichung der Prozesse, z.B. für Serveradministration, Anwenderbetreuung und Beschaffung.

Das alles lässt sich natürlich nur mit einem effektiven Instrumentarium zur Planung und Steuerung bewältigen. Die Grundlage dafür ist die Bündelung der finanziellen Mittel in einem IT-Budget, dessen Bewirtschaftung vom strategischen IT-Management mit Hilfe eines Controlling-Systems gesteuert wird.

8 Anlagen

**8.1 Katalog der IT-Maßnahmen
(aktuelle Auswertung IT Web LSH, Stand 05.12.2008)**

**8.2 Dokumentation aller IT-Maßnahmen
(aktuelle Auswertung IT Web LSH, Stand 05.12.2008)**

Katalog der IT-Maßnahmen

IT-Maßnahmennummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2009	Soll2010
IT-Verfahren (Ifd. IT-Maßnahmen)								
IT-Verfahren; Infrastruktur: Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung von Kommunikationstechnologien								
2005050002	FM	Sprachnetz SH	L	K	100	ja	17.193,0	17.225,0
2005050010	FM	Datennetz SH (Landesnetz)	L	K	100	ja	15.207,0	15.764,0
2005050003	FM	Kopfstelle Kommunikation (Betrieb der Datenkommunikation des Landes SH für E-Mail, TESTA, mobile IT-Systeme)	L	K	90	ja	150,5	150,5
2005050009	FM	Clearingstelle (Betrieb und Fortentwicklung); Rückmeldung im Meldewesen - Technik	L	K	80	ja	103,0	106,0
2005090005	MJAE	Betrieb Zentrale Kommunikationskopfstelle (ZKK-Justiz)	L	K	80	ja	102,0	105,0
2004040028	IM	Netzinfrastruktur für IT b. d. LaPo SH	L	K	42		144,0	159,0
IT-Verfahren; Infrastruktur: Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung der Basisdienste								
2005050006	FM	Betrieb und Fortentwicklung eines Prozessmanagements für sämtliche Komponenten der eGovPlattform	L	BD	100	ja	300,0	300,0
2005050007	FM	Virtuelle Poststelle (Betrieb und Fortentwicklung)	L	BD	100	ja	211,0	211,0
2005050015	FM	Betrieb und Fortentwicklung der PKI-SH (Public Key Infrastructure)	L	BD	100	ja	50,0	50,0
2005050018	FM	Funktionale Erweiterung des Government Gateways - Gateway 2.0 - EU-DLR Zuständigkeitsfinder - einheitliche Behördenrufnummer 115	L	BD	100	ja	2.795,0	3.200,0
2005050032	FM	Zentrales Vertragsmanagement (JURIS/INTERNET pp.)	L	BD	100	ja	5.229,5	4.849,0
2005090002	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation)	L	BD	80	ja	321,7	355,0
2005090004	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung MEGA (Mehrländer-Gerichts-Automation)	L	BD	80	ja	685,8	662,2
2005050038	FM	Einsatz des automatisierten Gesamtverfahrens (EOSS/KONSENS) in der Steuerverwaltung	L	BD	76		6.086,7	6.209,7
2005050020	FM	Deutsches Verwaltungsverfahrenverzeichnis (DVDV)	L	BD	75	ja	16,0	16,0
2005050034	FM	Dienste im IKOTECH-System	L	BD	75		80,0	80,0
2005050028	FM	Zentraler FAX-Service SH	L	BD	75		50,0	50,0
2005050011	FM	IKO III - Fortentwicklung	L	BD	75		100,0	100,0
2005050004	FM	IKO III - Kopfstelle - Betrieb zentraler landesweiter Dienste	L	BD	75		370,0	370,0
2005130003	MLUR	Natur- und Umweltinformationssystem (NUIS)	L	BD	73	ja	465,0	450,0
2005090010	MJAE	Elektronischer Rechtsverkehr	L	BD	70	ja	399,1	347,9
2005090003	MJAE	Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH	L	BD	60	ja	334,5	337,7
2005050026	FM	CMS II - Contentmanagement der Landesregierung für Internet, Extranet und Intranet	L	BD	60	ja	1.059,0	734,0
2005050040	FM	Fomularservice	L	BD	59	ja	70,0	70,0
2005050027	FM	SHIP - Extranet Öffentliche Verwaltung Schleswig-Holstein	L	BD	51	ja	40,0	40,0
2005050017	FM	BDVLandsh / Behörden- und Dienststellenverzeichnis unter Einbindung anderer DB	L	BD	35		157,5	117,5
IT-Verfahren; Infrastruktur: Infrastrukturelle Maßnahmen zum Ausbau (qualifizierte Fortentwicklung) der Kommunikation oder Basisdienste								
2004040027	IM	Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo	L	iM	69	ja	483,0	471,0
2006040050	IM	Ausstattung LaPo (Unterstützungsleistungen)	L	iM	59		425,0	400,0
2004040011	IM	Ausstattung Landespolizei	L	iM	59		1.143,0	1.304,0

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2009	Soll2010
2005070002	MBF	Landesnetz-Bildung	L	iM	25		130,0	130,0
2005090012	MJAE	IT-Ausstattung in der Bewährungshilfe	L	iM	18		166,0	195,1
2005090011	MJAE	Fortführung der Migration des Justiznetzverbundes in das LSK (Landessystemkonzept)	L	iM	0		75,0	75,0
IT-Verfahren: Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung von ressortübergreifenden IT-Maßnahmen								
2007050069	FM	IT des Amtes für Bundesbau (AfB) des Landes Schleswig-Holstein	L	rü	100	ja	301,0	282,0
2005130005	MLUR	IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung	L	rü	83	ja	4.620,0	4.770,0
2005050039	FM	IT-Unterstützung einer zentralen Familienkasse	L	rü	80	ja	57,0	57,0
2005050029	FM	Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)	L	rü	75		3.615,0	4.337,0
2005050035	FM	Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAVWeb SH)	L	rü	75		200,0	250,0
2005130004	MLUR	Pflege von Geobasisdaten	L	rü	73		150,0	150,0
2006050065	FM	Inventarisierung (Ham.s.t.er)	L	rü	73		403,0	396,0
2005130008	MLUR	Betrieb der Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz	L	rü	71		82,0	82,0
2009050073	FM	Einführung eines Prozessmanagements	L	rü	65	ja	136,0	178,0
2004040035	IM	E-Post 810 bei der LaPo SH	L	rü	55	ja	277,4	277,4
2005050031	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)	L	rü	53		2.057,0	2.117,0
2004040002	IM	Betrieb und Weiterentwicklung OWI 21	L	rü	51	ja	710,0	713,0
2005050023	FM	IT-Verfahren "eAkte"; DOMEA zertifiziertes Dokumentenmanagementsystem	L	rü	50	ja	647,0	673,0
2004042410	IM	Geoserver	L	rü	47	ja	674,6	700,6
2004043310	IM	Telekommunikationseinrichtungen für den Katastrophenschutz	L	rü	46	ja	82,0	84,0
2008040056	IM	IT-Steuerung im GB IM SH	L	rü	45		445,1	440,1
2006070007	MBF	Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen	L	rü	41		50,0	50,0
2005030001	MP	Dachportal schleswig-holstein.de	L	rü	36		30,0	30,0
2004040020	IM	EXTRAPOL	L	rü	31		25,0	25,0
2005060010	MWV	Informationssysteme Ernährungsnotfallvorsorge (IS-ENV)	L	rü	27		10,0	10,0
2005090013	MJAE	Neue Strategie: Datenaustausch Polizei / Justiz	L	rü	21		100,0	50,0
IT-Verfahren: Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung von ressortinterner IT-Maßnahmen								
2005090007	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch	L	ri	98	ja	1.221,8	1.195,8
2005100004	MSGF	Bearbeitung von Vorgängen nach dem Opferversorgungsgesetz (KOV / Prosid)	L	ri	96	ja	68,0	68,0
2005100002	MSGF	Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BErzGG)	L	ri	96	ja	63,0	63,0
2009050074	FM	Servicestelle Steueraufsicht	L	ri	96	ja	58,0	58,0
2005100003	MSGF	Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG)	L	ri	91	ja	48,0	48,0
2005100005	MSGF	Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS)	L	ri	91	ja	28,0	28,0
2005090001	MJAE	Bundesweite Internetplattformen der Justiz	L	ri	85	ja	41,5	41,5
2004042401	IM	Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung	L	ri	85	ja	1.091,6	1.511,5
2004040008	IM	MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung	L	ri	83	ja	1.134,0	1.134,0
2005050012	FM	Elektronischer Zahlungsverkehr (EZV) mit der Deutschen Bundesbank [Elektronischer Schalter (ELS)]	L	ri	83	ja	161,0	161,0
2005100001	MSGF	Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS)	L	ri	83	ja	91,5	86,5
2008100022	MSGF	Früherkennungsuntersuchungen von Kindern (Verfahren Kinderschutz)	L	ri	81	ja	36,7	36,7
2005090008	MJAE	Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"	L	ri	81		587,5	598,1
2005090006	MJAE	Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch)"	L	ri	78	ja	618,6	554,6

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2009	Soll2010
2005050025	FM	KONSENS (inkl. ELSTER) - Entwicklung und Pflege sowie Betrieb (gemeinsamer Einrichtungen)	L	ri	76	ja	2.508,0	2.645,0
2004040001	IM	@rtus/INPOL/EDDI - Betrieb	L	ri	75	ja	3.367,5	3.367,5
2004040003	IM	@rtus - Entwicklung	L	ri	75	ja	1.900,0	1.900,0
2005130002	MLUR	Umweltinformationssystem für die Landes- und Kommunalverwaltung	L	ri	73	ja	563,4	633,4
2005130007	MLUR	Betrieb der Fachverfahren Immissionsschutz und Gefahrstoffüberwachung	L	ri	71	ja	183,0	192,0
2005130009	MLUR	Abfallwirtschaftliche Informationssysteme	L	ri	71	ja	171,0	171,0
2004042409	IM	Digitales Rissarchiv	L	ri	71	ja	40,5	40,5
2005060001	MWV	BAföG / BaföG 21	L	ri	71	ja	212,0	212,0
2004046100	IM	Individualprogramme Asylix, Asybelix, Visa, Linx im Ausländerwesen SH	L	ri	67	ja	115,8	115,8
2004042405	IM	Geodatenmanagement - Datenhaltung, Datenaufbereitung und Vertrieb	L	ri	67	ja	97,6	82,2
2006130037	MLUR	Integriertes Informationssystem Lebensmittel- und Veterinärwesen	L	ri	67	ja	383,0	323,0
2005100006	MSGF	Länderübergreifende Badegewässer Datenbank (TEIS)	L	ri	61	ja	7,0	7,0
2009040057	IM	Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten	L	ri	55	ja	835,2	627,0
2004041602	IM	xMeld - Entwicklung elektronische Datenübermittlung zwischen Meldebehörden	L	ri	55	ja	458,0	458,0
2005041606	IM	xPersonenstand	L	ri	55	ja	63,0	410,0
2005050024	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung)	L	ri	55		3.930,6	4.021,0
2007041608	IM	Wahlabendprogramm	L	ri	53	ja	245,0	45,0
2005050033	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Beihilfe)	L	ri	53		1.203,0	963,4
2004042406	IM	Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)	L	ri	51	ja	135,6	110,6
2006042411	IM	Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo	L	ri	51	ja	69,6	62,6
2004040012	IM	WTS Betrieb auf Basis IKO III	L	ri	51		169,0	169,0
2006090033	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA Fach (EDV-Unterstützung für Rechtsgeschäftsstellen und Kanzleien in den Fachgerichtsbarkeiten)	L	ri	49		21,5	22,5
2005100007	MSGF	Zahlbarmachung von Renten für Opfer des Nationalsozialismus	L	ri	47	ja	3,6	3,6
2004042404	IM	ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung	L	ri	47	ja	178,0	152,0
2004042408	IM	Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte	L	ri	47		39,5	22,5
2004040043	IM	InfReg90	L	ri	46	ja	188,0	132,4
2008040052	IM	Wissensmanagement	L	ri	45		95,5	130,5
2008040055	IM	Qualitätsmanagement	L	ri	45		52,0	76,0
2005060003	MWV	Zeiterfassung	L	ri	34		113,0	5,0
2004042407	IM	Auftragsverwaltung Landesvermessungsamt und Katasterämter	L	ri	33		118,0	102,5
2005060004	MWV	Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen	L	ri	32		15,0	5,0
2005060005	MWV	Aktenverwaltung mit FAME	L	ri	32		5,0	5,0
2005090015	MJAE	Auftritt Justiz SH und Präsentation von Gerichtsentscheidungen im Internet	L	ri	32		9,5	9,5
2005050030	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (Zentraler Zahlungsdienst PERMIS-A und PERMIS-B)	L	ri	29		32,0	7,5
2005070004	MBF	Automatisierung des Lehrerländertausches	L	ri	27		2,0	2,0
2004040009	IM	Betrieb und Weiterentwicklung des Arbeitszeitmanagements, einschließlich Zeitwirtschaft	L	ri	21		481,0	430,0
2004043370	IM	Geographisches Informationssystem und digitale Luftbilddauswertung	L	ri	18		7,0	6,0

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2009	Soll2010
2005070001	MBF	Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE)	L	ri	17		190,0	190,0
2006044701	IM	Ersatz der Amtsdatei (Auswerte- und Analysetool IM)	L	ri	14		196,3	208,3
2006041607	IM	Beteiligung-online LEP (Neuaufstellung Landesentwicklungsplan SH)	L	ri	14		25,0	25,0
2005030003	MP	Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle	L	ri	13		200,9	192,3
2004040014	IM	INTRAPOL	L	ri	13		130,0	110,0
2004040029	IM	Software für den polizeiärztlichen Dienst der LaPo SH	L	ri	12		6,3	6,3
2009030028	MP	Weiterentwicklung GIS (geografisches Informationssystem) für Kulturdenkmale in S-H	L	ri	12		110,5	37,8
2005030002	MP	Weiterentwicklung archivischer Fachverfahren - Landesarchiv	L	ri	7		14,0	16,0
2005060006	MWV	Datenbank gestütztes Kundenmanagement (CRM)	L	ri	7		6,0	7,0
2005060002	MWV	Verbesserung der Kommunikation in Arbeitsgruppen und mit dem nachgeordneten Bereich (Sharepoint)	L	ri	4		5,0	5,0
IT-Verfahren:								
Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung von sonstigen IT-Maßnahmen (überwiegend Steuerungsprozesse)								
2005050057	FM	Kommunale Maßnahmen (KIF-Finanzierung)	L	S	100	ja	1.000,0	1.000,0
2007050068	FM	IT-Umsetzung der EU-DLR (DOL-Vorhaben) [Aufbau ressortübergreifender Strukturen - Recht, Organisation und IT -]	L	S	100	ja	767,1	783,0
2005050058	FM	Maßnahmen Deutschland Online und KoopA	L	S	100		140,0	140,0
2005050060	FM	Organisatorische Maßnahmen (Kooperationen und E-Government)	L	S	75	ja	800,0	800,0
2008100023	MSGF	Betreuung des Arbeitsschutzes bei der Unfallkasse Nord (UKN)	L	S	68	ja	70,0	70,0
2006050067	FM	PlaFiS (IT-Planung, Finanzen und Steuerung)	L	S	51		155,0	155,0
2008040051	IM	IT-Architektur	L	S	45		95,5	93,0
2008040053	IM	Prozessmanagement	L	S	45		66,0	100,0
2008040054	IM	Unternehmensmodellierung	L	S	45		65,0	85,0
2005050062	FM	ACCESS-eGov	L	S	0		14,5	0,0
2007046102	IM	DOL-Projekt xAusländer	L	S	0		6,0	6,0
IT-Vorhaben (neue IT-Maßnahmen)								
IT-Vorhaben; Infrastruktur:								
Entwicklung neuer Basisdienste								
2005050037	FM	"+1" (IKO III - Folgeverfahren)	N	BD	80	ja	3.350,0	2.950,0
2005050046	FM	Koppelung der Verzeichnisdienste der Kommunalverwaltungen	N	BD	26		10,0	10,0
IT-Vorhaben; Infrastruktur:								
Neue infrastrukturelle Maßnahmen zur Standardisierung der HW/SW								
2005100008	MSGF	Migration IKO III	N	iM	67		68,0	60,0
2008090036	MJAE	IT-Outsourcing Staatsanwaltschaften	N	iM	61	ja	800,0	800,0
2006030014	MP	Migration auf IKO III - Landesbibliothek	N	iM	53		17,0	0,0
2006030017	MP	Migration auf IKO III - Archäologisches Landesamt	N	iM	53		0,0	0,0
IT-Vorhaben:								
Entwicklung neuer Ressort übergreifender Fachanwendungen								
2006050066	FM	Kooperation Personaldienste FHH / SH	N	rü	90		1.205,0	1.605,0
2006060011	MWV	Auswertung von Daten der Zählung gem. Ernährungswirtschaftsmeldevorordnung	N	rü	71		0,0	0,0
2007050071	FM	Zeitwirtschaft	N	rü	60		402,5	337,5
2006050063	FM	Einführung eines integrativen Finanzmittelmanagements auf Basis der doppelten Buchführung	N	rü	43		150,0	150,0
2009070011	MBF	Entwicklung von IT-Lösungen zur Optimierung von Arbeitsprozessen	N	rü	25		100,0	100,0
2009070012	MBF	Online-Bewerbung im Schulbereich	N	rü	25		100,0	100,0
2007050070	FM	CONIFERE	N	rü	0		192,0	277,0

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2009	Soll2010
IT-Vorhaben:								
Entwicklung neuer ressortinterner Fachanwendungen								
2008090037	MJAE	Erwerb und Entwicklung MEGA neu	N	ri	85	ja	10,0	10,0
2006090034	MJAE	Zentralisierung des Schuldnerverzeichnisse und Einführung eines elektronischen Abrufverfahrens	N	ri	49		80,0	80,0
2005050045	FM	Aufbau und Betrieb eines Managementinformationsverfahrens in der Steuerverwaltung	N	ri	35		36,0	28,0
2005060007	MWV	Fördermittelmanagement für den Bereich des MWV (Datawarehouse)	N	ri	12		10,0	10,0
2008030023	MP	Webbasierte Datenbank der Kulturdenkmale in S-H	N	ri	12		15,0	5,0
2008030024	MP	Digitale Fotodokumentation mit 3D Laserscanner	N	ri	12		65,0	5,0
Grundversorgung der Dienststellen								
2004041603	IM	Betrieb Bürokommunikation IKO III IM SH	B		0		605,7	607,6
2004041604	IM	Systemtechnische Dienste der Landesplanung	B		0		44,0	45,0
2004042403	IM	Bürokommunikation u. Fachverfahren auf Standardarbeitsplätzen (IKO III)	B		0		214,0	234,0
2004043300	IM	Betrieb Bürokommunikation AfK	B		0		39,0	39,0
2004043350	IM	Bürokommunikation AfK - Muntionszerlegebetrieb	B		0		22,0	25,0
2004049999	IM	Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH	B		0		2.134,7	2.136,2
2005030004	MP	Laufender Betrieb - Landesamt für Denkmalpflege	B		0		30,9	27,5
2005030005	MP	Laufender Betrieb - Landesbibliothek	B		0		39,0	39,0
2005030007	MP	Laufender Betrieb - LV Berlin	B		0		28,8	28,8
2005030010	MP	Laufender Betrieb - Staatskanzlei	B		0		260,5	324,5
2005050047	FM	Grundversorgung des Zentralen IT-Managements mit Leistungen der IT	B		0		65,0	65,0
2005050052	FM	Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT	B		0		311,5	313,5
2005050053	FM	Grundversorgung der LKSH mit Leistungen der IT	B		0		143,8	155,0
2005050054	FM	Grundversorgung des LBesA mit Leistungen der IT	B		0		76,1	76,9
2005050056	FM	Grundversorgung der Finanzämter und des AIT mit Leistungen der IT	B		0		1.127,1	1.048,3
2005050061	FM	Kosten der IT-Schulungen im Bildungszentrum Steuer (BIZ)	B		0		150,0	150,0
2005060009	MWV	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWV	B		0		164,5	169,0
2005070006	MBF	Betrieb der IT im Ministerium	B		0		93,0	107,0
2005090027	MJAE	Lfd. Betrieb "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"	B		0		104,0	105,0
2005090028	MJAE	Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	B		0		42,4	47,5
2005090029	MJAE	Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit	B		0		20,0	26,1
2005090030	MJAE	Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden	B		0		239,3	230,0
2005090031	MJAE	Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJAE (IKO III)	B		0		162,0	130,0
2005090032	MJAE	Lfd. IT-Betrieb Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	B		0		6,5	6,5
2005090038	MJAE	Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit	B		0		44,4	44,4
2005100019	MSGF	IKO III Büro (Basisinfrastruktur)	B		0		228,1	234,8
2005100020	MSGF	Basisinfrastruktur IKO III Büro	B		0		0,0	0,0
2005100021	MSGF	Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur	B		0		153,9	156,4
2005130015	MLUR	Migration auf IKOTECH III und zentrale IT-Betreuung nachgeordneter Dienststellen	B		0		270,0	270,0
2005130028	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur für die Ämter für ländliche Räume	B		0		485,0	485,0
2005130029	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)	B		0		320,0	320,0
2005130030	MLUR	Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (ANU)	B		0		7,8	8,0
2005130031	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Schleswig)	B		0		25,0	25,0
2005130032	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Kiel)	B		0		36,5	36,5
2005130033	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)	B		0		165,5	165,5

IT-Maßnahmennummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2009	Soll2010
2005130034	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (LANU)	B		0		212,7	214,7
2006030020	MP	Laufender Betrieb - Landeszentrale f. politische Bildung	B		0		13,0	13,5
2006030021	MP	Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt	B		0		87,0	59,0
2006030022	MP	Laufender Betrieb - Landesarchiv SH	B		0		49,5	49,5
2006070009	MBF	Betrieb der IT im IQSH	B		0		53,0	40,0
2006130035	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Itzehoe)	B		0		32,0	32,0
2008050072	FM	Kosten der Zusammenlegung und des Umzuges der Landeskasse Schleswig-Holstein in ein neues Dienstgebäude	B		0		20,0	10,0
Reinvestitionen (Ersatz von HW/SW nach Ablauf der Mindestnutzungsdauer)								
2004040040	IM	Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei	E		0		1.610,0	1.300,0
2004041605	IM	Ersatzbeschaffungen GB IM	E		0		139,8	217,5
2004042402	IM	Ersatzbeschaffungen	E		0		822,5	547,5
2004043380	IM	Ersatzbeschaffungen Amt für Katastrophenschutz	E		0		70,0	40,0
2004046101	IM	Ersatzbeschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten	E		0		31,0	117,5
2005030008	MP	Ersatzbeschaffungen - Staatskanzlei	E		0		69,5	53,0
2005030009	MP	Ersatzbeschaffungen - LV Berlin	E		0		18,5	12,6
2005050048	FM	Ersatzbeschaffungen des FM (Ministerium)	E		0		185,7	134,9
2005050049	FM	Ersatzbeschaffung der LKSH	E		0		0,0	147,0
2005050050	FM	Ersatzbeschaffungen LBesA	E		0		56,6	103,7
2005050051	FM	Ersatzbeschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur im AIT / Steuerverwaltung	E		0		2.501,5	2.964,0
2005060008	MWV	Ersatzbeschaffung MWV	E		0		272,6	111,6
2005070005	MBF	Ersatzbeschaffung von IT-Hardware im Ministerium.	E		0		115,0	68,0
2005090016	MJAE	Ersatzbeschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"	E		0		11,2	242,9
2005090017	MJAE	Reinvestitionen Verwaltungsgerichte	E		0		0,0	205,0
2005090018	MJAE	Ersatzbeschaffungen Sozialgerichtsbarkeit	E		0		68,0	340,0
2005090019	MJAE	Ersatzbeschaffung "Elektronisches Grundbuch"	E		0		50,0	60,0
2005090020	MJAE	Ersatzbeschaffung Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)	E		0		1.005,3	726,0
2005090021	MJAE	Ersatzbeschaffungen Landgerichte und Oberlandesgericht Schleswig	E		0		340,7	260,9
2005090022	MJAE	Ersatzbeschaffungen Registerautomation Schleswig-Holstein (RaSch)	E		0		10,0	10,0
2005090023	MJAE	Ersatzbeschaffung MJAE (IKO III)	E		0		115,3	108,6
2005090024	MJAE	Ersatzbeschaffungen der Staatsanwaltschaften (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation / MESTA)	E		0		13,3	8,5
2005090025	MJAE	Ersatzbeschaffungen Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	E		0		0,0	9,0
2005090026	MJAE	Ersatzbeschaffung "Automatisiertes Mahnverfahren"	E		0		0,0	22,0
2005090037	MJAE	Ersatzbeschaffungen für die Arbeitsgerichtsbarkeit	E		0		69,8	61,3
2005100010	MSGF	IKO III Büro (Basisinfrastruktur) - Ersatzbeschaffung	E		0		128,5	132,4
2005100011	MSGF	Ersatzbeschaffungen IKO III Büro	E		0		0,0	0,0
2005100012	MSGF	Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS) - Ersatzbeschaffungen	E		0		3,0	8,0
2005100013	MSGF	Ersatzbeschaffung der IT-Basisinfrastruktur	E		0		210,7	183,8
2005100014	MSGF	Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BERzGG) - Ersatzbeschaffungen	E		0		5,0	30,0
2005100015	MSGF	Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG) - Ersatzbeschaffungen	E		0		30,0	5,0
2005100016	MSGF	Bearbeitung von Vorgängen nach dem Opferversorgungsgesetz (KOV / Prosid) - Ersatzbeschaffungen	E		0		0,0	0,0
2005100017	MSGF	Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS) - Ersatzbeschaffungen	E		0		0,0	10,2
2005130017	MLUR	Ersatzbeschaffungen Ämter für ländliche Räume	E		0		150,0	150,0

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2009	Soll2010
2005130018	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (MLUR)	E		0		200,0	200,0
2005130019	MLUR	Ersatzbeschaffung und Updates für die IT-Infrastruktur	E		0		7,0	7,0
2005130020	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Itzehoe)	E		0		97,0	59,0
2005130021	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LKN)	E		0		150,0	150,0
2005130022	MLUR	Ersatzbeschaffung von Servern für Fachverfahren (LANU)	E		0		66,0	66,0
2005130023	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Schleswig)	E		0		45,0	45,0
2005130024	MLUR	Ersatzbeschaffung von Servern für Fachverfahren (StUA Schleswig)	E		0		0,0	0,0
2005130025	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Kiel)	E		0		40,0	40,0
2005130027	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LANU)	E		0		160,0	160,0
2006030018	MP	Ersatzbeschaffungen - Landesarchiv	E		0		21,2	15,9
2006030019	MP	Ersatzbeschaffungen - Landesbibliothek	E		0		5,5	17,6
2006070008	MBF	Ersatzbeschaffungen des IQSH	E		0		113,0	107,0
2009030025	MP	Ersatzbeschaffung - Landesamt für Denkmalpflege	E		0		0,0	9,6
2009030026	MP	Ersatzbeschaffung - Landeszentrale für politische Bildung	E		0		0,9	5,0
2009030027	MP	Ersatzbeschaffung - Archäologisches Landesamt	E		0		15,9	33,5
Erledigt oder zurückgestellt								
2004040013	IM	ITNET-SH bzw. Support IT (ARIS CC)			0		0,0	0,0
2005050001	FM	ELSTER			0		0,0	0,0
2005050005	FM	Betrieb der Großrechnerverfahren der Steuerverwaltung			0		0,0	0,0
2005050014	FM	Betrieb und Fortentwicklung eines Verwaltungsbriefkastens			0		0,0	0,0
2005050016	FM	VERONA - Backend und Frontend für Dienstleistungswegweiser SH			0		0,0	0,0
2005050022	FM	eGovernment-Plattform (Koordination und Fortentwicklung)			0		0,0	0,0
2005050041	FM	Einführung IKO III in der Steuerverwaltung			0		0,0	0,0
2005050042	FM	Zusammenlegung der Finanzämter			0		0,0	0,0
2005050043	FM	Travel-Management			0		0,0	0,0
2005050055	FM	Betrieb Bürokommunikation			0		0,0	0,0
2005050059	FM	Kooperationen FHH / andere Länder			0		0,0	0,0
2005070003	MBF	Personalservice-System zur Stärkung schulischer Eigenverantwortung (PES)			0		0,0	0,0
2005090009	MJAE	Vollausbau "Automatisiertes Mahnwesen"			0		0,0	0,0
2005090036	MJAE	Elektronischer Rechtsverkehr in der Arbeitsgerichtsbarkeit SH			0		0,0	0,0
2005130001	MLUR	Betrieb und Fortentwicklung der Fachverfahren in den StUÄ			0		0,0	0,0
2005130006	MLUR	Verwaltungs- und Kontrollsystem für die EU-Agrarförderung (InVeKoS-GIS)			0		0,0	0,0
2005130010	MLUR	Bereitstellung der Daten für den Umweltdatenkatalog.			0		0,0	0,0
2005130011	MLUR	IT-Einsatz für Fachanwendungen im Agrarbereich			0		0,0	0,0
2006030013	MP	Migration auf IKO III - Landesarchiv			0		0,0	0,0
2006030015	MP	Migration auf IKO III - Landeszentrale f. politische Bildung			0		0,0	0,0
2006030016	MP	Migration auf IKO III - Landesamt für Denkmalpflege			0		0,0	0,0
2006050064	FM	Einführung und Betrieb einer gemeinsamen Beschaffungsplattform mit FHH			0		0,0	0,0
2006070010	MBF	Betriebskosten Ikotech und Abschluss Migration			0		0,0	0,0
2006090035	MJAE	CITRIX-Anbindung der Staatsanwaltschaften			0		0,0	0,0
2006130036	MLUR	IT-Verfahren zur Klärschlammverwertung			0		0,0	0,0

Ministerpräsident, Staatskanzlei

IT-Maßnahme 2005030001

Dachportal schleswig-holstein.de

Beschreibung

Ressort / Behörde Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein - Staatskanzlei

Art IT Verfahren

Bezeichnung Dachportal schleswig-holstein.de

Beschreibung allgemein

Das Dachportal schleswig-holstein.de wird seit 2007 erfolgreich für die Präsentation der Landesregierung im Internet verwendet. Aufgrund der Weiterentwicklung der technischen und inhaltlichen Standards des Internets ist eine fortlaufende Weiterentwicklung des Dachportals notwendig. Diese umfasst neben der rein technischen Weiterentwicklung insbesondere eine redaktionelle Weiterentwicklung der eingestellten Inhalte (insbesondere für Texte, Fotos, Übersetzungen, spezielle Anwendungen außerhalb des Government-Site-Builders).

Die veranschlagten Mittel sind dafür vorgesehen, die Weiterentwicklung sofern notwendig durch die in Anspruchnahme von externen Partnern zu unterstützen.

Der benötigte Umfang der Unterstützung ist jährlich stark schwankend. Die veranschlagten Mittel stellen die maximal notwendige Summe dar.

Sonstige Bemerkungen

Enge Verknüpfung mit der IT-Maßnahmen "Technischer Betrieb des Landesportals"

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Kennzahl 36

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Redaktionelle Weiterentwicklung des Internetangebots des Landesregierung	01.01.2009 - 31.12.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	30,0	30,0	30,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			30,0	30,0	30,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-30,0	-30,0	-30,0

IT-Maßnahme 2005030002

Weiterentwicklung archivischer Fachverfahren - Landesarchiv

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesarchiv SH

Art IT Verfahren

Bezeichnung Weiterentwicklung archivischer Fachverfahren - Landesarchiv

Beschreibung allgemein

Das Landesarchiv setzt für die Katalogisierung seiner Bestände die von Dataport entwickelte Lösung AIDA ein. Die Software wird insbesondere für die Erstellung von Findbüchern und die Verwaltung der Aktenbestände eingesetzt.

Mittelfristig ist geplant, die vorhandenen Informationen allen Bürgern per Internettechnologie zur Verfügung zu stellen. Dazu bedarf es einer Vergrößerung der Funktionsfähigkeit von AIDA-SH und eines Ausbau des Internetangebotes des Landesarchivs.

Weiterhin werden Mittel benötigt, um die Archivverwaltung und insbesondere die eingesetzte Software auf die Übernahme von elektronischen Akten aus der Landesverwaltung vorzubereiten.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 7

Ziele

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Erweiterung der Funktionalitäten von AIDA	2009 - 2010
2	Vorbereitende Maßnahmen für die Übernahme von elektronischen Akten aus der Landesverwaltung	ab 2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,0	2,0	2,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	12,0	12,0	14,0
		davon Dataport:		12,0	14,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			14,0	14,0	16,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-14,0	-14,0	-16,0

IT-Maßnahme 2005030003

Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle

Beschreibung

Ressort / Behörde Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein - Staatskanzlei
Art IT Verfahren
Bezeichnung Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle

Beschreibung allgemein

Betrieb, technische Fortentwicklung und Einführung von Systemen im Bereich der Regierungspressestelle - insbesondere zur Unterstützung der Presse - und Öffentlichkeitsarbeit aufgrund von aktuellen Anforderungen.

Zu erwarten sind u.a. Lösungen für die Bereitstellung von Informationen auf mobilen Endgeräten und Grafiksoftware.

Weiterhin fallen Kosten für den Erwerb von Nutzungsrechten von aktuellen Informationen im Rahmen von Pressepiegeln und Nachrichtentickern an. Darüber hinaus werden elektronische Medienarchive betrieben.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	DPA Newsticker	Lieferung und Verteilung von aktuellen Pressemeldungen der Deutschen Presseagentur.
2	Pressepiegel	Im Zuge der Erstellung des aktuellen Pressespiegels der Landesregierung werden Abgaben an die Rechteinhaber fällig. Die Abwicklung erfolgt zentral über die Presse Monitor Gesellschaft.
3	Fotodatenbank	Fotodatenbank der Regierungspressestelle für die Verwaltung von aktuellem Bildmaterial. Das Bildmaterial wird für die Veröffentlichungen im Rahmen von Broschüren und im Internetportal vorgehalten. Schwerpunkt ist dabei die Verwaltung der Bildrechte.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiger Aspekt in allen Politikfeldern.
Kennzahl 13

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	50,0	68,9	60,3
		davon Dataport:		24,4	24,4
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	132,3	132,0	132,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			182,3	200,9	192,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-182,3	-200,9	-192,3

IT-Maßnahme 2005030004

Laufender Betrieb - Landesamt für Denkmalpflege

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesamt für Denkmalspflege SH

Art Grundversorgung

Bezeichnung Laufender Betrieb - Landesamt für Denkmalpflege

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,0	1,0	2,0
		davon Dataport:		1,0	2,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	3,0	3,0	3,0
		davon Dataport:		3,0	3,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	19,0	21,0	21,0
		davon Dataport:		21,0	21,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	1,5	5,9	1,5
		davon Dataport:		5,9	1,5
Abschluss					
Gesamtausgabe			24,5	30,9	27,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-24,5	-30,9	-27,5

IT-Maßnahme 2005030005

Laufender Betrieb - Landesbibliothek

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesbibliothek
Art Grundversorgung
Bezeichnung Laufender Betrieb - Landesbibliothek

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3,0	3,0	3,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	2,0	2,0	2,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	19,0	30,0	30,0
		davon Dataport:		27,0	27,0
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	0,0	4,0	4,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			24,0	39,0	39,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-24,0	-39,0	-39,0

IT-Maßnahme 2005030007

Laufender Betrieb - LV Berlin

Beschreibung

Ressort / Behörde LV Berlin
Art Grundversorgung
Bezeichnung Laufender Betrieb - LV Berlin

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4,0	4,0	4,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	28,5	24,8	24,8
		davon Dataport:		23,1	23,1
Abschluss					
Gesamtausgabe			32,5	28,8	28,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-32,5	-28,8	-28,8

IT-Maßnahme 2005030008

Ersatzbeschaffungen - Staatskanzlei

Beschreibung

Ressort / Behörde Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein - Staatskanzlei

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen - Staatskanzlei

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	34,0	69,5	53,0
		davon Dataport:		69,5	53,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			34,0	69,5	53,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-34,0	-69,5	-53,0

IT-Maßnahme 2005030009

Ersatzbeschaffungen - LV Berlin

Beschreibung

Ressort / Behörde LV Berlin
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen - LV Berlin
Priorität
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	7,7	18,5	12,6
		davon Dataport:		18,5	12,6
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	7,7	18,5	12,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-7,7	-18,5	-12,6

IT-Maßnahme 2005030010

Laufender Betrieb - Staatskanzlei

Beschreibung

Ressort / Behörde Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein - Staatskanzlei

Art Grundversorgung

Bezeichnung Laufender Betrieb - Staatskanzlei

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur

Sonstige Bemerkungen

Im Jahre 2010 ist die Untersuchung eines vom bisherigen Verfahren abweichenden Druckerkonzeptes vorgesehen. Dies sieht die Abrechnung der Druckerkosten auf Basis einer einzelnen Seite vor. Mit inbegriffen ist auch die Beschaffung und der Betrieb der Drucker.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	65,0	65,0	65,0
518 14	013	Miet- und Leasingkosten	0,0	0,0	50,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	15,0	15,0	15,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	176,5	180,5	194,5
		davon Dataport:		156,0	170,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			256,5	260,5	324,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-256,5	-260,5	-324,5

IT-Maßnahme 2006030014

Migration auf IKO III - Landesbibliothek

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesbibliothek
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Migration auf IKO III - Landesbibliothek

Sonstige Bemerkungen

Die Maßnahme wird wahrscheinlich 2008 durchgeführt und abgeschlossen; geringfügige nachlaufende Kosten für 2009 veranschlagt.

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme
Kennzahl 53

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	2,1	2,0	0,0
		davon Dataport:		2,0	0,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	16,0	15,0	0,0
		davon Dataport:		15,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			18,1	17,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-18,1	-17,0	0,0

IT-Maßnahme 2006030017

Migration auf IKO III - Archäologisches Landesamt

Beschreibung

Ressort / Behörde Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein

Art IT Vorhaben

Bezeichnung Migration auf IKO III - Archäologisches Landesamt

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

Kennzahl 53

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	2,1	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Ver- tragsformen	16,2	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			18,3	0,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-18,3	0,0	0,0

IT-Maßnahme 2006030018

Ersatzbeschaffungen - Landesarchiv

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesarchiv SH
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen - Landesarchiv
Priorität
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	10,5	21,2	15,9
		davon Dataport:		19,7	14,4
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	10,5	21,2	15,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-10,5	-21,2	-15,9

IT-Maßnahme 2006030019

Ersatzbeschaffungen - Landesbibliothek

Beschreibung

Ressort / Behörde Landebibliothek
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen - Landesbibliothek
Priorität
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	14,4	5,5	17,6
		davon Dataport:		5,5	10,6
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	14,4	5,5	17,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-14,4	-5,5	-17,6

IT-Maßnahme 2006030020

Laufender Betrieb - Landeszentrale f. politische Bildung

Beschreibung

Ressort / Behörde Landeszentrale f. politische Bildung
Art Grundversorgung
Bezeichnung Laufender Betrieb - Landeszentrale f. politische Bildung
Priorität
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,0	1,0	1,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	1,0	1,0	1,5
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	10,6	11,0	11,0
		davon Dataport:		11,0	11,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			12,6	13,0	13,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-12,6	-13,0	-13,5

IT-Maßnahme 2006030021

Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt

Beschreibung

Ressort / Behörde Archäologisches Landesamt
Art Grundversorgung
Bezeichnung Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt
Priorität
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3,0	5,0	5,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	4,0	3,0	2,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	17,0	41,0	44,0
		davon Dataport:		27,0	27,0
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	0,0	3,0	4,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	35,0	4,0
		davon Dataport:		19,8	4,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			24,0	87,0	59,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-24,0	-87,0	-59,0

IT-Maßnahme 2006030022

Laufender Betrieb - Landesarchiv SH

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesarchiv SH
Art Grundversorgung
Bezeichnung Laufender Betrieb - Landesarchiv SH
Priorität
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6,0	7,0	7,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	3,0	3,0	3,0
		davon Dataport:		3,0	3,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	27,5	39,5	39,5
		davon Dataport:		39,5	39,5
Abschluss					
Gesamtausgabe			36,5	49,5	49,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-36,5	-49,5	-49,5

IT-Maßnahme 2008030023

Webbasierte Datenbank der Kulturdenkmale in S-H

Beschreibung

Ressort / Behörde Archäologisches Landesamt S-H
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Webbasierte Datenbank der Kulturdenkmale in S-H

Beschreibung allgemein

Nach der bevorstehenden Novellierung des Denkmalschutzgesetzes in 2008 ist für Ende 2009 eine gemeinsame Datenbank mit GIS Darstellung der Kulturdenkmale Schleswig-Holsteins vorgesehen, auf die interessierte Bürger und insbesondere Planungsbüros, Investoren und Gemeinden über das Internet zugreifen können, um sich vorab über mögliche Konflikte der beabsichtigten Bauvorhaben mit Kulturdenkmalen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen informieren können.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Politische Einstufung Novellierung des Denkmalschutzgesetzes. Die anwachsende Zahl von Grabungsprojekten machen schnelle, webbasierte GIS gestützte Abfragen mit verbindlichen Antworten notwendig. Lt. Koalitionsvertrag soll das DSchG novelliert werden.
Kennzahl 12

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Datenbank mit GIS Darstellung der Kulturdenkmale in S-H	2008 bis 2010

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Planung / Konzepterstellung	2008
2	Datenaufbereitung	2009
3	Inbetriebnahme	Ende 2009 / 2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperationsgespräche mit Dänemark und dem Niedersächsischen Landesdenkmal Hannover. Weitere Kooperationen mit Archäologischen Landesämtern angrenzender Bundesländer

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	2,5	2,5
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	2,5	2,5
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	10,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	15,0	5,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-15,0	-5,0

IT-Maßnahme 2008030024

Digitale Fotodokumentation mit 3D Laserscanner

Beschreibung

Ressort / Behörde Archäologisches Landesamt S-H

Art IT Vorhaben

Bezeichnung Digitale Fotodokumentation mit 3D Laserscanner

Beschreibung allgemein

Die Dokumentation von archäologischen Funden erfolgt bislang in aufwändiger Zeichenarbeit durch Grafiker. Durch die digitale Fotodokumentation mit einem 3D-Laserscanner, ist es möglich die Fundstücke automatisiert in reale und druckfertige Zeichnungen umzusetzen.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 12

Ziele

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Vorbereitung	2008
2	Umsetzung	2009

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	65,0	5,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	65,0	5,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-65,0	-5,0

IT-Maßnahme 2009030025

Ersatzbeschaffung - Landesamt für Denkmalpflege

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesamt für Denkmalpflege

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung - Landesamt für Denkmalpflege

Beschreibung allgemein

Ersatzbeschaffung

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	9,6
		davon Dataport:		0,0	9,6
		Abschluss			
Gesamtausgabe			0,0	0,0	9,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	0,0	-9,6

IT-Maßnahme 2009030026

Ersatzbeschaffung - Landeszentrale für politische Bildung

Beschreibung

Ressort / Behörde Landeszentrale für politische Bildung

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung - Landeszentrale für politische Bildung

Beschreibung allgemein

Ersatzbeschaffung

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,9	5,0
		davon Dataport:		0,9	5,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	0,0	0,9	5,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-0,9	-5,0

IT-Maßnahme 2009030027

Ersatzbeschaffung - Archäologisches Landesamt

Beschreibung

Ressort / Behörde Archäologisches Landesamt

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung - Archäologisches Landesamt

Beschreibung allgemein

Ersatzbeschaffung

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	15,9	33,5
		davon Dataport:		15,9	33,5
		Abschluss			
Gesamtausgabe			0,0	15,9	33,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-15,9	-33,5

IT-Maßnahme 2009030028

Weiterentwicklung GIS (geografisches Informationssystem) für Kulturdenkmale in S-H

Beschreibung

Ressort / Behörde Archäologisches Landesamt S-H

Art IT Verfahren

Bezeichnung Weiterentwicklung GIS (geografisches Informationssystem) für Kulturdenkmale in S-H

Beschreibung allgemein

Im Geographischen Informationssystem des Archäologischen Landesamtes sind zur Zeit rund 60.000 arch. Kulturdenkmale und Funde verzeichnet und intern für Beurteilungen von Planungen und wissenschaftlichen Fragestellungen abrufbar; in den folgenden Jahren sind noch rund 20.000 Denkmäler nachzutragen. Neben der kontinuierlichen Datenerfassung und -validierung erfolgt parallel die Optimierung und Anpassung des Systems an gesteigerte Anforderungen der Datenabfragen. Ziel der Maßnahme ist die Einbindung auch der obertägigen Baudenkmale in das GIS, um Planungsbüros, Gemeinden und anderen Nutzern die Möglichkeit zu geben, sich zentral über Kulturdenkmale zu informieren, um diese bei Bauvorhaben entsprechend zu berücksichtigen. Eine schnelle webbasierte Abfragemöglichkeit (vgl. Maßnahme 2008030023) ist dafür Voraussetzung.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 12

Ziele

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Inbetriebnahme	2009

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
427 03	013	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	70,0	35,0
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	3,1	2,8
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	4,0	0,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	33,4	0,0
		davon Dataport:		18,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	110,5	37,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-110,5	-37,8

Innenministerium

IT-Maßnahme 2004040001

@rtus/INPOL/EDDI - Betrieb

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 21

Art IT Verfahren

Bezeichnung @rtus/INPOL/EDDI - Betrieb

Beschreibung allgemein

Bereitstellung von Leistungen zur IT-mäßigen Abwicklung polizeilicher Aufgaben durch den Einsatz des DV-Verfahrens Inpol S-H und Betreuung dieses Programms. Im Rahmen des Verbundsystems „Inpol“ besteht ferner die bundesweite Auskunftsfähigkeit der Anwendungen u.a. „Kriminalaktennachweis“, „Haftdatei“ und „Erkennungsdienst“, sowie der Zugriff auf die Daten des Schengener Informationssystems (NSIS). Über diese Anwendung wird der Zugriff zu den Verfahren „POLDOK“ (bis zur Ablösung durch eine Folgeanwendung), „EWO“, „AZR“ und „ZEVIS“ erschlossen. @rtus-Betrieb, Einwohnermeldedaten-Pflege und Produktion sowie digitaler Erkennungsdienst in der Landespolizei.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1203	Inpol	Verbundsystem
1204	EDDI	Digitaler Erkennungsdienst in der Landespolizei
1206	PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
1261	eMeld	Auskunftsdienste der Landespolizei

Sonstige Bemerkungen

Unmittelbare Abhängigkeiten zum Entwicklungsvertrag @rtus (s. 2004040003) und Auswertung und Analyse (2009040057)
Die Themen zur Auswertung und Analyse wurden in der neuen IT-Maßnahme 2009040057 veranschlagt. Die Bündelung der Themen wurde aufgrund der erwarteten Synergien vorgenommen.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
0410.		Wird nachgereicht - Ansprechpartner IV 44

Infrastrukturelle Bedeutung

Zentrales Vorgangsverfahren für den Polizeidienst

Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung der zentralen Erfassung und Bearbeitung aller polizeilichen Vorgänge	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
@rtus VBS	1201	Gewährleistung der Produktion hinsichtlich der vorgangsbezogenen Datenverarbeitung	01.01.2009 - 31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	3.639,2	2.985,0	2.985,0
		davon Dataport:		2.668,0	2.668,0
685 04	013	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	330,0	382,5	382,5
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0

Abschluss

Gesamtausgabe	3.969,2	3.367,5	3.367,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-3.969,2	-3.367,5	-3.367,5

IT-Maßnahme 2004040002

Betrieb und Weiterentwicklung OWI 21

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 13

Art IT Verfahren

Bezeichnung Betrieb und Weiterentwicklung OWI 21

Beschreibung allgemein

Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Straßenverkehr. Erfassen und Sachbearbeiten von Verwarn- und Bußgeldfällen. Überwachen von Zahlungseingängen einschließlich automatisiertem Abgleich.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Straßenverkehrsordnung, Fahrerlaubnisordnung, StraßenverkehrszulassungVO, Straßenverkehrsgesetz, Ferienreiseverordnung, VO über internationalen Kraftfahrzeugverkehr, Ordnungswidrigkeitengesetz, Bußgeldkatalog, Bundes-einheitlicher Tatbestandskatalog

Politische Einstufung Kabinettsbeschluss vom 09. März 1979

Wirtschaftlichkeitsberechnung Die Optimierung des Verfahrens führt zu einer schnelleren Abarbeitung der Bescheide und damit auch zu erhöhten Einnahmen, die in den Landes- und Kommunalhaushalt einfließen.

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
0410.	9.000.000,0	Einnahmen aus OWI Landesanteil, der kommunale Anteil liegt bei ca. 10 Mio. Euro. Daneben werden aus 0410 die Portokosten in Höhe von ca. 358.000 Euro erbracht

Infrastrukturelle Bedeutung

Einheitliche Verarbeitung aller Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Straßenverkehr sowie zukünftig aller Ordnungswidrigkeiten anderer Gesetze und Verordnungen.

Kennzahl 51

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Steigerung der Verkehrssicherheit	01.01.2009 - 31.12.2013
2	Harmonisierung der Rechtsabläufe	01.01.2009 - 31.12.2013
3	Beitragsleistung zur Konsolidierung des Landeshaushaltes	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
OWI	1211	Bereitstellung eines landesweiten zentralen OWI-Verfahren (als Teil der E-Government-Infrastruktur des Landes möglichst für alle OWI-Fälle)	01.01.2009 - 31.12.2009
OWI	1211	Entwicklung einer Schnittstelle zu SAP für Überleitungszahlungen	01.01.2009 - 31.12.2009
OWI	1211	Erstellung einer Leistungsbeschreibung SW mobile Datenerfassung für eine Ausschreibung	01.01.2009 - 30.06.2009
OWI	1211	Ausstattung der größeren Dienststellen (Reviere und Zentralstationen < 40 Beschäftigte) mit 6 PDAs nach Stand der Technik	30.06.2009 - 31.12.2009
OWI	1211	Ausstattung kleinerer Dienststellen (> 40 Beschäftigte) mit 2 PDAs	01.01.2010 - 31.12.2010

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Fertigstellung der Leistungsbeschreibung für eine Ausschreibung	30.06.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Kooperation mit FHH wird angestrebt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	700,0	710,0	713,0
		davon Dataport:		710,0	713,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	700,0	710,0	713,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-700,0	-710,0	-713,0

IT-Maßnahme 2004040003

@rtus - Entwicklung

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 21

Art IT Verfahren

Bezeichnung @rtus - Entwicklung

Beschreibung allgemein

Pflege und Weiterentwicklung des Vorgangsbearbeitungssystems der Polizei zur Bekämpfung von Straftaten. Der bestehende Kooperationsvertrag mit dem Bundesgrenzschutz (BGS) regelt, dass die Pflege- und Entwicklungskosten jeweils zur Hälfte getragen werden. Dies führt zur Entlastung des Landeshaushaltes.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
1103. 00.11 901	950,0	Einnahmen aus der Kooperation mit der BPol

Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung der Pflege- und Entwicklungskooperation zur Sicherstellung eines leistungsfähigen Vorgangsbearbeitungssystems	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
@rtus-Entwicklung	1202	Entwicklung von zwei Releases pro Jahr	01.01.2009 - 31.12.2013

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
119 01	013	Einnahmen aus IT-Kooperationen mit Dritten	715,0	950,0	950,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	1.630,0	1.900,0	1.900,0
		davon Dataport:		1.900,0	1.900,0
Abschluss					
Gesamteinnahme			715,0	950,0	950,0
Gesamtausgabe			1.630,0	1.900,0	1.900,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-915,0	-950,0	-950,0

IT-Maßnahme 2004040008

MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LKA ZFA Merlin

Art IT Verfahren

Bezeichnung MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung

Beschreibung allgemein

Software zur Ermittlungsunterstützung bei komplexen Verfahren und Telefonüberwachungsmaßnahmen als Nachfolgelösung zum Programm EURAS

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1358	Geoinformationssysteme	Geovisualisierung von Daten in Fachanwendungen

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
StPO § 163, TKG § 112
Automation für den Abfluss der Daten ist im § 13 BKA-Gesetz geregelt

Politische Einstufung IMK-Beschlüsse, u. a. Bekämpfung des islamistischen Extremismus / Terrorismus

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
negativer Kapitalwert in Höhe von 4,7 Millionen Euro

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Ausgaben

Titel	Betrag in T€	Begründung
0410. 64		Die Weiterentwicklung von TKÜ/Internetüberwachung führt zu Kostenerhöhung in 1103

Kennzahl 83

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Gewährleistung einer gerichtsfesten IT-Unterstützung bei der Bearbeitung und Dokumentation komplexer und spurenintensiver Ermittlungsverfahren	01.01.2009 - 31.12.2013
2	Standardisierung von Arbeitsplätzen im Bereich der Ermittlungsunterstützung operativer Ziele	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Merlin	1212	Anpassung von Merlin an die Belange des Staatsschutzes	01.04.2009 - 30.06.2009
Merlin	1212	Fortführung des Einstiegs in die Integration der Internetüberwachung in MERLIN	01.07.2009 - 30.09.2009
Merlin	1212	Erfassung nicht strukturierter Daten in MERLIN (speziell bei der Internetüberwachung fallen große Datenmengen an, die nur über automatische Verarbeitung im Zusammenhang mit Text-Mining erschlossen werden können)	01.10.2009 - 31.12.2009
Merlin	1212	Anschluss von MERLIN an die INPOL-Nachfolgelösung	01.01.2010 - 30.06.2010
Merlin	1212	Endausbau der Integration der Internetüberwachung in MERLIN	01.01.2010 - 31.12.2010
Merlin	1212	Integration biometrischer Lösung in MERLIN	01.01.2010 - 31.12.2010

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Anschluss von MERLIN an die INPOL-Nachfolgelösung realisiert	01.07.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Interessengemeinschaft "Fall und Analyse" der Länder BY, NRW, HB, RP, NI, MV, BE, SN, BPol, BKA und SH besteht.
Weitere Länder sind geplant: TH und SL

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	605,0	884,0	884,0
		davon Dataport:		884,0	884,0
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	10,0	0,0	0,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	280,0	250,0	250,0
		davon Dataport:		250,0	250,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			895,0	1.134,0	1.134,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-895,0	-1.134,0	-1.134,0

IT-Maßnahme 2004040009

Betrieb und Weiterentwicklung des Arbeitszeitmanagements, einschließlich Zeitwirtschaft

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 15

Art IT Verfahren

Bezeichnung Betrieb und Weiterentwicklung des Arbeitszeitmanagements, einschließlich Zeitwirtschaft

Beschreibung allgemein

Einführung eines flexiblen Arbeitszeitmanagements und einer produktorientierten Arbeitszeiterfassung sowie einer flexiblen Personalplanung Nutzung der produktorientierten Arbeitszeiterfassung im Sinne des „Integrativen Ansatzes“ KLR bei der Landespolizei als wichtiger Baustein für Zielvereinbarung und Controlling (Neue Steuerung). Verbesserung der flexiblen Dienstplanung und des effizienten Personaleinsatzes. Automatisierter Abfluss von Daten für die Zahlung von Zulagen und damit Reduzierung des Verwaltungsaufwandes.

Zusätzlich werden Zeiterfassungsgeräte zur automatisierten Zeiterfassung verwendet.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1359	Zeiterfassung	Zeiterfassungsgeräte zur Unterstützung der KLR

Sonstige Bemerkungen

Durch die Software werden Verwaltungsaufgaben hinsichtlich der Personal- und Einsatzplanung reduziert. Das händische Erfassen von Überstunden, Mehrarbeit, Dienst zu ungünstigen Zeiten, Urlaub, Abwesenheiten wird vermieden, da eine automatisierte Erfassung erfolgt. Führungsaufgaben im Sinne Neuer Steuerung werden ermöglicht (datenbasierte Zielvereinbarungen). Verteilung von Gesamtarbeitszeit wird transparent ermöglicht Steuerung.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Politische Einstufung SP-Expert ist für die Landespolizei hinsichtlich der produktorientierten Arbeitszeiterfassung ein Pendant zur Arbeitszeiterfassung SAP

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
01.04.2003, Überarbeitung 07.07.2005
Ergebnis Neutral

Kennzahl 21

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Steuerung des Ressourceneinsatzes der Landespolizei	01.01.2009-31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
AZM	1214	Erfüllung von Landeszielen nach dem System der Zielvereinbarung und Controlling einschließlich Berichtswesen unter Nutzung einer produktorientierten Zeiterfassung	01.01.2009 - 31.12.2010
AZM	1214	Flexible Personalplanung einführen	01.01.2009 - 31.12.2010
AZM	1214	Qualitätsmanagementsystem etablieren	01.01.2010 - 31.12.2013
AZM	1214	Automatisierung der Zeitwirtschaft, einschl. automatisierter Datenabflüsse (z. B. Landesbesoldungsamt)	01.01.2009 - 31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Für die Landesverwaltung FHH wurde die Fachanwendung SP-Expert beschafft und eingeführt - Vertragspartner beider Länder ist Dataport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	414,0	403,0	403,0
		davon Dataport:		403,0	403,0

812 46 013 Erwerb von Hard- und Software	0,0	78,0	27,0
Abschluss			
Gesamtausgabe	414,0	481,0	430,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-414,0	-481,0	-430,0

IT-Maßnahme 2004040011

Ausstattung Landespolizei

Beschreibung

Ressort / Behörde IM / LPA
Art IT Verfahren
Bezeichnung Ausstattung Landespolizei

Beschreibung allgemein

Ausstattung der Polizei, hier: Ausstattung weiterer Bedarfe in der Fläche.
 Werden Verfahren / Anwendungen etc. in die bestehende IT-Infrastruktur eingebunden, so wird eine vorherige Prüfung und Bewertung durch das IT-Betriebszentrum erforderlich. Das IT-Betriebszentrum stellt eine Standardisierung der Systeme sicher und sorgt für einen ordnungsge-
 maßenen Freigabeprozess.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1344	Mobile Arbeitsplätze II	Mobile Arbeitsplätze LSK
1314	Inventarisierung und SW-Verteilung - SMS	
1344	Alternative Landesnetzanschlüsse	Dienststellen ohne eigenen Server
1217	Ausstattung Polizei	IKOTech III u. ä.

Sonstige Bemerkungen

Die Mittel für den Umstieg auf +1 wurden an das FM gemeldet und die Ansätze in dieser IT-Maßnahme entsprechend korrigiert.
 Für das Themenfeld PKI muss eine Abstimmung vor Umsetzung mit dem FM erfolgen.

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme
Gesetzlich vorgeschrieben Entscheidung des Kabinetts zur Einführung von LSK als Landessystem:
 Entscheidung von IV M zur Teilnahme am LSK.

Politische Einstufung Die Politik hat die Vollaussattung der Landespolizei Schleswig-Holstein mit LSK als Trägersystem der Anwendungen INPOL und E-Post zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit in Zusammenarbeit mit den Polizeien des Bundes und der Länder entschieden.

Infrastrukturelle Bedeutung

Mit der Fortsetzung der Ausstattung wird die Konsolidierung der IT-Infrastruktur fortgesetzt.

Kennzahl 59

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ausstattung auf den aktuellen Stand der Technik anpassen	01.01.2009 - 31.12.2013
2	Flexible Anpassung der Ausstattung an die jeweiligen Organisationsänderungen in der LaPo	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
MAP	1344	Ausstattung von 10 Heimarbeitsplätzen pro Jahr	01.01.2009 - 31.12.2013
IKOTech III	1217	Ausstattung der Regionale Leitstellen Lübeck, Itzehoe	01.01.2009 - 31.12.2009
IKOTech III	1217	Ausstattung Bürgerwache	01.01.2009 - 31.12.2010
IKOTech III	1217	Ausstattung Umzug KP-Stelle Kiel und Einrichtung Autobahnrevier Bad Segeberg	01.01.2009 - 31.12.2009
IT-Architektur	1339	Umstieg von IKO III auf +1	01.06.2008-31.12.2010
PKI	1315	Ausstattung PKI-Zertifikate (Feinplanung offen)	01.01.2010-31.12.2013
IKOTech III	1217	Ausstattung Sonderbereiche der Kriminalitätsbekämpfung	01.01.2009-31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	390,0	215,0	250,0
		davon Dataport:		215,0	250,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	1.402,0	928,0	1.054,0
		davon Dataport:		928,0	1.054,0

Abschluss

Gesamtausgabe	1.792,0	1.143,0	1.304,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-1.792,0	-1.143,0	-1.304,0

IT-Maßnahme 2004040012

WTS Betrieb auf Basis IKO III

Beschreibung

Ressort / Behörde LPA
Art IT Verfahren
Bezeichnung WTS Betrieb auf Basis IKO III

Beschreibung allgemein

Betrieb und Pflege der WTS-Infrastruktur für AZM und sicheren Internetverkehr bei der Landespolizei Schleswig-Holstein.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1223	Betrieb der Serverfarm und Sicherheitsinfrastruktur Internet/AZM	
1336	Verlängerung Citrix Pflege	

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Der Internetzugriff wird z.B. für die Aufgabenwahrnehmung nach § 43, Abs. 1 Landesfischereigesetz S-H genutzt. Entscheidung von IV 4 zur Nutzung von AZM inkl. KLR

Politische Einstufung Vereinbarung nach § 59 Mitbestimmung (MBG) betr. Richtlinie zur Nutzung von Internet und E-Mail vom 23.12.2004

Infrastrukturelle Bedeutung

Alle Mitarbeiter der Landespolizei (ca. 8000) greifen mittels WTS (Citrix) auf das Verfahren AZM zu. Zudem wird ihnen über WTS ein sicherer Zugriff auf das Internet zu Ermittlungszwecken und zu privaten Zwecken ermöglicht. Nur durch den Betrieb von WTS sind die seit langem erhobenen Fachforderungen (Arbeitszeitmanagement und Internet) mit dem erhöhten Sicherheitsbedarf für den Betrieb der IT-Infrastruktur bei der Polizei vereinbar und umsetzbar. Mit der Fortsetzung der Pflege der Citrix-Lizenzen wird der Support für die laufenden Verfahren AZM und Internet sichergestellt

Kennzahl 51

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Erfüllung der Sicherheitsanforderungen zur Nutzung des Internets im INPOL-Umfeld	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
AZM	1214	Aufrechterhaltung des Betriebes zu den vereinbarten vertraglichen Verfügbarkeitsanforderungen	01.01.2009 - 31.12.2013
Internet	1225	Aufrechterhaltung des Internets-Angebotes mit den derzeitigen Sicherheitsniveau	01.01.2009 - 31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	207,0	169,0	169,0
		davon Dataport:		169,0	169,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			207,0	169,0	169,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-207,0	-169,0	-169,0

IT-Maßnahme 2004040014

INTRAPOL

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 215

Art IT Verfahren

Bezeichnung INTRAPOL

Beschreibung allgemein

Intrapol ist das Informations- und Kommunikationsportal der Landespolizei Schleswig-Holstein. Über Intrapol haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen einheitlichen Zugang zu allen für ihre Arbeit erforderlichen Informationen, Anwendungen und Verfahren. Intrapol ist in die Landesstrategie zum Landesportal eingebunden. Über das Redaktionssystem wird auch der Internetauftritt der Landespolizei betrieben

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1303	Landesportal	Internetauftritt der Landesregierung (GSB)
1315	PKI	Public Key Infrastructure

Sonstige Bemerkungen

Abhängigkeit zu CMS II beim FM

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 13

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des Zugangs für alle Beschäftigten der Landespolizei zu den für sie relevanten Informationen und Diensten im Rahmen der vertraglichen Verfügbarkeitsanforderungen	01.01.2009-31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Landesportal	1303	Sicherstellen der Verfügbarkeit der Redaktionsarbeitsplätze zur Informationsversorgung der Beschäftigten, inklusive Fortschreibung GSB	01.01.2009 - 31.12.2013
Landesportal	1303	Schwerpunkt Online-Wache: redaktionelle Anpassungen und Weiterentwicklung	01.01.2009 - 31.12.2010
PKI	1315	Einführung qualifizierte Signatur für Anzeigen prüfen (s. 2004040011)	01.01.2009 - 31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	154,0	70,0	90,0
		davon Dataport:		70,0	90,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	60,0	20,0
		davon Dataport:		60,0	20,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			154,0	130,0	110,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-154,0	-130,0	-110,0

IT-Maßnahme 2004040020

EXTRAPOL

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 215

Art IT Verfahren

Bezeichnung EXTRAPOL

Beschreibung allgemein

Extrapol ist die gemeinsame Informations- und Kommunikationsplattform der Polizeien des Bundes und der Länder

Sonstige Bemerkungen

Extrapol stellt das angesammelte polizeiliche Wissen bundesweit jedem Polizei-Intranetnutzer zur Verfügung. Das Medium dient so der Kooperation zwischen den deutschen Polizeien, es gestaltet ihren Informationsaustausch schneller und effektiver und fördert Synergieeffekte, zum Beispiel das sogenannte Efa, das "Einer für Alle"-Prinzip bei Entwicklung und Betrieb von EDV-Anwendungen.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 31

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung der Betriebsfähigkeit der gemeinsamen Informations- und Kommunikationsplattform der Polizeien des Bundes und der Länder	01.01.2009 - 31.12. 2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Extrapol	1228	Entwicklung und Bereitstellung von Schnittstellen aus Intrapol-SH	01.01.2009 - 31.12. 2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	5,0	5,0	5,0
		davon Dataport:		5,0	5,0
632 06	013	Sonstige Zuweisungen an Länder	20,0	20,0	20,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	25,0	25,0	25,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-25,0	-25,0	-25,0

IT-Maßnahme 2004040027

Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo

Beschreibung

Ressort / Behörde LPA

Art IT Verfahren

Bezeichnung Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo

Beschreibung allgemein

Die IT Beweissicherung und Auswertung bei der Landespolizei Schleswig-Holstein im Rahmen strafprozessualer Maßnahmen, so wie bei OWI Verfahren und zur Gefahrenabwehr wird mit Hilfe von IT-Gerät durchgeführt. Die hiermit betrauten Dienststellen sind die ITB (IT Beweissicherungsgruppengruppe) im LKA, die r-ITB'en bei den Bezirkskriminalinspektionen und die Sachbearbeitenden Dienststellen. Es wurde in 2005 im LKA eine spezielle Dienststelle zur Bekämpfung der IuK-Kriminalität im engeren Sinne eingerichtet.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1367	Internetrecherche	Internetrecherche bei den Kriminaldienststellen
1229	IT-Besi	IT-Beweissicherung
1362	Auswertung	der Daten der gesicherten Beweise bei den Kriminalpolizeidienststellen, Wasser-schutzpolizei und bei den Schutzpolizeidienststellen

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Umsetzung von Anordnungen und Beschlüssen von Richtern und Staatsanwälten im Rahmen der Strafverfolgung (§§ 163, 94 ff., 110 ff Strafprozessordnung, §53 OWIG) und der Seeunfallursachenerforschung (§15 SUG, §11 FIUUG, §1 BLV in V. mit BLVZ).

Politische Einstufung Die IT-Beweissicherung ist wesentliche Voraussetzung für die Bekämpfung von Straftaten. Dazu gehören unter anderem inkriminierte Inhalte in Datennetzen, Korruptions- und Wirtschaftsdelikte.

Infrastrukturelle Bedeutung

Fortsetzung der Ausstattung der vorhandenen und neu eingerichteten Dienststellen mit IT-Gerät im Rahmen der IT-Beweissicherung.

Kennzahl 69

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	anlassbezogene Sicherung und Auswertung von mit IT-Geräten erzeugten Daten zur beweissichern Dokumentation für die Staatsanwaltschaften.	01.01.2008-31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
IT-Besi	1229	Gewährleistung zur IT-technischen Auswertung bei der K auf aktuel-lem technischem Stand	01.01.2009-31.12.2013
IT-Besi	1229	Gewährleistung zur IT-technischen Beweissicherung und Auswertung bei der WSP auf aktuellem technischem Stand	01.01.2009-31.12.2013
IT-Besi	1229	bei entsprechender Entscheidung Schaffung der Grundlagen der IT-technischen Auswertung bei der S auf aktuellem technischem Stand	01.01.2009 - 31.12.2010
IT-Besi	1229	laufende Erneuerung und Ergänzung der Infrastruktur für die Strafver-folgung im Internet	01.01.2009 - 31.12.2013
IT-Besi	1229	Ausstattung zur zielgruppenorientierten Durchführung von Schulungen auf aktuellem technologischem Stand	01.01.2009 - 31.12.2013
IT-Besi	1229	Gewährleistung zur IT-technischen Beweissicherung im LKA und den BKI'en auf aktuellem technischem Stand	01.01.2009 - 31.12.2013
IT-Besi	1229	weitere Ausstattung und Gewährleistung der IT-technischen Auswer-tung bei der "IuK-Kriminalität im engeren Sinne"	01.01.2009 - 31.12.2013

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Grundsatzentscheidung zur IT-technischen Auswertung bei der Schutzpolizei	01.01.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Abgleich der Auswertemöglichkeiten mit Polizeien der anderen Bundesländer und der Bundespolizei auf Arbeitsebene

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	14,5	20,0	24,0
		davon Dataport:		20,0	24,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	314,0	463,0	447,0
		davon Dataport:		463,0	447,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			328,5	483,0	471,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-328,5	-483,0	-471,0

IT-Maßnahme 2004040028

Netzinfrastruktur für IT b. d. LaPo SH

Beschreibung

Ressort / Behörde LPA
Art IT Verfahren
Bezeichnung Netzinfrastruktur für IT b. d. LaPo SH

Beschreibung allgemein

Planen der Netzinfrastruktur;
 Bereitstellen, sicheres Betreiben nach Grundschutzhandbuch und Überwachen der Netzinfrastruktur für IT bei der Landespolizei Schleswig-Holstein;
 Bereitstellen sicherer Netzübergänge in angeschlossene Netze Dritter mit unterschiedlichem Sicherheitsniveau
 Verkehrssteuerung der IP-Kommunikation über die Netze (ohne VOIP)

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1230	Netzinfrastruktur	Planen der Topologie der Netze und Ausstattung mit Netzwerkkomponenten
1230	Netzinfrastruktur	sicheres Betreiben nach Grundschutzhandbuch und Überwachung der Betriebsbereitschaft der Netzinfrastruktur
1230	Netzinfrastruktur	Bereitstellen sicherer Netzübergänge in angeschlossene Netze Dritter mit niedrigerem Sicherheitsniveau
1299	IP-Kommunikation in der GBG	Verkehrssteuerung der IP-Kommunikation

Sonstige Bemerkungen

Die Netzwerkplanung und der Betrieb sind direkt abhängig von den Aktivitäten des FM und der Dienstleister.

Priorität

Klassifizierung Kommunikation
Politische Entscheidung des Kabinetts zur Einführung von LSK als Landessystem
Einstufung Entscheidung von IV M zur Teilnahme am LSK

Infrastrukturelle Bedeutung

Netze stellen das Rückgrat der Kommunikation dar und sind somit notwendiger Bestandteil der Infrastruktur. Bei der Übermittlung wird die Integrität und Vertraulichkeit der Daten gewährleistet.

Kennzahl 42

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Gewährleistung des Steuerungskreislaufs (Planen, Betreiben, Steuern) der Netzinfrastruktur für IT bei der Landespolizei Schleswig-Holstein	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Netzinfrastruktur	1230	Ausstattung Kleinstdienststellen und Nachsteuerung	01.01.2009 - 31.12.2013
Netzinfrastruktur	1230	Ausstattung neu bezogener Dienstgebäude	01.01.2009 - 31.12.2013
Netzinfrastruktur	1230	DSL/Sondernetze einrichten	01.01.2009 - 31.12.2013
Netzinfrastruktur	1230	RADIUS-Server landesweit implementieren (in Abhängigkeit Planung FM)	01.01.2010 - 31.12.2010
Netzinfrastruktur	1230	Firewall implementieren (Sichere Netzübergänge)	01.01.2009 - 31.12.2013
Netzinfrastruktur	1230	Implementieren eines Überwachungssystems (Intrusion Detection System)	01.01.2009 - 31.12.2013
Netzinfrastruktur	1230	Erhaltung der Betriebsfähigkeit auf aktuellem technischem Stand (nach Vorgaben FM)	01.01.2009 - 31.12.2013
Netzinfrastruktur	1230	Ausstattung der Regionalleitstellen in den Betrieb übernehmen (Abhängigkeit FM)	01.01.2009 - 31.12.2009

Nr.	Beschreibung	Datum
1	RADIUS-Serverausstattung abgeschlossen	31.12.2010
2	Ausstattung der Regionalleitstellen abgeschlossen	31.12.2009

Sonstiges

Kooperationen CNP/ON wird vom BKA als bundesweites Polizeinetz betrieben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	8,8	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	30,0	30,0	30,0
		davon Dataport:		30,0	30,0
632 06	013	Sonstige Zuweisungen an Länder	9,0	9,0	9,0
		davon Dataport:		9,0	9,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	95,0	110,0
		davon Dataport:		95,0	110,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			47,8	144,0	159,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-47,8	-144,0	-159,0

IT-Maßnahme 2004040029

Software für den polizeiärztlichen Dienst der LaPo SH

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 21

Art IT Verfahren

Bezeichnung Software für den polizeiärztlichen Dienst der LaPo SH

Beschreibung allgemein

Fachanwendung zur qualitätsgesicherten IT-Unterstützung für die medizinischen Bereiche der Landespolizei.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 12

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung einer effektiven Arbeitsfähigkeit für Beschäftigte im medizinischen Bereich	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Arztsoftware	1231	Pflege der Software und Aufrechterhaltung der Nutzerfähigkeit	01.01.2009 - 31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Ver- tragsformen	50,9	6,3	6,3
		davon Dataport:		6,3	6,3
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	50,9	6,3	6,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-50,9	-6,3	-6,3

IT-Maßnahme 2004040035

E-Post 810 bei der LaPo SH

Beschreibung

Ressort / Behörde IM / LPA
Art IT Verfahren
Bezeichnung E-Post 810 bei der LaPo SH

Beschreibung allgemein

Landesweiter Betrieb des gesicherten formellen Kommunikationssystems E-Post 810 im Rahmen der bundesweiten Umstellung (Bund, Zoll, BGS und alle Bundesländer). Hierbei wurde auch das „alte Fernschreib-Sondernetz“ abgelöst. Es wird die bestehende LSK Infrastruktur für den Betrieb des Verfahrens genutzt. Die Anbindung an die anderen Bundesländer läuft über das CNP/OND. Das Verfahren E-Post ist ein Hochverfügbarkeitsverfahren und erfordert eine Verfügbarkeit von 24/7.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 PDV810.1
 Bundesvereinbarung AK II
 IMK

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 Das Fernschreibsystem E-Post 810 ist die gesicherte Kommunikation zwischen den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder (BOS). E-Post 810 ist unter anderem das Trägersystem zur Einsatzlagebewältigung,

Infrastrukturelle Bedeutung

Mit der Ablösung des veralterten Fernschreibsystems (geregelt in der Polizeidienstvorschrift 810) durch E-Post 810 wurde im Endgerätebereich komplett auf LSK umgestiegen

Kennzahl 55

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung der Teilnahme an der gesicherten formellen Kommunikation 24 / 7 / 365	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
E-Post 810	1232	Prüfung der Übergabemöglichkeit des Verfahrens an Dataport inklusive Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (Konzepterstellung als Entscheidungsvorlage)	01.05.2008 - 31.05.2009
E-Post 810	1232	(bei positiver Entscheidung unter Punkt 1) Fachverfahren EPOST 810 migrieren in RZ Dataport	01.01.2009 - 31.05.2009

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Entscheidung über Umfang und Zeitraum der Übergabe des Verfahrens an Dataport	31.12.2008
2	Übergabe des Betriebs von E-Post 810 an Dataport	1.6.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Teilnahme am bundesweiten E-Post Verfahren

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	250,0	250,0
		davon Dataport:		250,0	250,0
632 06	013	Sonstige Zuweisungen an Länder	17,4	17,4	17,4
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			17,4	277,4	277,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-17,4	-277,4	-277,4

IT-Maßnahme 2004040040

Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei

Beschreibung

Ressort / Behörde LPA
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des Betriebes der IT-Infrastruktur durch Reinvestition von Hard- und Software

Priorität

Infrastrukturelle Bedeutung

Ohne die Ersatzbeschaffungen kann der laufende Betrieb der IT-Infrastruktur bei der Polizei nicht gewährleistet werden. Eine funktionierende IT-Infrastruktur ist eine der Grundlagen für ein effektives und effizientes Arbeiten bei der Polizei.

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Gewährleistung und Erhöhung der Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur als Trägersystem für die Fachanwendungen der Landespolizei	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Ersatzbeschaffung	1233	Dienststellenorientierte Beschaffung abgeschriebener Geräte (ca.1000 AP pro Jahr)	01.01.2009 - 31.12.2013
Ersatzbeschaffung	1233	Dienststellenorientierte und ressortspezifische Beschaffung abgeschriebener Geräte (30 AP pro Jahr)	01.01.2009 - 31.12.2013
Ersatzbeschaffung	1233	Dienststellenorientierte und ressortspezifische Beschaffung abgeschriebener Geräte im Bereich der IT-Besi (120 Rechner pro Jahr im Durchschnitt)	01.01.2009 - 31.12.2013
Ersatzbeschaffung	1233	Aktualisierung der Netzwerkkomponenten abhängig von technologischer und topologischer Weiterentwicklung	01.01.2009 - 31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	1.418,7	1.610,0	1.300,0
		davon Dataport:		1.610,0	1.300,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	1.418,7	1.610,0	1.300,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.418,7	-1.610,0	-1.300,0

IT-Maßnahme 2004040043

InfReg90

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 212

Art IT Verfahren

Bezeichnung InfReg90

Beschreibung allgemein

Fachanwendung zur Abfrage von Kundendaten bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (vormals RegTP). Im Rahmen der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung kann es erforderlich sein, Fernmeldeanschlussinhaber festzustellen oder für namentlich bekannte Personen die zugeteilten Rufnummern zu ermitteln. Aufgrund von Vorgaben durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post sind solche Auskunftersuchen zur Feststellung oben genannter Daten standardmäßig mittels eines elektronischen Datenaustausches durchzuführen. Nur unter bestimmten Voraussetzungen sind Auskunftersuchen per Brief oder per Fax zulässig.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
§ 112 Telekommunikationsgesetz (TKÜ)

Kennzahl 46

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Betriebsbereitschaft gegenüber Bundesnetzagentur 24/7/365 binnen einer Stunde	01.01.2009 - 31.12.2010	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
InfReg 90	1234	Aufrechterhaltung des Betriebes von InfReg 90	01.01.2009 - 31.12.2010
InfReg 90	1234	Implementierung der elektronischen Anlieferung von Verbindungsdaten gemäß § 100g/h StPO mittels ESB (Schnittstelle)	01.06.009 - 31.12.2009
InfReg 90	1234	Vereinfachung des Services bei Aussperrung von Nutzern in InfReg 90 zur Selbstentsperrung durch Fa. Dialogika	01.10.2009 - 31.03.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	46,0	80,0	82,4
		davon Dataport:		50,0	51,5
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	108,0	50,0
		davon Dataport:		108,0	50,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			46,0	188,0	132,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-46,0	-188,0	-132,4

IT-Maßnahme 2004041602

xMeld - Entwicklung elektronische Datenübermittlung zwischen Meldebehörden

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium

Art IT Verfahren

Bezeichnung xMeld - Entwicklung elektronische Datenübermittlung zwischen Meldebehörden

Beschreibung allgemein

Errichtung der zentralen IT-Infrastruktur für die elektronische Datenübermittlung zwischen der Meldebehörde und anderen Meldebehörden (landesintern und länderübergreifend), Bundesbehörden und Landesbehörden sowie private Stellen.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1261	Spiegeldatenbank	gespiegelter Melderegisterbestand SH
1327	E-Government-Gateway	Fachspezifische Funktionalitäten

Sonstige Bemerkungen

Weiterentwicklungen E-Government-Gateway in Abhängigkeit zu der Zeitplanung FM Version 2.0

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
§ 23 LMG, § 2 d. ersten BMeldDÜV (elektronisch)

Politische Einstufung Das Meldewesen stellt einen elementaren Bestandteil des Verwaltungshandelns in Deutschland dar.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Quantifizierbare Aussagen zur Wirtschaftlichkeit sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich.

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Ausgaben

Titel	Betrag in T€	Begründung
1103.01.68503		Anschlussfinanzierung auf KIF-Mitteln nicht im FAG hinterlegt. Klärung über den jeweiligen Anteil je Kommune wird über eine KLR-orientierte Berechnungsformel derzeit erarbeitet.

Infrastrukturelle Bedeutung

Die Nutzung der Clearingstelle für die Kommunikation der Meldebehörden ist in der Landesmeldeverordnung ab dem 1. Januar 2007 zwingend vorgeschrieben.

Kennzahl 55

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Vollständige Automatisierung der Datenübermittlung der Meldebehörden (Ziel = 100 Prozent)	01.01.2008-31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Spiegeldatenbank	1261	Datenabruf der Polizei sicherstellen	01.01.2008 - 31.12.2013
Spiegeldatenbank	1261	Landes- und Bundesweiter Datenabruf von Behörden eröffnen und sicherstellen	01.01.2008 - 31.12.2013
Spiegeldatenbank	1261	Melderegisterauskünfte an private Stellen aufbauen und sicherstellen, inkl. Poweruser und Payment	01.01.2008 - 31.12.2013
Spiegeldatenbank	1261	Sicherstellung der anlassbezogenen regelmäßigen Datenübermittlung an Bundes- und Landesbehörden	01.01.2008 - 31.12.2013
Spiegeldatenbank	1261	Bundesweite Datenübermittlung der Meldebehörden untereinander sicherstellen	01.01.2008 - 31.12.2013
E-Government-Gateway	1327	Datenschutzrechtlich einwandfreie Identifizierung von Datenempfängern und Sicherstellung eines funktionierenden Paymentverfahrens	01.05.2008 - 31.12.2013

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	400,0	448,0	448,0
		davon Dataport:		448,0	448,0
685 04	013	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0,0	10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			400,0	458,0	458,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-400,0	-458,0	-458,0

IT-Maßnahme 2004041603

Betrieb Bürokommunikation IKO III IM SH

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium
Art Grundversorgung
Bezeichnung Betrieb Bürokommunikation IKO III IM SH

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1344	Mobiler Arbeitsplatz (MAP II)	
1230	Netzinfrastruktur	Optimierung der LAN-Verteilerschranke
1307	Sicherheitsmanagement	Erstellung Sicherheitskonzept für IM

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2008-31.12.2013
2	Ausstattung Heimarbeitsplätze - online und offline-Lösungen (1 Prozent pro Jahr)	01.01.2008-31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
MAP II	1344	Ausstattung von 5 Arbeitsplätzen	01.01.2008-01.04.2008
MAP II	1344	Aufgabenbezogene Ausstattung in den Arbeitsbereichen	01.01.2008-31.12.2009
ITNet-SH	1226	Ausstattung mit 24'-Monitoren	01.01.2008-01.10.2008
Testlabor	1309	Konzepterstellung	01.01.2009-31.12.2010

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Ausstattung von 5 mobilen Arbeitsplätzen abgeschlossen	01.04.2008
2	Ausstattung mit 5 Monitoren 24' abgeschlossen	01.03.2008

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	46,0	47,0	49,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	35,0	35,0	35,0
527 06	013	Dienstreisen	6,0	6,0	7,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	445,0	437,8	437,8
		davon Dataport:		437,8	437,8
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	34,2	79,9	78,8
		davon Dataport:		79,9	78,8
Abschluss					
Gesamtausgabe			566,2	605,7	607,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-566,2	-605,7	-607,6

IT-Maßnahme 2004041604

Systemtechnische Dienste der Landesplanung

Beschreibung

Art Grundversorgung

Bezeichnung Systemtechnische Dienste der Landesplanung

Beschreibung allgemein

Aufrechterhaltung des IT-Betriebes sowie Sicherstellung der Betreuung durch dataport und grundlegende interne Leistungen.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1263	Systemtechnische Dienste der Landesplanung	

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Systemtechnische Dienste Landesplanung	1263	Umstieg auf neue Kartografietechniken	01.01.2009 - 30.06.2009

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,0	2,0	2,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	4,0	4,0	4,0
527 06	013	Dienstreisen	1,0	1,0	1,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	37,0	37,0	38,0
		davon Dataport:		29,0	30,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			44,0	44,0	45,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-44,0	-44,0	-45,0

IT-Maßnahme 2004041605

Ersatzbeschaffungen GB IM

Beschreibung

Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen GB IM

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Anpassung der bestehenden IT-Infrastruktur an den Stand der Technik	01.01.2009 - 31.12.2013	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Ersatz IM	1264	Reinvestition von 520 Arbeitsplätzen	01.01.2009 - 31.12.2009

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	190,3	139,8	217,5
		davon Dataport:		139,8	216,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			190,3	139,8	217,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-190,3	-139,8	-217,5

IT-Maßnahme 2004042401

Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung

Beschreibung

Ressort / Behörde LVermA SH

Art IT Verfahren

Bezeichnung Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung

Beschreibung allgemein

Beschreibung und Ziel der Maßnahme:

Vollständig digitale Führung der Karten und Buchnachweise von Landesvermessung und Liegenschaftskataster mit den Bestandteilen:
 Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK)
 Automatisiertes Liegenschaftsbuch (ALB)
 Amtliches Topographisch-kartographisches Informationssystem (ATKIS)

Hauptziel war bisher die Zurverfügungstellung der digitalen Daten zur Nutzung in Geoinformationssystemen der Kunden und Wirtschaft und Verwaltung.
 Das Ziel der Fertigstellung der digitalen Daten ist 2005 für die gesamte Landesfläche erreicht worden. Das verbleibende Ziel ist, die Daten ständig auf dem Laufenden zu halten.

Parallel wird aber seit mehreren Jahren an der Ablösung durch die Nachfolgelösung gearbeitet. Danach werden die Verfahren heißen:
 Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS®)
 Amtliches Festpunktinformationssystem (AFIS®)
 Amtliches Topographisch-kartographisches Informationssystem (ATKIS®)
 AFIS®-ALKIS®-ATKIS® (AAA)

Die Einführung von AAA beruht auf Beschlüssen der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) mit dem Ziel einer bundeseinheitlichen, auf internationalen Normen basierenden Geodatenbasis.

Ablauf:

Aufrechterhaltung der Altverfahren ALB und ALK und ATKIS bis ca. 2008
 Vorbereitende Arbeiten an den Altdaten seit 2004
 Pilotierung der Migration auf ALKIS® in 2006/2007 im LVermA und im Pilotamt Lübeck
 landesweite Einführung ab 2008

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1244	ALK/ALB/ATKIS	Geobasisdaten-Altverfahren
1247	Migration	Migration der Altverfahren ins neue Datenmodell
1247	AFIS/ALKIS/ATKIS	Amtliche GeobasisdatenInformationssysteme

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Kennzahl 85

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2008-31.12.2013	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
ALB/ALK/ATIKS	1244	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes	01.01.2008 - 31.12.2009
Migration	1247	ALKIS-Vormigration abschliessen	01.02.2008-31.12.2008
Migration	1247	ATKIS-Migration abschliessen	01.01.2008 - 31.12.2008
Migration	1247	AFIS/ALKIS-Migration abschliessen	01.01.2009-31.12.2009
AFIS/ALKIS/ATKIS	1247	Abnahme der ATKIS-Verarbeitungskomponente	01.01.2008 - 31.12.2008
AFIS/ALKIS/ATKIS	1247	Aufbau einer Produktionsumgebung bei Dataport	01.01.2008 - 31.12.2008
AFIS/ALKIS/ATKIS	1247	ALKIS-Pilotierung bis zum Beginn der Trainerausbildung im Herbst	01.01.2008 - 31.12.2008
Nr.	Beschreibung	Datum	
1	Mirgration abgeschlossen	31.12.2009	

Sonstiges

Kooperationen

Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

1 Implementierungspartnerschaft der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein für die Datenhaltungskomponente (DHK)

2 Kooperation mit Hamburg bzgl. der Verarbeitungs- und Präsentationskomponente (VPK)

E-Government-Initiativen

Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.

Die Maßnahme steht aufgrund der engen Beziehung zum Geoserver im Kontext mit dem Projekt „Geodateninfrastruktur Deutschland GDI-DE“, „Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein“ und der „E-Government-Vereinbarung“ mit dem kommunalen Bereich

Verwaltungsmodernisierung

Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Durch Kommunalisierung der Katasterämter gehen Teile der Maßnahme/des Basisinformationssystems in die Zuständigkeit der Kreise über.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20,0	20,0	20,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	45,0	55,0	35,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	844,1	971,6	1.381,5
		davon Dataport:		404,0	429,0
632 06	013	Sonstige Zuweisungen an Länder	5,0	5,0	35,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	100,0	40,0	40,0
		davon Dataport:		40,0	40,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			1.014,1	1.091,6	1.511,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.014,1	-1.091,6	-1.511,5

IT-Maßnahme 2004042402

Ersatzbeschaffungen

Beschreibung

Ressort / Behörde LVerMA SH
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen
Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2009 - 31.12.2013	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Ersatz VKV	1245	Austausch 11 SAPOS-Stationen vorgezogen wegen GLONASS-Ver-netzung, entlastet 2009/2010. Ausweitung der SAPOS-Korrekturdaten auch auf GLONASS-Satelliten ist aktuelle Kundenforderung	01.01.2008 - 31.12.2008

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	659,3	822,5	547,5
		davon Dataport:		822,5	547,5
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	659,3	822,5	547,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-659,3	-822,5	-547,5

IT-Maßnahme 2004042403

Bürokommunikation u. Fachverfahren auf Standardarbeitsplätzen (IKO III)

Beschreibung

Ressort / Behörde LVermA SH

Art Grundversorgung

Bezeichnung Bürokommunikation u. Fachverfahren auf Standardarbeitsplätzen (IKO III)

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1344	MAP	Mobiler Arbeitsplatz

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes	01.01.2009 - 31.12.2013	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
MAP	1344	Ausstattung mobiler Arbeitsplätze	01.01.2009 - 31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	50,0	50,0	50,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	10,0	10,0	10,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	130,0	154,0	174,0
		davon Dataport:		154,0	174,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	10,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			200,0	214,0	234,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-200,0	-214,0	-234,0

IT-Maßnahme 2004042404

ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung

Beschreibung

Ressort / Behörde LVermA SH

Art IT Verfahren

Bezeichnung ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung

Beschreibung allgemein

1) Zu den zentralen Aufgaben des LVermA gehört die Bereitstellung der amtlichen topographischen Karten (ATKIS®-DTK). Diese Arbeiten sind erforderlich, da mehrere bundesweit einheitliche Kartenwerke, insbesondere auch durch die internationalen Verpflichtungen (Bundeswehr) des Bundes, vorzuhalten sind.

Seit 1995 wurden diese Arbeiten von der manuellen Kartographie auf automationsunterstützte Arbeitsweise am graphisch-interaktiven Kartographie-Arbeitsplatz umgestellt.

2) Um diese Aufgabe mit minimalem Mitteleinsatz zu erledigen, sollen derartige Karten zukünftig direkt aus den topographischen Landschaftsmodellen (ATKIS®-DLM) abgeleitet werden. Auf diese Art können zusätzliche Arbeiten bei der Beschaffung der Fortführungsdaten vermieden werden. Die Ableitung der amtlichen topographischen Karten muss auf der Grundlage einer modernen Softwareentwicklung basieren, die einen möglichst hohen Automationsgrad gewährleistet. Nur unter dieser Voraussetzung kann diese Aufgabe vor dem Hintergrund der begrenzten Personalressourcen auch zukünftig noch geleistet werden.

In den nächsten Jahren wird es insbesondere darum gehen, die automatische kartographische Generalisierung um die Komponente einer interaktiven kartographischen Generalisierung zu ergänzen. Außerdem müssen entsprechende Softwareentwicklungen für die Druckaufbereitung der digitalen Datenbestände in Auftrag gegeben werden. Gleichzeitig müssen die derzeit für die DTK50 entstehenden Programme auf die übrigen topographischen Kartenwerke übertragen werden (DGK5, DTK25 und DTK100). Hierfür werden die angemeldeten Haushaltsmittel dringend benötigt.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1247	Interaktive Kartenbearbeitung	Raster-/Vektorbearbeitung topographischer Karten
1247	ATKIS-Modellgeneralisierung	Automatische Generalisierung des DLM50 aus DLM25
1247	Automatische kartographische Generalisierung	Automatische Ableitung einer digitalen topographischen Karte
1247	Interaktive kartographische Generalisierung	Ergänzende Nachbearbeitung der automatischen Ableitung (s. Pkt. 3)

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Vermessungs- und Katastergesetz

Infrastrukturelle Bedeutung

Die modell- und kartographische Generalisierung ist ein zentrales Werkzeug zur Sicherstellung amtlicher Geobasisdaten im Maßstabsbereich 1: 5.000 – 1 : 100.000. Sie ist insofern eine wesentliche Voraussetzung für ein wirkungsvolles ressortübergreifendes Geodatenmanagement, die Einrichtung einer Geodateninfrastruktur einschließlich eines Geoservers und die darauf aufbauenden Anwendungen (e-Government).

Kennzahl 47

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Automatisierung im Bereich der Kartografie	01.01.2009 - 31.12.2013	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
ATKIS-Modellgeneralisierung	1247	Umstellung auf das neue ATKIS-Datenmodell (1:50.000)	01.01.2009 - 31.12.2009
Automatische kartographische Generalisierung	1	Erzeugen eines Digitalen Landschaftsmodells 1 : 50.000 (DLM50/1)	01.01.2009 - 31.12.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Kooperation derzeit mit 10 Bundesländern. Kooperationsvereinbarung liegt in der Fachlichkeit vor.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	1,0	1,0
		davon Dataport:		1,0	1,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	10,0	15,0	5,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	36,0	87,0	96,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	75,0	75,0	50,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			121,0	178,0	152,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-121,0	-178,0	-152,0

IT-Maßnahme 2004042405

Geodatenmanagement - Datenhaltung, Datenaufbereitung und Vertrieb

Beschreibung

Ressort / Behörde LVermA SH

Art IT Verfahren

Bezeichnung Geodatenmanagement - Datenhaltung, Datenaufbereitung und Vertrieb

Beschreibung allgemein

Durch verschiedene technische Verfahren sind Geodaten für Vertriebszwecke bereitzuhalten, es ist für Auskunft über alle verfügbaren Geodaten zu sorgen (Metadaten) und es sind Datenaufbereitungen nach speziellen Kundenwünschen durchzuführen.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	DeskTopPublishing und Druckvorstufe	Macintosh und Plattenbelichter(Laserdrucktechnik)
2	Geodatenvertrieb	Leitstelle, Kopfstelle Geodaten

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Vermessungs- und Katastergesetz

Kennzahl 67

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes Druck und Vertrieb	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Geodatenvertrieb	1	Gewährleistung der standardisierten Datenabgabe (auf Anforderung der Kunden)	01.01.2009 - 31.12.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Kooperation nicht möglich, da Landeslösung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	12,0	15,0	15,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	19,3	19,3	18,9
		davon Dataport:		11,2	11,2
632 06	013	Sonstige Zuweisungen an Länder	0,0	0,0	0,0
685 04	013	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0,0	13,3	13,3
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	11,3	50,0	35,0
		davon Dataport:		50,0	35,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			42,6	97,6	82,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-42,6	-97,6	-82,2

IT-Maßnahme 2004042406

Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)

Beschreibung

Ressort / Behörde LVermA SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)

Beschreibung allgemein

Die Maßnahme umfasst alle Arbeiten des Landesvermessungsamtes mit Hilfe von Luftbildern
 Bereich A:
 Weitere Nutzung IT-gestützter Luftbildauswertung bei topographischen Vermessungen und Katastervermessung, Neuausrüstung zur Nutzung neuester Digitaltechnik
 Bereich B:
 Weitere Produktion digitaler Orthophotos aus den Luftbildern der topographischen Bildflüge zur Nutzung in Verwaltung und Wirtschaft.
 Bereich C:
 Fortsetzung und Erneuerung der Produktion von digitalen Geländemodellen.
 Erweiterung des vorhandenen Arbeitsplatzes um Programme und Hardware zur Auswertung von Laserscan-Daten und Berechnung von hochgenauen digitalen Geländemodellen.
 Es besteht eine Kooperation zwischen dem MLUR und dem IM zur landesweiten Erstellung eines hochgenauen digitalen Geländemodells.
 Außerdem ist das LVermA SH an einer Bund/Land Arbeitsgruppe Katastrophenschutz –Hochwasser- zum Aufbau des deutschen Notfallvorsorge- Informationssystem (deNIS System 2) beteiligt.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Photogrammetrie	Luftbildauswertung bei topographischen Vermessungen und Katastervermessung
2	Orthophotos DOP	Produktion digitaler Orthophotos aus den Luftbildern der topographischen Bildflüge zur Nutzung in Verwaltung und Wirtschaft.
3	Geländemodelle DGM	Produktion von digitalen Geländemodellen

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 - Vermessungs- und Katastergesetz - VermKatG vom 12. Mai 2004, §10 Aufgaben der Landesvermessung
 - Bundes-Bodenschutzgesetz zur Dokumentaion von Erosionsflächen
 - Landeskatastrophenschutzgesetz zur Ausweisung von überflutungsgefährdeten Gebieten

Kennzahl 51

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Unterstützung von photogrammetrischen Auswertungen	01.01.2009 - 31.12.2013
2	Herstellung von digitalen Luftbildern DOP	01.01.2009 - 31.12.2013
3	Herstellung von digitalen Geländemodellen DGM	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Digitales Geländemodell DGM	1	Einführung des photogrammetrischen Auswertesystems	01.01.2009 - 31.12.2009
Digitale Luftbilder	1	Aufrechterhaltung des 3-jährigen Befliegungsturnus	01.01.2009 - 31.12.2013
Digitales Geländemodell	2	Nutzung des digitalen Geländemodells für Kartenaktualisierung (fehlende Gebäude und Böschungen auffinden)	01.01.2009 - 31.12.2012

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 - Kooperation zwischen dem MLUR und dem IM zur landesweiten Erstellung eines hochgenauen digitalen Geländemodells
 - LVermA SH beteiligt an einer Bund/Land Arbeitsgruppe Katastrophenschutz –Hochwasser- (deNIS System 2)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	1,0	1,0
		davon Dataport:		1,0	1,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	15,0	10,0	5,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	25,5	34,6	34,6
		davon Dataport:		32,3	32,3
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	80,0	90,0	70,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			120,5	135,6	110,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-120,5	-135,6	-110,6

IT-Maßnahme 2004042407

Auftragsverwaltung Landesvermessungsamt und Katasterämter

Beschreibung

Ressort / Behörde LVermA SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Auftragsverwaltung Landesvermessungsamt und Katasterämter

Beschreibung allgemein

Die Automatisierung der Verwaltungsabläufe in der Vermessungs- und Katasterverwaltung – AVE VUK – war Inhalt eines Beratungsprojekts der Datenzentrale, dessen Umsetzung die IT-Kommission auf ihrer Sitzung am 17. Mai 1995 dem Innenminister empfohlen hat. Auf Basis einer umfassenden Analyse und optimierter Geschäftsprozesse wurde ein IT-Konzept erarbeitet, das neben systemtechnischer Standardisierung den Einsatz verschiedener Softwareprodukte besonders für das Auftragswesen vorsah. Für die Katasterämter wurde daraufhin das Verfahren AGB (Automatisiertes Geschäftsbuch) eingeführt, das noch heute zentrales Werkzeug für alle auftragsbezogenen Arbeiten ist und damit auch wirtschaftliches, zügiges und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln ermöglicht. Zu der anschließend geplanten Einführung entsprechender Verfahren im Landesvermessungsamt kam es nicht, weil inzwischen die Einführung von SAP R/3 gestartet war und nun zunächst ein Konzept erstellt werden musste, die Aufgaben auf SAP-Basis zu lösen. Da dies nicht zu realisieren war, verfolgen wir zurzeit den Plan für das Auftragswesen der Katasterämter und des LVermA eine Softwarelösung eines anderen Bundeslandes zu übernehmen.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Kennzahl 33

Ziele

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Auftragsverwaltung	1	Ankauf eines Nutzungsrechtes der Landerlösung Rheinland-Pfalz und Beauftragung der Anpassung an die schleswig-holsteinischen Anforderungen	01.01.2008 - 31.12.2008
AGB	1250	Teststellung	01.01.2009 - 30.06.2009
AGB	1250	Pilotierung und Freigabe	01.07.2009 - 31.12.2010
AGB	1250	Umsetzung und Betrieb	01.01.2011 - 31.12.2013

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	0,5	0,5
		davon Dataport:		0,5	0,5
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,5	2,0	2,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	15,5	115,5	100,0
		davon Dataport:		115,5	100,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	160,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			176,0	118,0	102,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-176,0	-118,0	-102,5

IT-Maßnahme 2004042408

Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte

Beschreibung

Ressort / Behörde LVermA SH

Art IT Verfahren

Bezeichnung Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte

Beschreibung allgemein

Die Katasterämter, die die Aufgaben der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte übertragen bekommen haben, benötigen zur fachgerechten Erledigung Hard- und Software-Ausstattung. Für die Führung der Kaufpreissammlung ist die Software PS-Explore der Fa. VGSPS im Einsatz, daneben gibt es weitere Verfahren zur Erstellung von Wertgutachten und zur Dokumentation von Richtwerten.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Kaufpreissammlung (DB)	Erfassung der Grundstückskaufverträge, Statistische Auswertung
2	Verkehrswertgutachten	Software zur Erstellung von Wertgutachten
3	Bodenrichtwerte	Dokumentation und Vertrieb von Richtwerten

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 47

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Bodenrichtwerte	1	Standardisierung der Daten für bundesweite Nutzung (VBoris)	01.01.2009 - 31.12.2011

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	0,5	0,5
		davon Dataport:		0,5	0,5
525 37	013	Aus- und Fortbildung	2,0	2,0	2,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	10,0	37,0	20,0
		davon Dataport:		25,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			12,0	39,5	22,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-12,0	-39,5	-22,5

IT-Maßnahme 2004042409

Digitales Rissarchiv

Beschreibung

Ressort / Behörde LVermA SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Digitales Rissarchiv

Beschreibung allgemein

Bereits in dem von der Datenzentrale 1995 erarbeiteten Konzept für die Automationsunterstützung der Verwaltungsabläufe (AVE-VUK) war festgestellt worden, dass auch die Verwaltung von Unterlagen in Facharchiven deutlich vereinfacht werden kann, wenn entsprechende Verfahren für digitale Archivierung eingesetzt werden.

2000 wurde eine EU-weite Ausschreibung durchgeführt, um die günstigste Hardware- und Software-Lösung für die Vermessungs- und Katasterverwaltung zu finden. Anschließend wurde ein Pilotprojekt in zwei Katasterämtern durchgeführt, um zu einer ausgereiften Verfahrenslösung zu kommen. Schrittweise wurde die Technik in weiteren Katasterämtern eingeführt, Ende 2005 sollen alle Ämter mit dem digitalen Rissarchiv arbeiten.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Kennzahl 71

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Umstellung der Papiernachweise in digitale Formate	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Digitales Rissarchiv	1252	Entwicklung einer Softwarekomponente zur Verbindung des Archivs mit der AAA-Welt	01.01.2009 - 31.12.2010
Digitales Rissarchiv	1252	Untersuchung zur Verlagerung von IT-Leistungen an Dataport	01.01.2009 - 31.12.2009

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10,0	10,0	10,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,5	0,5	0,5
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	15,0	30,0	30,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	50,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			75,5	40,5	40,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-75,5	-40,5	-40,5

IT-Maßnahme 2004042410

Geoserver

Beschreibung

Ressort / Behörde LVerMA SH

Art IT Verfahren

Bezeichnung Geoserver

Beschreibung allgemein

Digitaler Atlas:

Im Rahmen der Internet-Strategie des Landes Schleswig-Holstein ist im Kompetenz-bereich Raumbezug das Vorhaben „Digitaler Atlas Schleswig-Holstein“ ins Leben gerufen worden. Ziel des Projektes ist es, Geofachdaten des Landes und des kommunalen Sektors für interne Zwecke und für die Öffentlichkeit mit Hilfe der Internet-Technologie auf einem einheitlichen Kartenhintergrund zu präsentieren.

Der Digitale Atlas bietet die Möglichkeit, unterschiedlichste frei wählbare Themen zu selektieren, in verschiedene Maßstabbereiche hineinzu-zoomen und zusätzliche Sachinformationen aufzurufen. Diese Präsentation in Kartenform - "was" gibt es „wo“ in Schleswig-Holstein – ist als Infrastrukturmaßnahme zur Stärkung des Standorts Schleswig-Holstein zu verstehen.

Geoserver:

Informationen über Objekte und Sachverhalte mit Raumbezug (Geoinformationen) bilden ein Wirtschaftsgut ersten Ranges und haben sich zu einer Schlüsselressource der Informationsgesellschaft entwickelt. Mit dem Aufbau einer Geodateninfrastruktur (GDI) wird auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene das Ziel verfolgt, den Zugang zu den verschiedensten Geodaten für Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und die Bürgerinnen und Bürger durch eine verbesserte Koordinierung, sowie durch Ausschöpfung der Möglichkeiten einer modernen Informations-technologie wesentlich zu erleichtern. Den Kern einer GDI bilden die Geobasisdaten zusammen mit den Geofachdaten und den dazugehörigen Metadaten. Durch ein Bündel von techni-schen, administrativen und organisatorischen Maßnahmen und Einrichtungen wer-den verbesserte Nutzungsmöglichkeiten dieser Geodatenbasis angestrebt.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Geoserver	Internetvertriebssystem der Vermessungs- und Katasterverwaltung
2	Digitaler Atlas	Ressortübergreifender Geodatenaufritt
3	SH-MIS Terracatalog	Metadateninformationssystem

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Vermessungs- und Katastergesetz

Kennzahl 47

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Bereitstellung einer Plattform zum Vertrieb von Geodaten	01.01.2009 - 31.12.2013
2	Schaffung eines Eckpfeilers zum Aufbau der Geodateninfrastruktur Land SH	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Geoserver	1	Inbetriebnahme Phase II	01.01.2009 - 31.12.2009
Digitaler Atlas	1	Aufbau der zweiten Stufe des Digitalen Atlas auf der Basis des Geo-servers (Phase II)	01.01.2009 - 31.12.2009
SH-MIS	1	Harmonisierung an ISO und INSPIRE-Anforderungen	01.01.2009 - 31.12.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Kooperation mit FHH

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstat-tungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsge-genstände	0,0	0,0	0,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	10,0	10,0	10,0

533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	573,2	664,6	690,6
		davon Dataport:		418,0	476,4
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	420,0	0,0	0,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	1.003,2	674,6	700,6
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-1.003,2	-674,6	-700,6

IT-Maßnahme 2004043300

Betrieb Bürokommunikation AfK

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium des Landes SH
 Amt für Katastrophenschutz
 Düsternbrooker Weg 104
 24105 Kiel

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb Bürokommunikation AfK

Beschreibung allgemein

Bürokommunikation für das AfK und Sonderanwendungen für den Katastrophenschutz in der IKOTECH- Umgebung.
 Für die Erstellung der Analysen für Hochwassergefährdete Gebiete wurde der Arbeitsplatz IV AfK 110 mit der Zusätzlichen Software Arc View / Arc Gis ausgestattet. Diese SW wird mit einem Wartungsvertrag auf dem neuesten Stand gehalten. Des weiteren wird diese SW auch auf dem vom AfK beschafften Server im GLFZ-IM für die Nutzung von Orthophotos, sowie die Bereitstellung von Geo-Basisdaten in FELIS/LUPUS (wird ca. 2009 durch neue Technik ersetzt) für die Stäbe des KatS und der Polizei eingesetzt. Für diese Lizenz wurde auch eine Folgewartung abgeschlossen. Ferner sind Anwendungen für den Assistenzrechner des Amtes im IKOTECH- Netz ständig auf dem neuesten Stand zu halten u. a. Gefahrstoffdatenbanken, Fotobearbeitung usw.. Zukünftig müssen weiterhin vermehrt Fachanwendungen für den Katastrophenschutz eingesetzt werden u.a. für die Gefährdungsabschätzung der Kreise und kreisfreien Städte. Damit wird die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Bürokommunikation und die Sicherstellung des Datenaustausches mit dem GLFZ-IM sowie den reibungslosen Einsatz der Fachanwendungen gewährleistet.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Orthophotos	Luftbilder
2	IKOTech III	Standard Bürokommunikation
3	Analyse hochwassergefährdenden Gebiete	Kartenerstellung über ArgGIS und Auswertung der gefährdeten Gebiete

Sonstige Bemerkungen

Ablösung FELIS/LUPUS durch die Einrichtung der Regionalleitstellen und Einführung Digitalfunk

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung und Verbesserung der Bürokommunikation und die Sicherstellung des Datenaustausches mit dem GLFZ-IM, der reibungslose Einsatz der Sonder- und Fachanwendungen und der Betrieb der technischen Ausstattung des Führungsraumes Katastrophenschutz im GLFZ-IM	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	1	Weiterführung der bestehenden IT-Infrastruktur im Bereich Hochwasserschutz und Luftbildauswertung	01.01.2009 - 31.12.2013
2	1	Fortschreibung der Gefahrstoffdaten	01.01.2009 - 31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7,5	7,0	7,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	2,0	1,0	1,0
		davon Dataport:		1,0	1,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	25,0	25,0	25,0
		davon Dataport:		23,0	23,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	5,0	6,0	6,0
		davon Dataport:		6,0	6,0

Abschluss

Gesamtausgabe	39,5	39,0	39,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-39,5	-39,0	-39,0

IT-Maßnahme 2004043310

Telekommunikationseinrichtungen für den Katastrophenschutz

Beschreibung

Ressort / Behörde AfK
Art IT Verfahren
Bezeichnung Telekommunikationseinrichtungen für den Katastrophenschutz

Beschreibung allgemein

Behördenübergreifende formelle- und nichtformelle Kommunikation mit redundanten TK-Verbindungen (Mehrwegeführung) unter einem einheitlichen Kommunikationssystem mit Übergang in die Stabskommunikation.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	deNIS II Plus	Stabsunterstützungssystem
2	Videokonferenzenanlagen	
3	Telekommunikationsanlagen	für den Führungsstab der unteren KatS-Behörden

Sonstige Bemerkungen

Neuausrichtung im Katastrophenschutz ist geplant. Daraus leiten sich ggf. neue Anforderungen an die Telekommunikation ab.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 LKatSG § 6 Abs. 1 Satz 1 und 2

Infrastrukturelle Bedeutung

Fachverfahren deNIS II plus muss über das Landesnetz abgebildet werden, da der Bund für das Fachverfahren gesicherte Kommunikationsverbindungen fordert. Diese Vorgabe ist im Rahmenvertrag des Bundes hinterlegt.

Kennzahl 46

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung der Kommunikationsverbindung im Katastrophenschutz zwischen Kreisen und kreisfreien Städten und dem Land	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Telekommunikation	6	Erhaltung einer krisensicheren Kommunikation im Katastrophenschutz vor dem Hintergrund der Einführung von VoIP bzw. Next Generation Networks (NGN)	01.01.2009 - 31.12.2013
Telekommunikation	5	Schaffung einer durchgängig homogenen Kommunikationstechnik zwischen Stabskommunikation und Kommunikation zwischen den Stäben.	01.01.2009 - 31.12.2013
Telekommunikation	4	Schaffung eines behördenübergreifenden formellen Kommunikationssystems über gesicherte Kommunikationsverbindungen.	01.01.2009 - 31.12.2013
Telekommunikation	3	Entwicklung von Schnittstellen zwischen den unterschiedlichen Stabsunterstützungssystemen	01.10.2009 - 01.01.2013
Telekommunikation	2	Absicherung der Kommunikationsverbindungen im KatS durch Mehrwegeführung	01.06.2009 - 31.12.2013
Telekommunikation	1	Einführung einer Fachanwendung (deNIS II plus) als Kommunikationsbasis der KatS - Stäbe	01.06.2009 - 01.01.2011
Videokonferenzenanlagen	1	Abstimmungsprozess über die Ablösung der bestehenden Endgeräte durch Netzwerkfunktionalitäten	01.01.2009 - 31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation mit dem Bund im Bereich deNIS II plus
 Kooperation mit FHH im Bereich Erfahrungsaustausch und Schulung deNIS II plus

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	18,0	19,0	19,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	3,0	3,0	5,0

527 06	013	Dienstreisen	1,0	1,0	1,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	29,0	33,0	33,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	26,0	26,0	26,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			77,0	82,0	84,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-77,0	-82,0	-84,0

IT-Maßnahme 2004043350

Bürokommunikation AfK - Munitionszerlegebetrieb

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium des Landes SH
 Amt für Katastrophenschutz - Munitionszerlegebetrieb

Art Grundversorgung

Bezeichnung Bürokommunikation AfK - Munitionszerlegebetrieb

Beschreibung allgemein

Bürokommunikation für den Munitionszerlegebetrieb des AfK. Der Munitionszerlegebetrieb wurde 2003 auf IKOTECH III umgestellt. Aufrechterhaltung und Verbesserung der Bürokommunikation, insbesondere im sicherheitstechnischen Bereich durch Anbindung an die Netzwerke des LKA und BKA.

Beschaffung von Sondierungssoftware zum Auffinden von Explosionskörpern im Erdreich.

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ziel ist die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Bürokommunikation, insbesondere im sicherheitstechnischen Bereich durch Anbindung an die Netzwerke des LKA und BKA. Übertragen der Luftbilder an die Sondierer vor Ort. Aktuelle Fachsoftware zum Auffinden von Munition im freien Gelände.	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	1	Anbindung an die Netze des BKA und LKA gemäß den Sicherheitsanforderungen	01.01.2009 - 31.12.2011
1	2	Beschaffung der Sondierungssoftware für das Auffinden von Explosionskörpern gemäß den technologischen Weiterentwicklungen	01.01.2009 - 31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	0,0	0,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	1,0	1,0	1,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	17,0	17,0	17,0
		davon Dataport:		17,0	17,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	3,5	4,0	7,0
		davon Dataport:		4,0	7,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			21,5	22,0	25,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-21,5	-22,0	-25,0

IT-Maßnahme 2004043370

Geographisches Informationssystem und digitale Luftbilddauswertung

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium des Landes SH
 Amt für Katastrophenschutz - Munitionszerlegebetrieb

Art IT Verfahren

Bezeichnung Geographisches Informationssystem und digitale Luftbilddauswertung

Beschreibung allgemein

Der KMRD ist verpflichtet, flächendeckend Altlastenflächen (Munition) zu dokumentieren und den Bearbeitungsstand nachzuweisen. Die digitale Auswertung der Luftbilder ist langfristig Grundlage für die Suche nach Bombenblindgängern aus dem 2. WK. Die Koordinaten werden unter Anwendung der Software SterioHIT+ in das GIS- System automatisiert übernommen. Hierdurch wird eine wirtschaftlichere und effektivere Luftbilddauswertung ermöglicht.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 18

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Befreiung von Bombenblindgängern aus dem 2. Weltkrieg für das Land SH	01.01.2009 - 31.12.2013	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	1	Beständig gute Auswertergebnisse bei der Sichtung der Luftbilder und daher eine immerwährende Anpassung der Software und die Schulung der Auswertkräfte an diese Erfordernisse.	laufend

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	1,0	0,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	0,0	0,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	2,5	3,0	3,0
		davon Dataport:		3,0	3,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	3,0	3,0
		davon Dataport:		3,0	3,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			2,5	7,0	6,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2,5	-7,0	-6,0

IT-Maßnahme 2004043380

Ersatzbeschaffungen Amt für Katastrophenschutz

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium des Landes SH
 Amt für Katastrophenschutz

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen Amt für Katastrophenschutz

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Kontinuierliche Erneuerung von Hard- und Software gemäß üblicher Abschreibungsfristen	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	1	Reinvestition gemäß Anlage	01.01.2009 - 31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	29,0	70,0	40,0
		davon Dataport:		70,0	40,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			29,0	70,0	40,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-29,0	-70,0	-40,0

IT-Maßnahme 2004046100

Individualprogramme Asylix, Asybelix, Visa, Linx im Ausländerwesen SH

Beschreibung

Ressort / Behörde LfA
Art IT Verfahren
Bezeichnung Individualprogramme Asylix, Asybelix, Visa, Linx im Ausländerwesen SH

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Neuerwerb Software	Ablösung der alten Verfahren

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Vorgaben durch AZR-Gesetz, § 46 AsylVfG, § 15 AufenthG, § 64, 65 AufenthVO
Wirtschaftlichkeitsberechnung Für die Neubeschaffung ist die Erstellung einer Nutzwertanalyse geplant.
Kennzahl 67

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Gewährleistung der aufenthalts- und asylverfahrensrechtlichen Betreuung	01.01.2008 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1242	1	Sicherstellung der Aufnahmeverteilung von Asylsuchenden / unerlaubt Eingereisten	01.01.2009 - 31.12.2013
1242	2	Aufenthalts- und Asylverfahrensrechtliche Betreuung der wohnverpflichteten Ausländern	01.01.2009 - 31.12.2013
1242	3	Sicherstellung der Aufnahme und Verteilung der in § 3 LAufG genannten Personengruppen	01.01.2009 - 31.12.2013
1242	4	Durchführung aufenthaltsbeendenden Maßnahmen	01.01.2009 - 31.12.2009
1242	5	Sicherstellung der Organisation und Betreuung in den Landesunterkünften	01.01.2009 - 31.12.2013
1242	6	Sicherstellung der ärztlichen Betreuung	01.01.2009 - 31.12.2013
9999	1	Neuerwerb einer Software, die den neuen technologischen und bundesrechtlichen Anforderungen gerecht wird	01.01.2009 - 30.06.2010

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Kauf der Software	30.06.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Kooperation mit FHH und MV nicht zu Stande gekommen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	18,2	25,0	25,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	4,0	4,0	4,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	86,8	86,8	86,8
		davon Dataport:		71,8	71,8
Abschluss					
Gesamtausgabe			109,0	115,8	115,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-109,0	-115,8	-115,8

IT-Maßnahme 2004046101

Ersatzbeschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten

Beschreibung

Ressort / Behörde LfA
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Fortschreibung und Aufrechterhaltung der bestehenden IT-Infrastruktur	01.01.2009 - 31.12.2013	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1243	1	Reinvestition aller Arbeitsplätze beim LfA	01.01.2011 - 30.06.2011
1243	2	Reinvestition aller Server beim LfA	01.01.2011 - 30.06.2011

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	17,5	31,0	117,5
		davon Dataport:		31,0	117,5
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	17,5	31,0	117,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-17,5	-31,0	-117,5

IT-Maßnahme 2004049999

Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 21/22

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH

Beschreibung allgemein

Sicherstellung und Fortführung des Betriebes für den Bereich der Landespolizei SH

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Fachliches Consulting	
2	Betrieb Ikotech III (inkl. Testlabor)	
3	Support FS- und OU-Administration	
4	Callcenter	
5	Remedy Betrieb	
6	OVV Serverwartung	

Sonstige Bemerkungen

60 Prozent des Geschäftsbedarfs werden den Finanzstellen der Polizei zur Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Im Inventarisierungs- und Beschaffungserlass des IM wird geregelt, dass ausschließlich Papier und Toner sowie Kleinteile daraus finanziert werden dürfen. Durch weitere Ausstattungen mit IKOTech III - Arbeitsplätzen und der Anbindung an das Landesnetz erhöhen sich die Kosten des Geschäftsbedarfs kontinuierlich. Die vertraglichen Leistungen für den Betrieb IKOTech III wurden aus der IT-Maßnahme 2004040011 (Ausstattung LaPo) übernommen. Damit erhöht sich die MFP in dieser IT-Maßnahme entsprechend. Die Reisekosten werden zu 90 Prozent zur Bewirtschaftung an das LPA 25 weitergeleitet und stehen für Dienstreisen, die im Rahmen der IT notwendig werden, zur Verfügung. Allerdings ist zu beachten, dass diese Mittel nur für Beschäftigte der Dez. 21 und 22 beim LPA zur Verfügung stehen.

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Betriebes und Versorgung der PDén mit Papier und Toner etc.	01.01.2009-31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
IKOTech III	1217	Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit zu den vertraglich vereinbarten Verfügbarkeiten	01.01.2009 - 31.12.2010
IKOTech III	1217	Sicherstellung der Betriebsbereitschaft der Server zu den vertraglich vereinbarten Reaktionszeiten	01.01.2009 - 31.12.2010
IKOTech III	1217	Aufrechterhaltung der Betriebsfähigkeit von Fachanwendungen im Bereich der LaPo	01.01.2009 - 31.12.2010

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Ablösung des OVV durch reinvestive Maßnahmen	01.01.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	610,0	610,0	610,0
		davon Dataport:		100,0	100,0
518 14	013	Miet- und Leasingkosten	10,0	0,0	0,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	120,0	120,0	120,0
		davon Dataport:		120,0	120,0
527 06	013	Dienstreisen	29,0	33,0	33,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	1.382,5	1.368,7	1.363,2
		davon Dataport:		1.261,2	1.306,2
631 02	013	Zuweisungen an den Bund	0,0	0,0	7,0

632 06 013 Sonstige Zuweisungen an Länder	0,0	3,0	3,0
Abschluss			
Gesamtausgabe	2.151,5	2.134,7	2.136,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-2.151,5	-2.134,7	-2.136,2

IT-Maßnahme 2005041606

xPersonenstand

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium

Art IT Verfahren

Bezeichnung xPersonenstand

Beschreibung allgemein

Die Personenstandsrechtsreform hat eine lange parlamentarische Vorlaufzeit, die am 22. Februar 2007 mit der Verabschiedung des Personenstandsreformgesetzes durch den deutschen Bundestag endete. Im Zuge der Umsetzung wurde das Projekt XPersonenstand als prioritäres Deutschland-Online-Projekt am 29. März 2007 gestartet. Erste finanzwirksame Auswirkungen sind durch die im Sommer 2007 geschlossene Verwaltungsvereinbarung zum Aufbau des Kommunikationsstandards XPersonenstand deutlich geworden. Bis Ende 2013 müssen alle Personenstandsregister elektronisch geführt werden.

Die Reform des Personenstandswesens sieht im Kern vor, dass die papiergebundenen Personenstandsbücher durch elektronische Register ersetzt werden und die Familienbücher entfallen. Es werden Fortführungsfristen für die Personenstandsregister festgelegt und die Abgabe an die Archive vorgesehen.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
§ 3 Abs. 3 PStRG

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Prioritäres DOL-Projekt

Wirtschaftlichkeitsberechnung WiBe soll auf Basis einer Machbarkeitsstudie aus Bayern erstellt werden. Die Machbarkeitsstudie wird derzeit dafür ausgewertet.

Infrastrukturelle Bedeutung

Verknüpfungen bestehen insbesondere zur IT-Maßnahme XMeld/Spiegeldatenbank, da geplant ist, die gleichen technischen Kommunikationsinfrastrukturen zu nutzen und ggf. auch die Konzeption für die Spiegeldatenbank weiter zu entwickeln. Berührungspunkte könnten zu verschiedenen Projekten im Justizbereich bestehen, die bereits Erfahrungen mit digitaler Signierung (Grundbuch, Register) haben. Nutzung der zentralen E-Government-Infrastruktur im Bereich Netze, Brooking-Dienste, Archivierung, Signatur

Kennzahl 55

Ziele

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
xPersonenstand	1334	Übernahme von nicht mehr fortzuführenden Personenstandsbücher in die kommunalen Archive Zeitraum	01.01.2009 - 31.12.2010
xPersonenstand	1334	laufender Informationsaustausch über den Stand des Verfahrens mit der Abteilungsleitung, Hausspitze, den Kommunalen Landesverbänden und dem Landesverband der Standesbeamten Zeitraum	01.01.2009 - 31.12.2010
xPersonenstand	1334	Intensivierung der Beteiligung am DOL-Projekt und seinen Teilprojekten sowie Mitarbeit in der AG des AK I, Zeitraum	01.01.2009 - 31.12.2010
xPersonenstand	1334	Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen an den Projektfortschritt Elektronisches Personenstandswesen (DOL-Projekt) Zeitraum	01.01.2009 - 31.12.2013
xPersonenstand	1334	Sicherstellung des Informationsaustausches entsprechend der Beteiligtenanalyse Zeitraum:	01.01.2009 - 31.12.2013
xPersonenstand	1334	Konzeptionierung (Zeitraum 01.03.2008 - 31.12.2009) der technischen Umsetzung der elektronischen Registerführung in Abstimmung mit Dataport und IV 12 Zeitraum:	01.01.2010 - 31.12.2013

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Konkretisierung und Umsetzung der landesrechtlichen Umsetzung in Abstimmung mit SRV 2	31.12.2008

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Verwaltungsvereinbarung mit allen Bundesländern gemeinsames Projekt mehrerer Länder bei Dataport

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
prioritäres DOL-Projekt

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
Optimierung der Verwaltungsprozesse untereinander (vgl. Electronic Government in SH - Ber. d. LR vom 24.04.2007) und andererseits auch die Bürgerservices und die Nutzungsmöglichkeiten der Daten i. R.des Zulässigen verbessern (z.B. Ahnenforschung).

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	40,0	400,0
		davon Dataport:		40,0	400,0
632 06	013	Sonstige Zuweisungen an Länder	11,0	23,0	10,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	11,0	63,0	410,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-11,0	-63,0	-410,0

IT-Maßnahme 2006040050

Ausstattung LaPo (Unterstützungsleistungen)

Beschreibung

Ressort / Behörde LPA
Art IT Verfahren
Bezeichnung Ausstattung LaPo (Unterstützungsleistungen)

Beschreibung allgemein

Für die Ausstattung der Polizei mit IKOTECH III, insbesondere für die Ausstattung der Kleinstdienststellen und der Nachsteuerung in der Fläche sollen Dienstleistungen durch Dataport erbracht werden. Diese Maßnahme wird erforderlich, damit die Ausstattung in der LaPo mit IKOTECH III zeitnah abgeschlossen werden kann und somit die Vorteile einer einheitlichen Infrastruktur genutzt werden können.

Sonstige Bemerkungen

Nach der Ablösung von COMPAS ist die Ablösung der APC auf den Kleinstdienststellen und Migration sonstiger Anwendungen und Verfahren zur Konsolidierung der IT-Umgebung dringend erforderlich. Die bestehenden Personalkapazitäten werden durch diese Aufgabe gebunden, so dass für die Ausstattung der LaPo mit IKOTECH III nicht mehr entsprechendes Personal zur Verfügung gestellt werden kann. Abhängigkeiten zur IT-Maßnahme Ersatz LaPo (2004040040)

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

Infrastrukturelle Bedeutung

Mit der Fortsetzung der Ausstattung wird die Konsolidierung der IT-Infrastruktur fortgesetzt.

Kennzahl 59

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Durchführung der Re-Investition bei der Landespolizei	01.01.2008-31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Sicherheitsmanagement	1307	Erstellung Sollkonzeption für Löschung der Festplatten und anschließenden Audit	01.02.2008-31.12.2008
Ersatz LaPo	1233	Durchführung der geplanten Re-Investition	01.01.2008-31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	500,0	425,0	400,0
		davon Dataport:		425,0	400,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			500,0	425,0	400,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-500,0	-425,0	-400,0

IT-Maßnahme 2006041607

Beteiligung-online LEP (Neuaufstellung Landesentwicklungsplan SH)

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium
Art IT Verfahren
Bezeichnung Beteiligung-online LEP (Neuaufstellung Landesentwicklungsplan SH)

Beschreibung allgemein
 S. Anlage Stamblatt

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Ausgaben

Titel	Betrag in T€	Begründung
0401.		Reduzierung der Druckkosten

Infrastrukturelle Bedeutung

Mit Hilfe des Pilotprojektes soll die Funktionalität, Effektivität und Akzeptanz eines umfangreichen internetgestützten, raumbedeutsamen Beteiligungsverfahrens und seiner rechtskonformer Ausgestaltung erprobt werden.

Kennzahl 14

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Effektive Durchführung des Beteiligungsverfahrens (intern) und transparenter Zugriff und Informationsfluss über das Beteiligungsverfahren durch den Bürger	01.01.2009 - 31.11.2009

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
E-Government	1327	Verfügbarkeit des Services LEP für Beteiligte (Behörden, Bürger)	01.02.2008 - 30.09.2009
LEP	1347	Vorbildfunktion für andere raumbedeutsame Planverfahren	01.01.2009 - 30.11.2009
LEP	1347	Durchführung des Beteiligungsverfahrens, Ressortabstimmung und Kabinettsbefassung, einschl. Auswertung der Stellungnahmen und Erarbeitung von Voten	01.01.2009 - 30.10.2009
LEP	1347	Auswertung sowie Anforderungskatalog und Vergabe einer externen Konzepterstellung „Laufender Betrieb“ für weitere raumbedeutsame Beteiligungsverfahren	01.01.2010 - 28.02.2010
LEP	1347	Externe Konzepterstellung „Laufender Betrieb“	01.03.2010 - 30.06.2010

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Entscheidung über das weitere Vorgehen	01.06.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen. Vorbereitende Maßnahme zur anstehenden Kommunalisierung der Regionalplanaufstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
527 06	013	Dienstreisen	0,5	0,0	0,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	25,0	25,0	25,0
		davon Dataport:		25,0	25,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			25,5	25,0	25,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-25,5	-25,0	-25,0

IT-Maßnahme 2006042411

Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo

Beschreibung

Ressort / Behörde LVerMA SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo

Beschreibung allgemein

SAPOS Schleswig-Holstein

Der Satellitenpositionierungsdienst der Deutschen Landesvermessung, kurz SAPOS, besteht bundesweit aus über 250 Stationen und stellt das amtliche Bezugssystem sowie aktuelle Raumbezüge mit modernen Kommunikationsmitteln flächendeckend bereit. SAPOS basiert auf dem „Global Positioning System“, kurz GPS, der USA.

Der SAPOS- Dienst Schleswig-Holstein besteht aus 14 Stationen. Angebunden sind diese Stationen an die Server im Landesvermessungsamt über das Landesnetz bzw. Landesnetz verlängert mit angemieteter Standleitung oder DSL-Verbindung www.static.lverma.schleswig-holstein.defsapos/lverma_sapos.html

Der Transport der GPS-Daten an die Zentrale Stelle SAPOS in Hannover geschieht über das TESTA-Netz. Ebenso werden über diese Verbindung die Daten der Randstationen der benachbarten Länder Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern empfangen, damit bis an die Landesgrenze die Vorteile der Vernetzung der SAPOS-Stationen genutzt werden kann www.static.lverma.schleswig-holstein.de/sapos/lverma_p_imapemap.html Zum Laridesbetrieb für Geoinformation und Vermessung Hamburg besteht eine separate TESTA-Verbindung, für das Kooperationsprojekt einer gemeinsamen zentralen Datenabgabe an Dritte. Diese Projekt untergliedert sich in die Bereiche: Abgabe der Korrekturdaten über Telefon(GSM), Abgabe der Korrekturdaten über Internet (NTRIP) sowie die Abgabe der GPS-Rinexdaten über einen Web-Server. Weitere Informationen über dieses Projekt erhält man unter www.sapos.peonord.de

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	TESTA-Netz	Bundesweites Netz

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Vermessungs- und Katastergesetz
Kennzahl 51

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Beitrages Land SH zum bundeseinheitlichen Positionierungsdienst	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
SAPOS	1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2009 - 31.12.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Bundesweites Verfahren

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,5	1,0	1,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	3,0	2,0	2,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	70,4	66,6	59,6
		davon Dataport:		56,8	56,8
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0

Abschluss

Gesamtausgabe	73,9	69,6	62,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-73,9	-69,6	-62,6

IT-Maßnahme 2007041608

Wahlabendprogramm

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium
Art IT Verfahren
Bezeichnung Wahlabendprogramm

Beschreibung allgemein

Ermittlung, Aufbereitung und Darstellung vorläufiger Ergebnisse am Wahlabend bei Gemeinde- und Kreiswahlen (Kommunalwahl), Landtagswahlen, Bundestagswahlen und Europawahlen - Wahlabendprogramm -)

Sonstige Bemerkungen

Ermittlung vorläufiger Wahlergebnisse am Wahlabend gemäß den rechtlichen Anforderungen (s. Nr. 4)
 Darüber hinaus ist eine zeitnahe Aufbereitung und Darstellung von Wahlergebnissen am Wahlabend unter Beibehaltung des bisherigen Umfangs und Qualitätsstandards ohne DV-Unterstützung nicht möglich.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Kennzahl 53

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ermittlung, Aufbereitung und Darstellung der Wahlergebnisse am Wahlabend	01.05.2008-31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Wahlabendprogramm	1355	Formulierung des Anforderungsprofils	01.01.2008-15.02.2008
Wahlabendprogramm	1355	Abstimmung der Anforderungen mit der kommunalen Seite	15.02.2008-29.02.2008
Wahlabendprogramm	1355	Erstellung und Übergabe der Leistungsbeschreibung	01.01.2008-15.04.2008
Wahlabendprogramm	1355	Durchführung der Ausschreibung	30.04.2008-30.09.2008
Wahlabendprogramm	1355	Beginn Entwicklung des Programms	01.10.2008-31.03.2009
Wahlabendprogramm	1355	Abgabe des Programms an StANord	01.01.2009-01.04.2009
Wahlabendprogramm	1355	Durchführung weiterer Tests im StANord	30.04.2009-01.06.2009

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Einsatz des Programms zur Europawahl 2009	14.06.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Die Kooperation mit FHH wurde aufgrund der hohen Kostenbeteiligung als nicht zielführend eingestuft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	5,0	5,0
		davon Dataport:		5,0	5,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	40,0	40,0
		davon Dataport:		40,0	40,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	200,0	0,0
		davon Dataport:		200,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	245,0	45,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-245,0	-45,0

IT-Maßnahme 2007046102

DOL-Projekt xAusländer

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium

Art IT Verfahren

Bezeichnung DOL-Projekt xAusländer

Priorität

Klassifizierung Sonstige

Kennzahl 0

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
632 06	013	Sonstige Zuweisungen an Länder	0,0	6,0	6,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	6,0	6,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-6,0	-6,0

IT-Maßnahme 2008040051

IT-Architektur

Beschreibung

Ressort / Behörde IM IV 12
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT-Architektur

Beschreibung allgemein

Die IT-Architektur eines Unternehmens stellt die Gesamtheit aller Komponenten, Technologien und organisatorischer Maßnahmen dar, die die im Unternehmen vorkommenden Funktionen, Prozesse und Daten abbilden und deren Zusammenspiel ermöglichen.

Aus: www.galileocomputing.de/download/dateien/446/galileocomputing_it_architektur.pdf -

Sonstige Bemerkungen

Die IT-Maßnahme IT-Architektur wurde aus der IT-Maßnahme ITNet-SH selektiert. Die Vorgabe kann im Bericht des LRH (E-Governmenttätigkeiten Land SH) nachgelesen werden.

Priorität

Klassifizierung Sonstige
Kennzahl 45

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufbau einer IT-Architektur im Ressort	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
IT-Architektur	1339	Versionierung des Konzeptes zur Einführung einer IT-Architektur	01.06.2008 - 31.05.2009
IT-Architektur	1339	Ausbau von ARIS als technische Plattform der IT-Architekturplanung	01.03.2008 - 31.12.2013

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Alle Fachanwendungen in ARIS aufgenommen	31.12.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation mit Dataport geprüft und befürwortet. Die Zusammenarbeit mit dem FM wird über die AG +1 und der AG 3 EU-DLR sichergestellt. Im Rahmen der E-Gov.-Kompetenzinitiative ist eine Zusammenarbeit mit Beteiligten (z. B. Fraunhofer Fokus) erfolgt.

E-Government-Initiativen Im Rahmen der E-Gov.-Kompetenzinitiative ist eine Zusammenarbeit mit Beteiligten (z. B. Fraunhofer Fokus) erfolgt.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	85,5	83,0
		davon Dataport:		85,5	83,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			0,0	95,5	93,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-95,5	-93,0

IT-Maßnahme 2008040052

Wissensmanagement

Beschreibung

Ressort / Behörde IM IV 12
Art IT Verfahren
Bezeichnung Wissensmanagement

Beschreibung allgemein

Einführung eines prozessorientierten Wissensmanagements im Ressort. Die technische Basis im Pilotierungsbereich LaPo wird ausgetauscht. Im Kooperationspartnerland NRW wurde eine Neuimplementierung der technischen Basis bereits vorgenommen, die aufgrund fehlender Personalkapazitäten im Land SH derzeit nicht übernommen werden konnte.

Sonstige Bemerkungen

Die IT-Maßnahme Wissensmanagement wurde aus der IT-Maßnahme ITNet-SH selektiert. Die Vorgabe kann im Bericht des LRH (E-Governmenttätigkeiten Land SH) nachgelesen werden.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Kennzahl 45

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Sicherstellung eines prozessorientierten IT-Anfrage- und Wissensmanagements	01.01.2009 - 31.12.2013	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Wissensmanagement	1226	Aufbau einer neuen technologischen Basis	01.06.2009 - 01.06.2010
Wissensmanagement	1226	Reaktivierung des Expertennetzwerkes	01.06.2010 - 01.03.2011
Wissensmanagement	1226	Marketing	01.03.2010 - 31.12.2011

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium NRW

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	95,5	130,5
		davon Dataport:		95,5	130,5
		Abschluss			
Gesamtausgabe			0,0	95,5	130,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-95,5	-130,5

IT-Maßnahme 2008040053

Prozessmanagement

Beschreibung

Ressort / Behörde IM IV 12
Art IT Verfahren
Bezeichnung Prozessmanagement

Beschreibung allgemein

Aufbau und Einführung eines Prozessmanagements im Ressort mit Schwerpunkt auf IT-Managementprozesse, IT-unterstützte Fachprozesse und Betreiben eines Competence-Centers (ARIS CC).

Bei der Einführung eines Prozessmanagements ist zu berücksichtigen, dass Prozessmanagement nicht zum Teil oder isoliert, sondern nur ganzheitlich eingeführt werden kann. Damit sind starke Abhängigkeiten zur Organisation, Personalwirtschaft und zum Controlling (Planung und Steuerung) gegeben, die nicht an Organisationsgrenzen beendet werden können.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1355	ARIS CC	Beratungszentrum für Prozessmanagement und Unternehmensmodellierung

Sonstige Bemerkungen

Die IT-Maßnahme Prozessmanagement wurde aus der IT-Maßnahme ITNet-SH selektiert. Die Vorgabe kann im Bericht des LRH (E-Governmenttätigkeiten Land SH) nachgelesen werden.

Priorität

Klassifizierung Sonstige
Kennzahl 45

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Die Einführung eines Prozessmanagements	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Prozessmanagement	1355	Beauftragung Sicherheitskonzept für ARIS	01.01.2009 - 30.06.2009
Prozessmanagement	1355	Schnittstelle zu einem Werkzeug "Multiprojektmanagement" implementieren	01.07.2009 - 31.12.2009
Prozessmanagement	1355	Schnittstelle zu BDV Land SH implementieren	01.01.2010 - 30.06.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Die Kooperation mit FHH konnte nicht umgesetzt werden, da die FHH ihr Serverhosting bei der Fa. IDS-Scheer betreibt.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	45,0	75,0
		davon Dataport:		45,0	75,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	21,0	25,0
		davon Dataport:		21,0	25,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	66,0	100,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-66,0	-100,0

IT-Maßnahme 2008040054

Unternehmensmodellierung

Beschreibung

Ressort / Behörde IM IV 12
Art IT Verfahren
Bezeichnung Unternehmensmodellierung

Beschreibung allgemein

Das IT-Ressortmanagement im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein dehnt das Finanzcontrolling auf das Controlling der Strukturen aus. Grundlage für das Steuern ist die Herstellung einer Informationsbasis, die mit dem Unternehmensmodell geschaffen wird. Das Unternehmensmodell betrachtet die Perspektiven Organisation, Prozesse, Systeme, Wissen und Leistungen, die durch Bezug zur Steuerungssicht als Instrument des strategischen Controllings eingesetzt werden soll.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1325	BSC	Balanced Score Card
1356	PPM	Leistungsindikatoren automatisiert erheben

Sonstige Bemerkungen

Die IT-Maßnahme Unternehmensmodellierung wurde aus der IT-Maßnahme ITNet-SH selektiert. Die Vorgabe kann im Bericht des LRH (E-Governmenttätigkeiten Land SH) nachgelesen werden.

Priorität

Klassifizierung Sonstige
Kennzahl 45

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Reduktion der Gesamtkomplexität durch systematische Modellierung (Organisation, Prozesse, IT-Architektur, Wissen, Produkte und Steuerung)	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
BSC	1325	Aufbau der Strategie	01.06.2008 - 30.05.2009
BSC	1325	Durchführung von Workshops zur BSC	01.06.2008 - 30.05.2009
PPM	1356	Pilotierung von PPM in ausgewählten Bereichen	01.01.2010 - 31.12.2010
Unternehmensmodellierung	1340	Fortschreibung des Unternehmensmodellierungskonzeptes	01.04.2008 - 31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	65,0	85,0
		davon Dataport:		65,0	85,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	65,0	85,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-65,0	-85,0

IT-Maßnahme 2008040055

Qualitätsmanagement

Beschreibung

Ressort / Behörde IM IV 12
Art IT Verfahren
Bezeichnung Qualitätsmanagement

Beschreibung allgemein

Einführung eines Qualitätsmanagementsystems nach EFQM im Ressort zur Unterstützung der Prozesssteuerung und Sicherstellung der gesetzten Qualitätsziele, u. a. im Sicherheitsbereich. Initial wird mit einer Selbstbewertung nach CAF begonnen. Im nachgeordneten Bereich soll das bestehende Qualitätsmanagement nach ISO 9000 in das Qualitätsmanagementsystem des IM integriert werden.

Sonstige Bemerkungen

Die IT-Maßnahme Qualitätsmanagement wurde aus der IT-Maßnahme ITNet-SH selektiert. Die Vorgabe kann im Bericht des LRH (E-Governmenttätigkeiten Land SH) nachgelesen werden.

Die Umsetzung eines Qualitätsmanagements ist formell beim IM noch nicht beschlossen. Die Aufgabe wurde über die Stellenbesetzung übertragen. Vorlage beim LA-IT nach Fertigstellung des Konzeptes.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Kennzahl 45

Ziele

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Qualitätsmanagement	1350	Erstellung der Konzepte zur Einführung QM	01.09.2008 - 31.03.2009
Qualitätsmanagement	1350	Selbstbewertung nach CAF	01.04.2009 - 31.12.2009
Qualitätsmanagement	1350	Verankerung von organisatorischen und technischen Maßnahmen	01.01.2009 - 31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	6,0	6,0
		davon Dataport:		6,0	6,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	36,0	60,0
		davon Dataport:		36,0	60,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	52,0	76,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-52,0	-76,0

IT-Maßnahme 2008040056

IT-Steuerung im GB IM SH

Beschreibung

Ressort / Behörde IM IV 12
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT-Steuerung im GB IM SH

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1325	BSC	Balanced Score Card
1356	PPM	Leistungsorientierte Kennzahlenerfassung
1357	LiSaNET	CMDB
1352	IT-Steuerung	Planen und Steuern
1351	Verlagerung von IT-Aufgaben	Praktizierte UN-Modellierung
1341	Vertragsmanagement	Service Management
1336	Lizenzmanagement	

Sonstige Bemerkungen

Die IT-Maßnahme IT-Steuerung wurde aus der IT-Maßnahme ITNet-SH selektiert. Die Vorgabe kann im Bericht des LRH (E-Governmenttätigkeiten Land SH) nachgelesen werden.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Kennzahl 45

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufbau einer prozessorientierten und ganzheitlichen IT-Steuerung	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
LiSa-IT	1357	weiterer Aufbau und Implementierung der Vertragsdatenbank (Version 2.0)	01.01.2009 - 31.12.2010
LiSa-IT	1357	weiterer Aufbau und Implementierung des Lizenzmanagements	01.01.2009 - 31.12.2010
IT-Steuerung	1352	weiterer Aufbau und Implementierung von Shared Services	01.01.2009 - 31.12.2013
IT-Steuerung	1352	Definition von Kennzahlen	01.01.2009 - 31.12.2009
IT-Steuerung	1352	weiterer Aufbau eines Berichtswesens	01.07.2009 - 31.03.2010
BSC	1325	Durchführung von Workshops (Führungsebene) zur BSC	01.01.2010 - 31.12.2010
CMDB	1284	weitere Aufbau einer CMDB	01.01.2009 - 31.12.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	345,1	340,1
		davon Dataport:		320,1	320,1
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	100,0	100,0
		davon Dataport:		100,0	100,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	445,1	440,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-445,1	-440,1

IT-Maßnahme 2009040057

Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten

Beschreibung

Ressort / Behörde IM / LKA 1
Art IT Verfahren
Bezeichnung Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten

Beschreibung allgemein

Mit der IT-Maßnahme sollen zeitnah die Datenbestände des Landes, insbesondere die im Vorgangsbearbeitungssystem @rtus vorhandenen Daten, mit zielgruppenorientierten professionellen Tools einer strategischen und operativen Auswertung zugänglich gemacht werden. Die Datenbankarchitektur sowie die verwendeten Werkzeuge sollen

- flexibel und anwendergerecht,
- umfassend analysegeeignet,
- effizient,
- entwicklungs- und damit zukunftsfähig sein.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1206	PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
1236	EUSKA	elektronische Steckkarten und Statistiken

Sonstige Bemerkungen

In dieser IT-Maßnahme wurden die Themen zur Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten gebündelt. Teile der IT-Maßnahme wurde aus anderen IT-Maßnahmen selektiert und die Ansätze übertragen.

Die in der Polizei SH eingesetzten Fachverfahren, insbesondere @rtus, enthalten eine Vielzahl von (personenbezogenen) Daten, die zum jetzigen Zeitpunkt nur in sehr eingeschränktem Maße einer Auswertung zugänglich sind. Darüber hinaus sind weitere Datenbestände, die nicht in @rtus enthalten sind, und Anwendungen vorhanden, die diese Daten ergänzen. Auch diese sind einer Auswertung perspektivisch zugänglich zu machen.

Gleichzeitig wurden bereits in der Vergangenheit dringende Bedürfnisse nach standardisierten und individuellen Auswertungen in vielerlei Hinsicht, z. B. als Lageinformationen, artikuliert.

Insbesondere für eine effektive Kriminalitätsbekämpfung in Schleswig-Holstein bedarf es eines geeigneten Unterstützungsinstrumentes.

Aus polizeifachlicher Sicht sollte eine derartige Fachanwendung eine strategische und eine operative Komponente beinhalten:

- Die operative Komponente entfaltet z. B. eine unmittelbare ermittlungsunterstützende, -initiiierende und -begleitende Wirkung z. B. durch das Erkennen von Tat-Tat- und Tat-Täter-Zusammenhängen, also auch der Identifizierung unbekannter Täter und dem Erkennen deliktsübergreifend und/oder überörtlich handelnder Täter.

- Die strategische Komponente bietet eine steuerungsrelevante Basis für operative Schwerpunktsetzungen und die Entwicklung von Fachkonzepten wie auch für ein führungs- und entscheidungsunterstützendes polizeiliches Informationssystem, indem frühzeitig bestimmte Kriminalitätssphänomene, zeitliche und geografische Kriminalitäts-brennpunkte u.ä.m. identifiziert und z.B. in Kriminalitätslagebildern zusammengestellt werden können.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Bundeskriminalamtgesetz (BKAG)
Wirtschaftlichkeitsberechnung Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist Bestandteil des Projektauftrages und wird nachgereicht
Kennzahl 55

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Die IT-Lösung zur Auswertung und Analyse dient zur effektiven Kriminalitätsbekämpfung in Schleswig-Holstein. Sie soll die Wahrnehmung der Verpflichtung auf Bundesebene, insbesondere die nach dem Bundeskriminalamtgesetz erleichtern.	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Auswertung und Analyse	1362	Umsetzung des erstellten Konzeptes	01.01.2009 - 31.12.2013
Auswertung und Analyse	1362	Beschaffung einer BI-Lösung	01.01.2009 - 31.03.2009

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Fertigstellung des Konzeptes zur Umsetzung des Projektes	31.12.2008

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	835,2	627,0
		davon Dataport:		835,2	627,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	0,0	835,2	627,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-835,2	-627,0

Finanzministerium

IT-Maßnahme 2005050002

Sprachnetz SH

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 54
Art IT Verfahren
Bezeichnung Sprachnetz SH

Beschreibung allgemein

Aufbau und Betrieb eines landeseinheitlichen Telefonnetzes. Sprache und Daten benutzen zum Teil das gleiche Netz. Das Teilnetz Sprache stellt die Basisinfrastruktur für die Telefonie der Landesverwaltung. Zum Sprachnetz gehört die gesamte Versorgung mit Telefonen und aller zugehörigen Ausrüstung.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	T-VPN	Gesprächsgebühren beim Telefonieren
2	TDN Land 1	Mieten der Telefonhardware
3	ProSolution	Speicherung von Gebührendatensätzen
4	Telefongebührenabrechnung TelGebAb	Erstellung der Abrechnungen der Gesprächsgebühren
5	Inhouse	Abrechnung von Arbeiten an den in den Liegenschaften befindlichen Telefon- und Datennetzen
6	Lastschrifteinzugsverfahren LEIV	Lastschrifteinzug privater Telefongesprächsentgelte

Sonstige Bemerkungen

Verknüpfungen zu andern Maßnahmen:
 2005050010 - Datennetz SH

Strategie:
 Landessystemkonzept / IT-Gesamtplan 2007

Priorität

Klassifizierung Kommunikation

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. gem. Kabinettsvorlage aus dem Jahre 1999; weiterhin höchste Priorität.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. es wurde ein Wirtschaftlichkeit in 1999 errechnet; die Eckwerte werden regelmäßig kontrolliert; das Vertragswerk wird kontrollt.

Infrastrukturelle Bedeutung

Basisinfrastruktur für alle IT-Maßnahmen und E-Government-Vorhaben.

Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung der sprachlichen Kommunikation innerhalb der Landesverwaltung sowie nach Außen.	unbefristet

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Austausch aller bestehenden Telefonsysteme durch Hicom 300 E Systeme	31.12.1999
2	Überprüfung der Netze, Optimierung der Bandbreiten	31.12.2000
3	Realisierung des physikalischen Sprachnetzes	31.12.2001
4	Modernisierung der 1999 bereits vorhandenen Hicom 300 Anlagen	31.12.2005
5	Ausbau der VoIP Technologie in Teilbereichen des durch den Innovationshub 2005 betroffenen Liegenschaften	31.12.2007
6	Betrieb und Optimierung des Sprachnetzes bis auf Weiteres zum	30.09.2009

Sonstiges

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008 Handlungsfeld 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
124 02	013	Erstattung von Telefongebühren	350,0	355,0	360,0
(MG 02)					
261 02	013	Erstattung von Stromkosten durch die Telekom	250,0	255,0	260,0
(MG 02)					
511 01	013	Telefongebühren	2.710,0	2.740,0	2.765,0
(MG 02)					
511 02	013	Umschaltgebühren und Kleinreparaturen	100,0	101,0	102,0
(MG 02)					
518 02	013	Mieten für Fernsprecheinrichtungen	14.900,0	13.956,0	13.956,0
(MG 02)					
671 01	013	Kostenvergütung für Auswertung von Dienst- und Privatgesprächen	350,0	355,0	360,0
(MG 02)					
		davon Dataport:		355,0	360,0
711 01	013	Beschaffung von Kleinanlagen	40,0	41,0	42,0
(MG 02)					
Abschluss					
Gesamteinnahme			600,0	610,0	620,0
Gesamtausgabe			18.100,0	17.193,0	17.225,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-17.500,0	-16.583,0	-16.605,0

IT-Maßnahme 2005050003

Kopfstelle Kommunikation (Betrieb der Datenkommunikation des Landes SH für E-Mail, TESTA, mobile IT-Systeme)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 54
Art IT Verfahren
Bezeichnung Kopfstelle Kommunikation (Betrieb der Datenkommunikation des Landes SH für E-Mail, TESTA, mobile IT-Systeme)

Beschreibung allgemein

Der Betrieb der Kopfstelle bei Dataport gewährleistet die externe Datenkommunikation des Landes Schleswig-Holstein für eMail, TESTA, mobile IT-Systeme.

Priorität

Klassifizierung Kommunikation
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. DOL-Vorhaben; KV zu DOI; FinA hat die Zustimmung erteilt.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Wirtschaftlichkeit wird im Wesentlichen durch den Bund geprüft und begründet.

Infrastrukturelle Bedeutung

Hohe Infrastrukturelle Bedeutung für den Betrieb des Landesnetzes und die Kopplung mit anderen Netzen des öffentlichen Sektors oder der privaten Wirtschaft. Die Kopfstelle stellt den ordnungsgemäßen Transport der Daten und Sprache in den Netzen sicher. Die administrativen Aufgaben werden durch Dataport wahrgenommen.

Kennzahl 90

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Betrieb erfolgt in Kooperation mit anderen Partnern wie z. B. dem Bund.
E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. DOL-Vorhaben des Bundes; E-Gov-Strategie Land SH 2008; IT-Maßnahme unterstützt Handlungsfeld 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	150,0	100,5	100,5
		davon Dataport:		100,5	100,5
685 04	013	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0,0	50,0	50,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			150,0	150,5	150,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-150,0	-150,5	-150,5

IT-Maßnahme 2005050004

IKO III - Kopfstelle - Betrieb zentraler landesweiter Dienste

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 54
Art IT Verfahren
Bezeichnung IKO III - Kopfstelle - Betrieb zentraler landesweiter Dienste

Beschreibung allgemein

IKOTECH III stellt die systemtechnische Basis der Landesverwaltung SH dar und bildet das Rückgrat für die BK-Infrastruktur der Landesverwaltung.

Ein wichtiger Bestandteil sind die landesweit verfügbaren „Zentralen Dienste“ unter IKOTECH III. Diese zentralen Dienste sind die Grundlage des Betriebes von IKO-TECH III in den Ressorts. Im einzelnen sind das der Landesverzeichnisdienst, der landesweite Mailverbund, der Domain Name Service und das Anti-Viren-Softwaremanagement sowie die Durchführung des IT-Sicherheitsrelevanten Patch-Managements. Mit der Kernkompetenz Informationstechnik des Finanzministeriums SH ist der ordnungsgemäße Betrieb sicherzustellen. Das Finanzministerium betreibt die o. g. Systemdienste zentral im Rechenzentrum bei Dataport.

Betrieb der ressortübergreifenden Gruppenbalage WSSSH

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Infrastrukturelle Bedeutung

Der ordnungsgemäße Betrieb ist sicherzustellen und bildet die Grundvoraussetzung der Funktionsfähigkeit des IT-Landesstandards. Das Finanzministerium betreibt die o. g. Systemdienste zentral im Rechenzentrum bei Dataport. Aufgrund der Verbreitung (insbes. auch bei der Polizei) hat diese Maßnahme eine herausgehobene Bedeutung.

Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Betrieb IKO3_Kopfstelle	01.01.2008 - 13.12.2009

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	350,0	370,0	370,0
		davon Dataport:		370,0	370,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			350,0	370,0	370,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-350,0	-370,0	-370,0

IT-Maßnahme 2005050006

Betrieb und Fortentwicklung eines Prozessmanagements für sämtliche Komponenten der eGovPlattform

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 53
Art IT Verfahren
Bezeichnung Betrieb und Fortentwicklung eines Prozessmanagements für sämtliche Komponenten der eGovPlattform

Beschreibung allgemein

Im Rahmen der Neuausrichtung der E-Government-Strategie des Landes SH unter den Vorgaben der EU-Dienstleistungsrichtlinie und der damit verbundenen Implementierung der Komponenten Zuständigkeitsfinder, Formularservice pp. wird eine Prozesssteuerung oder Workflow-Komponente als weitere Datendrehscheibe neben der Clearingstelle eingerichtet.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008 Handlungsfeld 7
Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Prozessanalyse, -dokumentation, -optimierung, • WorkFlow – Kopplung von Verfahren, • Formalisierte Kommunikation (z. B. XML-Schemabasiert)	laufend
Nr.	Beschreibung	Datum
1	wird im Projekt "E-Gov-Infrastruktur 2.0" aufgearbeitet	31.12.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. unterstützt alle Handlungsfelder der E-Government-Strategie des Landes SH

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	300,0	300,0	300,0
		davon Dataport:		300,0	300,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			300,0	300,0	300,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-300,0	-300,0	-300,0

IT-Maßnahme 2005050007

Virtuelle Poststelle (Betrieb und Fortentwicklung)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 53
Art IT Verfahren
Bezeichnung Virtuelle Poststelle (Betrieb und Fortentwicklung)

Beschreibung allgemein

Es wird eine Virtuelle Poststelle im Rahmen der E-Government-Plattform benötigt. Es werden die Funktionalitäten Signaturprüfung, Ver- und Entschlüsselung, zentrale Authentifizierung, Zeitstempeldienst, Postein- und -ausgangsbücher sowie Virenprüfung gewährleistet. Zu diesem Zweck wurden mit der Firma BOS über das Projektbüro des KoopA ADV beim Bund ein Vertrag über die Wartung und Pflege der Governikus-Software abgeschlossen.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008
Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des Datenverkehrs auf der Basis bundeseinheitlicher Transportstandards (OSCI)	31.12.2013

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
In Kooperation des Bundes mit den Bundesländern
E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
E-Gov-Strategie SH 2008
Handlungsfeld 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	10,0	10,0
527 06	013	Dienstreisen	1,0	1,0	1,0
685 04	013	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	161,0	200,0	200,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			162,0	211,0	211,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-162,0	-211,0	-211,0

IT-Maßnahme 2005050009

Clearingstelle (Betrieb und Fortentwicklung); Rückmeldung im Meldewesen - Technik

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 53

Art IT Verfahren

Bezeichnung Clearingstelle (Betrieb und Fortentwicklung); Rückmeldung im Meldewesen - Technik

Beschreibung allgemein

Weiterentwicklung, Test und Betrieb einer Clearingstelle und des Clearingdienstes für die Rückmeldung im Meldewesen. Die Clearingstelle ist eine zentrale Einrichtung in einem Verbund von DV-Verfahren, die geschäftsmäßig die elektronische Kommunikation zwischen den Stellen der öffentlichen Verwaltung auf der Basis bundes/landeseinheitlicher technischer und fachspezifischer Vergaben technisch und organisatorisch unterstützt.

Priorität

Klassifizierung Kommunikation

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Infrastrukturelle Bedeutung

hohe infrastrukturelle Bedeutung im Rahmen der E-Government-Plattform SH

Kennzahl 80

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	rechtssichere elektronische Kommunikation zwischen Meldebehörden	unbegrenzt

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Land - Kommunen - Bundesländer

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
DO Meldewesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	102,0	103,0	106,0
		davon Dataport:		103,0	106,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			102,0	103,0	106,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-102,0	-103,0	-106,0

IT-Maßnahme 2005050010

Datennetz SH (Landesnetz)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 54
Art IT Verfahren
Bezeichnung Datennetz SH (Landesnetz)

Beschreibung allgemein

Aufbau und Betrieb einer landeseinheitlichen Netzplattform für Sprache und Daten; zentrale Basisinfrastruktur für IT-Maßnahmen und E-Government-Vorhaben. Die vorhandenen 6 Verwaltungsnetzes wurden zu einem Netz integriert. Es werden landeseinheitliche Netzanschlüsse bereitgestellt. Über das Netz (Landesnetz) werden gleichzeitig Daten und Sprache transportiert. Das Landesnetz ermöglicht die Verbindungen vom Bund über das Land bis zu den Kommunen.

Sonstige Bemerkungen

Verknüpfungen zu anden Maßnahmen:
 2005050002 - Sprachnetz SH

Strategie:
 Landessystemkonzept / IT-Gesamtplan 2007

Priorität

Klassifizierung Kommunikation
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. 1999 mit Kabinettsbeschluss der Landesregierung als prioritäre Maßnahme eingerichtet; weiterhin höchste Priorität.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. erstellt 1999; Überprüfung der Eckdaten erfolgt kontinuierlich; Controlling des Betreibervertrages erfolgt.

Infrastrukturelle Bedeutung

Zentrale Basisinfrastruktur für alle IT-Maßnahmen

Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des Datenaustausches innerhalb der Landesverwaltung SH	unbefristet
Nr.	Beschreibung	Datum
1	Kabinettsbeschluss	1999
2.	Erstellung der organisatorischen und technischen Konzepte	2000
3.	Realisierung des Landesnetzes	2001
4.	Ausbau des Landesnetzes	ab 2002
5.	weiterer Ausbau und regulärer Betrieb zu Vertragskonditionen	bis 31.12.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Es werden Netzkoppelungen mit der FHH und dem Bund hergestellt.

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008 Handlungsfeld 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
129 11	013	Einnahmen aus der Vermietung oder dem Verkauf von Netzdienstleistungen	0,0	0,0	0,0
(MG 03)					
281 12	013	Erstattungen von Dritten	0,0	0,0	0,0
(MG 03)					
511 03	013	Umschaltgebühren und Kleinreparaturen	200,0	384,0	384,0
(MG 03)					
		davon Dataport:		384,0	384,0

511 04 (MG 03)	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	0,0	0,0
533 02 (MG 03)	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	0,0	0,0
533 03 (MG 03)	013	Leistungsentgelte an Dataport	3.673,7	3.337,0	3.744,0
		davon Dataport:		3.337,0	3.744,0
533 04 (MG 03)	013	Leistungsentgelte an die TELEKOM	11.612,0	11.101,0	11.101,0
537 03 (MG 03)	013	Kosten der Fortentwicklung der Konzeption Landesnetz	35,0	35,0	35,0
812 02 (MG 03)	013	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	980,0	350,0	500,0
Abschluss					
Gesamteinnahme			0,0	0,0	0,0
Gesamtausgabe			16.500,7	15.207,0	15.764,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-16.500,7	-15.207,0	-15.764,0

IT-Maßnahme 2005050011

IKO III - Fortentwicklung

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 54
Art IT Verfahren
Bezeichnung IKO III - Fortentwicklung

Beschreibung allgemein

IKO III - Fortentwicklung - Anpassung der IT-Dienste an den Stand der Entwicklung, Implementantation neuer Funktionalitäten.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung der Aktualität i.S. IT- Sicherheit und Verfügbarkeit sowie Funktionalitäten	01.01.2008 -

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	100,0	100,0	100,0
		davon Dataport:		100,0	100,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	100,0	100,0	100,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-100,0	-100,0	-100,0

IT-Maßnahme 2005050012

Elektronischer Zahlungsverkehr (EZV) mit der Deutschen Bundesbank [Elektronischer Schalter (ELS)]

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 24
Art IT Verfahren
Bezeichnung Elektronischer Zahlungsverkehr (EZV) mit der Deutschen Bundesbank [Elektronischer Schalter (ELS)]

Beschreibung allgemein

Zahlungsverkehr mit der Deutschen Bundesbank mittels der Software "Telenet-ZV ELS für Windows". Mit dem Betrieb und der Anpassung des Verfahrens an die rechtlichen und technische Vorgaben der Bundesbank ist Dataport oder der EU (SEPA - Richtlinie) hat das Finanzministerium Dataport beauftragt.

Sonstige Bemerkungen

Übernahme der Zahlungsdaten aus der dMB (SAP R/3) und diverser Schnittstellen aus Vorverfahren wie z. B. PERMIS. Direktzugriff auf die Bankkonten des Landes Schleswig-Holstein bei der Deutschen Bundesbank (Liquiditätssteuerung / Kassenverstärkungskredite / alle Aus- und Einzahlungen des Landes SH über die Landeskasse SH; Abgaben an den Bund; Zentraler Zahlungsverkehr u. v. m.).

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 LHO § 70 VV-Nr. 30 und 31; Bundesbesoldungsgesetz § 3 und 17a; Bundesbankgesetz
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.

Kennzahl 83

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des Zahlungsverkehrs der Landesverwaltung Schleswig-Holstein nach Innen und Außen	unbefristet
2	Sicherstellung der Liquiditätssteuerung des Landes SH zur tagesgenauen Steuerung von Zahlungen	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Umsetzung der SEPA - Richtlinie (EU) im Finanzverkehr des Landes Schleswig-Holstein (1. Schritt; Überweisungen tätigen und annehmen)	02.06.2008
2	Umsetzung der SEPA - Richtlinie (EU) im Finanzverkehr des Landes Schleswig-Holstein (2. Schritt; Einführung der SEPA Lastschrift)	2009
3	Umsetzung der SEPA - Richtlinie (EU) im Finanzverkehr des Landes Schleswig-Holstein (3. Schritt; Realisierung Kreditkartengeschäft)	2010 / 2011

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation im Rahmen des Betriebes ELS bei / über Dataport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
527 06	013	Dienstreisen	1,0	1,0	1,0
		davon Dataport:		1,0	1,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	137,0	160,0	160,0
		davon Dataport:		160,0	160,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			138,0	161,0	161,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-138,0	-161,0	-161,0

IT-Maßnahme 2005050015

Betrieb und Fortentwicklung der PKI-SH (Public Key Infrastructure)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 54

Art IT Verfahren

Bezeichnung Betrieb und Fortentwicklung der PKI-SH (Public Key Infrastructure)

Beschreibung allgemein

Schaffung einer public key Infrastructure für Schleswig-Holstein.

Sonstige Bemerkungen

Die Arbeiten ruhen; zzt. werden die bisherigen strategischen Vorgaben überprüft und eine Neuausrichtung dieser Maßnahme vorbereitet.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008 Handlungsfeld 7

Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Fortentwicklung und Betrieb einer Public Key Infrastruktur für Schleswig-Holstein	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Strategie des weiteren Ausbaus ist sehr stark abhängig vom Bedarf der Kommunen und Ressorts	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008 Handlungsfeld 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	50,0	50,0	50,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			50,0	50,0	50,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-50,0	-50,0	-50,0

IT-Maßnahme 2005050017

BDVLandsh / Behörden- und Dienststellenverzeichnis unter Einbindung anderer DB

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 52

Art IT Verfahren

Bezeichnung BDVLandsh / Behörden- und Dienststellenverzeichnis unter Einbindung anderer DB

Beschreibung allgemein

Im Rahmen der Vorarbeiten für den Dienstleistungswegweiser SH entstand die Notwendigkeit, vollständige Daten über Behörden und Dienststellen der Landesverwaltung an einer Stelle authentisch zu erfassen und zu pflegen (BDVlandsh). In einer späteren Ausbaustufe sollen diese Daten anderen Anwendungen als Quelle dienen. Als erste derartige Kopplung wurde die Anbindung des Ideenmanagement "Misch mit" realisiert. Das Ideenmanagement wurde jedoch einige Jahre später im Rahmen der Aufgabenkritik wieder eingestellt, die IT-Anwendung läuft daher aus.

Die Daten aus BDVlandsh sollen außerdem im Landesportal www.schleswig-holstein.de im Internet angeboten werden.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Politische Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Einstufung Kabinetts-/St-Beschlüsse zum Internetprojekt und zur E-Government Vereinbarung Land-Kommunen

Infrastrukturelle Bedeutung

Als zentrale Datenquelle für Behörden- und Organisationsdaten einschließlich der Geoverortung der zugehörigen Adressen von zentraler Bedeutung

Kennzahl 35

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Erstellung und Pflege eines vollständigen aktuellen und authentischen Datenbestandes über die Organisation der Landesverwaltung und ihre Adressen	03.12.2001 - 31.12.2020
2	Ersparnis der Mehrfachpflege identischer Daten	01.01.2002 - 31.12.2020
3	Vermeidung von Abstimmungsaufwand zwischen verschiedenen Anwendungen, die Behörden- und Adressdaten nutzen	01.01.2002 - 31.12.2020

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Beschlüsse ITK und AKO zu BDVlandsh	03.12.2001
2	Beauftragung Dataport mit Betrieb von BDVlandsh	09.08.2002
3	Lenkungsgruppe Projekt Internetstrategie (St-Runde) Ausbau BDVlandsh	25.11.2002
4	Daten BDVlandsh mit Georeferenzierung im Landesportal im Internet	29.06.2007

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen. BDVlandsh enthält Daten über die Organisation von Land und Kommunen. Dies sind wichtige Basisdaten für alle Arbeitsplätze der ÖV in SH, auch im Hinblick auf einen Zuständigkeitsfinder und Behördenwegweiser und auf die Anforderungen aus der EU-DLR.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	0,0	0,0
527 06	013	Dienstreisen	0,0	0,0	0,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	157,5	157,5	117,5
		davon Dataport:		157,5	117,5
Abschluss					
Gesamtausgabe			157,5	157,5	117,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-157,5	-157,5	-117,5

IT-Maßnahme 2005050018

Funktionale Erweiterung des Government Gateways - Gateway 2.0 - EU-DLR Zuständigkeitsfinder - einheitliche Behördenrufnummer 115

Beschreibung

Ressort / Behörde	VI 53
Art	IT Verfahren
Bezeichnung	Funktionale Erweiterung des Government Gateways - Gateway 2.0 - EU-DLR Zuständigkeitsfinder - einheitliche Behördenrufnummer 115

Beschreibung allgemein

Im Zuge der Umsetzung der EU-DLR sind erhebliche strukturelle Änderungen am Gateway (Schleswig-Holstein und Hamburg) notwendig. Der Aufwand für die Umsetzung der EU-DLR bietet die einmalige Chance die Software für den Gateway auf Basis heutiger Softwaretechnik neu aufzusetzen. Aus der Sicht von SH ist die z.Z. eingesetzte Software des Gateways für die kommunale Struktur nicht optimal. Durch die Forderung der Umsetzung der EU-DLR bis zum 28.12.2009 (gefordert wird der einheitliche Ansprechpartner (EA) auf elektronischem Wege) sind einige zusätzliche Anforderungen zeitgleich mit zu betrachten, um ein einheitliches Gesamtkonzept zu entwerfen. In diesem Zusammenhang muss der Zuständigkeitsfinder, die einheitliche Behördenrufnummer 115, ein Berechtigungs- und Rollenkonzept, ein Workflow-System für die Tätigkeit des EA und noch weitere zu identifizierende Themen bearbeitet und geklärt werden. Die gesamte Umsetzung wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen, wobei der Focus auf das Gesamtkonzept und die Umsetzung der EU-DLR zu richten ist.

Sonstige Bemerkungen

Ausschreibung in 2008

Priorität

Klassifizierung	Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben	Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. EU-DLR
Politische Einstufung	Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Verwaltungsmodernisierung
Wirtschaftlichkeitsberechnung	Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. wird zurzeit erarbeitet

Infrastrukturelle Bedeutung

Umsetzung der Vorgaben der EU-DLR
Verwaltungsmodernisierung
Einheitlicher Ansprechpartner

Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Bereitstellung eines Government-Gateways mit Abbildung der kommunalen Struktur als Basis-Infrastruktur zur Umsetzung der EU-DLR	01.01.2008 - 31.12.2009
2	Workflow für den Einheitlichen Ansprechpartner	01.01.2008 - 31.12.2013
3	Erreichbarkeit der Verwaltung über eine einheitliche Rufnummer 115	01.01.2008 - 31.12.2013
Nr.	Beschreibung	Datum
1	Umsetzung der EU-DLR	29.12.2009

Sonstiges

Kooperationen	Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. gemeinsames Projekt mit der FHH
E-Government-Initiativen	Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008 Handlungsfeld 7
Verwaltungsmodernisierung	Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	15,0	25,0	15,0
		davon Dataport:		25,0	15,0
527 06	013	Dienstreisen	15,0	25,0	25,0

533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Ver-	500,0	2.120,0	2.840,0
		tragsformen			
		davon Dataport:		2.120,0	2.840,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	320,0	625,0	320,0
		davon Dataport:		625,0	320,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			850,0	2.795,0	3.200,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-850,0	-2.795,0	-3.200,0

IT-Maßnahme 2005050020

Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV)

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 53

Art IT Verfahren

Bezeichnung Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV)

Beschreibung allgemein

Weiterentwicklung, Wartung, Pflege und Betrieb des Deutschen Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV).

Das DVDV dient der dynamischen Adressierung von Nachrichten im Rahmen bundesweiter E-Government-Vorhaben. Diese Maßnahme deckt den Anteil Schleswig-Holstein an dem bundesweiten Projekt ab.

Es besteht eine Schnittstelle zur Clearingstelle und zu den Projekten mit der Thematik Meldewesen.

Sonstige Bemerkungen

Die Fortentwicklung dieser Maßnahme erfolgt durch den Bund. Die Kosten werden anteilig auf die Länder umgelegt.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Beschluss Nr. 2 - 12/2005 des KOOPA ADV

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Mit der Beteiligung an der Entwicklung, Wartung, Pflege und Betrieb des DVDV stellt Schleswig-Holstein seinen Willen die E-Government-Initiativen des Bundes zu unterstützen unter Beweis.

Infrastrukturelle Bedeutung

Es handelt sich um Basisinfrastruktur, die von vielen E-Government-Verfahren genutzt wird.

Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Zeit- und Kostenersparnis	01.12.2005 - 31.12.2013
Nr.	Beschreibung	Datum
1	Abschluss Projektpflegevertrag	01.04.2008

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
zu E-Gov-Strategie Land SH 2008
Handlungsfeld 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	6,0	6,0
		davon Dataport:		6,0	6,0
685 04	013	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	10,0	10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			10,0	16,0	16,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-10,0	-16,0	-16,0

IT-Maßnahme 2005050023

IT-Verfahren "eAkte"; DOMEA zertifiziertes Dokumentenmanagementsystem

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 52

Art IT Verfahren

Bezeichnung IT-Verfahren "eAkte"; DOMEA zertifiziertes Dokumentenmanagementsystem

Beschreibung allgemein

Übergreifender IT-Basisdienst; für elektronische Registratur, elektronische Aktenführung, elektronische Vorgangsbearbeitung (Workflow); Einsatz des Produkts VISkompakt auf zentraler Architektur bei Dataport

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Kabinetts- und St-Beschlüsse im Rahmen des Internet-Projekts; Kabinettsbeschluss zum Bericht der Landesregierung zu E-Government 2007

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Das IT-Verfahren eAkte ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten unter den betrachteten Bedingungen wirtschaftlich. Die Einführung von eAkte ist außerdem dringlich (700) und unter qualitativ-strategischen Gesichtspunkten (750) geboten.

Infrastrukturelle Bedeutung

Das IT-Verfahren eAkte ist Bestandteil der Basisinfrastruktur.

Kennzahl 50

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Verbesserung der Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Aktenführung	21.02.2002 - 31.12.2020
2	Ermöglichung von E-Government Anwendungen	21.02.2002 - 31.12.2020
3	Abbau der Parallelität von Papieraktenführung und elektronischen Unterlagen	21.02.2002 - 31.12.2020
4	Bessere Gewährleistung der Vollständigkeit der Akten	21.02.2002 - 31.12.2020
5	Verbesserung Wissensmanagement in der Verwaltung	21.02.2002 - 31-12-2020

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Abschluss erstes Teilprojekt PAroPlus, Projektbericht	01.05.2003
2	Auswahl (Europa weite Ausschreibung) eines Dokumentenmanagementsystems als Landesstandard	16.02.2005
3	Rahmenvertrag eAkte	23.03.2005

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	15,0	20,0	20,0
		davon Dataport:		20,0	20,0
527 06	013	Dienstreisen	3,0	4,0	4,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	632,0	593,0	619,0
		davon Dataport:		450,0	475,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	34,0	30,0	30,0
		davon Dataport:		10,0	10,0

Abschluss

Gesamtausgabe	684,0	647,0	673,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-684,0	-647,0	-673,0

IT-Maßnahme 2005050024

IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung)

Beschreibung

Ressort / Behörde LBesA
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung)

Beschreibung allgemein

Pünktliche und vollständige Bezügezahlung einschließlich aller rechtlicher Nebenerfordernisse

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Lizenzen Applin X	
2	PC-BAT/PC-Beamte	
3	Rentenabgleich	
4	LSt-Außenprüfung	
5	Versorgungsausgleich	

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Kennzahl 55

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Pünktliche und vollständige Bezügezahlung einschließlich aller rechtlichen Nebenerfordernisse	laufend

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
PERMIS-Abrechnung	1	Pünktlich und vollständig einschl. aller rechtlichen Nebenerfordernisse	laufend

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Pünktliche und vollständige Bezügezahlung einschließl. aller rechtlichen Nebenerfordernisse, z. B. Schnittstellen zu anderen PERMIS-Verfahren, SAP, FiBu, ZEZA, Sozialversicherungsträger (incl. VBL), Zentralstelle für Altersvermögen, ELSTER-Lohn, SP-Expert, digitale Betriebsprüfung, Statistisches Amt	laufend

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen. Prüfung der Kooperationsmöglichkeiten mit der Freien und Hansestadt Hamburg; Einsparungen sind insbesondere hinsichtlich der Programmpflege- und -entwicklungskosten zu erwarten.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,0	6,6	6,8
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	1,0	1,1
527 06	013	Dienstreisen	6,0	3,0	3,1
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	3.445,6	3.920,0	4.010,0
		davon Dataport:		3.920,0	4.010,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			3.453,6	3.930,6	4.021,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-3.453,6	-3.930,6	-4.021,0

IT-Maßnahme 2005050025

KONSENS (inkl. ELSTER)

- Entwicklung und Pflege sowie Betrieb (gemeinsamer Einrichtungen)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM -AIT-
Art IT Verfahren
Bezeichnung KONSENS (inkl. ELSTER)
 - Entwicklung und Pflege sowie Betrieb (gemeinsamer Einrichtungen)

Beschreibung allgemein

Das umfassende und komplexe Vorhaben KONSENS bezeichnet die gesamten Verfahren und Entwicklungen zur IT-unterstützten Durchführung des Besteuerungsverfahrens in der Steuerverwaltung. Ziel ist es dabei, eine Vereinheitlichung und Modernisierung der IT-Verfahren zu erreichen (bundeseinheitliche Software, IT-Verfahren und Organisation). Es beruht auf den Beschlüssen der Finanzministerkonferenz mit einem zwischen den 16 Ländern und dem Bund getroffenen, und zum 01. Januar 2007 in Kraft getretenen, Verwaltungsabkommen.

Das Vorhaben wird von den 17 Vertragsbeteiligten gemeinsam finanziert; wesentlicher Beteiligungsmaßstab ist dabei der Königsteiner Schlüssel (Anteil Schleswig-Holsteins dabei derzeit 3,31536%).

Die Gesamtkosten gliedern sich in Entwicklungsaufwendungen, Pflegeaufwendungen und Aufwendungen für den Einsatz gemeinsam betriebener Einrichtungen. Dieser gemeinsame Betrieb (für alle Länder und den Bund) bezieht sich insbesondere auf wesentliche Teile des E-Government-Bereichs ELSTER (s.u.).

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	GINSTER	(Grundinformationsdienst)
2	ELFE	(Festsetzungsverfahren)
3	BIENE	(Erhebungsverfahren)
4	ELSTER	
5	Prüfungsdienste	
6	SESAM	(Verfahren zum Scannen, Archivieren und maschinellen Bearbeiten von Steuererklärungen)
7	RMS	(Risikomanagementsystem)
8	KONSENS-Dialog	
9	BuStra/Steufa	
10	StundE	
11	Vollstreckung	
12	ITSM	(IT Service Management)
13	DAME	(DataWareHouse, Auswertungen und BI-Methoden)
14	MÜST	(Maschinelle Überwachung der Steuerfälle)

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gem. § / LHO wurde in der Form durchgeführt, dass (im Vorläuferprojekt FISCUS) eine Wirtschaftlichkeitsberechnung mit bundesweiter Betrachtung erstellt und dem BRH zugeleitet wurde.
Kennzahl 76

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Schaffung eines bundeseinheitlichen IT-gestützten Besteuerungsverfahrens	
Nr.	Beschreibung	Datum
1	Innerhalb des Bund-/Länder-Projektes, einschließlich verbindlicher Einsatzplanung (VEP) für alle Länder, vorhanden	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Entwicklung:
 Gemeinsam mit allen Ländern und dem Bund (BMF).
 Einsatz:
 Datenübermittlungsverfahren mit mehr als 30 Partnern auf allen Ebenen einschließlich Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts.

E-Government-Initiativen

Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
ELSTER (s. IT-Gesamtplan bzgl. Steuerverwaltung)

Verwaltungsmodernisierung

Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
Die IT-Maßnahme schließt die von der Finanzministerkonferenz (FMK) beschlossenen Maßnahmen zur Modernisierung der Steuerverwaltungen der Länder ein.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	45,0	53,0	53,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	50,0	50,0
527 06	013	Dienstreisen	18,0	50,0	50,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	336,0	150,0	250,0
		davon Dataport:		150,0	250,0
632 06	013	Sonstige Zuweisungen an Länder	898,2	1.704,0	1.741,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	201,0	501,0	501,0
		davon Dataport:		501,0	501,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			1.498,2	2.508,0	2.645,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.498,2	-2.508,0	-2.645,0

IT-Maßnahme 2005050026

CMS II - Contentmanagement der Landesregierung für Internet, Extranet und Intranet

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 52

Art IT Verfahren

Bezeichnung CMS II - Contentmanagement der Landesregierung für Internet, Extranet und Intranet

Beschreibung allgemein

Die Landesregierung bietet unter der Internetadresse www.schleswig-holstein.de in einem integrierten Landesportal sowohl Regierungsinformationen als auch allgemeine Informationen gebündelt in Themenportalen sowie die Nutzung einer Landessuchmaschine.

In dem zugrunde liegenden CMS werden auch die Internetangebote der Landespolizei angeboten. Stufenweise soll die Intranetlösung der Polizei in das Gesamtsystem überführt werden. Anschließend werden auch die bisherige Extranetlösung SHIP sowie die weiteren Intranetlösungen im Bereich der Landesverwaltung neu konzipiert und in das einheitliche System überführt.

Mit dieser Lösung (IT-Verfahren CMS-II) werden das Colanii-Konzept sowie das 2005/2006 erarbeitete Konzept Landesportal umgesetzt.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Durch die EU-DLR sind öffentliche Verwaltungen künftig verpflichtet, Informationen und Dienstleistungen im Internet anzubieten.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Kabinetts- und St-Beschlüsse liegen den Arbeiten zugrunde.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.

Dataport hat für die angebotene Lösung eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vorgelegt.

Infrastrukturelle Bedeutung

Das IT-Verfahren CMS-II ist Bestandteil der Basisinfrastruktur.

Kennzahl 60

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Durch die Zusammenführung in einem technischen System soll die Qualität der Infoaufbereitung und -bereitstellung erhöht und sollen Kosten und Aufwand gesenkt werden	30.01.2001 - 31.12.2020

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Kabinettsbeschluss zum Internetauftritt der Landesregierung	30.01.2001
2	Kabinettsbeschluss Zweiter Zwischenbericht Internetstrategie, Zusammenführung von Internet und Intranet möglichst in einem CMS	21.01.2002
3	St-Beschluss zur Umsetzung Colanii	14.02.2005
4	Kabinettsbeschluss zum Neuen Landesportal	01.11.2005
5	Livegang Neues Landesportal	29.06.2007
6	Livegang Landespolizei im Neuen Landesportal	17.12.2007

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Im Bereich CMS gibt es eine lockere Kooperation mit FHH, außerdem eine intensivere Zusammenarbeit mit dem Bundesverwaltungsamt.

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	50,0	50,0	50,0
527 06	013	Dienstreisen	3,0	4,0	4,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	1.090,0	1.005,0	680,0
		davon Dataport:		855,0	630,0

Abschluss

Gesamtausgabe	1.143,0	1.059,0	734,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-1.143,0	-1.059,0	-734,0

IT-Maßnahme 2005050027

SHIP - Extranet Öffentliche Verwaltung Schleswig-Holstein

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 52
Art IT Verfahren
Bezeichnung SHIP - Extranet Öffentliche Verwaltung Schleswig-Holstein

Beschreibung allgemein

Das SHIP soll aktuelle, vollständige und bedarfsgerechte Informationen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung sowie der gesamten öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein, die das SHIP über das Landesnetz erreichen können, bieten.

Das SHIP sowie die teilweise nachgelagerten, teilweise selbständigen Intranets sollen weiterentwickelt und das verbindliche Informationsmedium - zunächst für die Landesverwaltung - werden. Die Verbindlichkeit bezieht sich auf Umfang und Qualität der Inhalte sowie auf die Nutzung.

Sonstige Bemerkungen

Es ist geplant, das SHIP als Extranet der öffentlichen Verwaltung SH in das IT-Verfahren CMS-II zu überführen und dabei weiter zu entwickeln. Der Start dieser Maßnahme - vorgesehen ab 2008 - verschiebt sich zeitlich um mindestens ein halbes Jahr.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Kabinetts- und St-Beschlüsse; 59' er Vereinbarung mit den Spitzenverbänden der Gewerkschaften

Infrastrukturelle Bedeutung

Das IT-Verfahren ist Bestandteil der Basisinfrastruktur. Es wird überführt werden nach CMS.II (2005050026).

Kennzahl 51

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Effektive und effiziente sowie zeitgemäße Informationsaufbereitung und -bereitstellung für die öffentliche Verwaltung in Schleswig-Holstein	11.08.1997 - 31.12.2020

Nr.	Beschreibung	Datum
1	St-Beschluss	11.08.1997
2	59'er Vereinbarung	01.07.1998
3	Verlagerung Betrieb zu Dataport	01.07.2000
4	St-Beschluss zur Zusammenführung von Contentmanagement in einem Gesamtsystem (im Rahmen Projekt Internet Strategie)	21.01.2002
5	Beauftragung Dataport mit Erarbeitung des Colanii-Konzepts	01.05.2004
6	Fertigstellung Colanii-Konzept	01.10.2004
7	St-Beschluss zur Umsetzung von Colanii zunächst für Internet, dann für Intranets - weiteres siehe bei Colanii	14.02.2005
8	Kabinettsbeschluss zum neuen Landesportal und zum einheitlichen CMS-System (IT-Verfahren CMS-II)	05.11.2005

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	40,0	40,0
		davon Dataport:		40,0	40,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	0,0	40,0	40,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-40,0	-40,0

IT-Maßnahme 2005050028

Zentraler FAX-Service SH

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 54
Art IT Verfahren
Bezeichnung Zentraler FAX-Service SH

Beschreibung allgemein

Betrieb eines für die gesamte Landesverwaltung zur Verfügung stehenden Fax-Dienstes. Voraussetzung für die Nutzung ist eine LSK- bzw. IKOtechIII-konforme IT-Ausstattung/ -Betrieb in der Dienststelle.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Siehe unter Word-Anlage: Vermerk Wirtschaftlichkeit Tabelle.doc

Infrastrukturelle Bedeutung

Der FaxService SH gehört zu den ressortübergreifenden Basisdiensten der Bürokommunikation.

Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Verfügbarkeit eines Fax-eMail-Dienstes für die Landesverwaltung	01.01.2006-31.12.2011

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Vorbereitung und Beschaffung der Hard- und Software ab	01.05.2005
2	Fertigstellung und Probetrieb des Dienstes beendet	31.03.2006
3	Aufnahme Produktivbetrieb	01.04.2006

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	50,0	50,0	50,0
		davon Dataport:		50,0	50,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			50,0	50,0	50,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-50,0	-50,0	-50,0

IT-Maßnahme 2005050029

Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 53

Art IT Verfahren

Bezeichnung Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)

Beschreibung allgemein

Über die Systeme SAP Land SH wird das Finanzwesen des Landes SH automatisiert abgewickelt. Die Kernverfahren sind das Haushalts-, Kas- sen- und Rechnungswesen (dMB) und die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR). In den Landesbetrieben werden darüber hinaus Module zur Projektplanung und Controlling eingesetzt. In der mittelbaren Landesverwaltung werden zudem eigene SAP - Systeme zur Durchführung der doppelten Buchführung betrieben.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Dezentrale Mittelbewirtschaftung und Kassenverfahren (dMB)	Module SAP PSM; einschl. SAP FI
2	Kosten- und Leistungsrechnung und Anlagenbuchhaltung (KLR)	SAP CO; SAP AA
3	LBV SH - Projektabwicklung und Berichtswesen	SAP PS, BW SEM
4	Landeslabor - Doppelbuchführung	SAP FI
5	Landesamt für Küstenschutz und Natur (LKN) - Doppelbuchführung	SAP FI

Sonstige Bemerkungen

Die Systeme des SAP realisieren diverse Schnittstellen zu anderen IT-Maßnahmen: Anordnungsschnittstellen zur Justiz, Katasterverwaltung, Forstwesen pp.; Sachkontenbuchungen in den Verfahren PERMIS, OWI pp.; Haushaltsplanung (HAV Web LSH); ELS der Bundesbank Deutschland usw.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. durch KV der LReg SH beschlossen

Wirtschaftlichkeits- berechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Bei Projekteinführung und Produktionsbeginn überprüft und durch LReg SH sowie FinA genehmigt.

Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Auslandszahlungsverkehr (Aufbau und Betrieb)	2008
2.	SEPA - Richtlinie (EU) - Anpassung an die rechtlichen Vorgaben	2008 / 2009
3	Releasewechsel (mittelfristige Planungen)	2011/2012

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,0	1,0	1,0
		davon Dataport:		1,0	1,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	10,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
527 06	013	Dienstreisen	10,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0

533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	3.594,0	3.594,0	4.316,0
		davon Dataport:		3.594,0	4.316,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			3.615,0	3.615,0	4.337,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-3.615,0	-3.615,0	-4.337,0

IT-Maßnahme 2005050030

IT-Unterstützung Personalmanagement SH (Zentraler Zahlungsdienst PERMIS-A und PERMIS-B)

Beschreibung

Ressort / Behörde LBesA
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (Zentraler Zahlungsdienst PERMIS-A und PERMIS-B)

Beschreibung allgemein

Aufbereitung der für den Zahlungsverkehr notwendigen Daten. Zeitnahe Zahlung aller Bezüge und Beihilfeleistungen. Entwicklung des Sepa-Verfahrens.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Infrastrukturelle Bedeutung

Ohne die IT-Anwendung "Zentraler Zahlungsdienst" können weder Bezüge-, Versorgungs- noch Beihilfeleistungen geleistet werden.

Kennzahl 29

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufbereitung der für den Zahlungsverkehr notwendigen Daten. Zeitnahe Zahlung aller Bezüge und Beihilfeleistungen.	laufend

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Zentraler Zahlungsdienst	1	Aufbereitung der für den Zahlungsverkehr notwendigen Daten. Zeitnahe Zahlungen aller Bezüge und Beihilfeleistungen	laufend

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Aufbereitung der für den Zahlungsverkehr notwendigen Daten. Zeitnahe Zahlung aller Bezüge und Beihilfeleistungen, z. B. Verknüpfung zu Schnittstellen PERMIS-A (2005050024) und PERMIS-B (2005050033).	wöchentlich und monatliche Zahlungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	7,5	32,0	7,5
		davon Dataport:		32,0	7,5
		Abschluss			
Gesamtausgabe			7,5	32,0	7,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-7,5	-32,0	-7,5

IT-Maßnahme 2005050031

IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 52

Art IT Verfahren

Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)

Beschreibung allgemein

Das Personal ist die wichtigste und zugleich die teuerste Ressource im öffentlichen Sektor. Das Aufgabenfeld „Personal“ hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich in Richtung eines ganzheitlichen Personalmanagements weiter entwickelt. Mit diesem neuen Ansatz wird deutlich, dass sowohl die Aufgabenbreite und –reichweite deutlich zugenommen hat, aber auch, dass der Kerngedanke effizienter Personalarbeit sich in Richtung Vernetzung und Integration der verschiedenen personalpolitischen Handlungsfelder entwickelt hat. Das Ziel der IT-Verfahren ist es, diese komplexen Aufgabenstellungen zu unterstützen, um ein wirtschaftliches Verwaltungshandeln sicherzustellen.

Zurzeit sind für das Personalmanagement folgende IT-Verfahren im Einsatz:

- PERMIS-Verwaltung (PERMIS-V), das Personalmanagement und -informationssystem für die tägliche Unterstützung im gesamten Bereich der Personalverwaltung. Permis-V unterstützt mit seinen Funktionalitäten die Personalverwaltung in der täglichen Praxis bei der Bearbeitung von Einzelfall bezogenen Personalvorgängen und stellt personenbezogene und statistische Informationen zur Verfügung.
- PERMIS-Personal-Controlling-System (PERMIS-PCS), zur Aufbereitung von aggregierten Daten über den Personalbestand und -struktur als Informationsgrundlage für Entscheidungsfindungen der Führungsspitzen
- PERMIS-Personalkosten-Hochrechnung (PERMIS-PKH), als Sonderauswertung aus PERMIS-Abrechnung. PERMIS-PKH rechnet haushalts-wirksame Personaldaten auf Basis der Ist-Werte für das laufende und das folgende Jahr hoch.

Weitere Einzelheiten sind im SHIP verfügbar unter:

<http://intranet/-3.Allgemeines/-Informationstechnik/-Anwendungen/PERMIS/intranet.htm>

Korrespondierende IT-Maßnahmen (werden gesondert zum HH angemeldet):

- PERMIS-Abrechnung (PERMIS-A)
- Personalverwaltung-Lehrkräfte (PERLE)
- Bewerberverfahren des Innenministeriums
- Bewerberverfahren der Landespolizei

Sonstige Bemerkungen

Das Ziel der PERMIS-Verfahren ist es, die komplexen Aufgabenstellungen im Personalmanagement integriert zu unterstützen, um ein wirtschaftliches Verwaltungshandeln sicherzustellen.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Politische Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Einstufung Kabinettsbeschluss vom 9. Mai 1995. Die IT-Unterstützung für das Personalmanagement ist - auch nach Auffassung des LRH - Bestandteil der zentralen Modernisierungsmaßnahmen der Landesregierung.

Infrastrukturelle Bedeutung

In der gesamten Landesverwaltung sind mehr als 600 Arbeitsplätze betroffen

Kennzahl 53

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Das Ziel der PERMIS-Verfahren ist es, die komplexen Aufgabenstellungen im Personalmanagement integriert zu unterstützen, um ein wirtschaftliches Verwaltungshandeln sicherzustellen.	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Die Landesregierung und die Bürgerschaft der FHH haben im Januar 2008 ein gemeinsames Kooperationsprojekt zur IT-Unterstützung des Personalmanagements beschlossen (siehe IT-Maßnahme 2006050066)

Verwaltungs-modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
Das IT-Projekt mit der FHH (IT-Maßnahme 2006050066) soll durch ein Organisationsuntersuchungsprojekt begleitet werden (Kab.-Beschluss vom 22.01.2008)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,0	1,0	1,0
		davon Dataport:		1,0	1,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	27,0	27,0	27,0
527 06	013	Dienstreisen	5,0	5,0	5,0
		davon Dataport:		5,0	5,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	1.965,0	2.024,0	2.084,0
		davon Dataport:		2.024,0	2.084,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			1.998,0	2.057,0	2.117,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.998,0	-2.057,0	-2.117,0

IT-Maßnahme 2005050032

Zentrales Vertragsmanagement (JURIS/INTERNET pp.)

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 53
Art IT Verfahren
Bezeichnung Zentrales Vertragsmanagement (JURIS/INTERNET pp.)

Beschreibung allgemein

Abschluss von Zentral- und Rahmenverträgen für das Land SH zur Verbesserung der Prozesskosten der IT

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.

Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Verbesserung der Effektivität und Effizienz der IT der Landesverwaltung SH	unbefristet

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	1.997,0	2.009,0	2.049,0
		davon Dataport:		1.550,0	1.650,0
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	0,0	71,5	0,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	3.149,0	3.149,0	2.800,0
		davon Dataport:		3.149,0	2.800,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			5.146,0	5.229,5	4.849,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5.146,0	-5.229,5	-4.849,0

IT-Maßnahme 2005050033

IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Beihilfe)

Beschreibung

Ressort / Behörde LBesA

Art IT Verfahren

Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Beihilfe)

Beschreibung allgemein

Zeitnahe Festsetzung und Zahlung aller Beihilfeleistungen

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Kooperationsentwicklungen mit der FHH	Eingangsscanning Beihilfe einschließlich Gerätebeschaffung

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 53

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	PERMIS-B Zeitnahe Festsetzung und Zahlung aller Beihilfeleistungen	laufend

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
PERMIS-B	1	Zeitnahe Festsetzung und Zahlung aller Beihilfeleistungen	laufend

Nr.	Beschreibung	Datum
1	PERMIS-B Zeitnahe Festsetzung und Zahlung von Beihilfeleistungen sowie Pflege der Schnittstellen zu PERMIS-A (2005050024), SAP und Zentraler Zahlungsdienst (ZEZA 2005050030)	laufend

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
527 06	013	Dienstreisen	3,0	3,0	3,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	486,0	946,0	960,4
		davon Dataport:		946,0	960,4
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	10,8	254,0	0,0
		davon Dataport:		254,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			499,8	1.203,0	963,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-499,8	-1.203,0	-963,4

IT-Maßnahme 2005050034

Dienste im IKOTECH-System

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 54
Art IT Verfahren
Bezeichnung Dienste im IKOTECH-System

Beschreibung allgemein

Zentrale Leistungen des Büros beim Land:
 Das Dataport-Büro beim Land unterstützt das Finanzministerium bei den technisch/operativen Aufgaben des überressortlichen IT-Managements.
 Hierzu gehören insbesondere Leistungen zum Betrieb zentraler Systeme sowie die Koordination und Implementierung bzw. Pflege von Kommunikationsbeziehungen zwischen obersten Landesbehörden bzw. von obersten Landesbehörden nach außen.
 Außerdem leistet das Büro beim Land Beratung für den Betrieb der IT in den obersten Landesbehörden. Da diese Leistungen nicht über Ressortverträge abzudecken sind, erfolgt eine gesonderte vertragliche Regelung.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung Betreuung nicht zuordnerbarer Aktivitäten	01.01.2008

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	75,0	80,0	80,0
		davon Dataport:		80,0	80,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	75,0	80,0	80,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-75,0	-80,0	-80,0

IT-Maßnahme 2005050035

Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAVWeb SH)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 20
Art IT Verfahren
Bezeichnung Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAVWeb SH)

Beschreibung allgemein

Das Haushaltsplanaufstellungsverfahren wird zur Erfassung und Auswertung der Plandaten im Ansatzjahr und der MFP genutzt. Das Finanzministerium generiert aus dem IT Web LSH die Entscheidungsgrundlagen im Rahmen der Haushaltsverhandlungen und fügt die abgestimmten Daten in einem Haushaltsplan zusammen. Der Druck des Haushaltsplan steht dadurch zeitnah zur Verfügung.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Modul HAV Web LSH (Kernverfahren)	Die Daten der Haushaltsaufstellung inkl. des Stellenplans und der MFP werden automatisiert erfasst und zeitnah in einen "lesbaren" Haushaltsplan umgesetzt. Darüber hinaus bietet das Verfahren unterschiedliche Auswertungsmöglichkeiten zur Unterstützung der Entscheidungsfindung. Das Gesamtverfahren ist modular strukturiert.
2	Modul IT Web LSH	Im Zusatzmodul IT Web LSH die haushaltsrelevanten Daten des Landes für den Bereich der IT erfasst und verwaltet. Grundsätzlich stehen in diesem Modul alle Funktionen des Kernverfahrens und der klassischen Haushaltsplanung zur Verfügung. Das Modul unterstützt darüber hinaus aber auch die besonderen Anforderungen der IT bei der Erstellung der IT-Ressortpläne und des IT-Gesamtplans.
3	Szenarien Landeshaushalt LSH und MFP	In der Umsetzung befindet sich ein weiteres Modul, das Szenarien darstellen kann, um die planungstechnischen Daten auch als weiterführendes Führungsinformationssystem nutzen zu können.

Sonstige Bemerkungen

Das Haushaltsplanaufstellungsverfahren visualisiert das Ziel den Haushalt strukturell und dauerhaft zu konsolidieren. Das Planaufstellungsverfahren ist ein Führungsinformationssystem.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.

Infrastrukturelle Bedeutung

Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung der Haushaltsaufstellung der Landesverwaltung Schleswig-Holstein	unbefristet

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5,0	5,0	5,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	5,0	5,0	5,0
527 06	013	Dienstreisen	5,0	5,0	5,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	345,0	175,0	225,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	10,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0

Abschluss

Gesamtausgabe	370,0	200,0	250,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-370,0	-200,0	-250,0

IT-Maßnahme 2005050037

“+1“ (IKO III - Folgeverfahren)

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 54
Art IT Vorhaben
Bezeichnung “+1“ (IKO III - Folgeverfahren)

Beschreibung allgemein

Ohne Einsatz von IT ist ein Verwaltungshandeln nicht oder nur eingeschränkt möglich. Dies gilt insbesondere für sicherheitsrelevante Bereiche (Landespolizei, Justiz, Amt für Katastrophenschutz etc.), für finanzintensive Bereiche (EU-Fördermittel in der Landwirtschaft, Landeskasse etc.) sowie für verwaltungskritische Verfahren (z.B. SAP). Aus diesen Gründen findet eine Fortschreibung der Systemtechnik IKO III zu “+1“ statt. Die Maßnahme wird als zentrale IT-Maßnahme aufgesetzt und beinhaltet die Teilbereiche “Zentrale Infrastruktur“ und “Ressortanpassungen“.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Zentrale Infrastruktur	Für die IKOTECH III Infrastruktur ist der geplante Betrieb bis 2008 vorgesehen. Es ist durch eine Untersuchung festgestellt worden, dass für einen gesicherten Betrieb der IT-Infrastruktur des Landes eine Fortschreibung der Systemtechnik notwendig ist. Ein wesentlicher Faktor für die Betriebssicherheit der gesamten Infrastruktur des Landesstandards ist ein verfügbarer Mainstream Support für zentrale Services.
2.	Umstellung der Ressorts auf +1	Die Planungen der Ressorts zur Umstellung auf +1 werden in dieser Maßnahme gebündelt. Die Anmeldungen der Ressorts wurden einvernehmlich auf 0 € gesetzt. Unter der Leitung von VI 544 wird die Umstellung der Ressorts auf +1 koordiniert. Zeitplanung und Bedarfe werden zentral abgestimmt und mit Hilfe von Dataport in der Fläche ausgebracht.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Unmittelbar zur Umsetzung der EU-DLR erforderlich.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Unmittelbar zur Umsetzung der EU-DLR erforderlich.
Kennzahl 80

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Fortschreibung IKOTECH III zu +1-Infrastruktur	01.01.2008 - 31.12.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	50,0	50,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	250,0	350,0
		davon Dataport:		250,0	350,0
527 06	013	Dienstreisen	0,0	50,0	50,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	350,0	1.950,0	1.450,0
		davon Dataport:		1.950,0	1.450,0
535 03	013	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	0,0	50,0	50,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	1.000,0	1.000,0
		davon Dataport:		1.000,0	1.000,0

Abschluss

Gesamtausgabe	350,0	3.350,0	2.950,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-350,0	-3.350,0	-2.950,0

IT-Maßnahme 2005050038

Einsatz des automatisierten Gesamtverfahrens (EOSS/KONSENS) in der Steuerverwaltung

Beschreibung

Ressort / Behörde FM -AIT-
Art IT Verfahren
Bezeichnung Einsatz des automatisierten Gesamtverfahrens (EOSS/KONSENS) in der Steuerverwaltung

Beschreibung allgemein

Einsatz des gesamten automatisierten Besteuerungsverfahrens sowohl hinsichtlich der dezentralen (Client/Server), als auch der rechenzentrumsbezogenen Verfahren. Grundlage ist das Hauptverfahren EOSS mit gleitender Umstellung auf KONSENS (bundeseinheitliche Software, Verfahren und Organisation), einschließlich neuer/zusätzlicher KONSENS-Verfahren (z.B. Risikomanagement, USt-Betrugsbekämpfung usw.).

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Der Eintritt Schleswig-Holsteins in den EOSS-Verbund (identisch für zwölf Länder) entspricht einer Forderung des LRH. Hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit wird auf die Berechnung zu KONSENS verwiesen; Maßnahmenummer 2005050025.

Kennzahl 76

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Erhaltung und Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Steuerverwaltung	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. siehe Maßnahme 2005050025
Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen. siehe Maßnahme 2005050025

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	8,3	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	186,5	50,0	50,0
527 06	013	Dienstreisen	55,0	27,0	30,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	5.179,9	5.999,7	6.119,7
		davon Dataport:		5.499,7	5.419,7
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	5,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			5.434,7	6.086,7	6.209,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5.434,7	-6.086,7	-6.209,7

IT-Maßnahme 2005050039

IT-Unterstützung einer zentralen Familienkasse

Beschreibung

Ressort / Behörde LBesA

Art IT Verfahren

Bezeichnung IT-Unterstützung einer zentralen Familienkasse

Beschreibung allgemein

Die organisatorische Veränderung durch die Einrichtung einer zentralen Familienkasse für alle Bezügearten muss IT-mäßig unterstützt werden. Dabei ist das Kindergeldverfahren "KING" ein vom BfF vorgeschlagenes Programm für die Berechnung und Auszahlung von Kindergeld; die Wirtschaftlichkeit ist dort nachgewiesen.

Sonstige Bemerkungen

Die Maßnahme ist umgesetzt und wird im laufenden Betrieb unter der ITM 2005050024 geführt

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.

Kennzahl 80

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,0	2,0	2,0
527 06	013	Dienstreisen	2,0	2,0	2,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	53,0	53,0	53,0
		davon Dataport:		53,0	53,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			57,0	57,0	57,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-57,0	-57,0	-57,0

IT-Maßnahme 2005050040

Fomularservice

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 52
Art IT Verfahren
Bezeichnung Fomularservice

Beschreibung allgemein

Die E-Government-Vereinbarung des Landes und der Kommunalen Landesverbände vom Dezember 2003 sieht eine Verbesserung der vorhandenen Verwaltungsstrukturen mit Hilfe der Internet-Technologie vor. Hierdurch soll den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und sonstigen Institutionen ein schnellerer Zugang zu Informationen und Dienstleistungen ermöglicht werden. Formulare bilden die Grundlage für etliche Geschäftsbeziehungen zwischen Kunden und Öffentlicher Verwaltung. Die E-Government-Vereinbarung sieht deshalb den Aufbau eines zentralen Formularservices vor. Ziel ist es, die Formulare des Landes und der Kommunen elektronisch zur Verfügung zu stellen. Diese können dann von jedem Ort aus und rund um die Uhr aufgerufen werden. Dadurch wird den gestiegenen Anforderungen der Kunden an die öffentliche Verwaltung Rechnung getragen.

Formulare werden auch im Rahmen der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie eine Rolle spielen. Deshalb muss diese Maßnahme auch im Zusammenspiel mit den anderen Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie gesehen werden.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008 Handlungsfeld 7
Kennzahl 59

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Zentraler und dezentraler Zugriff auf Formulare durch zentrale Bereitstellung aller wesentlichen internen und externen Formulare in einem einheitlichen Corporate Design	
2	(nach Möglichkeit) Einbindung der schon bestehenden elektronischen Formulare	
3	rechtsverbindliche Antragstellung durch Integration der elektronischen Signatur in späteren Ausbaustufen	
4	Unterstützung der Entwicklung und Pflege der Formulare sowie transparente Veröffentlichung von Formularen und damit Vermeidung von Doppelentwicklungen / Doppelpflege identischer Formulare sowie Prüfung der Vollständigkeit der Verfalldaten	
5	Optimierung der Antragsbearbeitung durch entsprechende Hilfen, Plausibilitäts- und Validitätskontrollen und Personalisierung für den internen oder externen Nutzer der Formulare	
6	Beschleunigung der Verwaltungsvorgänge durch automatische Datenverarbeitung bzw. Übernahme der Daten sowie Ablösung der Insellösungen für die Anbindung von Fachverfahren an interaktive Formulare	
7	Reduktion des Aufwands bei Land und Kommunen für die Erstellung und Pflege des Formularangebotes sowie des Aufwands der Kommunen für die Beschaffung einer Formularlösung	
8	Mit Hilfe des zentralen Formularservices sollen für die Kunden der Verwaltung Behördengänge eingespart bzw. erleichtert werden.	
9	Zudem sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Verwaltungsebenen von Routineaufgaben, wie z.B. Ausgabe und Versand von Formularen, entlastet werden.	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. E-Gov-Strategie SH 2008 unterstützt Handlungsfeld 1 und 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	48,3	48,3	48,3
		davon Dataport:		48,3	48,3
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	21,7	21,7	21,7
		davon Dataport:		21,7	21,7

Abschluss

Gesamtausgabe	70,0	70,0	70,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-70,0	-70,0	-70,0

IT-Maßnahme 2005050045

Aufbau und Betrieb eines Managementinformationsverfahren in der Steuerverwaltung

Beschreibung

Ressort / Behörde FM -AIT-

Art IT Vorhaben

Bezeichnung Aufbau und Betrieb eines Managementinformationsverfahren in der Steuerverwaltung

Beschreibung allgemein

Übernahme des Managementinformationssystems (Controllingsystem) auf Basis eines Data-Warehouse des Landes Brandenburg zum Einsatz der Steuerverwaltung des Landes Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit der Einführung EOSS (Evolutionär orientierte Steuer-Software aus Bayern)

t
t
t
t
t
t
t
t
t
t
t

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Initialtext	

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gemäß § 7 LHO wurde nicht durchgeführt, weil mit der Entscheidung zur Übernahme des ayrischen EOSS-Verfahrens zwangsläufig die Verpflichtung des Landes bestand, ein EOSS-kompatibles Controllingverfahren einzusetzen.

Kennzahl 35

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	1,0	1,0
		davon Dataport:		1,0	1,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	12,8	13,0	5,0
527 06	013	Dienstreisen	0,4	1,0	1,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,2	1,0	1,0
		davon Dataport:		1,0	1,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	50,0	20,0	20,0
		davon Dataport:		20,0	20,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			63,4	36,0	28,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-63,4	-36,0	-28,0

IT-Maßnahme 2005050046

Koppelung der Verzeichnisdienste der Kommunalverwaltungen

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 54
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Koppelung der Verzeichnisdienste der Kommunalverwaltungen

Beschreibung allgemein

Einbindung von Kommunalen Infrastrukturen, welche nicht an den KV-Standards KITS teilnehmen bzw. Aufwände zur Integration von Kommunalen Einrichtungen bzw. Schulen (auch Landesanteile)

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Kennzahl 26

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Einbindung von Kommunalen Infrastrukturen	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	75,0	10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			75,0	10,0	10,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-75,0	-10,0	-10,0

IT-Maßnahme 2005050047

Grundversorgung des Zentralen IT-Managements mit Leistungen der IT

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 53

Art Grundversorgung

Bezeichnung Grundversorgung des Zentralen IT-Managements mit Leistungen der IT

Beschreibung allgemein

Das Zentrale IT-Management ist Teil des Finanzministeriums des Landes Schleswig-Holstein. Aufgrund der ressortübergreifenden Aufgaben fallen in dieser DSt zusätzliche Kosten im Bereich der Hard- und Software; im Bereich der Fort- und Ausbildung sowie der Gremienarbeit an. Diese Ausgaben sind nicht in der ITM Nr. 2005050052 veranschlagt.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	5,0	5,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	25,0	25,0
527 06	013	Dienstreisen	0,0	25,0	25,0
535 03	013	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	0,0	10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	65,0	65,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-65,0	-65,0

IT-Maßnahme 2005050048

Ersatzbeschaffungen des FM (Ministerium)

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 10

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen des FM (Ministerium)

Beschreibung allgemein

Ersatzbeschaffungen Hard- und Software (u. a. IKO III) des Finanzministerium SH.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	215,0	185,7	134,9
		davon Dataport:		185,7	134,9
		Abschluss			
Gesamtausgabe			215,0	185,7	134,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-215,0	-185,7	-134,9

IT-Maßnahme 2005050049

Ersatzbeschaffung der LKSH

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / LKSH
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffung der LKSH

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Betriebsablaufes	dauernd

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	26,4	0,0	147,0
		davon Dataport:		0,0	147,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	26,4	0,0	147,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-26,4	0,0	-147,0

IT-Maßnahme 2005050050

Ersatzbeschaffungen LBesA

Beschreibung

Ressort / Behörde LBesA
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen LBesA
Priorität
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	69,0	56,6	103,7
		davon Dataport:		56,6	103,7
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	69,0	56,6	103,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-69,0	-56,6	-103,7

IT-Maßnahme 2005050051

Ersatzbeschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur im AIT / Steuerverwaltung

Beschreibung

Ressort / Behörde FM -AIT-

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur im AIT / Steuerverwaltung

Beschreibung allgemein

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	3.202,7	2.501,5	2.964,0
		davon Dataport:		2.501,5	2.964,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	3.202,7	2.501,5	2.964,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-3.202,7	-2.501,5	-2.964,0

IT-Maßnahme 2005050052

Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 10

Art Grundversorgung

Bezeichnung Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT

Beschreibung allgemein

Betrieb Büroautomation FM - IKO III

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	45,0	48,0	50,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	32,0	30,0	30,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	222,0	223,5	223,5
		davon Dataport:		220,0	220,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	10,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			309,0	311,5	313,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-309,0	-311,5	-313,5

IT-Maßnahme 2005050053

Grundversorgung der LKSH mit Leistungen der IT

Beschreibung

Ressort / Behörde Finanzministerium / Landeskasse SH

Art Grundversorgung

Bezeichnung Grundversorgung der LKSH mit Leistungen der IT

Beschreibung allgemein

Betrieb und Fortentwicklung der Bürokommunikation (IKO III)

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Betriebsablaufes	dauernd

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	80,4	80,4	80,4
525 37	013	Aus- und Fortbildung	3,0	3,0	3,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	35,8	60,4	71,6
		davon Dataport:		60,4	71,6
Abschluss					
Gesamtausgabe			119,2	143,8	155,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-119,2	-143,8	-155,0

IT-Maßnahme 2005050054

Grundversorgung des LBesA mit Leistungen der IT

Beschreibung

Ressort / Behörde LBesA

Art Grundversorgung

Bezeichnung Grundversorgung des LBesA mit Leistungen der IT

Beschreibung allgemein

Bereitstellung einer IT-Ausstattung als grundsätzliches Arbeitsmittel für die Mitarbeiter des Landesbesoldungsamtes Schleswig-Holstein

Sonstige Bemerkungen

Anwendung lkotech III Standard-Betrieb unter der Domäne landsh.de

Priorität

Infrastrukturelle Bedeutung

siehe Beschreibung der Maßnahme

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	22,3	28,1	28,9
525 37	013	Aus- und Fortbildung	6,0	6,0	6,0
527 06	013	Dienstreisen	2,0	2,0	2,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	20,5	40,0	40,0
		davon Dataport:		40,0	40,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			50,8	76,1	76,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-50,8	-76,1	-76,9

IT-Maßnahme 2005050055

Betrieb Bürokommunikation

Beschreibung

Ressort / Behörde LAA

Bezeichnung Betrieb Bürokommunikation

Sonstige Bemerkungen

Maßnahme ist in der Grundversorgung des Finanzministeriums aufgegangen.

Priorität

Kennzahl 0

IT-Maßnahme 2005050056

Grundversorgung der Finanzämter und des AIT mit Leistungen der IT

Beschreibung

Ressort / Behörde FM -AIT-

Art Grundversorgung

Bezeichnung Grundversorgung der Finanzämter und des AIT mit Leistungen der IT

Beschreibung allgemein

Einrichtung, Aktualisierung und Betrieb der dezentralen Infrastruktur der Finanzämter und des AIT

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	562,3	676,2	681,2
525 37	013	Aus- und Fortbildung	46,0	43,0	43,0
526 05	013	Sachverständige und Gutachten	0,0	0,0	0,0
527 06	013	Dienstreisen	5,5	5,0	5,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	131,6	87,9	99,1
		davon Dataport:		48,6	49,8
711 31	013	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) im Rahmen von IT-Maßnahmen	96,6	65,0	65,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	269,1	250,0	155,0
		davon Dataport:		250,0	155,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			1.111,1	1.127,1	1.048,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.111,1	-1.127,1	-1.048,3

IT-Maßnahme 2005050057

Kommunale Maßnahmen (KIF-Finanzierung)

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 53

Art IT Verfahren

Bezeichnung Kommunale Maßnahmen (KIF-Finanzierung)

Beschreibung allgemein

Bereitstellung von Haushaltsmitteln aus dem KIF an KomFIT (durchlaufender Posten)

Sonstige Bemerkungen

im FAG festgeschrieben bis 2010

Priorität

Klassifizierung Sonstige

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Finanzausgleichsgesetz , Haushaltsgesetz

Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Bereitstellung von Haushaltsmitteln aus dem Kommunalen Investitionsfond zur Entwicklung von kommunalen IT-Standards	dauernd

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
KomFIT	1	Zuschuss zur Aufrechterhaltung des Betriebes des KomFIT	dauernd
Kommunale IT-Standards	2	Weiterentwicklung, Betrieb der notwendigen Test- + Pilotumgebung	dauernd

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
359 01	013	Entnahme aus dem Kommunalen Investitionsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen des KomFIT	0,0	1.000,0	1.000,0
685 03	013	Zuschüsse für lfd. Zwecke des KomFIT	1.000,0	1.000,0	1.000,0
		(MG 01)			
Abschluss					
Gesamteinnahme			0,0	1.000,0	1.000,0
Gesamtausgabe			1.000,0	1.000,0	1.000,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.000,0	0,0	0,0

IT-Maßnahme 2005050058

Maßnahmen Deutschland Online und KoopA

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 53

Art IT Verfahren

Bezeichnung Maßnahmen Deutschland Online und KoopA

Beschreibung allgemein

Reaktives Budget; Bewilligung und Zuweisung von Mitteln erfolgt bedarfsorientiert.
Veranschlagt sind: Kosten für zentrale Finanzierungsleistungen an den Bund

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Zentrale Finanzierung DO	Die St-Runde E-Government hat sich am 10.11.2006 auf eine gemeinsame Finanzierung der DO-Verfahren gem. Königsteiner Schlüssel verständigt.

Priorität

Klassifizierung Sonstige

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Zustimmung in St-Runde DO / MPK

Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Die Ausweitung und Beschleunigung von Deutschland-Online ist eine maßgebliche Voraussetzung für den Ausbau einer hocheffektiven öffentlichen Verwaltung durch moderne IT-Lösungen. Zielerreichung ist nur durch bundeseitige Finanzierung möglich.	10.11.2006 - 31.12.2013

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Meilensteine ergeben sich aus den Beschlüssen der St-Runke DO bzw. der MPK	

Sonstiges

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
Deutschland Online

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
527 01	013	Dienstreisen	0,0	10,0	10,0
(MG 01)					
685 01	013	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	110,0	130,0	130,0
(MG 01)					
davon Dataport:				15,0	15,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			110,0	140,0	140,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-110,0	-140,0	-140,0

IT-Maßnahme 2005050060

Organisatorische Maßnahmen (Kooperationen und E-Government)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 53

Art IT Verfahren

Bezeichnung Organisatorische Maßnahmen (Kooperationen und E-Government)

Beschreibung allgemein

Die Maßnahme ist als reaktives Budget geplant; Bewilligung und Zuweisung von Mitteln erfolgt ausschließlich bedarfs- und auftragsorientiert.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Veranstaltungs- und Standortpartnerschaften	CeBIT, dbb-Kongress, Mediatage Nord, Hausmessen und sonstige Messebeteiligungen
2	Unterstützungsleistungen im Bereich eGovernment	Darstellung und Veröffentlichungen im Rahmen der eGov-Kompetenzinitiative
3	Unterstützungsleistungen im Bereich eGovernment	wissenschaftliche Begleitung und externe Beratung

Priorität

Klassifizierung Sonstige

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008 unterstützt die Handlungsfelder 1 bis 5

Kennzahl 75

Sonstiges

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. E-Gov-Strategie SH 2008 unterstützt die Handlungsfelder 1 bis 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 42	013	Geschäftsbedarf und Kommunikationskosten	200,0	0,0	0,0
	(MG 01)				
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	50,0	250,0	250,0
		davon Dataport:		250,0	250,0
534 12	013	Nutzung der Internet-Technologien für Kommunikation und Dienstleistungen (organisatorische Maßnahmen)	500,0	0,0	0,0
	(MG 01)				
535 03	013	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	0,0	550,0	550,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			750,0	800,0	800,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-750,0	-800,0	-800,0

IT-Maßnahme 2005050061

Kosten der IT-Schulungen im Bildungszentrum Steuer (BIZ)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM -BIZ-
Art Grundversorgung
Bezeichnung Kosten der IT-Schulungen im Bildungszentrum Steuer (BIZ)
Priorität
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	150,0	150,0	150,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			150,0	150,0	150,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-150,0	-150,0	-150,0

IT-Maßnahme 2005050062

ACCESS-eGov

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 52
Art IT Verfahren
Bezeichnung ACCESS-eGov

Beschreibung allgemein

ACCESS-eGov ist ein von der EU gefördertes Forschungs- und Entwicklungsprojekt, das im Internet eine übergreifende Verknüpfung von Informationen erreichen will, ohne dass diese Informationen zentralisiert noch eingehalten werden müssen. Die Methoden und Techniken, die mit dem Projekt entwickelt und erprobt werden sollen, können und sollten zum Beispiel dazu dienen, einen übergreifenden Zuständigkeitsfinder für Verwaltungsdienstleistungen auf der Basis dezentraler Datenbestände anzubieten.

Priorität

Klassifizierung Sonstige
Gesetzlich vorgeschrieben es bestehen keine gesetzlichen Regelungen
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Durch Staatsvertrag auf EU-Ebene beschlossen; hohe Priorität
Wirtschaftlichkeitsberechnung Evaluation ist für 2008 geplant

Infrastrukturelle Bedeutung

hohe infrastrukturelle Bedeutung im Bereich der Basisdienste

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Access-eGov ist ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt.	01.01.2006 - 31.12.2008
2	Ziel des Projekts ist die Entwicklung und der Test von semantischen Technologien für die automatische organisationsübergreifende Verknüpfung von Informationen über e-Government-Services sowie die Erreichbarkeit von e-Government-Services.	01.01.2006 - 31.12.2008

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen. Entwicklung und Test von semantischen Technologien für die automatische organisationsübergreifende Verknüpfung von Informationen über e-Government-Services sowie die Erreichbarkeit von e-Government-Services

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
271 01	013	Erstattungen von der EU	50,0	13,0	0,0
427 03	013	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	25,0	2,5	0,0
527 06	013	Dienstreisen	0,0	2,0	0,0
537 02	013	Ausgaben für das EU-Projekt Access-eGov	42,0	10,0	0,0
(MG 01)					
Abschluss					
Gesamteinnahme			50,0	13,0	0,0
Gesamtausgabe			67,0	14,5	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-17,0	-1,5	0,0

IT-Maßnahme 2006050063

Einführung eines integrativen Finanzmittelmanagements auf Basis der doppelten Buchführung

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 51

Art IT Vorhaben

Bezeichnung Einführung eines integrativen Finanzmittelmanagements auf Basis der doppelten Buchführung

Sonstige Bemerkungen

Die Arbeiten ruhen weitestgehend; zzt. werden die bisherigen strategischen Vorgaben überprüft und eine Neuausrichtung dieser Maßnahme vorbereitet. Die Einführung steht unter dem Vorbehalt einer Kabinettsbeschlusses.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 43

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	10,0	10,0
527 06	013	Dienstreisen	0,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	130,0	130,0
		davon Dataport:		130,0	130,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	150,0	150,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-150,0	-150,0

IT-Maßnahme 2006050064

Einführung und Betrieb einer gemeinsamen Beschaffungsplattform mit FHH

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 53

Bezeichnung Einführung und Betrieb einer gemeinsamen Beschaffungsplattform mit FHH

Beschreibung allgemein

Die IT-Maßnahme wird nicht weiter verfolgt.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen. In der AA/AK des FM bis zum 01.01.2009 zurückgestellt.

IT-Maßnahme 2006050065

Inventarisierung (Ham.s.t.er)

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 54

Art IT Verfahren

Bezeichnung Inventarisierung (Ham.s.t.er)

Beschreibung allgemein

Verfahren zur haushaltskonformen ressortübergreifenden Inventarisierung und Bestandsführung von IT-Objekten und Software zur Unterstützung der IT-Leitstellen

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 73

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Schaffung einer landesweiten haushaltskonformen Inventarisierung und Bestandsführung	

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	9,9	403,0	396,0
		davon Dataport:		403,0	396,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	9,9	403,0	396,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-9,9	-403,0	-396,0

IT-Maßnahme 2006050066

Kooperation Personaldienste FHH / SH

Beschreibung

Ressort / Behörde Staatskanzlei / FM
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Kooperation Personaldienste FHH / SH

Beschreibung allgemein

Das Projekt „Kooperation Personaldienste SH und FHH“ ist mit der Vorlage des Abschlussberichts und den Empfehlungen der Lenkungsgruppe am 23. 01.07 abgeschlossen worden.

Ein erstes Teilprojekt wurde bereits während der Hauptuntersuchung erfolgreich initiiert; die FHH und SH werden künftig das SH-Beihilfeverfahren gemeinsam betreiben, weiterentwickeln und pflegen. Das entsprechende gemeinsame Umsetzungsprojekt soll im Herbst 08 abgeschlossen sein.

Die Kooperation soll alle Möglichkeiten einer Effizienz- und Effektivitätssteigerung ausschöpfen, aber keinen Selbstzweck bilden. Geplant ist der gemeinsame Einsatz eines integrierten Verfahrens für die Kernbereiche des Personalmanagements, an das weitere Verfahren für spezielle Aufgabenfelder gekoppelt werden.

- Personalverwaltung
- Bezügeabrechnung
- Versorgung inkl. Versorgungsausgleich
- Personalcontrolling

- Familienkasse
- Beihilfe
- Umzugskosten
- Trennungsgeld
- Travelmanagement
- Heilfürsorge
- Dienstunfallfürsorge
- Zeitwirtschaft.
- Abwesenheitsverwaltung
- Bewerberverwaltung
- Personalkostenbudgetierung
- Personalbedarfsplanung
- Personalentwicklung / Fortbildung
- Dienstpostenverwaltung
- Stellenbewirtschaftung

Auf Basis der Projektempfehlungen hat die Landesregierung am 22.01.2008 beschlossen, dass gemeinsam mit der FHH ein IT-Projekt eingesetzt werden soll, das als ersten Schritt ein Vergabeverfahren für ein integriertes Personalmanagementsystem vorbereitet und durchführt. Die dortige Bürgerschaft hat am 23.01.2008 ebenfalls ihre Zustimmung zum Projekt erteilt.

Weiterhin sollen die notwendigen und die durch den Einsatz integrierter IT-Verfahren in SH möglichen organisatorischen Veränderungen im Bereich des Personalmanagements durch ein Organisationsuntersuchungsprojekt nach Maßgabe einer noch zu treffenden politischen Grundsatzenscheidung zu Eckpunkten künftiger Organisationsstrukturen geprüft werden. Die Federführung für beide Projekte übernimmt die Staatskanzlei.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Die LR und die Bürgerschaft der FHH haben in 01/08 ein gemeinsames Kooperationsprojekt zur IT-Unterstützung des PM beschlossen. Der zeitgleiche Beschluss ist ein positives Signal für das Projekt. Das Projekt ist Bestandteil des Arbeitsprogramms der LR.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Die durchgeführte WiBe führte zu dem plausiblen Ergebnis, dass sich monetäre Vorteile ergeben, wenn beide Länder gemeinsam eine Software neu einführen und betreiben. Die Verfahrensauswahl wird in einem Vergabeverfahren erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Ausgaben

Titel	Betrag in T€	Begründung
	20.000,0	Die Kosten für die Realisierung einer IT-Lösung, (u. a. Kosten für Lizenzen, externe Beratung, Softwareanpassung, Migration) sind durch das Projekt geschätzt worden (einmalig rd. 20 Mio. €). Exakte Kostenangaben und die Verteilung auf die einzelnen HHJ liegen erst nach Abschluss des Vergabeverfahrens vor.

Infrastrukturelle Bedeutung

Die IT-Unterstützung für das PM gehört zu den wichtigsten Fachanwendungen des Landes. Eine Einbindung in die eGovernment-Strategie des Landes ist zwingend erforderlich. Von dem Projekt sind ca. 900 Arbeitsplätze in SH betroffen.

Kennzahl 90

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ziel des Projekts ist es, im Rahmen einer Verwaltungskooperation zwischen Schleswig Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg alle Möglichkeiten einer Effizienz und Effektivitätssteigerung der IT Unterstützung von Personalmanagementaufgaben auszuschöpfen (Beschluss der CdS vom 5. Mai 2004). Eine Kooperation soll dabei kein Selbstzweck, sondern das Ergebnis einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung anhand der Kriterien Gesamtwirtschaftlichkeit und der je Land darzustellenden Win Win Situation sein.	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	10,0	10,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	50,0	50,0
526 05	013	Sachverständige und Gutachten	0,0	0,0	0,0
527 06	013	Dienstreisen	0,0	30,0	30,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	1.000,0	1.000,0	1.000,0
535 03	013	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	0,0	15,0	15,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	100,0	500,0
		davon Dataport:		100,0	500,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			1.000,0	1.205,0	1.605,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.000,0	-1.205,0	-1.605,0

IT-Maßnahme 2006050067

PlaFiS (IT-Planung, Finanzen und Steuerung)

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 52

Art IT Verfahren

Bezeichnung PlaFiS (IT-Planung, Finanzen und Steuerung)

Sonstige Bemerkungen

Die Arbeiten ruhen; zzt. werden die bisherigen strategischen Vorgaben überprüft und eine Neuausrichtung dieser Maßnahme vorbereitet.

Priorität

Klassifizierung Sonstige

Kennzahl 51

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	20,0	20,0
527 06	013	Dienstreisen	0,0	5,0	5,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	100,0	130,0	130,0
		davon Dataport:		80,0	80,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			100,0	155,0	155,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-100,0	-155,0	-155,0

IT-Maßnahme 2007050068

IT-Umsetzung der EU-DLR (DOL-Vorhaben)

[Aufbau ressortübergreifender Strukturen - Recht, Organisation und IT -]

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 50 / VI 51
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT-Umsetzung der EU-DLR (DOL-Vorhaben)
 [Aufbau ressortübergreifender Strukturen - Recht, Organisation und IT -]

Beschreibung allgemein

Im Rahmen dieser IT-Maßnahme werden schwerpunktmäßig die rechtlichen und organisatorischen Anforderungen zur Umsetzung der EU-DLR aufgezeigt, die aus der elektronischen Verfahrensabwicklung resultieren und diesen wichtigen Teil der sog. Blau Pause in Zusammenarbeit mit dem Land BW erstellen. Es ist darauf hinzuwirken, dass die notwendigen identifizierten fachlichen Vorgaben rechtzeitig und in einer für die IT-Umsetzung verwertbaren Form bereitstehen. BW und SH haben aus diesem Grund einen gemeinsamen Projektleiter für das gemeinschaftliche Vorhaben bestimmt und eingesetzt. Die Ergebnisse werden dem Bund und den Ländern zur weiteren Verwendung zur Verfügung gestellt.

Mit der Umsetzung der EU-DLR werden herausgehobene Entwicklungen angestoßen, die mittelfristig folgende Entscheidungen der Landesregierung zur Aufbau- und Ablauforganisation der Landesverwaltung erfordern:

- Einrichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts als Einheitlicher Ansprechpartner (EA) im Sinne der EU-DLR und
- Beschluss eines E-Government-Gesetzes für das Land Schleswig-Holstein, um eine verwaltungs- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der IT in Schleswig-Holstein zu ermöglichen.
- Aufbau und Betrieb eines Fachverfahrens zur Umsetzung der EU-DLR; die Verfahrensabwicklung setzt einen wesentlichen Schwerpunkt bei der IT-gestützten Vermittlung von Auskünften (Informationen) an einen potentiellen Antragsteller und bei der weitgehend elektronischen Abwicklung eines Antragsprozesses. Faktisch besteht ein „Zwang“ zur IT-Unterstützung; die korrespondierende Umsetzungsmaßnahme ist das Projekt JUNO.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	AG I	Zur Umsetzung der EU-DLR und zur Strukturierung des gemeinsamen Projektes mit BW wurde die AG 1 - Recht und Organisation - eingesetzt.
2	AG II	Zur Umsetzung der EU-DLR und zur Strukturierung des gemeinsamen Projektes mit BW wurde die AG II - Change Management - eingesetzt.
3	AG III	Zur Umsetzung der EU-DLR und zur Strukturierung des gemeinsamen Projektes mit BW wurde die AG III - IT-Infrastruktur - eingesetzt.
4	Projekt JUNO	Aufbau und Betrieb eines Fachverfahrens zur Umsetzung der EU-DLR

Priorität

Klassifizierung Sonstige
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008 unterstützt die Handlungsfelder 1 bis 3

Infrastrukturelle Bedeutung

Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Verbesserung der Effektivität und Effizienz der IT der Landesverwaltung SH	01.01.2007 - 31.12.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. mit Baden-Württemberg zur EU-DLR; SH hat die Aufgaben rechtliche Grundlagen zu arbeiten; BW erarbeitet die sog. technische Blaupause für die Umsetzung der EU-DLR.
E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. E-Gov-Strategie SH 2008 unterstützt Handlungsfelder 1 bis 3

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 42	013	Geschäftsbedarf und Kommunikationskosten (MG 01)	5,0	0,0	0,0
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	5,0	5,0
525 01	013	Fort- und Ausbildung einschl. Reisekosten (MG 01)	15,0	0,0	0,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	65,0	65,0
		davon Dataport:		60,0	60,0
527 01	013	Dienstreisen (MG 01)	5,0	0,0	0,0
527 06	013	Dienstreisen	0,0	5,0	5,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	225,0	537,1	553,0
		davon Dataport:		27,1	2,1
534 12	013	Nutzung der Internet-Technologien für Kommunikation und Dienstleistungen (organisatorische Maßnahmen) (MG 01)	50,0	0,0	0,0
537 01	013	Projektbegleitung "Bund-Online-2005" (MG 01)	0,0	155,0	155,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			300,0	767,1	783,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-300,0	-767,1	-783,0

IT-Maßnahme 2007050069

IT des Amtes für Bundesbau (AfB) des Landes Schleswig-Holstein

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / AfB
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT des Amtes für Bundesbau (AfB) des Landes Schleswig-Holstein

Beschreibung allgemein

Betrieb des Liegenschaftsinformationssystems, der arbeitsplatzbezogenen Programme im Ingenieurwesen des Landes Schleswig-Holstein sowie landesinterner Austausch von Fachinformationen (Text und Pläne) und Liegenschaftsentwicklungen (Geoinformationssystem) sowie Austausch von Regelwerken, Bauunterlagen, Erlass- und Berichtswesen zur Durchführung der Bundesbauvorhaben und Einhaltung und Umsetzung der bundeseinheitlichen Verfahren.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Büroorganisation AfB	IKOTECH III für die Verwaltung des AfB
2	Bilaterales Infomanagement AfB / GMSH	Fachinformationen / Liegenschaftsinformationen; das Infomanagement unterstützt den effektiven Datenaustausch zwischen AfB / GMSH und Landesbehörden
3	Infomanagement bundesweit für staatliche Bauverwaltungen, Bundesministerien und freiberuflich Tätige	Bearbeitung von Sonderaufgaben des Bundes im Bereich der Informationsbereitstellung von Fachinformationen, Gebäude- und Liegenschaftsinformationen
4	Projekt- und Liegenschaftsentwicklung in SH	Informationsdatenbank auf der Basis LISA / BFR GBestandsdaten

Sonstige Bemerkungen

Die Kosten der IT des AfB werden vom Bund erstattet. Der Bedarf für IT des AfB wird daher in der MG 04 zusammengefasst. Die Abrechnung der Leistungen durch den Bund erfolgt über das Haushaltsreferat des FM.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Über die Einrichtung des AfB gibt es eine KV und Befassungen im FinA und Landtag.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Die Organisationsmaßnahme ist in der Abt. VI 1 geprüft worden.

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
0506-23102	214,6	Erstattung von Projekt- und Verwaltungskosten durch den Bund für das Amt für Bundesbau; hier: Erstattung der Kosten der IT

Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Das AfB übernimmt die Funktion der Fachaufsicht führenden Ebene in SH für die Durchführung der Bundesbauvorhaben und ist verantwortlich für die Einhaltung und Umsetzung der bundeseinheitlichen Verfahren.	unbefristet

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
427 04	016	Beschäftigungsentgelte an Vertretung- und Aushilfskräfte	0,0	0,0	0,0
(MG 04)					
511 05	016	IT-Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	21,0	21,0
(MG 04)					

511 06 (MG 04)	016	IT-Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände für die Fachinformationsbörse	0,0	16,0	16,0
		davon Dataport:		16,0	16,0
525 02 (MG 04)	016	Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten für die Fachinformationsbörse Bau	0,0	35,0	35,0
533 05 (MG 04)	016	IT-Ausgaben aufgrund von Werksverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	88,0	88,0
		davon Dataport:		88,0	88,0
533 06 (MG 04)	016	IT-Ausgaben aufgrund von Werksverträgen und anderen Vertragsformen für die Fachinformationsbörse	0,0	101,0	82,0
		davon Dataport:		101,0	82,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	215,0	0,0	0,0
812 03 (MG 04)	016	Erwerb von IT-Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	0,0	20,0	20,0
		davon Dataport:		20,0	20,0
812 04 (MG 04)	016	Erwerb von IT-Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Fachinformationsbörse	0,0	20,0	20,0
		davon Dataport:		20,0	20,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			215,0	301,0	282,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-215,0	-301,0	-282,0

IT-Maßnahme 2007050070

CONIFERE

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 51
Art IT Vorhaben
Bezeichnung CONIFERE

Beschreibung allgemein

Das Informationssystem CONIFERE dient dazu, das strategische Controlling im Finanzwesen des Finanzministeriums zu unterstützen. Es soll die Prozesse der Informationsbeschaffung und der Informationsaufbereitung beschleunigen und die Qualität der Informationen erhöhen.

Sonstige Bemerkungen

Die Anwendung ist im Saarland entwickelt worden und soll in geeigneten Bereichen der Landesverwaltung SH erprobt mit dem Ziel der Überführung in den Dauerbetrieb erprobt werden.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung eines Controlling im Bereich der Fördermaßnahmen des Landes SH	01.06.2007 - 01.06.2009
Nr.	Beschreibung	Datum
1	Beratung und Beschluss der St-Runde des Landes SH	21.05.2007
2.	Erprobung der Anwendung	01.06.2007 - 30.03.2008

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation mit dem Saarland

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	1,0	1,0	1,0
527 06	013	Dienstreisen	2,0	1,0	1,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	20,0	190,0	275,0
		davon Dataport:		190,0	275,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			23,0	192,0	277,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-23,0	-192,0	-277,0

IT-Maßnahme 2007050071

Zeitwirtschaft

Beschreibung

Ressort / Behörde Finanzministerium / VI 54

Art IT Vorhaben

Bezeichnung Zeitwirtschaft

Beschreibung allgemein

Das Land Schleswig-Holstein will für die Zeiterfassung ein Zeiterfassungssystem anschaffen und betreiben. Dazu sollen bestehende Zeiterfassungssysteme nach Anforderung der Dienststellen abgelöst bzw. neue Dienststellen angeschlossen werden. Vorhandene Zeiterfassungsgeräte sollen teilweise übernommen werden.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Zeiterfassung MLUR	Bedarf des MLUR: mind. 150 Lizenzen
2.	Zeiterfassung MJAE	Bedarf des MJAE und Amtsgerichte: mind. 937 Lizenzen
3.	Zeiterfassung FM	Bedarfe des FM und der Finanzämter: mind. 4.965 Lizenzen
4.	Zeiterfassung StK	Bedarfe der StK: mind. 180 Lizenzen
5.	Zeiterfassung im MSGF	Bedarfe des MSGF: mind. 400 Lizenzen
6.	Zeiterfassung MBF	optional

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
Die Maßnahme ist wirtschaftlich gem. VV Nr. 1.2 Abs. 2 S. 3 zu § 7 LHO.

Infrastrukturelle Bedeutung

Die Zeiterfassung definiert einen Landesstandard: sofern Landesbehörden eine Zeiterfassung einführen, muss dieses Produkt eingesetzt werden.

Kennzahl 60

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Standardisierung der Zeiterfassung in der unmittelbaren Landesverwaltung Schleswig-Holstein	unbefristet

Nr.	Beschreibung	Datum
1.	Ausschreibung der Zeiterfassung durch Dataport	2008
2.	Implementierung des technischen Services bei Dataport einschl. Vertrag mit FM	bis 05.2009
3.	Rollout in den Ressorts	ab 06.2009
4.	lfd. Betrieb	unbefristet

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	25,0	25,0
		davon Dataport:		25,0	25,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	30,0	145,0	80,0
		davon Dataport:		105,0	40,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	232,5	232,5
Abschluss					
Gesamtausgabe			30,0	402,5	337,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-30,0	-402,5	-337,5

IT-Maßnahme 2008050072

Kosten der Zusammenlegung und des Umzuges der Landeskasse Schleswig-Holstein in ein neues Dienstgebäude

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / LKSH
Art Grundversorgung
Bezeichnung Kosten der Zusammenlegung und des Umzuges der Landeskasse Schleswig-Holstein in ein neues Dienstgebäude

Sonstige Bemerkungen

Durch Verschiebung im Zeitplan kann sich der Umzug verzögern. Die Maßnahme ist voraussichtlich Ende 2010 abgeschlossen.

Priorität

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 Zuständigkeit: Abt. VI 1

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Zusammenlegung der Landeskasse und der Außenstelle Lübeck in Kiel	01.11.2008
2	Umzug der Landeskasse SH in ein neues Dienstgebäude	01.10.2009

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
535 03	013	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	20,0	20,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			20,0	20,0	10,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-20,0	-20,0	-10,0

IT-Maßnahme 2009050073

Einführung eines Prozessmanagements

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 51

Art IT Verfahren

Bezeichnung Einführung eines Prozessmanagements

Beschreibung allgemein

Im Rahmen des Arbeitsprogramms zur Umsetzung der Prozessstrategie Schleswig-Holstein und auch zur Umsetzung der EU-DLR sind finanzielle Ressourcen notwendig, um sowohl in der Konzeption als auch in der Durchführung externes Know-How einzubinden. Hierzu gehören die Vergabe von Fachkonzepten als auch der Support bei umsetzungsbezogenen Maßnahmen. Weiterhin sind die technische und personelle Infrastruktur der Zielorganisation anzupassen. Die Einrichtung und der Betrieb eines Prozessregisters und eines Kompetenzzentrums sind geplant.

Sonstige Bemerkungen

Mit der Umsetzung der Prozessstrategie Schleswig-Holstein wird sowohl die Verwaltung im ganzen Lande mit einer Effizienzsteigerung als auch für die Bürger und die Wirtschaft mit einer erheblichen Qualitätsverbesserung zu rechnen sein. Mittelfristig kann die Haushaltslage verbessert werden, da sowohl im Bereich der Personal- als auch Sachkostenebene signifikante Rationalisierungspotenziale gehoben werden können. Das verfolgte KOnzept soll nicht zuletzt auch dazu dienen, als positiver Standortfaktor die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holstein zu verbessern.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
EU-DLR vom 27.12.2006 (L376/36)

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
KV zu E-Gov-Strategie SH 2008
unterstützt die Handlungsfelder 4 und 7

Infrastrukturelle Bedeutung

Durch Einbeziehung der gesamten Verwaltung in Schleswig-Holstein sind Rationalisierungsgewinne in vollem Umfang möglich. Dafür ist eine ebenenübergreifende, medienbruchfreie Struktur im gesamten öffentlichen Bereich einzuführen.

Kennzahl 65

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Einführung eines Prozessmanagements	
Nr.	Beschreibung	Datum
1.	Aufbau eines Prozessregisters als Wissensprotal für Land und Kommunen	Beginn 08.2008 - 2009
2.	Durchführung einer Organisationsuntersuchung und vorbereitende Maßnahmen für das Kompetenzzentrum	2009
3.	Sicherstellung des Changemanagements durch begleitende Workshops und Veranstaltungen	unbefristet

Sonstiges

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
E-Gov-Strategie FM 2008
Handlungsfeld 4 und 7

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	136,0	178,0
		davon Dataport:		136,0	178,0

Abschluss

Gesamtausgabe	0,0	136,0	178,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	0,0	-136,0	-178,0

IT-Maßnahme 2009050074

Servicestelle Steueraufsicht

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 34
Art IT Verfahren
Bezeichnung Servicestelle Steueraufsicht

Beschreibung allgemein

Die Aufgaben der Servicestelle erstrecken sich im Wesentlichen auf folgende Bereiche:
 1. Wahrnehmung der Steueraufsicht nach § 208 Abs. 1 Nr. 3 AO einschließlich der bisher durch die Clearingstelle beim FA Kiel-Süd wahrgenommenen Aufgaben
 2. Ansprechpartner für die Zentrale Koordinierungsstelle beim Bundeszentralamt für Steuern (KUSS)
 3. Betreuung und Koordinierung der Arbeiten der Schwerpunktteams
 4. Verbindungsstelle für die Außenprüfungsstellen in den Finanzämtern zur Verbesserung des Informationsaustauschs und Nutzung der vorhandenen Prüfungserfahrungen
 5. Zusammenarbeit auf norddeutscher Ebene über einen Lenkungsreis zur großflächigen Durchführung bestimmter Risikobereichen oder Prüffelder

Sonstige Bemerkungen

Die Servicestelle Steueraufsicht nimmt ihre Arbeit zum 01.09.2008 auf. Die Kosten der technischen Ersteinrichtung werden daher bereits im Haushalt 2008 auf dieser ITM gebucht.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Wahrnehmung der Steueraufsicht nach § 208 (1) Nr. 3 AO
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Beschluss der Finanzminister der norddeutschen Länder v. Feb. / März 2008
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Die Wirtschaftlichkeit ist im Rahmen der Einrichtung und Organisation der Servicestelle Steueraufsicht durch VI 12 geprüft worden.
Kennzahl 96

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung einer organisierten Steueraufsicht nach § 208 (1) Nr. 3 AO	unbefristet
2	Unterstützung der Finanzämter in ihren Außendiensttätigkeiten	unbefristet
3	Koordinierung einer norddeutschen Zusammenarbeit im Bereich der Steueraufsicht der norddeutschen Länder	unbefristet

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Konkrete Planung der Einrichtung der Servicestelle Steueraufsicht im FM SH	03 - 06/2008
2	Ausschreibung der Dienstposten und personeller Aufbau der Servicestelle (intern / Stamm Steuerverwaltung)	06/2008
3	Aufnahme der Tätigkeiten der Servicestelle	09/2008
4	Evaluation der Anbindungsform im Finanzministerium	04/2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation mit den norddeutschen Ländern FHH, NS, MV

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	8,0	8,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	15,0	15,0
527 06	013	Dienstreisen	0,0	15,0	15,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	20,0	20,0
davon Dataport:				20,0	20,0

812 46 013 Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss			
Gesamtausgabe	0,0	58,0	58,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	0,0	-58,0	-58,0

Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

IT-Maßnahme 2005060001

BAföG / BaföG 21

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV
Art IT Verfahren
Bezeichnung BaföG / BaföG 21

Beschreibung allgemein

Verwaltung und Berechnung von Studierendendaten zwecks Zahlbarmachung von BaföG. Das BaföG-Verfahren (alt) ist bereits seit 1980 im Einsatz. Es wurde durch ein neues zeitgemäßes Verfahren (BAföG 21) abgelöst. Die Entwicklung und Programmierung erfolgte durch den BaföG-Verbund, dem 13 Bundesländer angehören. Durch BaföG 21 werden alle Verwaltungsvorgänge vereinfacht, hauptsächlich durch den Einsatz von e-Akten, direkten Zugriff auf Studierendendaten, Berechnung und Bescheiderstellung Vorort, Schnittstellen zur Bürokommunikations-Software, online- Antragstellung durch die Studierenden.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Kabinettsbeschluss
Kennzahl 71

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	175,0	200,0	200,0
		davon Dataport:		200,0	200,0
685 04	013	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0,0	12,0	12,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			175,0	212,0	212,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-175,0	-212,0	-212,0

IT-Maßnahme 2005060002

Verbesserung der Kommunikation in Arbeitsgruppen und mit dem nachgeordneten Bereich (Sharepoint)

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV

Art IT Verfahren

Bezeichnung Verbesserung der Kommunikation in Arbeitsgruppen und mit dem nachgeordneten Bereich (Sharepoint)

Beschreibung allgemein

Durch den Einsatz des Produktes "Sharepoint" sollen sowohl interne (gehostet im MWV), als auch externe (gehostet bei Dataport) Webs erzeugt werden, mit deren Hilfe sich Arbeitsgruppen, Abteilungen oder auch Referate austauschen können.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 4

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	5,0	5,0	5,0
		davon Dataport:		5,0	5,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			5,0	5,0	5,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5,0	-5,0	-5,0

IT-Maßnahme 2005060003

Zeiterfassung

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV
 Art IT Verfahren
 Bezeichnung Zeiterfassung

Beschreibung allgemein

Die Mittel dienen dem Betrieb des elektronischen Zeiterfassungs- und Zutrittskontrollsystems im MWV und seinen beiden Nebengebäuden.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
 Kennzahl 34

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	5,0	0,0	5,0
		davon Dataport:		0,0	5,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	113,0	0,0
		davon Dataport:		100,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			5,0	113,0	5,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5,0	-113,0	-5,0

IT-Maßnahme 2005060004

Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV

Art IT Verfahren

Bezeichnung Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen

Beschreibung allgemein

Das Programm dient der Finanzbedarfsplanung im Straßenbau.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Politische Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Einstufung Kabinettsbeschluss

Kennzahl 32

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	5,0	15,0	5,0
		davon Dataport:		15,0	5,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			5,0	15,0	5,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5,0	-15,0	-5,0

IT-Maßnahme 2005060005

Aktenverwaltung mit FAME

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV

Art IT Verfahren

Bezeichnung Aktenverwaltung mit FAME

Beschreibung allgemein

Das Programm dient der Aktenplanverwaltung im MWV. Veranschlagt sind die Kosten des Wartungsvertrages. Das Programm wird aus Rücksicht auf das DMS-System des Landes nicht weiterentwickelt.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 32

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	5,0	5,0	5,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	5,0	5,0	5,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5,0	-5,0	-5,0

IT-Maßnahme 2005060006

Datenbank gestütztes Kundenmanagement (CRM)

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV

Art IT Verfahren

Bezeichnung Datenbank gestütztes Kundenmanagement (CRM)

Beschreibung allgemein

Für den Pressebereich und ein Referat in der Abteilung für Wirtschaftsförderung wurde ein Datenbank- / Webgestütztes Verfahren zur "Kundenbetreuung" eingeführt.

Veranschlagt sind die Kosten für die Wartung.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	5,0	6,0	7,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	5,0	6,0	7,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5,0	-6,0	-7,0

IT-Maßnahme 2005060007

Fördermittelmanagement für den Bereich des MWV (Datawarehouse)

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Fördermittelmanagement für den Bereich des MWV (Datawarehouse)

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Kennzahl 12

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	10,0	10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			10,0	10,0	10,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-10,0	-10,0	-10,0

IT-Maßnahme 2005060008

Ersatzbeschaffung MWV

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung MWV

Beschreibung allgemein

Kosten für die Ersatzbeschaffung von Hard- und Software im MWV.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	161,2	272,6	111,6
		davon Dataport:		266,6	105,6
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	161,2	272,6	111,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-161,2	-272,6	-111,6

IT-Maßnahme 2005060009

Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWV

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWV

Beschreibung allgemein

Veranschlagt sind die Kosten für den IT-Betrieb im MWV, z.B. Tinte und Toner für Drucker, Datensicherungsbänder, Support durch das "Büro Land" von Dataport, die Betriebskosten der Telearbeitsplätze usw. .

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	75,0	77,0	80,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	15,0	15,0	15,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	47,0	69,5	71,0
		davon Dataport:		21,5	22,0
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	3,0	3,0	3,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			140,0	164,5	169,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-140,0	-164,5	-169,0

IT-Maßnahme 2005060010

Informationssysteme Ernährungsnotfallvorsorge (IS-ENV)

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV
Art IT Verfahren
Bezeichnung Informationssysteme Ernährungsnotfallvorsorge (IS-ENV)

Beschreibung allgemein

Informationssystem zur Ernährungsnotfallvorsorge

Die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung in bundesweiten Notsituationen gehört zu den elementaren Aufgaben des Staates im Rahmen seiner Daseinsvorsorge für den Bürger. Die hierfür zu treffenden Vorsorgemaßnahmen stellen eine gesetzliche Aufgabe dar.

Bund und Länder haben vereinbart mit Hilfe eines elektronischen Informationssystem Ernährungsnotfallvorsorge die technischen Voraussetzungen für eine Kommunikation im Krisenfall zu schaffen. Sie hierzu Beschluss des Agrarministerrates:

Die Agrarministerinnen, -minister und Senatoren der Länder haben in der Agrarministerkonferenz am 22. März 2002 in Bad Nauheim die Auffassung vertreten, dass für die Bewältigung von Versorgungskrisen nach dem Ernährungsnotfallgesetz (EVG) und zur Sicherstellung der Versorgung im Spannungs- und Verteidigungsfall nach dem Ernährungssicherstellungsgesetz (ESG) ein bundesweit einheitliches DV-Informationssystem hilfreich und notwendig ist.

Die Agrarministerinnen, -minister und Senatoren der Länder haben aus diesem Grund das BMVEL gebeten die Voraussetzungen für eine bundesweite Nutzung zu schaffen und federführend einen Vorschlag für die gemeinsame Finanzierung des Programmpaketes unter Beteiligung des Bundes und der Länder zu erarbeiten.

Die Länder ihrerseits verpflichten sich, spätestens im nächsten Haushalt die Voraussetzung für die Beschaffung herzustellen. Die Kostenaufteilung könnte in Anlehnung an den Königssteiner Schlüssel erfolgen.

Bei einer Gesamtinvestitionssumme von 927.420,- Euro ist von SH gemäß Königssteiner Schlüssel (3,2386%) ein Betrag von 22.527 Euro zu übernehmen. Hinzu kommen Kosten für die jährliche Pflege und Wartung sowie eine erforderliche Einführungsschulung; diese sind mit ca. 5 Tsd. Euro jährlich zu beziffern.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 Schriftlicher Auftrag VII M
Kennzahl 27

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
631 02	013	Zuweisungen an den Bund	9,0	10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			9,0	10,0	10,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-9,0	-10,0	-10,0

Ministerium für Bildung und Frauen

IT-Maßnahme 2005070001

Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Bildung und Frauen
Art IT Verfahren
Bezeichnung Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE)

Beschreibung allgemein

IT-Verfahren zur Unterstützung der Fachreferate bei der Bewerber- und Lehrpersonalverwaltung.
 Es werden alle Aufgaben unterstützt, die bei der Lehrkräfteverwaltung anfallen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der kombinierten Datenpflege und der automatischen Erstellung von standardisierten Schriftgut. Außerdem sind diverse Auswertemöglichkeiten vorhanden.
 Die Bewerberverwaltung umfasst den Vorbereitungs- und Schuldienst.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Einsparung von 18 Stellen. Die entsprechenden kw-Vermerke sind im Haushalt 1986 ausgewiesen (§13 Abs. 11 HG) und bis zum Jahr 1998 realisiert worden.

Kennzahl 17

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	185,0	190,0	190,0
		davon Dataport:		190,0	190,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			185,0	190,0	190,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-185,0	-190,0	-190,0

IT-Maßnahme 2005070002

Landesnetz-Bildung

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Bildung und Frauen

Art IT Verfahren

Bezeichnung Landesnetz-Bildung

Beschreibung allgemein

Erstellung eines Konzeptes für eine einheitliche IT-Ausstattung in der Schulverwaltung und den Schulämtern. Aufbau und Betrieb der erforderlichen zentralen Infrastruktur. Aufbau eines Informationspools für die am Landesnetz angeschlossenen Schulen und Schulämter in Schleswig-Holstein.

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Qualitativer Nutzen

Kennzahl 25

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
427 03	013	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	80,0	80,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	50,0	50,0	50,0
		davon Dataport:		50,0	50,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			50,0	130,0	130,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-50,0	-130,0	-130,0

IT-Maßnahme 2005070004

Automatisierung des Lehrerländertausches

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Bildung und Frauen

Art IT Verfahren

Bezeichnung Automatisierung des Lehrerländertausches

Beschreibung allgemein

Einführung eines IT-gestützten Verfahrens aus NRW zum länderübergreifenden Lehrertausch.

Angestrebt wird eine einheitliche Handhabung in den Bundesländern.

Das Verfahren wurde Ende 2007 / Anfang 2008 in NRW überarbeitet.

2007: Test der lokalen Lösung.

2008: Test, Anpassung und Übernahme der überarbeiteten Version.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 27

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	2,0	2,0	2,0
		davon Dataport:		2,0	2,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			2,0	2,0	2,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2,0	-2,0	-2,0

IT-Maßnahme 2005070005

Ersatzbeschaffung von IT-Hardware im Ministerium.

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Bildung und Frauen

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung von IT-Hardware im Ministerium.

Beschreibung allgemein

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes im Ministerium. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Sonstige Bemerkungen

Es erfolgt eine gemeinsame Beschaffung mit Hamburg durch den Dienstleister Dataport.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	144,3	115,0	68,0
		davon Dataport:		115,0	68,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			144,3	115,0	68,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-144,3	-115,0	-68,0

IT-Maßnahme 2005070006

Betrieb der IT im Ministerium

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Bildung und Frauen

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der IT im Ministerium

Beschreibung allgemein

IT-Grundversorgung der Dienststelle mit Basis-It, Verbrauchsmittel, Nutzung externer Datenbanken, Fort- u. Ausbildung und Vertrag zum Support Landessystemkonzept.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	90,0	75,0	75,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	10,0	2,0	2,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	25,0	13,0	13,0
		davon Dataport:		13,0	13,0
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	5,0	3,0	3,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	14,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			130,0	93,0	107,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-130,0	-93,0	-107,0

IT-Maßnahme 2006070007

Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen

Beschreibung

Ressort / Behörde Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein

Art IT Verfahren

Bezeichnung Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen

Beschreibung allgemein

Das IQSH betreibt für Aus- und Fortbildungszwecke die synchrone Online-Konferenzplattform Interwise.

Auf in der Regel angemieteten Servern werden Unterstützungssysteme für die Arbeit im IQSH, für die Unterstützung von Schulen und Lehrkräften, sowie für Projektpartner betrieben.

Hierzu gehören Verfahren wie ODIS, EVIT, VERA, LEONIE, Fächerportal, Webauftritt des IQSH, Online-Buchungssysteme, Ticketsystem, Mediendownload für Schulen, Kundenhosting von 500 Schulen.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Elearning	Life-Lehrerfortbildung mit der Konferenzserverplattform Interwise
2	Online Verfahren	Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen und Lehrerbildung

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 41

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6,0	6,0	6,0
527 06	013	Dienstreisen	6,0	6,0	6,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	38,0	38,0	38,0
		davon Dataport:		19,0	19,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	5,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			55,0	50,0	50,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-55,0	-50,0	-50,0

IT-Maßnahme 2006070008

Ersatzbeschaffungen des IQSH

Beschreibung

Ressort / Behörde Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen des IQSH

Beschreibung allgemein

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes im IQSH. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	132,0	113,0	107,0
		davon Dataport:		101,0	95,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			132,0	113,0	107,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-132,0	-113,0	-107,0

IT-Maßnahme 2006070009

Betrieb der IT im IQSH

Beschreibung

Ressort / Behörde Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der IT im IQSH

Beschreibung allgemein

Im IQSH gibt es neben dem Landesnetzzugang eine freie Internetanbindung über eine Standleitung zur Universität Kiel (DFN). Diese freie Internetanbindung wird für die Schulungs- und Veranstaltungsräume sowie für eLearning (Interwise), Upload digitaler Medien, Fernwartung von PCs an Schulen und Pflege externer Server benötigt.

Weiterhin werden in dieser Maßnahme Kosten für die Reparatur und Pflege der Hardware sowie Internetdienste für das Haus (Mailserver, Bibliotheksverwaltung,...) finanziert.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10,0	25,0	10,0
		davon Dataport:		7,5	7,5
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	17,0	28,0	30,0
		davon Dataport:		10,2	13,8
Abschluss					
Gesamtausgabe			27,0	53,0	40,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-27,0	-53,0	-40,0

IT-Maßnahme 2009070011

Entwicklung von IT-Lösungen zur Optimierung von Arbeitsprozessen

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Entwicklung von IT-Lösungen zur Optimierung von Arbeitsprozessen

Beschreibung allgemein

Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Verminderung des Aufwandes in den Schulverwaltungen und den Schulämtern. Dies betrifft insbesondere die Verminderung des Aufwandes bei Datenerhebungen in den Schulen, die Verminderung des Aufwandes bei der Pflege von Schulverwaltungsprogrammen, die Nutzungsmöglichkeiten zentraler gespeicherter Lehrerdaten für die Schulverwaltung und die Schulämter sowie die IT-technische Unterstützung des Schulwechsels von Schülern und die Nachverfolgung des Schulwechsels.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 25

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Optimierung von Arbeitsprozessen, insbesondere im Verwaltungsbereich	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten u.a. mit Hamburg, insbesondere im Bereich der Schulverwaltungsprogramme	2008
2	Konzeptentwicklung zur Optimierung von Verwaltungsprozessen	bis 2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Insbesondere im Bereich der Schulverwaltungsprogramme wird eine Kooperation mit anderen Ländern angestrebt.
 Aktuell werden Kooperationsmöglichkeiten mit Hamburg geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	100,0	100,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	100,0	100,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-100,0	-100,0

IT-Maßnahme 2009070012

Online-Bewerbung im Schulbereich

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein

Art IT Vorhaben

Bezeichnung Online-Bewerbung im Schulbereich

Beschreibung allgemein

Webbasiertes IT-Verfahren für Online-Bewerbungen im Schulbereich

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 25

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Durch ein Onlineportal mit nach Regionen und Fachgebieten selektierbaren Stellenangeboten wird eine optimale Ansprechbarkeit von Interessenten, eine zeitnahe Rückmeldung von Bewerbungen und eine transparente Übersicht für die Schulleitungen und das Ministerium erreicht werden.	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Erarbeitung der erforderlichen Konzepte und Beginn der technischen Umsetzung	2009
2	Pilotierung und Inbetriebnahme	2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Angestrebt ist die Übernahme des in der Hamburger Behörde für Bildung und Sport realisierten Verfahrens PBO

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	100,0	100,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	100,0	100,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-100,0	-100,0

Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa

IT-Maßnahme 2005090001

Bundesweite Internetplattformen der Justiz

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE
Art IT Verfahren
Bezeichnung Bundesweite Internetplattformen der Justiz

Beschreibung allgemein

Betrieb von einheitlichen Veröffentlichungen und Dienstleistungsplattformen der Justiz (Bund und 16 Bundesländer) in der Bundesrepublik Deutschland im Internet über die Bekanntmachungen (Insolvenz bekanntmachungen, Zwangsvollstreckungstermine, Gerichtstafel) und Dienstleistungen (Rechtsdienstleistungsregister, Justizauktion) angeboten werden. Diese unterschiedlichen Angebote werden über ein zentrales Portal www.justiz.de erreichbar sein.

Sonstige Bemerkungen

Ziel ist es, sämtliche Register und Bekanntmachungen über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und die teuren Papierbekanntmachungen in Tageszeitungen und Publikationsorganen (z.B. Bundesanzeiger oder Schleswig-Holsteinischen Anzeigen) durch die günstigen Internetbekanntmachungen zu ersetzen, die im Gegensatz zu Printmedien weltweit und vor allem länger verfügbar sind. Die elektronische Veröffentlichung entlastet zudem die Mitarbeiter, da sie schneller und ohne Zeitverzug abzurechnen sind.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. § 9 InsO; §§ 9, 10 HGB i.d.F des EHUG, § 39 ZVG
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Koalitionsvertrag: 2144, 2145

Infrastrukturelle Bedeutung

Die Veröffentlichung wird durch die BLK für alle Bundesländer organisiert.

Kennzahl 85

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ziel ist es, sämtliche Register und Bekanntmachungen über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und die teuren Papierbekanntmachungen in Tageszeitungen und Publikationsorganen (z.B. Bundesanzeiger oder Schleswig-Holsteinischen Anzeigen) durch die günstigen Internetbekanntmachungen zu ersetzen, die im Gegensatz zu Printmedien weltweit und vor allem länger verfügbar sind.	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Ausbau des Justizportals (z. B. Formularserver, Internationaler Rechtsverkehr, Mehrsprachigkeit)	laufend

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation mit dem Bund und allen 16 Bundesländern

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	48,5	41,5	41,5
Abschluss					
Gesamtausgabe			48,5	41,5	41,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-48,5	-41,5	-41,5

IT-Maßnahme 2005090002

Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation)

Beschreibung

Ressort / Behörde Generalstaatsanwaltschaft
Art IT Verfahren
Bezeichnung Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA
(Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation)

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des IT - Betriebes und des Einsatzes sowie der Fortentwicklung des Fachverfahrens MESTA.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
§ 493 StPO i.V.m. Ziff.1 MiStr und §§ 10 u. 21a BZRG sowie Ausführungsbestimmungen GBundesanzw. (Elektr. Mitteilungen/Auskünfte BRZ u. VZR)
§§ 483 ff StPO (Datenübermittlung an Polizei).
§§ 492 ff StPO Bedienung Zentrales Staatsanw. Verfahrensregister.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Der Einsatz von MESTA wurde 1997 vom Kabinett beschlossen.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
Der Rationalisierungseffekt wurde bereits mit der Einführung des GAST-Verfahrens erwirtschaftet. Mit der Umschreibung des Verfahrens auf MESTA traten keine weiteren wesentlichen Einspareffekte ein.

Kennzahl 80

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Länderverbund mit Hamburg, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Hessen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	40,0	40,0	40,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	40,0	35,0	30,0
527 06	013	Dienstreisen	12,5	12,5	12,5
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	284,0	195,6	195,6
		davon Dataport:		195,6	195,6
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	1,0	1,0	1,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	37,6	75,9
		davon Dataport:		37,6	75,9
Abschluss					
Gesamtausgabe			377,5	321,7	355,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-377,5	-321,7	-355,0

IT-Maßnahme 2005090003

Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE
Art IT Verfahren
Bezeichnung Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH

Beschreibung allgemein

Bereitstellung von externen Datenbank für die Justiz

Sonstige Bemerkungen

Verbesserung der Versorgung der Justiz mit aktuellen Gesetzen, Kommentaren und Zeitschriften, Erhöhung der Qualität der Rechtsprechung, Anreiz für die Nutzung des PC als Handwerkszeug durch eine attraktive Gestaltung des Justizarbeitsplatzes. Die Verträge mit den Anbietern sehen vor, dass die Justiz als Gegenleistung für die Nutzung der Datenbanken alle veröffentlichungswürdigen Entscheidungen der Gerichte zuliefert. Da auch die Landesverwaltung und die Kommunen Online-Datenbanken nutzen, haben diese sofort Zugriff auf die aktuelle Rechtsprechung und können ihr Handeln danach ausrichten.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Der Justizgewährleistungsanspruch sowie die richterliche Unabhängigkeit gemäß GG gebieten eine Versorgung der Justiz mit aktuellen Gesetzen, Urteilen und Kommentaren.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Koalitionsvertrag: 2144, 2145
Kennzahl 60

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Alle Bundesländer und der Bund

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	5,0	5,0	5,0
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	299,0	329,5	332,7
		davon Dataport:		2,5	2,7
Abschluss					
Gesamtausgabe			304,0	334,5	337,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-304,0	-334,5	-337,7

IT-Maßnahme 2005090004

Lfd. Einsatz und Fortführung MEGA (Mehrländer-Gerichts-Automation)

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE
Art IT Verfahren
Bezeichnung Lfd. Einsatz und Fortführung MEGA
(Mehrländer-Gerichts-Automation)

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des lfd. Betriebes in den MEGA-Amtsgerichten

Sonstige Bemerkungen

keine

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
§ 493 StPO i.V.m. Ziff.1 MiStr und §§ 10 u. 21a BZRG sowie Ausführungsbestimmungen GBundesanzw. (Elektr. Mitteilungen/Auskünfte BRZ u. VZR)

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Kabinettsbeschluss aus dem Jahr 1995

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
Durchführung einer Wirtschaftlichkeitsberechnung im Jahr 1996, die durch mehrere Ergebnisprüfungen konkretisiert worden ist. Die letzte aus dem Jahr 2004 stellte eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals von 23% fest.

Kennzahl 80

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
MEGA-Länderverbund mit Hamburg und Brandenburg.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	304,5	256,5	256,5
518 14	013	Miet- und Leasingkosten	11,5	0,0	0,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	216,0	120,0	120,0
527 06	013	Dienstreisen	3,0	5,0	5,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	260,0	267,4	267,4
		davon Dataport:		157,4	157,4
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	36,9	13,3
		davon Dataport:		36,9	13,3
Abschluss					
Gesamtausgabe			795,0	685,8	662,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-795,0	-685,8	-662,2

IT-Maßnahme 2005090005

Betrieb Zentrale Kommunikationskopfstelle (ZKK-Justiz)

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE
Art IT Verfahren
Bezeichnung Betrieb Zentrale Kommunikationskopfstelle (ZKK-Justiz)

Beschreibung allgemein

Informationsaustausch zwischen den IT -Justizbehörden und den IT - Verfahren externer Organisationen sowie landesinterner Anwendungen

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Kommunikation
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 Der elektronisch vorgeschriebene Austausch von Mitteilungen und Auskünften BZR und VZR erfolgt über die ZKK.
Kennzahl 80

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	104,5	102,0	105,0
		davon Dataport:		102,0	105,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			104,5	102,0	105,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-104,5	-102,0	-105,0

IT-Maßnahme 2005090006

Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch)“

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE
Art IT Verfahren
Bezeichnung Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch)“

Beschreibung allgemein

Umstellung der bisher in Papier geführten Vereinsregisters auf maschinell geführte Register, Fortführung des Elektronischen Rechtsverkehrs in den Registergerichten, Aufbau und Fortführung der Elektronischen Akte; Abruf von Daten aus dem Register sowie aus der Elektronischen Akte via Internet

Sonstige Bemerkungen

Vollelektronifizierung des Handelsregisters

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Gemäß § 12 HGB i. V. m. § 2 der Landesverordnung über den elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist das EGVP für die elektronische Einreichung von Dokumenten zum Handelsregister vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Laut Koalitionsvertrag sind IT-gestützte Dienstleistungen beschleunigt zu gewährleisten. Hierzu gehört der elektronische Rechtsverkehr als prägende eGovernment-Maßnahme.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 4.1.2003: 549.823 € (+)
 26.1.2006:48.599 € (+)

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
0902 111 02	728,0	jährliche Gebührenmehreinnahmen
0902 425 01	511,0	jährliche Personaleinsparungen

Infrastrukturelle Bedeutung

Erste Anwendung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenverwaltung in Schleswig-Holstein. Das eingesetzte Produkt wird zusammen mit Berlin, Brandenburg und Bremen entwickelt. Nutzung der Basis-Infrastruktur durch den Einsatz von VISKompakt

Kennzahl 78

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Umstellung der bisher in Papier geführten Vereinsregisters auf maschinell geführte Register, Fortführung des Elektronischen Rechtsverkehrs in den Registergerichten, Aufbau und Fortführung der Elektronischen Akte; Abruf von Daten aus dem Register sowie aus der Elektronischen Akte via Internet	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation mit Berlin, Bremen und Brandenburg im AUREG-Verbund
 Kooperation mit allen anderen Bundesländern beim bundesweiten Registerportal

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
 Das maschinell geführte Handelsregister liefert Daten an das Deutsche Unternehmensregister - dem größten Projekt des BMJ im Rahmen von Deutschland-Online.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6,2	5,0	5,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	13,2	12,4	12,4
527 06	013	Dienstreisen	3,1	10,0	10,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	439,4	581,2	522,2
		davon Dataport:		239,2	239,2
632 06	013	Sonstige Zuweisungen an Länder	27,0	0,0	0,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	10,0	5,0
		davon Dataport:		10,0	5,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			488,9	618,6	554,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-488,9	-618,6	-554,6

IT-Maßnahme 2005090007

Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE
Art IT Verfahren
Bezeichnung Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch

Beschreibung allgemein

Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung des Elektronischen Grundbuchs (EGB) in den Schleswig-Holsteinischen Grundbuchämtern mit den Zielen

- Schaffung von Rahmenbedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein
- Verbesserung des Grundstücksverkehrs, der Dienstleistung für Bürger, Kreditinstitute, Investoren sowie für die Notare und Behörden, insbesondere die Katasterverwaltung
- Beschleunigung des Grundbucheintragungs- und Mitteilungsverfahrens
- schnelle Auskunft aus dem Grundbuch durch unmittelbaren Zugriff auf Grundbuchdaten, insbesondere für Notare, Kreditinstitute und Behörden und damit gleichzeitig Verbesserung der Einnahmesituation des Landes

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Landesverordnung über die Einführung des maschinell geführten Grundbuchs vom 14.09.2001
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Kabinettsbeschlüsse vom 06.07.1998 / 07.07.2000
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Kapitalwert laut WiBe vom 16.01.2006: 2,8 Mio. EUR

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
0902 111 02	12.200,0	Gebühreneinnahmen gerechnet auf die Jahre 2006-2026
0902 425 01	30.800,0	Personaleinsparungen gerechnet auf die Jahre 2004-1016

Infrastrukturelle Bedeutung

Es besteht derzeit ein Entwicklerverbund mit Baden-Württemberg, der durch das Redesign des Fachverfahrens auf alle 16 Bundesländer ausgeweitet wird. Dabei wird eine weitest mögliche Kooperation bei Entwicklung, Pflege und Betrieb angestrebt. Von der Maßnahme sind rund 350 Arbeitsplätze betroffen.

Kennzahl 98

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Schaffung von Rahmenbedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein	
2	Verbesserung des Grundstücksverkehrs, der Dienstleistung für Bürger, Kreditinstitute, Investoren sowie für die Notare und Behörden, insbesondere die Katasterverwaltung	
3	Beschleunigung des Grundbucheintragungs- und Mitteilungsverfahrens	
4	schnelle Auskunft aus dem Grundbuch durch unmittelbaren Zugriff auf Grundbuchdaten, insbesondere für Notare, Kreditinstitute und Behörden und damit gleichzeitig Verbesserung der Einnahmesituation des Landes	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Einführung und fortlaufender Betrieb des EGB-Produktionssystems in allen 27 Amtsgerichten (unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Amtsgerichtsstrukturreform) im Zeitraum 2001 bis 2006	31.12.2006
2	schnellstmögliche Umstellung aller Grundbuchblätter auf digitale Führung	
3	fortlaufender Betrieb des zentralen Archiv- und Auskunftssystems bei Dataport	
4	Beteiligung an der bundesweiten Neukonzeption und -entwicklung eines datenbankgestützten Grundbuch als Folgesystem für die aktuellen Fachanwendungen in allen 16 Bundesländern	2007-2016

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
landesintern mit der Kataster- und Vermessungsverwaltung
bundesweit mit allen 16 Bundesländern

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
Der Zugang zum automatisierten Abrufverfahren soll nach Möglichkeit über Schleswig-Holstein Online realisiert werden. Die Machbarkeit wird im Rahmen des Aufbaus des zentralen Archivsystems geprüft.

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
Durch die Amtsgerichtstrukturreform sind Mehrausgaben für Support erforderlich für die Datenmigration in Höhe von rund 228 TEUR. Dem gegenüber stehen Einsparungen bei der Ersatzbeschaffung in Höhe von rund 165 TEUR gerechnet auf die Jahre 2006-2017.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	30,0	17,0	17,0
527 06	013	Dienstreisen	13,0	13,0	13,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	1.040,4	1.136,8	1.110,8
		davon Dataport:		601,8	599,8
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	55,0	55,0
		davon Dataport:		55,0	55,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			1.083,4	1.221,8	1.195,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.083,4	-1.221,8	-1.195,8

IT-Maßnahme 2005090008

Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"

Beschreibung

Ressort / Behörde Amtsgericht SL
Art IT Verfahren
Bezeichnung Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"

Beschreibung allgemein

Haushaltsmittel für das Betreiben des automatisierten Mahnverfahrens im EDA – Verfahren (ELEKTRONISCHER DATENAUSTAUSCH) und via Internet (PROFIMAHN) sowie BELEGVERFAHREN und BARCODEVERFAHREN.

In Schleswig-Holstein ist seit dem 16. September 2002 das automatisierte Mahnverfahren (AMV) in landesweiter Zuständigkeit des Amtsgerichts Schleswig eingeführt, d.h. zugelassene Antragsteller und Antragstellerinnen können Mahnbescheids- und Folgeanträge über einen elektronischen Datenaustausch (EDA) einreichen.

Das Amtsgericht Schleswig bietet zusätzlich das so genannte Belegverfahren an. Diese Verfahrensart setzt das gesetzlich vorgeschriebene maschinenlesbare Antragsformular voraus, welches z.B. im Schreibwarenhandel erhältlich ist. Das Belegverfahren ist die Standardvariante für Antragsteller und Antragstellerinnen, die nicht zu dem elektronischen Datenaustausch (EDA) zugelassen sind. Dieses Verfahren ersetzt die bisherige Nutzung des fünfseitigen Durchschreibesatzes. Der Belegvordruck ist hand- oder maschinenschriftlich auszufüllen und an das Amtsgericht Schleswig zu übersenden.

Ferner besteht die Möglichkeit des Online-Mahnbescheidantrags (www.Online-Mahntrag.de). Er bietet für gelegentliche Antragsteller und Antragstellerinnen sowie Privatpersonen, die keine Mahnsoftware besitzen, die Möglichkeit, den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheides zu Hause am PC einzugeben, vom Programm vorprüfen zu lassen und als Barcode-Antrag (ohne Belegvordruck) oder auf dem Antragsformular auszudrucken. Dieser ist dann auch auf dem Postwege an das Mahngericht Schleswig zu übersenden.

Sonstige Bemerkungen

Die bisherige Zuständigkeit der übrigen Amtsgerichte ist dadurch aufgehoben. Das Amtsgericht Schleswig ist somit allein zuständiges Gericht für alle Antragsteller und Antragstellerinnen eines Mahnantrages mit (Wohn-) Sitz in Schleswig-Holstein.

Ausnahme: Mahnanträge, die die Arbeitsgerichtsbarkeit betreffen, müssen auch weiterhin an das jeweils zuständige Arbeitsgericht gerichtet werden. Diese werden dort nicht automatisiert bearbeitet, so dass der bisherige Durchschreibesatz für Mahnanträge in der Arbeitsgerichtsbarkeit weiterhin genutzt werden muss.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Koalitionsvertrag 2149 / 2150
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
Kennzahl 81

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Länderverbund (auch mit Hamburg) unter Federführung von Baden-Württemberg. Gemeinsamer Dienstleistungsvertrag (Dataport) der Mahngerichte S-H, HH, MV und BRE.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,3	2,4	2,5
		davon Dataport:		1,4	1,5
527 06	013	Dienstreisen	1,0	1,1	1,2
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	531,0	538,1	547,1
		davon Dataport:		538,1	547,1
632 06	013	Sonstige Zuweisungen an Länder	44,5	45,9	47,3

685 04 013 Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0,0	0,0	0,0
Abschluss			
Gesamtausgabe	578,8	587,5	598,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-578,8	-587,5	-598,1

IT-Maßnahme 2005090010

Elektronischer Rechtsverkehr

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE
Art IT Verfahren
Bezeichnung Elektronischer Rechtsverkehr

Beschreibung allgemein

Aufbau und Betrieb der für den elektronischen Rechtsverkehr erforderlichen Infrastruktur beginnend mit dem elektronischen Briefkasten und Ausbau der xJustiz-Fachdatensätze. Strategische Erweiterung des eJustice in Schleswig-Holstein um die im Strategiepapier des MJAE aufgeführten Projekte.

Sonstige Bemerkungen

Fortlaufender Ausbau des elektronischen Rechtsverkehr als Serviceleistung für den Bürger unter gleichzeitiger Vermeidung redundanter Datenerfassung und Verbesserung der Qualität; Einsparungen im Personalbereich möglich aber noch nicht bezifferbar; Einsparungen im Bereich Porto und Geschäftsbedarf sehr wahrscheinlich, aber ebenfalls noch nicht bezifferbar.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Gemäß § 12 HGB i. V. m. § 2 der Landesverordnung über den elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist das EGVP für die elektronische Einreichung von Dokumenten zum Handelsregister vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Laut Koalitionsvertrag sind IT-gestützte Dienstleistungen beschleunigt zu gewährleisten. Hierzu gehört der elektronische Rechtsverkehr als prägende eGovernment-Maßnahme.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. abschließende Bewertung wird nachgereicht

Infrastrukturelle Bedeutung

Konsequente Fortführung der erstmaligen praktischen Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs beim Handelsregister zur Verbesserung der Kommunikation in allen Gerichtsbezirken unter Nutzung einer bundeseinheitlichen Infrastruktur

Kennzahl 70

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Bürgerinnen und Bürger sowie Rechtsanwalt- und Notarschaft sollen auf elektronischem Wege mit Gerichten und Staatsanwaltschaften „online“ kommunizieren können. Dahinter verbirgt sich die Aufgabe für die Justiz, ihre Dienstleistungen durch den Einsatz moderner IT so umzugestalten, dass eine Online-Kommunikation über das Internet mit externen Personen und Einrichtungen möglich ist.	

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
EGVP	1	Fortführung und Ausbau des Einsatzes des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs auf andere Gerichte, Gerichtsbereiche und die Staatsanwaltschaften	
RVKD	2	Aufbau und Betrieb eines einheitlichen Registrierungsverzeichnisses für Kommunikationsdienste	
EUREKA-Fach	3	Elektronischer Arbeitsablauf (workflow) einschließlich elektronischer Verfahrensstandanzeige und Akteneinsicht	
eAkte	4	Umstellung der Aktenführung in der Verwaltung; Archivierungskonzept	
eOWi	5	Elektronisches Ordnungswidrigkeitenverfahren im Sinne des elektronischen Datenaustausches zwischen den betroffenen Behörden (Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht)	
Digitales Diktieren/Spracherkennung	6	Die Diktaterstellung und -verwaltung digitaler Diktate sollte über die justizeigenen Fachanwendungen realisiert werden. Am Markt vorhandene Spracherkennungssysteme sollten getestet werden, ebenso wie unterschiedliche Organisationsformen mit dem Ziel, das Potential und die vorhandenen Rationalisierungsmöglichkeiten zuverlässig einschätzen zu können.	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Kooperation mit Hamburg über den gemeinsamen Dienstleister Dataport; Kooperation mit Rheinland-Pfalz u. a. über den EUREKA-Entwicklerverbund; bundesweite Kooperation bei der Nutzung des EGVP

E-Government-Initiativen

Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
Deutschland-Online

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,4	2,4	2,4
525 37	013	Aus- und Fortbildung	11,0	28,0	28,0
527 06	013	Dienstreisen	5,0	5,0	5,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	140,2	183,0	149,0
		davon Dataport:		34,5	34,5
632 06	013	Sonstige Zuweisungen an Länder	3,0	3,0	3,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	12,0	177,7	160,5
		davon Dataport:		177,7	160,5
Abschluss					
Gesamtausgabe			173,6	399,1	347,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-173,6	-399,1	-347,9

IT-Maßnahme 2005090011

Fortführung der Migration des Justiznetzverbundes in das LSK (Landessystemkonzept)

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE

Art IT Verfahren

Bezeichnung Fortführung der Migration des Justiznetzverbundes in das LSK (Landessystemkonzept)

Beschreibung allgemein

Durch das Projekt "sanfte Migration" wird die gesamte Justiz bis 2011 in ein einheitliches IT-System übergehen. Diese Systemwelt wird jedoch parallel zum aktuellen Landessystemkonzeptstandard aufgebaut (die Justiz erhält ein eigenes Active Directory, parallel zu IKOTECH III). Die Migration der Justiz in den landeseinheitlichen Standard soll dann über das Projekt "+1" erfolgen. Derzeit muss mit dazu vorbereitenden Maßnahmen ab 2008 gerechnet werden. (Für den Fall einer Verschiebung des Projektes "+1" muss dann nach Abschluss der "sanften Migration" der derzeitige Active-Directory-Connector durch MIIS ersetzt werden.)

Sonstige Bemerkungen

siehe Projekt "+1"

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Die Meilensteinplanung richtet sich insbesondere nach dem Projektfortschritt des Projekts "+1"	

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	75,0	75,0	75,0
		davon Dataport:		75,0	75,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			75,0	75,0	75,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-75,0	-75,0	-75,0

IT-Maßnahme 2005090012

IT-Ausstattung in der Bewährungshilfe

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT-Ausstattung in der Bewährungshilfe

Beschreibung allgemein

Einheitliche und dem Standard der Landgerichte entsprechende IT-Ausstattung in der Bewährungshilfe mit einem Fachverfahren, welches Schnittstellen zu Verfahren des Justizvollzugs, der Staatsanwaltschaft und der Polizei aufweist.

Sonstige Bemerkungen

Aufgrund der erheblich gestiegenen Fallbelastungen in der Bewährungshilfe kann die verbesserte IT-Ausstattung ansonsten erforderliche Neueinstellungen entbehrlich machen (Personalbereich gehobener Sozialdienst). Im Bereich der Schreib- und Verwaltungskräfte kann nach abgeschlossener IT-Ausstattung auf Einsparpotentiale überprüft werden (aktuell 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bewährungshilfe tätig). Weiter führt eine effektiv und effizient arbeitende Bewährungshilfe durch Rückfallvermeidung nicht nur zur Erhöhung der allgemeinen Sicherheit, sondern auch zur massiven Entlastung des Justizvollzugs und damit zu erheblichen Einsparungen im Bereich des Strafvollzugs.

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 Hoher Stellenwert Hausspitze MJAE
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 Negativer Kapitalwert -617,2 T€. Dringlichkeitswert WiBe D: 17; Qualitativ-Strategischer Wert: 74

Infrastrukturelle Bedeutung

Integration der Arbeitsplätze in der Bewährungshilfe in die bereits bestehende IT-Struktur der Landgerichte und der weiteren Kooperationspartner (Staatsanwaltschaften, Vollzugsanstalten).

Kennzahl 18

Ziele

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Pilotierung bereichsspezifische Software	30.06.2008
2	Audit des ULD	30.06.2008
3	RollOut in alle Bewährungshilfen	31.12.2008

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Es besteht ein Länderverbund mit Nordrhein-Westfalen und Hessen.
 Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg haben an der Lösung starkes Interesse gezeigt.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	30,0	30,0	30,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	148,1	126,0	155,1
		davon Dataport:		126,0	155,1
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	10,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			188,1	166,0	195,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-188,1	-166,0	-195,1

IT-Maßnahme 2005090013

Neue Strategie: Datenaustausch Polizei / Justiz

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE
Art IT Verfahren
Bezeichnung Neue Strategie: Datenaustausch Polizei / Justiz

Beschreibung allgemein

Mit dieser IT-Maßnahme werden taktische Anforderungen für einen Datenaustausch auf der Basis der vorhandenen Vorgangsbearbeitungssysteme MESTA (Staatsanwaltschaft) und @rtus (Polizei) zur Verbesserung von Effizienz und Qualität im Austausch von strukturierten und nicht strukturierten Daten bei der Bearbeitung von Strafverfahren realisiert.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 Der politischen Führung liegt im besonderem Maße an einer effizienten Verfolgung von Straftaten.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 Kapitalwert: - 251,6 T€
 Erhöhung der Effizienz und Qualität der Zusammenarbeit Polizei / Justiz.
 Dringlichkeitswert WiBe D: 6; Qualitativ-Strategischer Wert: 32

Infrastrukturelle Bedeutung

Es besteht eine Abhängigkeit zu den Projekten @rtus der Polizei (über 1.000 Apl.) und MESTA der Staatsanwaltschaften (ca. 840 Apl.).

Kennzahl 21

Ziele

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Implementierung	31.12.2008

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Im Bereich MESTA gibt es einen Länderverbund. Anpassungen der X.Justiz-Schnittstelle sind auch für die anderen Länder von Interesse.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	100,0	100,0	50,0
		davon Dataport:		100,0	50,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			100,0	100,0	50,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-100,0	-100,0	-50,0

IT-Maßnahme 2005090015

Auftritt Justiz SH und Präsentation von Gerichtsentscheidungen im Internet

Beschreibung

Art IT Verfahren

Bezeichnung Auftritt Justiz SH und Präsentation von Gerichtsentscheidungen im Internet

Beschreibung allgemein

Präsentation von schleswig-holsteinischen Gerichtsentscheidungen im Internet im Rahmen des Justizportals als Teil des Landesauftritts.

Sonstige Bemerkungen

Durch die Presse werden Entscheidungen der Justiz bekannt, die danach von einer Vielzahl von Personen angefordert werden. Durch eine Veröffentlichung dieser Entscheidungen im Internet werden die Gerichte von diesen Anfragen entlastet.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 32

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	14,5	0,0	0,0
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	9,0	9,5	9,5
Abschluss					
Gesamtausgabe			23,5	9,5	9,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-23,5	-9,5	-9,5

IT-Maßnahme 2005090016

Ersatzbeschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"

Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	49,5	11,2	242,9
		davon Dataport:		11,2	242,9
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	49,5	11,2	242,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-49,5	-11,2	-242,9

IT-Maßnahme 2005090017

Reinvestitionen Verwaltungsgerichte

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE,
Schleswig-Holsteinisches Oberverwaltungsgericht

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Reinvestitionen Verwaltungsgerichte

Beschreibung allgemein

Ersatzbeschaffung im Bereich der IT (Server, Clients, Netzwerkkomponenten) bei den Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichten und dem Landesverfassungsgerichts sowie notwendige Anpassungsarbeiten im Hinblick auf die besonderen Anforderungen der Fachverfahren und sonstiger zentraler Dienste (z.B. Asyldokumentation, Zeiterfassungs- / Zutrittskontrollsysteme, elektronischer Rechtsverkehr).

Für den Bereich der aktiven Netzkomponenten sind die im Gebäude untergebrachten Behörden der Bewährungshilfe und des Sozialgerichts Schleswig berücksichtigt worden.

Desweiteren sind die Kosten für den IT-Betrieb des Landesverfassungsgericht veranschlagt.

Sonstige Bemerkungen

Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	3,2	0,0	205,0
		davon Dataport:		0,0	199,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			3,2	0,0	205,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-3,2	0,0	-205,0

IT-Maßnahme 2005090018

Ersatzbeschaffungen Sozialgerichtsbarkeit

Beschreibung

Ressort / Behörde Landessozialgericht SH

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen Sozialgerichtsbarkeit

Beschreibung allgemein

Austausch bestehender Hardware incl. Betriebssystem- und Softwareupdates

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	108,7	68,0	340,0
		davon Dataport:		48,0	310,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			108,7	68,0	340,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-108,7	-68,0	-340,0

IT-Maßnahme 2005090019

Ersatzbeschaffung "Elektronisches Grundbuch"

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffung "Elektronisches Grundbuch"

Beschreibung allgemein

Einführung und Betrieb des Elektronischen Grundbuchs (EGB) in den Schleswig-Holsteinischen Grundbuchämtern mit den Zielen

- Schaffung von Rahmenbedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein
- Verbesserung des Grundstücksverkehrs, der Dienstleistung für Bürger, Kreditinstitute, Investoren sowie für die Notare und Behörden, insbesondere die Katasterverwaltung
- Beschleunigung des Grundbucheintragungs- und Mitteilungsverfahrens
- schnelle Auskunft aus dem Grundbuch durch unmittelbaren Zugriff auf Grundbuchdaten, insbesondere für Notare, Kreditinstitute und Behörden und damit gleichzeitig Verbesserung der Einnahmesituation des Landes

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	119,0	50,0	60,0
		davon Dataport:		50,0	60,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			119,0	50,0	60,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-119,0	-50,0	-60,0

IT-Maßnahme 2005090020

Ersatzbeschaffung Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)

Beschreibung allgemein

Beschaffung von Hard- und Software sowie neuer aktiver Netzkomponenten.

Durch das Projekt erfolgte eine flächendeckende IT-unterstützte Neustrukturierung der Aufbau- und Ablauforganisation in den Amtsgerichten des Landes.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	864,6	1.005,3	726,0
		davon Dataport:		895,3	696,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	864,6	1.005,3	726,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-864,6	-1.005,3	-726,0

IT-Maßnahme 2005090021

Ersatzbeschaffungen Landgerichte und Oberlandesgericht Schleswig

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen Landgerichte und Oberlandesgericht Schleswig

Beschreibung allgemein

Beschaffung von Hard- und Software für die Landgerichte und das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
711 31	013	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) im Rahmen von IT-Maßnahmen	144,0	0,0	0,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	390,0	340,7	260,9
		davon Dataport:		334,7	254,9
		Abschluss			
Gesamtausgabe			534,0	340,7	260,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-534,0	-340,7	-260,9

IT-Maßnahme 2005090022

Ersatzbeschaffungen Registerautomation Schleswig-Holstein (RaSch)

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen Registerautomation Schleswig-Holstein (RaSch)

Beschreibung allgemein

Beschaffung von Hard- und Software sowie aktiver Netzkomponenten für das Projekt RaSch

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	21,6	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			21,6	10,0	10,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-21,6	-10,0	-10,0

IT-Maßnahme 2005090023

Ersatzbeschaffung MJAE (IKO III)

Beschreibung

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung MJAE (IKO III)

Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	129,3	115,3	108,6
		davon Dataport:		115,3	108,6
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	129,3	115,3	108,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-129,3	-115,3	-108,6

IT-Maßnahme 2005090024

Ersatzbeschaffungen der Staatsanwaltschaften (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation / MESTA)

Beschreibung

Ressort / Behörde Generalstaatsanwalt

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen der Staatsanwaltschaften (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation / MESTA)

Beschreibung allgemein

Beschaffung von Hard- und Software sowie neuer aktiver Netzkomponenten.

Durch das Projekt erfolgte eine flächendeckende IT-unterstützte Neustrukturierung der Aufbau- und Ablauforganisation in den Staatsanwaltschaften.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	1.798,0	13,3	8,5
		davon Dataport:		13,3	8,5
		Abschluss			
Gesamtausgabe			1.798,0	13,3	8,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.798,0	-13,3	-8,5

IT-Maßnahme 2005090025

Ersatzbeschaffungen Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Beschreibung

Ressort / Behörde Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Beschreibung allgemein

Ersatz von Hard - und Software zur Sicherstellung der IT - Infrastruktur.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	53,0	0,0	9,0
		davon Dataport:		0,0	9,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			53,0	0,0	9,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-53,0	0,0	-9,0

IT-Maßnahme 2005090026

Ersatzbeschaffung "Automatisiertes Mahnverfahren"

Beschreibung

Ressort / Behörde Amtsgericht SL

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung "Automatisiertes Mahnverfahren"

Beschreibung allgemein

Beschaffung von Hard- und Software zur Aufrechterhaltung des Betriebes des zentralen Mahngerichts

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	22,0
		davon Dataport:		0,0	22,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	0,0	0,0	22,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	0,0	-22,0

IT-Maßnahme 2005090027

Lfd. Betrieb "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE; ZIT Justizvollzug

Art Grundversorgung

Bezeichnung Lfd. Betrieb "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des lfd. IT - Betriebes in den Justizvollzugseinrichtungen.

Sonstige Bemerkungen

Sicherstellung der eingeführten Organisationsstrukturen im Vollzugsdienst durch IT - Unterstützung.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	49,0	27,0	27,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	10,0	2,0	2,0
527 06	013	Dienstreisen	0,0	3,0	3,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	77,0	32,0	33,0
		davon Dataport:		7,0	7,0
632 06	013	Sonstige Zuweisungen an Länder	40,0	40,0	40,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			176,0	104,0	105,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-176,0	-104,0	-105,0

IT-Maßnahme 2005090028

Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE
Schleswig-Holsteinisches Oberverwaltungsgericht

Art Grundversorgung

Bezeichnung Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Beschreibung allgemein

Aufrechterhaltung des laufenden IT-Betriebs in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	17,0	17,0	17,5
525 37	013	Aus- und Fortbildung	13,0	13,0	13,0
527 06	013	Dienstreisen	1,0	1,0	1,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	9,0	9,0
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	2,4	2,4	2,5
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	15,0	0,0	4,5
		davon Dataport:		0,0	4,5
Abschluss					
Gesamtausgabe			48,4	42,4	47,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-48,4	-42,4	-47,5

IT-Maßnahme 2005090029

Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit

Beschreibung

Ressort / Behörde Landessozialgericht SH

Art Grundversorgung

Bezeichnung Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des laufenden IT - Betriebes im Landessozialgericht und in den 4 Sozialgerichten

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	9,0	9,0	9,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	8,0	8,0	8,0
527 06	013	Dienstreisen	0,0	1,0	1,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	4,0	2,0	2,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	6,1
		davon Dataport:		0,0	6,1
		Abschluss			
Gesamtausgabe			21,0	20,0	26,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-21,0	-20,0	-26,1

IT-Maßnahme 2005090030

Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE
Art Grundversorgung
Bezeichnung Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des laufenden IT - Betriebes in den Behörden

Sonstige Bemerkungen

Geschäftsbedarf, Wartung, Fortbildung. Voraussetzung für den Fortbestand der eingeführten Organisations- und IT - Strukturen in den Behörden.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	126,2	95,5	95,5
525 37	013	Aus- und Fortbildung	59,0	129,0	129,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	14,8	5,5
		davon Dataport:		14,8	5,5
Abschluss					
Gesamtausgabe			185,2	239,3	230,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-185,2	-239,3	-230,0

IT-Maßnahme 2005090031

Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJAE (IKO III)

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE / II 13
Art Grundversorgung
Bezeichnung Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJAE (IKO III)
Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	31,0	35,0	35,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	49,0	40,0	35,0
527 06	013	Dienstreisen	0,0	9,0	5,0
		davon Dataport:		9,0	5,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	77,0	78,0	55,0
		davon Dataport:		75,0	52,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			157,0	162,0	130,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-157,0	-162,0	-130,0

IT-Maßnahme 2005090032

Lfd. IT-Betrieb Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Beschreibung

Ressort / Behörde Schleswig Holsteinisches Finanzgericht
Art Grundversorgung
Bezeichnung Lfd. IT-Betrieb Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des Lfd. IT - Betriebes im Schl. - Holst. Finanzgericht.

Sonstige Bemerkungen

Sicherstellung der eingeführten Organisationsstrukturen durch IT - Unterstützung.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,0	2,2	2,2
525 37	013	Aus- und Fortbildung	3,0	3,1	3,1
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	2,0	1,2	1,2
Abschluss					
Gesamtausgabe			7,0	6,5	6,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-7,0	-6,5	-6,5

IT-Maßnahme 2005090037

Ersatzbeschaffungen für die Arbeitsgerichtsbarkeit

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesarbeitsgericht SH
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen für die Arbeitsgerichtsbarkeit
Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	113,6	69,8	61,3
		davon Dataport:		69,8	61,3
		Abschluss			
Gesamtausgabe			113,6	69,8	61,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-113,6	-69,8	-61,3

IT-Maßnahme 2005090038

Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesarbeitsgericht SH

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit

Beschreibung allgemein

Aufbau und Betrieb einer gerichtsspezifischen EDV-Anwendung für Arbeitsplätze im Richter-, Rechtspfleger-, Kanzlei- sowie sonstigem Servicebereich in der schleswig-holsteinischen Arbeitsgerichtsbarkeit

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6,2	1,5	1,5
		davon Dataport:		1,5	1,5
525 37	013	Aus- und Fortbildung	16,3	10,0	10,0
527 06	013	Dienstreisen	0,8	6,6	6,6
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	21,2	21,6	21,6
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	14,6	4,7	4,7
		davon Dataport:		3,7	3,7
Abschluss					
Gesamtausgabe			59,1	44,4	44,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-59,1	-44,4	-44,4

IT-Maßnahme 2006090033

**Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA Fach
(EDV-Unterstützung für Rechtsgeschäftsstellen und Kanzleien in den Fachgerichtsbarkeiten)**

Beschreibung

Ressort / Behörde MJAE
Schleswig-Holsteinisches Obergericht

Art IT Verfahren

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA Fach
(EDV-Unterstützung für Rechtsgeschäftsstellen und Kanzleien in den Fachgerichtsbarkeiten)

Beschreibung allgemein

Fortführung und Pflege des Verfahrens EUREKA-Fach als Fachanwendung für alle Fachgerichtsbarkeiten.

Das von den Ländern Niedersachsen und Brandenburg speziell für die Fachgerichte entwickelte Software wird heute außer von den Entwicklungsländern und Schleswig-Holstein auch in den Ländern Hamburg, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Bremen, Bayern und dem Saarland eingesetzt, wobei die Koordinierung der Programmpflege durch einen gemeinsamen Länderverbund erfolgt. Die für die Pflege des Verfahrens entstehenden Kosten werden auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels auf die beteiligten Bundesländer aufgeteilt.

Sonstige Bemerkungen

Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 49

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
527 06	013	Dienstreisen	0,5	0,5	0,5
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	2,0	21,0	22,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			2,5	21,5	22,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2,5	-21,5	-22,5

IT-Maßnahme 2006090034

Zentralisierung des Schuldnerverzeichnisse und Einführung eines elektronischen Abrufverfahrens

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Zentralisierung des Schuldnerverzeichnisse und Einführung eines elektronischen Abrufverfahrens

Beschreibung allgemein

Konzentration der Führung des Schuldnerverzeichnisses gem. § 915 ZPO auf ein Amtsgericht.
 Schaffung einer Schnittstelle für den Datenaustausch zwischen Vollstreckungsgerichten und zentralem Schuldnerverzeichnis.
 Schaffung einer Auskunftsstelle (Intranet/Internet) für die Online-Beauskunftung des Schuldnerverzeichnisses.
 Speicherung der Vermögensverzeichnisse in einem Dokumentenmanagementsystem.

Sonstige Bemerkungen

Beschleunigung und Vereinfachung der Beauskunftung des Schuldnerverzeichnisses für Landesbehörden, Kommunen, Firmen und Bürger durch Direktbeauskunftung per Internet.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Kennzahl 49

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Bundesweite BLK-Arbeitsgruppe

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	50,0	50,0
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	0,0	20,0	20,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			0,0	80,0	80,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-80,0	-80,0

IT-Maßnahme 2008090036

IT-Outsourcing Staatsanwaltschaften

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa

Art IT Vorhaben

Bezeichnung IT-Outsourcing Staatsanwaltschaften

Beschreibung allgemein

Um durch fortschreitende Entwicklung im IT- Bereich einen sicheren Betriebsablauf der Systeme zu gewährleisten, ist der verstärkte Einsatz von hoch qualifiziertem IT-Personal notwendig. Damit die IT-Betreuung sicher gestellt werden kann, wird ein Outsourcing-Modell gesucht.

Sonstige Bemerkungen

Die Maßnahme ist verknüpft mit dem Einsatz und der Fortführung von MESTA (ITM 2005090002)

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Umsetzung durch einwandfreien IT-Betrieb:
§ 493 StPO i.V.m. Ziff.1 MiStr und §§ 10 u. 21a BZRG (Elektr. Mitteilungen/Auskünfte BRZ u. VZR)
§§ 483 ff StPO (Datenübermittlung an Polizei).
§§ 492 ff StPO BedienungZentral. Staatsanw.Verfahrensregister

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Es ist politischer Wille, das IT-Personal möglichst gering zu halten und operative Aufgaben an Dataport zu vergeben.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Nach Fertigstellung der Konzeptionierung des Outsourcingmodells wird bei der anstehenden Erarbeitung einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung davon ausgegangen, dass nur ein qualitativer Nutzen im Planungszeitraum entstehen wird.

Kennzahl 61

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Konzepterstellung	2008
2	Umsetzung und laufender Betrieb	ab 2009

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	800,0	800,0
		davon Dataport:		800,0	800,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			0,0	800,0	800,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-800,0	-800,0

IT-Maßnahme 2008090037

Erwerb und Entwicklung MEGA neu

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa

Art IT Vorhaben

Bezeichnung Erwerb und Entwicklung MEGA neu

Sonstige Bemerkungen

Die Maßnahme ist verknüpft mit dem Einsatz und der Fortführung von MEGA (ITM 2005090004)

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

§ 493 StPO i.V.m. Ziff.1 MiStr und §§ 10 u. 21a BZRG sowie Ausführungsbestimmungen GBundesanzw. (Elektr. Mitteilungen/Auskünfte BRZ u. VZR)

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Eine effektive Justiz kann nur durch ein den Ansprüchen an Qualität und Effektivität genügendes Fachverfahren erreicht werden.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Die letzte Ergebnisprüfung 2004 der Wirtschaftlichkeitsberechnung MEGA stellte eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals von 23% fest.

Beim Nachfolgeverfahren wird nur noch von einem qualitativen Nutzen ausgegangen.

Kennzahl 85

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
-----	------------------	----------

Im Rahmen der bundesweiten Vereinheitlichung von Fachverfahren in der Justiz wird die Überlegung verfolgt, dass sich der Länderverbund MEGA mit anderen Länderverbänden zusammenschließt. Dabei besteht die Möglichkeit, zusammen mit dem Länderverbund EUREKA (Niedersachsen, Hessen, Bremen, Saarland und Sachsen-Anhalt) ein Konzept für ein neues Fachverfahren zu erstellen.

Nr.	Beschreibung	Datum
-----	--------------	-------

1	Abstimmung mit anderen Bundesländern, in welcher Form die Weiterentwicklung des fachverfahrens erfolgen soll.	31.12.2010
2	Einführung neue Software	31.12.2011

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	0,0	0,0	0,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	10,0	10,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-10,0	-10,0

***Ministerium für Soziales, Gesundheit,
Familie, Jugend und Senioren***

IT-Maßnahme 2005100001

Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS)

Beschreibung

Ressort / Behörde LGA SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS)

Beschreibung allgemein

Informationsdatenbank für den Arbeits- und Gesundheitsschutz

Sonstige Bemerkungen

Steuerung der Außendiensttätigkeit, schnellerer und allgemeiner Zugriff auf Betriebsinformationen. Wird von 80% der Mitarbeiter des Igash genutzt.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Kabinettsbeschuß 1998
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Gesundheitsschutz der Bevölkerung
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
Kennzahl 83

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungsmodernisierung

Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	1,5	6,5	6,5
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	95,0	75,0	70,0
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	9,0	10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			105,5	91,5	86,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-105,5	-91,5	-86,5

IT-Maßnahme 2005100002

Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BERzGG)

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BERzGG)

Beschreibung allgemein

Das LAsD zahlt Erziehungsgeld für Mütter oder Väter. Damit sollen die Leistungen für die Betreuung ihrer Kinder in den ersten Lebensjahren anerkannt und ihre wirtschaftliche Situation in dieser Zeit verbessert werden.

Das Erziehungsgeld kann für die ersten 24 Lebensmonate des Kindes gezahlt werden. Der Gesamtleistungszeitraum teilt sich in zwei Bewilligungsabschnitte von je 12 Monaten auf. Für jeden Bewilligungsabschnitt muß das Erziehungsgeld gesondert beantragt werden (Erstantrag/Folgeantrag).

Der jeweilige Antrag sollte innerhalb von 6 Monaten nach der Geburt des Kindes (als Erstantrag) bzw. nach Beginn dessen 13. Lebensmonats (als Folgeantrag) gestellt werden, denn die rückwirkende Zahlung des Erziehungsgeldes ist auf die letzten 6 Monate vor der jeweiligen Antragstellung beschränkt.

Durch das Verfahren werden insbesondere die elektronische Berechnung und Zahlbarmachung der Anträge, die Bescheidschreibung und die Fristenüberwachung ermöglicht.

Personaleinsparungen wurden und werden in den Erziehungsgeldabschnitten und im Schreibdienst durch Neuschneidungen der Rate und die Erhöhung der vom Sachbearbeiter pro Zeiteinheit abzuarbeitenden Anträgen deutlich. Wieviel Personaleinsparungen im Erziehungsgeld-Bereich nun exakt dem IT-Verfahren, der Strukturreform oder anderen organisatorischen Maßnahmen zugerechnet werden können, läßt sich nicht genau sagen.

Die Möglichkeit zur Abwicklung des Erziehungsgeldes auf manueller Basis hält das LAsD für wirtschaftlich nicht vertretbar.

Das erforderliche "Know how" um z.B. manuelle Berechnungen nach dem Erziehungsgeldgesetz durchzuführen, ist bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Außenstellen eventuell noch vorhanden, aber eine unter Einhaltung der Bearbeitungsfristen und auf Basis des bestehenden Personalbestandes durchzuführende Abwicklung des Erziehungsgeldes ist unmöglich.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Kabinettsbeschuß
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Einsparung seit 1999 > 70.000 €
 Personaleinsparung seit 1999: 2 MA gD, 2MA mD
Kennzahl 96
Sonstiges
Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. mit allen Bundesländern
Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
527 06	013	Dienstreisen	3,0	3,0	3,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	52,0	60,0	60,0

Abschluss

Gesamtausgabe	55,0	63,0	63,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-55,0	-63,0	-63,0

IT-Maßnahme 2005100003

Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG)

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG)

Beschreibung allgemein

Die Maßnahme dient zur elektronischen Unterstützung bei der Umsetzung der Vorschriften des Schwerbehindertenrechtes, d.h. auf Basis eines Antrages werden gesundheitliche Behinderungen, gleich, auf welcher Ursache sie beruhen, und deren Auswirkungen (Grad der Behinderung - GdB-) festgelegt, Feststellungsbescheide erstellt und gegebenenfalls Schwerbehindertenausweise (GdB ab 50) ausgestellt. Der Einsatz des Verfahrens brachte eine erhebliche Verkürzung der Antragsbearbeitungszeiten von ehemals 4 bis 5 Monaten auf heute durchschnittlich unter 3 Monaten. Des Weiteren können heute telefonische Informationanfragen der Antragsteller durch Verfügbarkeit einer elektronischen Akte erheblich schneller beantwortet werden. Nur durch die elektronische Fertigung von Ausweisen und Feststellungsbescheiden konnten bei gleicher bzw. bereits reduzierter Anzahl von Mitarbeitern (im Bereich der Schreibdienste und der Sachbearbeitung in den Schwb-Abschnitten) wesentlich gestiegene Antragszahlen bewältigt werden. Ein Umstellung der Antragsbearbeitung auf manuelle Abwicklung würde die Durchlaufzeiten der Anträge vervielfachen, wobei ausserdem zu berücksichtigen ist, dass bereits heute nicht mehr alle Sacharbeiter über das Wissen verfügen manuell Anträge zu bearbeiten.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. §§69 ff SGB IX
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Kabinettsbeschuß
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. jährliche Einsparung seit 2000: >10.000 €
Kennzahl 91
Sonstiges
Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. mit Hessen
Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
527 06	013	Dienstreisen	3,0	3,0	3,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	45,0	45,0	45,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			48,0	48,0	48,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-48,0	-48,0	-48,0

IT-Maßnahme 2005100004

Bearbeitung von Vorgängen nach dem Opferversorgungsgesetz (KOV / Prosid)

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH

Art IT Verfahren

Bezeichnung Bearbeitung von Vorgängen nach dem Opferversorgungsgesetz (KOV / Prosid)

Beschreibung allgemein

Die Verfahren KOV/Prosid ermöglichen die elektronische Bearbeitung von Anträgen im Bereich des Sozialen Entschädigungsrecht. Im Vordergrund des SER stehen auch heute noch die Leistungen an die Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebene nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Darüber hinaus werden Leistungen auch für geschädigte Personen aufgrund von Gesetzen, die das Bundesversorgungsgesetz für entsprechend anwendbar erklären, erbracht:

z.B. für Bundeswehrosoldaten nach dem Soldatenversorgungsgesetz;

Zivildienstleistende nach dem Zivildienstgesetz;

Impfgeschädigte nach dem Bundesseuchengesetz;

ehemalige politische Häftlinge nach dem Häftlingshilfegesetz;

Opfer von Gewalttaten nach dem Opferentschädigungsgesetz usw.

Durch die Verfahren werden insbesondere die elektronische Berechnung und Zahlbarmachung der Anträge, die Bescheidsschreibung und die Fristenüberwachung ermöglicht. Elektronische Unterstützung in Teilen diesen Bereichen gab es teilweise schon in den 70-Jahren, sie wurde aber durch Einsatz des KOV / Prosid-Verfahren wesentlich effizienter und kostengünstiger.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. jährliche Einsparung: >190.000

Kennzahl 96

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. mit Niedersachsen

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
527 06	013	Dienstreisen	3,0	3,0	3,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	80,0	65,0	65,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			83,0	68,0	68,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-83,0	-68,0	-68,0

IT-Maßnahme 2005100005

Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS)

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS)

Beschreibung allgemein

Die Verfahrensgruppe OASIS/ EDAS wird eingesetzt zur Automatisierung von Aufgaben im Bereich der Integrationsämter, diese fördern und sichern die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in das Arbeitsleben. Diese Aufgaben sind im Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch (SGB IX), insbesondere in den Paragraphen 81 (4), 84 und 102 festgelegt. Die Integrationsämter erheben und verwenden die Ausgleichsabgabe und führen den besonderen Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen sowie die begleitende Hilfe im Arbeitsleben durch. Mit ihren Leistungen unterstützen sie die Arbeitgeber, ihren besonderen Pflichten bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nachzukommen. Ziel ist es, schwerbehinderte Menschen dauerhaft auf geeigneten Arbeitsplätzen einzugliedern. Die Integrationsämter leisten nachrangig nach den Trägern der Rehabilitation, sie dürfen deren Leistungen nicht aufstocken. Die Leistungen der Integrationsämter sind rechtlich und fachlich mit denen der übrigen Leistungsträger - auch mit denen der Bundesanstalt für Arbeit - verzahnt.

OASIS/EDAS dienen insbesondere zum Einzug der Ausgleichsabgabe, Dokumentation von Integrationsvereinbarungen mit Unternehmen, der Projektverfolgung, der Terminüberwachung und der Unterstützung bei den Aufgaben im Bereich Kündigungsschutz. Diese Funktionen setzten heute eine intensive und nur noch auf elektronischer Basis beruhende Kommunikation mit zentralen Datenbanken und insbesondere mit der Bundesagentur für Arbeit, die Komponenten des Verfahrens entwickelt hat, voraus.

Daten der Bundesagentur für Arbeit stehen nur noch in einer speziellen elektronisch abrufbarer Form zur Verfügung. !!!!!!!

Dieses ist der Grund, warum sich das LASD gezwungen sah, sich dem bundesweitem Verbund der OASIS-Nutzer anzuschließen. Eine Durchführung wichtiger Aufgaben der Integrationsämter ist also nur unter Nutzung des Verfahrens möglich. Aus diesem Grund spielt in diesem Fall die Wirtschaftlichkeit nicht die Hauptrolle.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. durch BA
Kennzahl 91
Sonstiges
Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. mit allen Bundesländern
Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
527 06	013	Dienstreisen	3,0	3,0	3,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	25,0	25,0	25,0

Abschluss

Gesamtausgabe	28,0	28,0	28,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-28,0	-28,0	-28,0

IT-Maßnahme 2005100006

Länderübergreifende Badegewässer Datenbank (TEIS)

Beschreibung

Ressort / Behörde LGA SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Länderübergreifende Badegewässer Datenbank (TEIS)

Beschreibung allgemein

Länderübergreifende Badegewässer-und Trinkwasserdatenbank

Sonstige Bemerkungen

Schnellere Umsetzung von Eu-Richtlinien

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Landesverordnung über die Qualität der Badegewässer, §10
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Gesundheitsschutz der Bevölkerung
Kennzahl 61

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Kooperation der Norddeutschen Bundesländer: HH, MV, NRW
Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	1,0	1,0	1,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	4,0	4,0	4,0
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	1,0	2,0	2,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			6,0	7,0	7,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-6,0	-7,0	-7,0

IT-Maßnahme 2005100007

Zahlbarmachung von Renten für Opfer des Nationalsozialismus

Beschreibung

Ressort / Behörde MSGF
Art IT Verfahren
Bezeichnung Zahlbarmachung von Renten für Opfer des Nationalsozialismus

Beschreibung allgemein

Zahlbarmachung der Renten und Beihilfen nach dem Bundesentschädigungsgesetz und dem Härteausgleichsfonds Schleswig-Holstein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Bundesentschädigungsgesetz (BEG)
Kennzahl 47

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	3,6	3,6	3,6
		davon Dataport:		3,6	3,6
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	3,6	3,6	3,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-3,6	-3,6	-3,6

IT-Maßnahme 2005100008

Migration IKO III

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Migration IKO III

Beschreibung allgemein

Diese Maßnahme ist in Absprache mit dem Ressor und dem Finanzministerium in 2004 festgelegt worden.

Eine genaue Festlegung der benötigten Haushaltsmittel kann von uns erst nach Auswertung einer Pilotierungsphase in Kiel erfolgen. Wir setzen daher geschätzte Planzahlen an.

Die Priorität, Wirtschaftlichkeit und Bedeutung der Maßnahme ist durch das Ikotech-Projekt des Landes festgelegt worden.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme
Kennzahl 67

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
527 06	013	Dienstreisen	3,0	3,0	3,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	30,0	40,0	30,0
		davon Dataport:		30,0	25,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	27,0	25,0	27,0
		davon Dataport:		25,0	27,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			60,0	68,0	60,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-60,0	-68,0	-60,0

IT-Maßnahme 2005100010

IKO III Büro (Basisinfrastruktur) - Ersatzbeschaffung

Beschreibung

Ressort / Behörde MSGF
 Art Ersatzbeschaffung
 Bezeichnung IKO III Büro (Basisinfrastruktur) - Ersatzbeschaffung
 Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	184,2	128,5	132,4
		davon Dataport:		117,7	121,2
		Abschluss			
Gesamtausgabe			184,2	128,5	132,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-184,2	-128,5	-132,4

IT-Maßnahme 2005100012

Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS) - Ersatzbeschaffungen

Beschreibung

Ressort / Behörde LGA SH

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS) - Ersatzbeschaffungen

Beschreibung allgemein

Informationsdatenbank für den Arbeitsschutz (u.a. SIS, Strahlenschutz, RSA) und andere Dezernate des Igash

Sonstige Bemerkungen

Steuerung der Außendiensttätigkeit, schnellerer und allgemeiner Zugriff auf Betriebsinformationen. Wird von 80% der Mitarbeiter des Igash genutzt.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	3,0	8,0
		davon Dataport:		3,0	8,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	0,0	3,0	8,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-3,0	-8,0

IT-Maßnahme 2005100013

Ersatzbeschaffung der IT-Basisinfrastruktur

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffung der IT-Basisinfrastruktur
Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	235,4	210,7	183,8
		davon Dataport:		210,7	183,8
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	235,4	210,7	183,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-235,4	-210,7	-183,8

IT-Maßnahme 2005100014

Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BERzGG) - Ersatzbeschaffungen

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BERzGG) - Ersatzbeschaffungen

Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	5,0	5,0	30,0
		davon Dataport:		5,0	30,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			5,0	5,0	30,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5,0	-5,0	-30,0

IT-Maßnahme 2005100015

Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG) - Ersatzbeschaffungen

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG) - Ersatzbeschaffungen

Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungsmodernisierung

Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	5,0	30,0	5,0
		davon Dataport:		30,0	5,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	5,0	30,0	5,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5,0	-30,0	-5,0

IT-Maßnahme 2005100017

Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS) - Ersatzbeschaffungen

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS) - Ersatzbeschaffungen
Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	10,2
		davon Dataport:		0,0	10,2
		Abschluss			
Gesamtausgabe			0,0	0,0	10,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	0,0	-10,2

IT-Maßnahme 2005100019

IKO III Büro (Basisinfrastruktur)

Beschreibung

Ressort / Behörde MSGF
 Art Grundversorgung
 Bezeichnung IKO III Büro (Basisinfrastruktur)
 Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
282 01	013	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	9,7	8,0	10,5
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	41,0	71,3	73,4
525 37	013	Aus- und Fortbildung	19,0	18,5	19,0
527 06	013	Dienstreisen	1,6	1,6	1,7
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	130,9	136,7	140,7
		davon Dataport:		117,7	121,2
Abschluss					
Gesamteinnahme			9,7	8,0	10,5
Gesamtausgabe			192,5	228,1	234,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-182,8	-220,1	-224,3

IT-Maßnahme 2005100021

Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH
Art Grundversorgung
Bezeichnung Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur

Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	106,1	98,9	101,4
525 37	013	Aus- und Fortbildung	20,0	20,0	20,0
527 06	013	Dienstreisen	5,0	5,0	5,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	25,0	30,0	30,0
		davon Dataport:		15,0	15,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			156,1	153,9	156,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-156,1	-153,9	-156,4

IT-Maßnahme 2008100022

Früherkennungsuntersuchungen von Kindern (Verfahren Kinderschutz)

Beschreibung

Ressort / Behörde MSGF / LASD SH

Art IT Verfahren

Bezeichnung Früherkennungsuntersuchungen von Kindern (Verfahren Kinderschutz)

Beschreibung allgemein

Der Landtag hat im Rahmen eines Kinderschutzprogrammes eine Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst in Schleswig-Holstein (§ 7a Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen für Kinder) beschlossen.

Nach dem Gesetz soll eine Zentrale Stelle Schleswig-Holsteins (das LASD) die gesetzlichen Vertreter der Kinder, deren Früherkennungsuntersuchungen U 4 bis U 9 bevorstehen, zur Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung einladen und gegebenenfalls mit Fristsetzung erinnern. Ärztinnen und Ärzte, die Früherkennungsuntersuchungen durchgeführt haben, haben dies der Zentralen Stelle unverzüglich mitzuteilen. Soweit nach Ablauf einer Frist keine ärztliche Bestätigung über die Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung vorliegt, hat die Zentrale Stelle den zuständigen Kreis zu informieren.

Diese Maßnahme ist ein Teilbereich verschiedener Maßnahmen zur Umsetzung des Gesundheitsdienstgesetzes und zum Kinderschutzgesetz. Dazu gehören:

- Einrichtung einer zentralen Stelle beim LASD
- Landesprogramm „Schutzengel“
- Landesprogramm „Willkommen im Leben“
- Kinderschutztelefon
- Fortbildung
- Sachverständigenbeirat und Landeskinderschutzbericht

Näheres siehe Anlage Programm_Kinderschutz.doc

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Beschluss des Landtages SH im Dez. 2007

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Gesamtmaßnahme wurde durch MSGF geprüft; LRegG hat die Prüfung anerkannt.

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Ausgaben

Titel	Betrag in T€	Begründung
diverse	1.487,6	siehe Anlage Programm_Kinderschutz.doc

Infrastrukturelle Bedeutung

Keine

Kennzahl 81

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufbau des Verfahrens Kinderschutz zur Durchführung der Früherkennungsuntersuchungen bei Kinder bis zu 6 Jahren	01.04.2008
2	Betrieb des Verfahrens Kinderschutz bei Kindern bis zu 6 Jahren	01.01.2014

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Konzeption / Fertigstellung	31.01.2008
2.	Aufbau des Verfahrens und Produktionsbeginn	01.04.2008
3.	Betrieb des Verfahrens Kinderschutz	31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	16,3	21,7	21,7
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	12,0	15,0	15,0
		davon Dataport:		15,0	15,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	207,2	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			235,5	36,7	36,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-235,5	-36,7	-36,7

IT-Maßnahme 2008100023

Betreuung des Arbeitsschutzes bei der Unfallkasse Nord (UKN)

Beschreibung

Ressort / Behörde MSGF / VIII 13
Art IT Verfahren
Bezeichnung Betreuung des Arbeitsschutzes bei der Unfallkasse Nord (UKN)

Beschreibung allgemein

Mit Wirkung vom 01.01.2008 wurde das Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit (LGA) im Ressort des MSGF aufgelöst. Die Erfüllung der Aufgaben des Arbeitsschutzes werden seither die Unfallkasse Nord (UKN) wahrgenommen.

Der Umzug der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (MA), die zur UKN wechseln, soll Ende 2009 erfolgen. Die MA sollen zunächst im IKOTECH-Verbund des Landes verbleiben. Aufgrund von Schwierigkeiten des UKN die IT-Arbeitsplätze des Landes in das eigene System zu integrieren, muss übergangsweise eine Betreuung der Arbeitsplätze des Landes SH durch Dataport erfolgen.

Sonstige Bemerkungen

Die UKN ist bestrebt, die Arbeitsplätze des Landes SH kurz- bis mittelfristig zu integrieren.

Priorität

Klassifizierung Sonstige
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Kabinettsbeschluss v. 25.09.2007
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. die Wirtschaftlichkeit der Gesamtmaßnahme wird von der Abt. VIII 1 vertreten

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Ausgaben

Titel	Betrag in T€	Begründung
diverse	550,0	Der Betrag wurde im Landeshaushalt eingespart.

Kennzahl 68

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung der Aufgaben des Arbeitsschutzes für das Land SH	unbefristet

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Abschluss eines Supportvertrages mit Dataport für drei Standorte in SH (KI, HL, IZ)	01.10.2008 - 31.12.2011
2	Migration der Arbeitsplätze Land SH in das IT-System des UKN mit Unterstützung durch Dataport	2009/2011

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen. Auflösung des LGA; Aufgabenübertragung des Arbeitsschutzes an UKN

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	70,0	70,0
		davon Dataport:		70,0	70,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			0,0	70,0	70,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-70,0	-70,0

***Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume***

IT-Maßnahme 2005130002

Umweltinformationssystem für die Landes-und Kommunalverwaltung

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Landesamt für Natur und Umwelt

Art IT Verfahren

Bezeichnung Umweltinformationssystem für die Landes-und Kommunalverwaltung

Beschreibung allgemein

Um die Entwicklung von Datenverarbeitungsprogrammen für den Umwelt- und Naturschutz in den Kommunen und beim Land effektiver gestalten zu, haben das (damalige) MUNF, die Kreise und kreisfreien Städte, die Firma SICAD (jetzt Kisters) und die Datenzentrale 1996 die Kooperationsvereinbarung Umwelthanwendungen abgeschlossen. Um den landesweiten Einsatz der Software bei den kommunalen und Landesdienststellen noch weiter auszubauen, hat das MUNF im Dezember 1998 für einige Bereiche (z. B. für die K3-Module Altablagerungen/ Altstandorte und Biotopkataster) Landeslizenzen erworben. Die Software unterliegt gesetzlichen und funktionalen Änderungen und muß deshalb kontinuierlich gepflegt werden. Die Kommunen sind verpflichtet worden, sich an diesen Kosten zu 75% zu beteiligen.

Das modular aufgebaute K3-Umwelt-Programm besteht aus einer Reihe von Fachmodulen für die verschiedensten Aufgabengebiete. Gemeinsame Basis und Verbindungsstelle aller Fachanwendungen ist das zentrale Grundsystem von K3-Umwelt. Hier werden alle bereichsübergreifenden Daten wie Anschriften, Standort- und Betriebsinformationen zentral verwaltet. Schnittstellen zu Bürokommunikations- und Geoinformationssystemen sind vorhanden.

Die Aufgabe der landesweiten Koordination und Steuerung von K3-Umwelt wird im MLUR wahrgenommen. Entscheidungen über weitere Entwicklungen werden innerhalb eines Lenkungsausschusses, der zwei Mal pro Jahr tagt, getroffen. Die im Landesamt für Natur und Umwelt angesiedelte K3-Umwelt-Kopfstelle dient als Servicestelle für alle K3-Umwelt-Anwender und ist zudem für die K3-Umwelt-Koordinierung innerhalb des Landesamtes verantwortlich.

Das System wird durch weitere – bis zum Vollausbau – Behörden erweitert. Dataport wird auf Basis vertraglicher Vereinbarung die Hardware und Systemumgebung sowie den Betrieb der CITRIX-Anwendung sicherstellen. Änderung an der fachlichen Software werden separat in Auftrag gegeben.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Kennzahl 73

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ein wesentliches Ziel der Kooperationsabsprache ist neben der Harmonisierung von EDV-Programmen und der damit einhergehenden Verbesserung des Datenaustausches insbesondere der Aspekt der Kostensenkung durch Kostenteilung bei Entwicklung, Betrieb und Pflege. Darüber hinaus verbessern Land und Kommunen so die Voraussetzungen für die Zusammenführung von digitalen Umweltdaten zu landesweiten Informationen und zur Bewältigung der zunehmenden Berichtspflichten. Eine weitergehende Harmonisierung der Datenbestände soll in einer Ablösung der klassischen Client-Serverarchitektur durch eine zentrale Terminal-Server-Lösung mit zentraler Datenbasis beim IT-Dienstleister Dataport realisiert werden.	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
119 01	013	Einnahmen aus IT-Kooperationen mit Dritten	20,7	20,7	20,7
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13,9	14,2	14,2
		davon Dataport:		14,2	14,2
525 37	013	Aus- und Fortbildung	41,9	12,0	12,0

IT-Maßnahme 2005130003

Natur- und Umweltinformationssystem (NUIS)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Landesamt für Natur und Umwelt

Art IT Verfahren

Bezeichnung Natur- und Umweltinformationssystem (NUIS)

Beschreibung allgemein

Umweltdaten stellen eine wesentliche Basis für die Wahrnehmung gesetzlicher Vollzugsaufgaben und für die Erfüllung von Informations- und Berichtspflichten dar. Sie sind Grundlage für Planungen und Verwaltungsentscheidungen und unverzichtbare Voraussetzung, um Aussagen zur Entwicklung von Umweltmedien und Ökosystemen treffen zu können. Im Rahmen des Natur- und Umweltinformationssystems Schleswig-Holstein (NUIS-SH) werden Umweltdaten in speziellen Fachinformationssystemen erhoben, gespeichert und bereitgestellt.

Eine umfassende öffentliche Bereitstellung von Umweltdaten und -informationen aus dem NUIS-SH erfolgt im Internet. Hierdurch wird gleichzeitig der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf freien Zugang zu Umweltinformationen (Umweltinformationsgesetz - UIG -) umgesetzt. § 7 Abs. 1 UIG sieht u. a. die Bereitstellung in digitaler Form vor.

Das MLUR hat hierbei die Aufgabe, den Aufbau und die konzeptionelle Weiterentwicklung des NUIS-SH zu steuern und fachübergreifend zu koordinieren. Die im Landesamt für Natur und Umwelt angesiedelte NUIS-Kopfstelle ist für die fachliche und technische Umsetzung sowie für die Koordinierung innerhalb des Landesamtes verantwortlich.

In einer ausführlicheren Berichterstattung an den Landtag („Informationen zur Umwelt“, Drs.-Nr. 14/1434) wurden Konzept und Sachstand umfassend präsentiert.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Kennzahl 73

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ständige Weiterentwicklung und Konsolidierung der kommunalen und landesweiten Datenbestände im Hinblick auf ein besonders wirtschaftliches Gesamtsystem	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	2,0	2,0	2,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	262,1	463,0	448,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			264,1	465,0	450,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-264,1	-465,0	-450,0

IT-Maßnahme 2005130004

Pflege von Geobasisdaten

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Landesamt für Natur und Umwelt

Art IT Verfahren

Bezeichnung Pflege von Geobasisdaten

Beschreibung allgemein

Sowohl in den Informationssystemen des Landes als auch in einigen Fachverfahren (z. B. EU-Agrarförderung) sind für die Einpassung, Darstellung und Integration der Fachinformationen (Geofachdaten) die Geobasisdaten der Vermessungs- und Katasterverwaltungen (geotopographische Daten und Karten) zu verwenden. Es handelt sich dabei um: die digitalisierten topographischen Kartenwerke des Landes (ATKIS-Rasterdaten von topographischen Karten) in verschiedenen Maßstäben, die Landschaftsmodellldaten des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS Basis-DLM) und weitere Ausbaustufen, um digitale ATKIS-Höhendaten unterschiedlicher Genauigkeitsstufen sowie digitale Orthophotos (ATKIS DOP5).

Für 2008 und die Folgejahre ist der Aufbau einer umfassenden Geodaten-Infrastruktur für das Ressort geplant.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 73

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Das MLUR benötigt landesweit jeweils alle Geobasisdatenprodukte in den Fachsystemen des NUIS, den K3-Umweltanwendungen sowie für alle GIS-gestützten Einzelverfahren (z. B. InVeKoS-GIS). Dies ist dadurch begründet, dass eine große Anzahl von Aufgaben nur mit IT-Unterstützung erledigt werden kann und deshalb eine Verwendung lediglich von Papierkarten unmöglich ist. Der Betrieb der Informationssysteme mit den Geobasisdaten der Vermessungsverwaltungen als Grundlage für den Raumbezug ist in vielen Fällen durch Rechtsvorschriften gefordert.	

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	200,0	150,0	150,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			200,0	150,0	150,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-200,0	-150,0	-150,0

IT-Maßnahme 2005130005

IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Art IT Verfahren

Bezeichnung IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung

Beschreibung allgemein

Die Mehrländerkooperation „Zahlstellen und InVeKoS-AgrarFörderung“ (ZIAF) bildet die IT-Unterstützung für die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik und des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) der Europäischen Union. Sie hat den rechtskonformen und effizienten Vollzug des Gemeinschaftsrechts der EU im Bereich der Agrarförderung und im Rahmen dessen u. a. die ordnungsgemäße Abwicklung der Zahlungen an die Antragsteller sicherzustellen.

Für das ZIAF-Verfahren (profil c/s, ravel c/s) werden von den Herstellern (Dataport und data experts) Programmpakete geliefert, die auf den unterschiedlichen Systemen (Qualitätssicherung, Produktion und Schulung) nach festen Regeln getestet und installiert werden. Durch Überwachung des Abnahmeverfahrens wird gewährleistet, dass nur getestete und freigegebene Programme zur Anwendung gelangen.

Sonstige Bemerkungen

Die administrative Umsetzung ist wegen der komplexen und vielschichtigen Normen sehr aufwendig. Eine Nicht-Einhaltung der Termine und der anderen Regelungen der EU für die Agrarförderung kann sog. Anlastungen („Straf“-Zahlungen) in beträchtlicher Höhe nach sich ziehen.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Kennzahl 83

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ziel in diesem Bereich ist es, neben der Einhaltung der vorgegebenen Termine die Ressourcenverteilung zwischen den Anwendern in der Dialog-Bearbeitung (ÄLR, Ministerium, weitere Dienststellen), der zentralen Verfahrensdurchführungen (Berechnungsläufe, Installationen) und dem Systemservice (Support Dataport) zu koordinieren.	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	10,0	10,0	10,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	2.903,4	3.200,0	3.300,0
		davon Dataport:		3.200,0	3.300,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	1.400,0	1.450,0
		davon Dataport:		1.400,0	1.450,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			2.913,4	4.620,0	4.770,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2.913,4	-4.620,0	-4.770,0

IT-Maßnahme 2005130007

Betrieb der Fachverfahren Immissionsschutz und Gefahrstoffüberwachung

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Staatliches Umweltamt Itzehoe

Art IT Verfahren

Bezeichnung Betrieb der Fachverfahren Immissionsschutz und Gefahrstoffüberwachung

Beschreibung allgemein

Immissionsschutzrechtliche Überwachung und Erfüllung von EU- Berichtspflichten, incl. Erzeugerüberwachung, Ermittlung, Archivierung, Auswertung sowie Veröffentlichung von Luftqualitätsdaten; Information der Öffentlichkeit und Erfüllung von Berichtspflichten gem. § 12 und §13 der 22 BImSchV; Verbundentwicklungen ZISS, GSBL und Gefahrstoffdatenbank der Länder (GDL).

Bei Überschreitung der Grenzwerte für die Luftqualität zzgl. einer jährlich abnehmenden Toleranzmarge sind Luftreinhaltepläne für die betroffene Region aufzustellen, welche Maßnahmen enthalten, die die Einhaltung der Grenzwerte zum Stichtag sicherstellen sollen.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Kennzahl 71

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Strukturierung und Abwicklung von Genehmigungsverfahren nach BImSchG. Es ist Ziel der Landesregierung, derartige Verfahren in möglichst kurzer Zeit abzuwickeln, um den Standort Schleswig-Holstein wirtschaftlich interessant zu machen.	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4,0	4,0	4,0
		davon Dataport:		4,0	4,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	6,0	6,0	6,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	110,0	153,0	152,0
		davon Dataport:		153,0	152,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	36,0	20,0	30,0
		davon Dataport:		20,0	30,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			156,0	183,0	192,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-156,0	-183,0	-192,0

IT-Maßnahme 2005130008

Betrieb der Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz
Art IT Verfahren
Bezeichnung Betrieb der Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 71

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	27,7	12,0	12,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	57,5	60,0	60,0
		davon Dataport:		60,0	60,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	7,5	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			92,7	82,0	82,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-92,7	-82,0	-82,0

IT-Maßnahme 2005130009

Abfallwirtschaftliche Informationssysteme

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Landesamt für Natur und Umwelt

Art IT Verfahren

Bezeichnung Abfallwirtschaftliche Informationssysteme

Beschreibung allgemein

Das Abfallwirtschaftliche Informationssystem (AWIS) ist ein IT-System zur Unterstützung von Vollzugsaufgaben. Zu diesen gehören u. a. die Bearbeitung von Genehmigungsverfahren von Deponien (§ 34 KrW-/AbfG), die Überwachung von Abfallentsorgungsanlagen (§ 40 KrW-/AbfG), die Erteilung von Transportgenehmigungen, die Erfassung und Auswertung von Grundlagendaten für die Abfallwirtschaftsplanung (§ 29 KrW-/AbfG) und die Erstellung und die Veröffentlichung der Siedlungsabfallbilanzen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (§ 19 KrW-/AbfG).

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Kennzahl 71

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Erfüllung von Berichtspflichten nach der EU-Abfallstatistik-VO und den Informationspflichten nach der EU-Umweltinformations-Richtlinie; Datenbereitstellung in digitaler Form gemäß § 7 Abs. 1 Umweltinformationsgesetz.	

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
525 37	013	Aus- und Fortbildung	6,0	6,0	6,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	148,4	165,0	165,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			154,4	171,0	171,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-154,4	-171,0	-171,0

IT-Maßnahme 2005130015

Migration auf IKOTECH III und zentrale IT-Betreuung nachgeordneter Dienststellen

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Landesamt für Natur und Umwelt,
Staatliche Umweltämter Itzehoe, Kiel und Schleswig,
Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Art Grundversorgung

Bezeichnung Migration auf IKOTECH III und zentrale IT-Betreuung nachgeordneter Dienststellen

Beschreibung allgemein

Umstellung der nachgeordneten Staatlichen Umweltämter (StUÄ), des Landesamtes für Natur und Umwelt (LANU) und der Liegenschaften des Landesbetriebs Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN) auf den landeseinheitlichen IKOTECH-III-Standard. Anschließend soll die IT-Betreuung des LANU, des LKN und der StUÄ - in Bezug auf die Basis-Infrastruktur - künftig zentral durch Dataport gewährleistet werden. Angestrebt ist ein Modell, das dem für die IT-Betreuung der Ämter für ländliche Räume entspricht.

Die u. a. angestrebte Entlastung im Bereich der bestehenden personellen Engpässe bei der IT-Betreuung wird eine deutliche Erhöhung der Qualität und der Betriebssicherheit der in den jeweiligen Häusern betriebenen Fachverfahren bewirken - da deren Einsatz fast ausnahmslos auf Basis rechtlicher Verpflichtungen erfolgt, ist diese Entlastung von hoher Priorität.

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ziel der Maßnahme ist u. a. eine Erhöhung der Ausfallsicherheit durch die gleichzeitige Beseitigung der ständigen personellen Engpässe beim Einsatz der Fachverfahren.	

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	1.186,5	270,0	270,0
		davon Dataport:		270,0	270,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	1.186,5	270,0	270,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.186,5	-270,0	-270,0

IT-Maßnahme 2005130017

Ersatzbeschaffungen Ämter für ländliche Räume

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
für die Ämter für ländliche Räume (ÄLR)

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen Ämter für ländliche Räume

Beschreibung allgemein

Anteiliger Ersatz der IT-Ausstattung der Ämter für ländliche Räume; Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes durch die unabdingbare, ständige Aktualisierung der einzusetzenden Basistechnik.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	300,0	150,0	150,0
		davon Dataport:		150,0	150,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			300,0	150,0	150,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-300,0	-150,0	-150,0

IT-Maßnahme 2005130018

Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (MLUR)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (MLUR)

Beschreibung allgemein

Ersatz von 20% der IT-Ausstattung des Ministeriums; Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die im MLUR eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	239,0	200,0	200,0
		davon Dataport:		200,0	200,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			239,0	200,0	200,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-239,0	-200,0	-200,0

IT-Maßnahme 2005130019

Ersatzbeschaffung und Updates für die IT-Infrastruktur

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Akademie für Natur und Umwelt

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung und Updates für die IT-Infrastruktur

Beschreibung allgemein

Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der IT-Basisinfrastruktur für den allgemeine und den Seminarbetrieb

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	9,5	7,0	7,0
		davon Dataport:		7,0	7,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	9,5	7,0	7,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-9,5	-7,0	-7,0

IT-Maßnahme 2005130020

Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Itzehoe)

Beschreibung

Ressort / Behörde Staatliches Umweltamt Itzehoe

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Itzehoe)

Beschreibung allgemein

Ersatz von 20% der IT-Ausstattung des Amtes; Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	75,9	97,0	59,0
		davon Dataport:		97,0	59,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	75,9	97,0	59,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-75,9	-97,0	-59,0

IT-Maßnahme 2005130021

Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LKN)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LKN)

Beschreibung allgemein

Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen des Landesbetriebes installierte IT-Infrastruktur.

Da der LKN aus vielen, z. T. in der Fläche verteilten Dienst- bzw. Betriebsstellen besteht, ist wegen der notwendigen Kommunikationsverbindungen und den Einsatz des IKOTECH-III-Landesstandards ein erhöhter Bedarf an Informationstechnik und damit Hardware unabweisbar.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	25,0	150,0	150,0
		davon Dataport:		150,0	150,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	25,0	150,0	150,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-25,0	-150,0	-150,0

IT-Maßnahme 2005130022

Ersatzbeschaffung von Servern für Fachverfahren (LANU)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Landesamt für Natur und Umwelt

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung von Servern für Fachverfahren (LANU)

Beschreibung allgemein

Die im LANU eingesetzten, zum Teil sehr ressourcenintensiven Fachverfahren benötigen eine technische Infrastruktur, die entsprechend den software- und basistechnischen Entwicklungen regelmäßig anzupassen ist.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	226,6	66,0	66,0
		davon Dataport:		66,0	66,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			226,6	66,0	66,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-226,6	-66,0	-66,0

IT-Maßnahme 2005130023

Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Schleswig)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
 Staatliches Umweltamt Schleswig

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Schleswig)

Beschreibung allgemein

Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes durch die unabdingbare, ständige Aktualisierung der einzusetzenden Basistechnik.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	57,5	45,0	45,0
		davon Dataport:		45,0	45,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			57,5	45,0	45,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-57,5	-45,0	-45,0

IT-Maßnahme 2005130025

Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Kiel)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
 Staatliches Umweltamt Kiel

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Kiel)

Beschreibung allgemein

Anteiliger Ersatz der IT-Ausstattung; Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	57,4	40,0	40,0
		davon Dataport:		40,0	40,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			57,4	40,0	40,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-57,4	-40,0	-40,0

IT-Maßnahme 2005130027

Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LANU)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Landesamt für Natur und Umwelt

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LANU)

Beschreibung allgemein

Anteiliger Ersatz der IT-Ausstattung; Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	171,3	160,0	160,0
		davon Dataport:		160,0	160,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			171,3	160,0	160,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-171,3	-160,0	-160,0

IT-Maßnahme 2005130028

Betrieb der Basisinfrastruktur für die Ämter für ländliche Räume

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Ämter für ländliche Räume

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur für die Ämter für ländliche Räume

Beschreibung allgemein

Für die Ämter für ländliche Räume wird die IT-Grundversorgung (Service) über einen Vertrag mit Dataport sichergestellt. Daneben werden über diese IT-Maßnahme die Kommunikationskosten und kleinere Beschaffungen abgewickelt.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	31,0	15,0	15,0
		davon Dataport:		15,0	15,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	572,0	470,0	470,0
		davon Dataport:		470,0	470,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			603,0	485,0	485,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-603,0	-485,0	-485,0

IT-Maßnahme 2005130029

Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)

Beschreibung allgemein

Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes durch die unabdingbare, ständige Aktualisierung der einzusetzenden Basistechnik: Hard-, Software und (in geringem Umfang) Fachverfahren, soweit die dazugehörige Software (z. B. Datenbanken) verfahrensübergreifend genutzt wird.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	120,0	50,0	50,0
		davon Dataport:		40,0	40,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	20,0	20,0	20,0
		davon Dataport:		20,0	20,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	245,0	210,0	210,0
		davon Dataport:		210,0	210,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	40,0	40,0	40,0
		davon Dataport:		40,0	40,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			425,0	320,0	320,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-425,0	-320,0	-320,0

IT-Maßnahme 2005130030

Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (ANU)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Akademie für Natur und Umwelt

Art Grundversorgung

Bezeichnung Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (ANU)

Beschreibung allgemein

Ziel: Unterstützung des Deinstbetriebes durch Aufrechterhaltung und geringfügige Ergänzung der IT-Basisinfrastruktur für Seminarbetrieb und 23 PC-Arbeitsplätze (incl. Server und Laptops)

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	7,8	7,8	8,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			7,8	7,8	8,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-7,8	-7,8	-8,0

IT-Maßnahme 2005130031

Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Schleswig)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Staatliches Umweltamt Schleswig

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Schleswig)

Beschreibung allgemein

Einbindung in eine landesweit einheitliche Domänenstruktur; einheitliche Verwaltung von Benutzern, Computern und sonstigen Objekten; einheitliche Arbeitsplätze und Services.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	15,0	15,0	15,0
		davon Dataport:		15,0	15,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			20,0	25,0	25,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-20,0	-25,0	-25,0

IT-Maßnahme 2005130032

Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Kiel)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Staatliches Umweltamt Kiel

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Kiel)

Beschreibung allgemein

Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des Staatlichen Umweltamtes Kiel (85 Arbeitsplätze)

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	9,0	9,0	9,0
		davon Dataport:		9,0	9,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	4,5	2,5	2,5
		davon Dataport:		2,5	2,5
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	7,5	25,0	25,0
		davon Dataport:		25,0	25,0
534 13	013	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	6,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			27,0	36,5	36,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-27,0	-36,5	-36,5

IT-Maßnahme 2005130033

Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)

Beschreibung allgemein

Betrieb der IT-Ausstattung des Landesbetriebes. Die im LKN eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	26,5	34,0	34,0
		davon Dataport:		34,0	34,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	9,5	9,5	9,5
		davon Dataport:		9,5	9,5
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	15,0	122,0	122,0
		davon Dataport:		122,0	122,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	5,6	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			56,6	165,5	165,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-56,6	-165,5	-165,5

IT-Maßnahme 2005130034

Betrieb der Basisinfrastruktur (LANU)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Landesamt für Natur und Umwelt

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (LANU)

Beschreibung allgemein

Betrieb der IT-Ausstattung des Landesamtes. Die im LANU eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	51,5	51,5	51,5
		davon Dataport:		51,5	51,5
525 37	013	Aus- und Fortbildung	41,2	47,2	49,2
		davon Dataport:		47,2	49,2
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	10,3	15,0	15,0
		davon Dataport:		15,0	15,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	92,7	99,0	99,0
		davon Dataport:		99,0	99,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			195,7	212,7	214,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-195,7	-212,7	-214,7

IT-Maßnahme 2006130035

Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Itzehoe)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Staatliches Umweltamt Itzehoe

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Itzehoe)

Beschreibung allgemein

Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes durch die unabdingbare, ständige Aktualisierung der einzusetzenden Basistechnik - Hard- und Software.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
511 43	013	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	0,0	0,0
525 37	013	Aus- und Fortbildung	5,0	6,0	6,0
		davon Dataport:		6,0	6,0
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	62,0	0,0	0,0
812 46	013	Erwerb von Hard- und Software	0,0	26,0	26,0
		davon Dataport:		26,0	26,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			67,0	32,0	32,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-67,0	-32,0	-32,0

IT-Maßnahme 2006130037

Integriertes Informationssystem Lebensmittel- und Veterinärwesen

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Art IT Verfahren

Bezeichnung Integriertes Informationssystem Lebensmittel- und Veterinärwesen

Beschreibung allgemein

Das modular aufgebaute System besteht aus Fachmodulen für die verschiedenen Aufgabengebiete im Bereich Lebensmittel- und Veterinärwesen mit einem zentralen Grundsystem, das alle fachübergreifenden Daten wie Anschriften, Standort- und Betriebsinformationen zentral verwaltet.

Die Aufgabe der landesweiten Koordination und Steuerung wird im MLUR wahrgenommen. Die eigentlichen Fachdaten werden in den Kreisverwaltungen gepflegt; das Konzept sieht eine nach Mandanten getrennte, zentrale Datenhaltung und Produktion bei Dataport vor. Dataport wird auf Basis vertraglicher Vereinbarungen die Hardware und Systemumgebung sowie den Betrieb der CITRIX-basierten Fachanwendung sicherstellen.

Mit der Einführung des Systems wird eine einheitliche, landesweite Datenbasis zur Verfügung stehen. Damit wird nicht nur den diesbezüglichen EU-Verordnungen entsprochen: Diese Nutzung dieser zentral gehaltenen Datenbasis erlaubt u. a. die notwendige Reaktion beim Ausbruch von Tierseuchen und ähnlichen Epidemien, die schnell und zentral gesteuert bekämpft werden müssen.

Sonstige Bemerkungen

Die Einzelheiten einer Kofinanzierung bzw. Beteiligung bei den Pflege- und Betriebskosten sind noch mit den Kreisverwaltungen abzustimmen.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Für Schleswig-Holstein als stark agrarstrukturiertes Land ist diese Datenbasis bei der Bekämpfung von Tierseuchen und vergleichbaren Epidemien unverzichtbar.

Kennzahl 67

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			T€		
533 56	013	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	31,0	383,0	323,0
		davon Dataport:		383,0	323,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			31,0	383,0	323,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-31,0	-383,0	-323,0